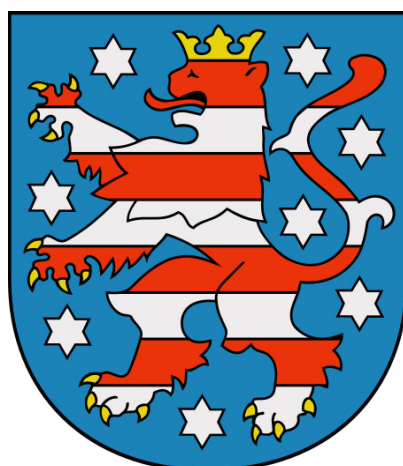


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Die Corona-Pandemie in Thüringen

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)

Anne Küppers

Dr. Jörg Hebenstreit

Dr. Axel Salheiser

Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Institut für Politikwissenschaft

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



Inhalt

Vorwort	6
I. Einleitung	7
II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und demographische Entwicklung	10
III. Die Corona-Pandemie in Thüringen	23
1. Betroffenheit und Risikowahrnehmung während der COVID-19-Pandemie.....	23
2. Einstellungen der Thüringer*innen gegenüber den Strategien zur Pandemiebewältigung	27
3. Folgen der COVID-19-Pandemie.....	43
4. Corona-skeptische Einstellungen und pandemiebezogenes Verschwörungsdenken.....	46
IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement	58
1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur	58
2. Institutionenvertrauen.....	64
3. Politische Partizipation.....	67
4. Rechtsextremismus in der Corona-Pandemie.....	69
5. Migration, Integration, Diversität.....	83
V. Fazit	94
Literaturverzeichnis	101
Bisherige THÜRINGEN-MONITORE	107
Anhang 1: Methodik des THÜRINGEN-MONITORS	108
Anhang 2: Methoden-Glossar	112
Anhang 3: Die Thüringer Landkreise, kreisfreien Städte und Planungsregionen	115
Anhang 4: Stichprobeninformationen	116
Anhang 5: Tabellarische Übersichten	117

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1	Einschätzung der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen sowie der individuellen finanziellen Lage, 2000-2020.....	10
Abb. 2	Geschätzte monatliche Nettoäquivalenzeinkommen (Obergrenzen) der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2010, 2013–2020	12
Abb. 3	Bewertung der individuellen finanziellen Lage als „gut“, Einschätzung, „den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen, und Statusverlustangst nach Nettoäquivalenzeinkommen (gruppiert) im THÜRINGEN-MONITOR 2020.....	12
Abb. 4	Einschätzung Thüringens im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2020.....	14
Abb. 5	Arbeitslosenquoten aller ziviler Erwerbspersonen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1994–2020.....	15
Abb. 6	Zusammensetzung der Thüringer Bevölkerung nach Altersgruppen, 1991–2019	16
Abb. 7	7-Tage-Inzidenz für Thüringen und Deutschland im Vergleich, Mai-Dezember 2020	18
Abb. 8	Zahl der kumulierten Sterbefälle im Zusammenhang mit dem Corona-Virus in Thüringen März bis Dezember 2020.....	18
Abb. 9	Wöchentliche Sterbefallzahlen 2020 (schwarz) im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016–2019 (grau) in Thüringen nach Altersgruppen	19
Abb. 10	Zentrale Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in Thüringen im Jahr 2020 im Zeitverlauf.....	22
Abb. 11	Selbsteinstufung als Corona-Risikogruppe nach Alter.....	24
Abb. 12	Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise für Ihre eigene Gesundheit ein?.....	24
Abb. 13	Corona-skeptische Einstellungen der Thüringer*innen	25
Abb. 14	Zustimmung zu Corona-skeptischen Aussagen.....	26
Abb. 15	Wordcloud: „Wenn Sie aktuell an die Bewältigung der Corona-Krise denken. Was ist Ihnen insgesamt am wichtigsten?“	28
Abb. 16	Kategorisierte Antworten auf die offene Frage „Wenn Sie aktuell an die Bewältigung der Corona-Krise denken. Was ist Ihnen insgesamt am wichtigsten?“	28
Abb. 17	Bewertung der Schutzmaßnahmen während der Corona-Pandemie	29
Abb. 18	Bewertung der Schutzmaßnahmen in den verschiedenen Alterskohorten	31
Abb. 19	Einflussfaktoren für Maßnahmen-Skepsis.....	32
Abb. 20	Zustimmung zu weiteren Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung	33
Abb. 21	Einflussfaktoren für Impfskepsis.....	35
Abb. 22	Impfbereitschaft nach Alter.....	36
Abb. 23	Impfbereitschaft nach Risikowahrnehmung durch das Corona-Virus.....	37
Abb. 24	Zusammenhang zwischen Impfbereitschaft und Vertrauen	38
Abb. 25	Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der Bundes-, Landes und kommunalen Ebene.....	39
Abb. 26	Zufriedenheit mit der Corona-Politik nach Gefahr für die persönliche wirtschaftliche Situation	40
Abb. 27	Bewertung der Angemessenheit der von der Politik ergriffenen Maßnahmen.....	41
Abb. 28	Zufriedenheit mit der öffentlichen Kommunikation von Politiker*innen während der Corona-Krise	42
Abb. 29	„Die wechselnden Einschätzungen der Experten zum Corona-Virus und geeigneten Schutzmaßnahmen haben mich verunsichert.“.....	42
Abb. 30	Belastungen durch die Corona-Krise: „Wie hat sich ihr persönliches Leben in der Corona-Krise verändert?“	43
Abb. 31	Wahrnehmung von Gefahren für Gesundheitssystem, Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie während der Corona-Krise	45
Abb. 32	Zustimmung/Ablehnung der Aussage „Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“ nach Selbstverortung auf der Links-Rechts-Achse.....	47

Abb. 33	Einflussfaktoren für Corona-Skepsis („Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“)	48
Abb. 34	Bedrohungswahrnehmung (wahrgenommene Gefahr durch Virus für eigene Gesundheit) nach Corona-skeptischen Einstellungen	49
Abb. 35	Bewertung der Kontaktbeschränkungen nach Einstellungen gegenüber dem Corona-Virus	50
Abb. 36	Bewertung der Maskenpflicht nach Einstellungen gegenüber dem Corona-Virus	50
Abb. 37	Bewertung der Schul- und Kitaschließungen nach Einstellungen gegenüber dem Corona-Virus	51
Abb. 38	Bewertung der Schließung von Läden und Restaurants nach Einstellungen gegenüber dem Corona-Virus	51
Abb. 39	Zusammenhang zwischen Corona-Skepsis und „es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“ und freie Meinungsäußerung	52
Abb. 40	Zusammenhang zwischen Corona-Skepsis („Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“) und sozialdarwinistischen Einstellungen	53
Abb. 41	Zusammenhang von pandemiebezogenem Verschwörungsdenken und Deprivationserfahrungen bzw. Statusverlustangst	54
Abb. 42	Zusammenhang von pandemiebezogenem Verschwörungsdenken und Vertrauen	55
Abb. 43	Einflussfaktoren für pandemiespezifisches Verschwörungsdenken	56
Abb. 44	Zusammenhang zwischen pandemiespezifischem Verschwörungsdenken und gemittelten Einstellungen gegenüber den Corona-Maßnahmen	57
Abb. 45	Freiheit oder Sicherheit? 2004–2020	59
Abb. 46	Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001–2020	60
Abb. 47	Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen 2001–2020	61
Abb. 48	Demokratietypen 2001–2020	62
Abb. 49	Subjektive Kompetenzzuschreibung und Responsivität 2001–2020	63
Abb. 50	Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2020	64
Abb. 51	Institutionenvertrauen 2000–2020	65
Abb. 52	Institutionenvertrauen	66
Abb. 53	Formen legaler politischer Partizipation 2001–2020	67
Abb. 54	Politische Partizipation	68
Abb. 55	Politische Partizipation und Coronaskepsis	69
Abb. 56	Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen	71
Abb. 57	Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2020	74
Abb. 58	Rechtsextremismus und Corona-Skepsis	76
Abb. 59	Wahrnehmung der Corona-Pandemie durch rechtsextrem und Corona-skeptisch eingestellte Thüringer*innen 2020	77
Abb. 60	Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2020	81
Abb. 61:	Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2013–2020	85
Abb. 62:	Zustimmung zu den „Überfremdungs“-Aussagen	86
Abb. 63:	Zustimmung zu mindestens zwei der „Überfremdungs“-Aussagen nach subjektiver Deprivation, Statusverlustangst und Autoritarismus	87
Abb. 64	Zustimmung zu negativen Aussagen über Asylsuchende nach Deprivation, Statusverlustangst, Ostdeprivation und Bildung	87
Abb. 65:	Zustimmung zu negativen Aussagen über Muslim*innen nach ethnozentrischen Einstellungen und Autoritarismus	89
Abb. 66:	Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus nach Links-Mitte-Rechts-Selbsteinordnung	90
Abb. 67:	Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus und Corona-Verschwörungsdenken	91
Abb. 68:	Antiziganismus (Ablehnung von Sinti*innen und Rom*innen) nach Kriminalitätsfurcht	92

Vorwort

Der THÜRINGEN-MONITOR 2020 ist das 20. Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Ziel der seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführten Befragung der Thüringer Bevölkerung ist die Untersuchung ihrer politischen Einstellungen, ihrer Demokratiezufriedenheit und -unterstützung, ihres Institutionenvertrauens und der politischen Partizipation. Im Fokus stehen aber auch Phänomene der Demokratiegefährdung und der politischen Radikalisierung.

Unser diesjähriges Schwerpunktthema ist die *Corona-Pandemie in Thüringen*. Seit dem Frühjahr 2020 wird das Leben aller Einwohner*innen Thüringens ebenso wie die öffentliche Debatte von der Pandemie, ihren Folgen sowie den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung beherrscht. Viele Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurden und werden kontrovers diskutiert. Daher stehen im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR die Sorgen und Einstellungen der Thüringer*innen bezüglich des Corona-Virus, die Bewertung der Maßnahmen ebenso wie die Folgen der Pandemie für sie selbst, das Gesundheitssystem, die Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie im Zentrum. In den differenzierten Einschätzungen und Bewertungen der Befragten spiegeln sich dabei auch die großen Herausforderungen für die Politik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen wider.

Der THÜRINGEN-MONITOR wird von der **Thüringer Staatskanzlei** in Auftrag gegeben. Die Grundlage ist eine repräsentative telefonische Befragung mit folgenden Eckdaten:

- Befragungszeitraum: 3. September bis 5. Oktober 2020
- Stichprobenziehung: nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik quotierte Zufallsauswahl unter Thüringer*innen, die bei Bundestagswahlen wahlberechtigt sind (Auswahl von Festnetzanschlüssen nach dem Gabler-Häder-Design)
- Stichprobengröße: 1.110 Befragte
- Datenerhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: ca. anderthalb Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von fünf Prozent), ca. drei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50 Prozent)

Auf die Methodik des THÜRINGEN-MONITORS wird im Anhang ausführlicher eingegangen. Über Grundlagen der Befragungsforschung und der statistischen Auswertungsverfahren informiert außerdem das Methoden-Glossar. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen der Befragten sind im Tabellenteil dokumentiert. Bei den gerundeten Prozentangaben im Text handelt es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente, d. h. die Antwortkategorien „weiß nicht“, „keine Angabe“ und „trifft nicht zu“ werden aus den Analysen ausgeschlossen.

Wir danken Herrn Thomas Ritter und seinem Team im CATI-Labor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die auch in diesem Jahr die telefonische Befragung durchführten. Ein besonderer Dank gilt Frau Ines Schildhauer, Frau Pauline Uhrmeister und Herrn Volker Brandy.

Jena, im Februar 2021

Marion Reiser

I. Einleitung

Das Jahr 2020 war im Freistaat Thüringen von zwei einschneidenden Ereignissen geprägt, die Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen stellten: Zunächst beherrschte die komplizierte Regierungsbildung als Folge der Landtagswahl 2019, bei der keine in Deutschland etablierte Regierungskoalition eine Mehrheit erlangte, die Debatte im Freistaat. Durch die Wahl Thomas Kemmerichs zum Ministerpräsidenten am 5. Februar 2020 wurde eine Regierungskrise ausgelöst. Zudem löste die Wahl ein „politisches Erdbeben“ (Deutschlandfunk 2020) – über die Grenzen Thüringens hinaus – aus, da nun das erste Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte ein Ministerpräsident mithilfe der Stimmen der AfD ins Amt gewählt worden sei. Überwunden werden konnte die Regierungskrise mit der Einigung von Linke, SPD, Grüne und der CDU auf den sogenannten Stabilitätspakt sowie dem Beschluss, den Landtag im Jahr 2021 neu zu wählen. Mit der Entscheidung für Neuwahlen folgte die Politik dabei scheinbar dem Wunsch der Thüringer*innen, von denen sich in einer Umfrage im Februar 2020 eine Mehrheit von 63 Prozent für die Auflösung und Neuwahl des Parlaments ausgesprochen hatte (MDR 2020a). Ob und inwieweit sich diese Entwicklungen auf der Landesebene auf das politische Vertrauen der Menschen in Thüringen ausgewirkt haben, kann im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR jedoch nicht eindeutig untersucht werden. Denn nur wenige Wochen nach der umstrittenen Ministerpräsidentenwahl sollten die Entwicklungen rund um das Corona-Virus alle anderen politischen Fragen in den Schatten stellen, was das Antwortverhalten der Befragten in hohem Maße prägen dürfte.

Seit dem Frühjahr 2020 wird das Leben der Menschen und die öffentliche Debatte von der Corona-Pandemie, ihren Folgen und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung beherrscht. Da der Kampf gegen das Corona-Virus Politik und Gesellschaft vor schwerwiegende Herausforderungen stellt, ist die COVID-19-Pandemie das Schwerpunktthema des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS. Das Corona-Virus verursacht die neuartige Lungenerkrankung COVID-19, die zunächst ab Dezember 2019 in der chinesischen Stadt Wuhan auffällig wurde und sich im Frühjahr 2020 zu einer Pandemie mit globalem Ausmaß entwickelte. Bis zum Jahresende 2020 erkrankten über 40.000 Thüringer*innen an dem Virus und beinahe 1.000 Menschen starben im Freistaat an und mit dem Virus (RKI 2020a). Im Rahmen der Pandemiebekämpfung kam es ab dem 23. März 2020 zu einer zeitweisen Lahmlegung („Shutdown“ oder „Lockdown“) des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Deutschland und auch im Freistaat Thüringen. Damit sollte die Verbreitung des Virus eingedämmt und sichergestellt werden, dass Patient*innen mit schweren Krankheitsverläufen noch medizinisch versorgt werden konnten und das Gesundheitssystem nicht an die Grenzen seiner Kapazität gelangte. Viele Beschäftigte, u. a. im Gastgewerbe, im Einzelhandel und der Kulturbranche, treffen die Maßnahmen – trotz milliardenschwerer Hilfspakete der Politik – in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht hart. So werden beispielsweise Familien durch die Schließung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen ebenso wie ältere und pflegebetreffene Menschen vor besondere Herausforderungen gestellt. Nicht zu vergessen ist das Leid derjenigen Thüringer*innen, die schwer erkrankt sind oder nahe Angehörige und Freund*innen durch das Corona-Virus verloren haben.

Viele der beschlossenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, wie die Schließung von Schulen und die Einschränkung von Grundrechten, wurden (und werden) von Politik und Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Umfragen zeigen jedoch, dass eine große Mehrheit der Bürger*innen die Maßnahmen sinnvoll findet bzw. sie nicht für übertrieben hält. So fanden etwa Mitte September 2020 – zu einem Zeitpunkt, als auch die Befragung des THÜRINGEN-MONITORS durchgeführt wurde – 69 Prozent der befragten Deutschen die geltenden Maßnahmen „gerade richtig“; lediglich elf Prozent fanden sie übertrieben (ZDF 2020a). Die strengen Maßnahmen des ersten

bundesweiten Shutdowns im April hielten zum damaligen Zeitpunkt sogar rund drei Viertel der Befragten für „gerade richtig“. 16 Prozent wünschten sich sogar noch härtere Maßnahmen, während lediglich neun Prozent die Maßnahmen für übertrieben hielten. Die strengen Kontaktbeschränkungen unterstützten sogar 90 Prozent der Deutschen im April 2020 (ZDF 2020b). Studien zeigen jedoch, dass die Zustimmung zu den Maßnahmen mit dem Infektionsgeschehen variiert: Hohe Fallzahlen bedingen auch eine breitere Unterstützung für die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie (vgl. z. B. COSMO 2021a). Für die Interpretation und Bewertung der Ergebnisse im THÜRINGEN-MONITOR ist daher die zeitliche Einordnung der Befragung von hoher Bedeutung: Zum Zeitpunkt der Befragung im September und Oktober 2020 waren die Infektionszahlen insgesamt gering. Zudem war Thüringen von der ‚ersten Welle‘ der Infektionen im Frühjahr 2020 kaum betroffen. Die zweite Welle, von der Thüringen schwer betroffen ist, setzte erst nach Abschluss der Befragung ein. Diese geringe Betroffenheit der Thüringer*innen durch die Krankheit zum Zeitpunkt der Befragung dürfte das Antwortverhalten der Befragten daher beeinflusst haben, sodass die Ergebnisse vor diesem Hintergrund bewertet werden müssen.

Gegen die zum Teil weitgehenden Einschränkungen gab es sowohl bundesweit als auch in Thüringen jedoch auch Anti-Corona-Proteste, die durch eine heterogene Zusammensetzung geprägt waren (und sind): Neben der Äußerung von Kritik, Ängsten und Sorgen über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie, vertrat ein Teil der Demonstrationsteilnehmer*innen „Corona-skeptische“ Haltungen (bspw. eine Verharmlosung oder Leugnung des Virus) und zeigte einen Hang zum Verschwörungsdenken. Zudem wurde immer wieder eine mangelnde Distanzierung der Anti-Corona-Kundgebungen von Rechtsextremist*innen kritisiert (Die ZEIT 2020; Flade & Mascolo 2020). Eine Verharmlosung bzw. Leugnung des Virus und eine dadurch geringere Akzeptanz und Bereitschaft, die Regeln einzuhalten (vgl. Kapitel III.4), gefährdet die erfolgreiche Bewältigung der Pandemie. So beruhen die zentralen Maßnahmen (Kontaktreduzierung, Abstand halten, Mobilitätseinschränkungen, Impfen) auf der Mitwirkung und Akzeptanz der breiten Bevölkerung und können auch durch kleinere Gruppen beeinträchtigt werden. Zugleich stellt die Pandemie eine große Herausforderung für die Politik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen dar.

Kapitel II beleuchtet zunächst die aktuell verfügbaren Rahmendaten zur ökonomischen und soziodemographischen Entwicklung in Thüringen. Dabei wird auch ein Überblick über den bisherigen Verlauf der Corona-Pandemie im Freistaat gegeben.

In Kapitel III stehen die Sorgen und Einstellungen der Thüringer*innen zum Schwerpunktthema ‚Corona-Pandemie in Thüringen‘ im Mittelpunkt. Dabei geht es zunächst um die Wahrnehmung der Gefahren und Auswirkungen des Virus auf die eigene Gesundheit und die persönliche wirtschaftliche Situation (Kapitel III.1). Anschließend werden die Einstellungen der Thüringer*innen zu den Pandemiebekämpfungsmaßnahmen untersucht (Kapitel III.2): Wie bewerten die Menschen im Freistaat die von der Politik verhängten Maßnahmen? Wie zufrieden sind sie mit dem Krisenmanagement der Politik in Corona-Zeiten und sind sie bereit, sich impfen zu lassen? Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den Folgen der Pandemie. Hier fragten wir die Umfrageteilnehmer*innen danach, wie sich ihr persönliches Leben im Zuge der COVID-19-Pandemie verändert hat und welche Gefahren sie für das Gesundheitssystem, die Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie sehen (Kapitel III.3). Während die überwiegende Mehrheit der Thüringer*innen mit den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und dem Krisenmanagement der Politik zufrieden waren, weist eine Minderheit der Menschen im Freistaat Corona-skeptische Tendenzen auf und glaubt an Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Pandemie. Der letzte Abschnitt des dritten Kapitels wirft daher einen genaueren Blick auf diese Gruppe der Corona-Skeptiker*innen (Kapitel III.4).

Kapitel IV berichtet wie in jedem Jahr die aktuelle Befundlage zur Demokratiezufriedenheit (Kapitel IV.1), zum Institutionenvertrauen (Kapitel IV.2) sowie zur politischen Partizipation bzw. Partizipationsbereitschaft der Thüringer*innen (Kapitel IV.3) und schreibt die Zeitreihen der früheren Untersuchungen fort. Wie seit dem ersten THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000 üblich, legt dieses Kapitel auch einen Schwerpunkt auf die Messung rechtsextremer (d. h. ethnozentrischer und neonationalsozialistischer) Einstellungen (Kapitel IV.4). Ein weiterer zentraler Bestandteil von Kapitel IV ist zudem der Themenkomplex „Migration, Integration, Diversität“ (Kapitel IV.5).

In Kapitel V werden schließlich die zentralen Befunde des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS im Rahmen eines Fazits zusammengefasst.

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und demographische Entwicklung

Die ökonomischen und demographischen Bedingungen, unter denen die Thüringer*innen leben, bilden wie in jedem Jahr den kontextuellen Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS. Damit wird die subjektive Sicht der Thüringer*innen in den Kontext objektiver Daten zur ökonomischen Lage und demographischen Entwicklung im Freistaat eingebettet. Außerdem stellt in diesem Jahr die Corona-Pandemie einen entscheidenden Einfluss auf das Antwortverhalten dar, sodass auch die pandemiebezogenen Entwicklungen im Freistaat in diesem Kapitel kurz referiert werden.

Abb. 1 *Einschätzung der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen sowie der individuellen finanziellen Lage, 2000-2020*
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = schlecht/ab 2012: sehr schlecht bis 4 = sehr gut)

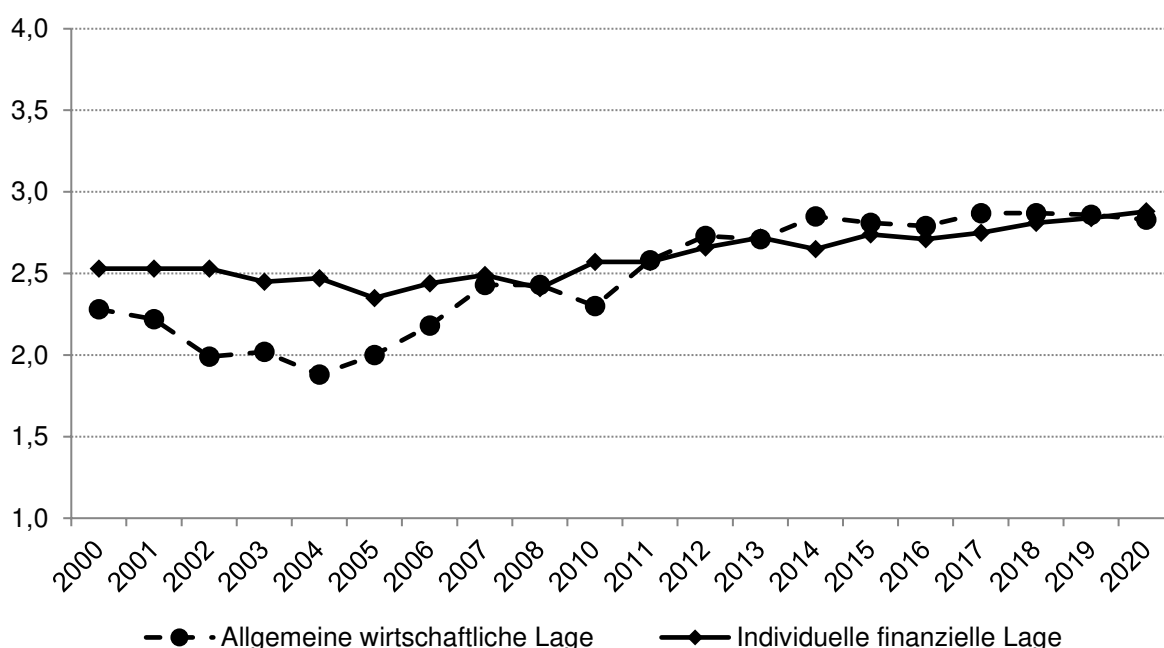


Abbildung 1 zeigt, wie die Thüringer*innen die wirtschaftliche Situation im Freistaat sowie ihre eigene finanzielle Lage bewerten. Bemerkenswert ist, dass es trotz der durch die Corona-Krise verursachten wirtschaftlichen Rezession und der monatelangen Lahmlegung des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens keine signifikanten Unterschiede zur Bewertung im Vorjahr gibt. Trotz der widrigen Umstände und obwohl die überwiegende Mehrheit der Thüringer*innen die Corona-Krise als Gefahr für die Wirtschaft einstuft (siehe Kapitel III.3.), nehmen die Befragten unverändert eine gute Bewertung der wirtschaftlichen Lage im Freistaat vor (Mittelwert 2,83; Vorjahr: 2,86). Auch die Bewertung der individuellen ökonomischen Situation bleibt auf dem Niveau des Vorjahres (Mittelwert 2,88; Vorjahr: 2,84). Es kann vermutet werden, dass die von der Politik beschlossenen Maßnahmen (u. a. vereinfachter Zugang zum Kurzarbeitsgeld, Hilfspakete für kleine Unternehmen und Soloselbstständige) zumindest bis zum Befragungszeitpunkt im September/Oktober 2020 die gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für die meisten Thüringer*innen abfedern konnten. Zudem beurteilten die Thüringer*innen die wirtschaftliche Situation vor dem Hintergrund niedriger Infektionszahlen und eines Aufholprozesses der Wirtschaft über den Sommer (BMWI 2020) – also vor Beginn der zweiten Infektionswelle und des zweiten Shutdowns.

Um nicht nur die subjektive Einschätzung der sozioökonomischen Lage der Befragten zu beobachten, sondern um sich auch auf objektive Daten stützen zu können, wird im THÜRINGEN-MONITOR das Haushaltsnettoeinkommen (in Einkommensintervallen) abgefragt. In Verbindung mit den ebenfalls erhobenen Angaben zu Haushaltsgröße und Kinderzahl lässt sich daraus ein sogenanntes Nettoäquivalenzeinkommen¹ der Befragten schätzen, das die unterschiedlichen Lebens- und Einkommensbedingungen so weit wie möglich berücksichtigt und die Vergleichbarkeit erhöht. Die im Vergleich zum Beginn der 2010er Jahre verbesserte Einkommenssituation scheint sich in den letzten vier Jahren auf einem gleichmäßigen Niveau stabilisiert zu haben, sodass sich der Durchschnittswert für 2020 in die Vorjahreswerte einreicht (vgl. Abb. 2). Hier scheint es durch die Corona-Krise somit ebenfalls (noch) keine signifikanten Veränderungen gegeben zu haben.

Insgesamt beziehen rund 67 Prozent der Befragten, für die ein Einkommenswert errechnet werden konnte, nach den Standards der Sozialstatistik² ein mittleres Einkommen. 22 Prozent gelten als Bezieher*innen von Niedrigeinkommen und elf Prozent verfügen über ein hohes Einkommen. Damit zeigen sich auch hier – trotz der Corona-Krise – keine Unterschiede zum Vorjahr (vgl. TM 2019: 13 f.). Unterdurchschnittlich fällt das Nettoäquivalenzeinkommen für Befragte mit einer formal niedrigen Bildung (v.a. ohne Schulabschluss oder einem Abschluss vor der 10. Klasse), für Auszubildende sowie für Arbeitslose aus. Erwerbslose verfügten im Mittel über ein Nettoäquivalenzeinkommen von 1.090 Euro und lagen damit fast 800 Euro unter dem durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen aller Befragten; Auszubildende hatten im Schnitt rund 600 Euro weniger als der Durchschnitt. Im Kontrast dazu verfügten Berufstätige 2020 im Mittel über ein Nettoäquivalenzeinkommen von 2.167 Euro.

¹ Das (monatliche) Nettoäquivalenzeinkommen wird wie folgt berechnet (vgl. Geißler 2014: 72, Datenreport 2016: 170, ARB 2017; vgl. TM 2017: 39 ff. u. 219, TM 2018: 19 ff., TM 2019: 13 f.): Das Haushaltsnettoeinkommen wird durch die gewichtete Anzahl der im Haushalt lebenden Personen geteilt, wobei für die befragte Person der Gewichtungsfaktor 1, für jede weitere erwachsene Person der Gewichtungsfaktor 0,5 und für jedes Kind (bis 14 Jahre) der Gewichtungsfaktor 0,3 gilt. Da (im Unterschied zu in der Sozialstatistik üblichen Einkommensstichproben, dem Mikrozensus bzw. dem Sozio-oekonomischen Panel) das Haushaltsnettoeinkommen im THÜRINGEN-MONITOR nur in Klassen abgefragt werden kann, handelt es sich hier um die *Obergrenzen der Nettoäquivalenzeinkommen*, also um die maximal erzielten monatlichen Nettoeinkommen pro befragter Person. Die Höhe und Anteile unterer Einkommen werden dadurch tendenziell überschätzt, die Höhe der oberen Einkommen hingegen unterschätzt, da bei Letzteren zur Berechnung eine Obergrenze von 6000 Euro festgelegt wurde. Des Weiteren wird im THÜRINGEN-MONITOR zwar die Zahl der Kinder unter 18 abgefragt, es ist aber nicht erkennbar, inwieweit es sich auch um Kinder unter 15 Jahren handelt. Um jedoch zu verhindern, dass Nettoäquivalenzeinkommen von Befragten mit Kindern stark unterschätzt werden, wurde der Gewichtungsfaktor für Kinder auf 0,3 festgelegt. Informationen darüber, ob die befragte Person Allein- oder Hauptverdiener*in ist bzw. wie viele Personen im Haushalt eigene Einkommen erzielen, liegen nicht vor. Die Nettoäquivalenzeinkommensangaben für Befragte des THÜRINGEN-MONITORS verstehen sich folglich immer als *Schätzungen*. Die Nettoäquivalenzeinkommen konnten nur für die angegebenen Jahre berechnet werden, da in anderen THÜRINGEN-MONITOREN die erforderlichen Angaben (Haushaltsnettoeinkommen, Anzahl der Personen im Haushalt, Anzahl der Kinder) nicht oder nur unvollständig abgefragt wurden. Die Berechnung erfolgte an dieser Stelle nur auf Grundlage gültiger Angaben, d. h. *ohne* eine regressionsanalytische Imputation fehlender Werte.

² Geschätzte *Nettoäquivalenzeinkommens-Obergrenzen (s.o.)*, gruppiert. Diese Einkommensgruppen wurden wie folgt gebildet: Der Median (Wert am mittleren Rangplatz) des *geschätzten* monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR beträgt 2000 Euro. 60 Prozent des Medians (hier: 1200 Euro) gelten üblicherweise als „Armutgefährdungsschwelle“; Einkommen darunter gelten als gering. Einkommen oberhalb 150 Prozent des Medians (hier: 3000 Euro) gelten als hoch. Die Einkommen zwischen 60 Prozent und 150 Prozent des Medians gelten als mittlere Einkommen (vgl. TM 2017: 41 f. sowie dortige FN 19, 20 und 21).

Abb. 2 *Geschätzte monatliche Nettoäquivalenzeinkommen (Obergrenzen) der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2010, 2013–2020 (in Euro)*

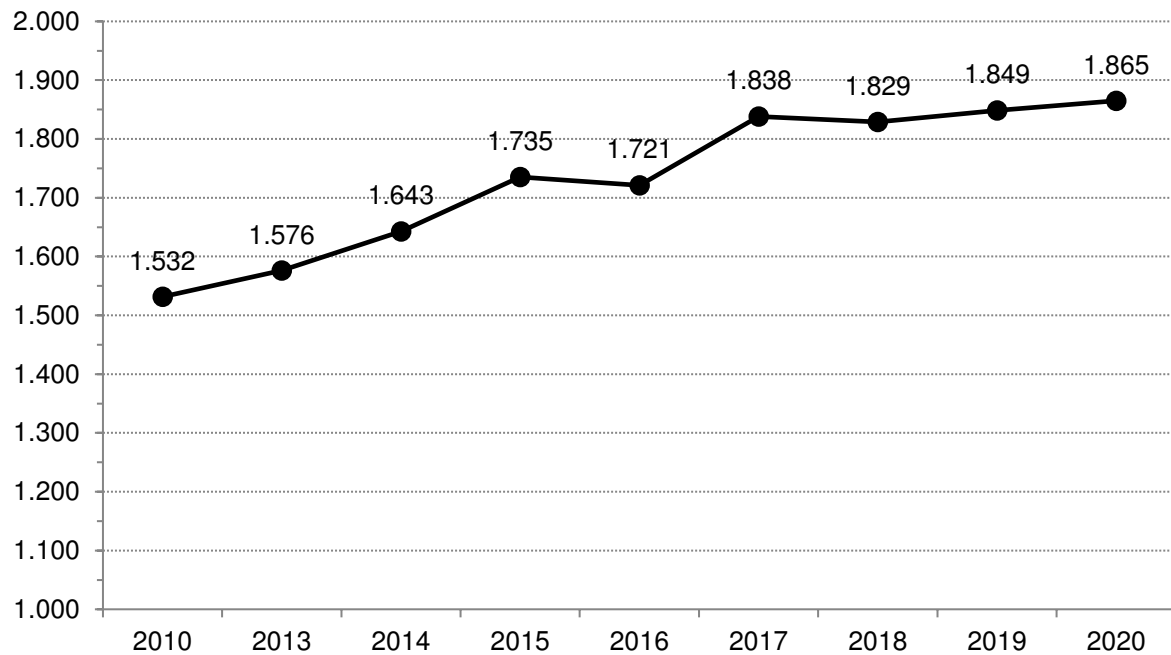


Abb. 3 *Bewertung der individuellen finanziellen Lage als „gut“, Einschätzung, „den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen, und Statusverlustangst nach Nettoäquivalenzeinkommen (gruppiert) im THÜRINGEN-MONITOR 2020 (in Prozent)*

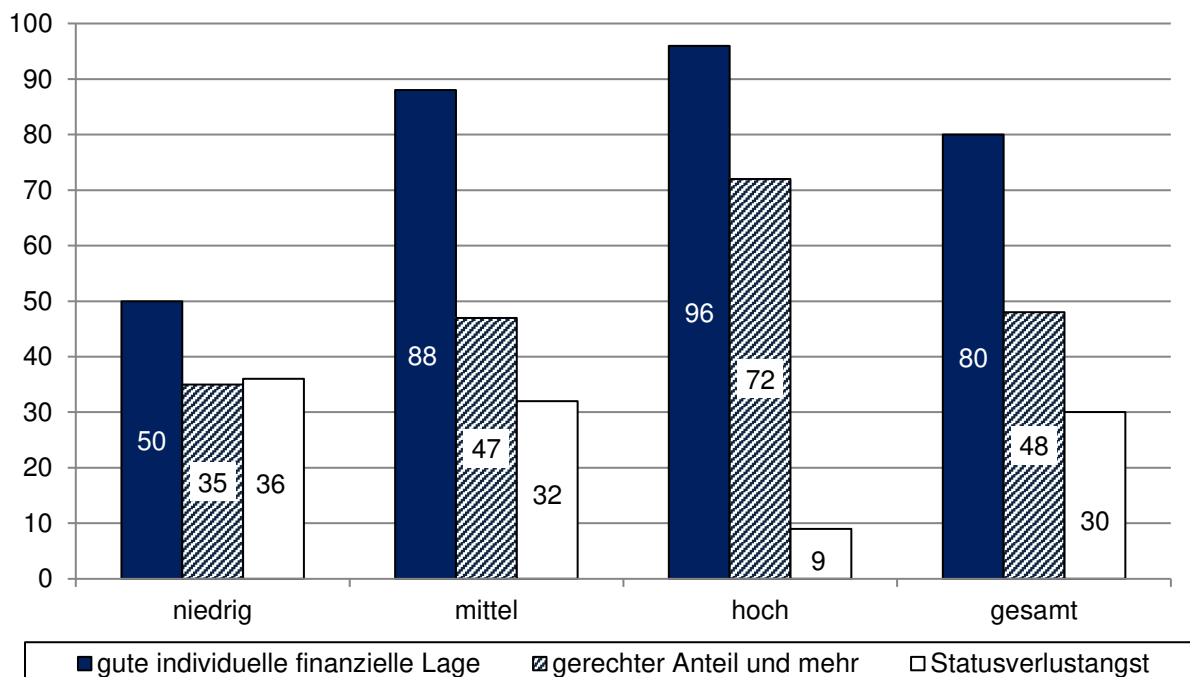


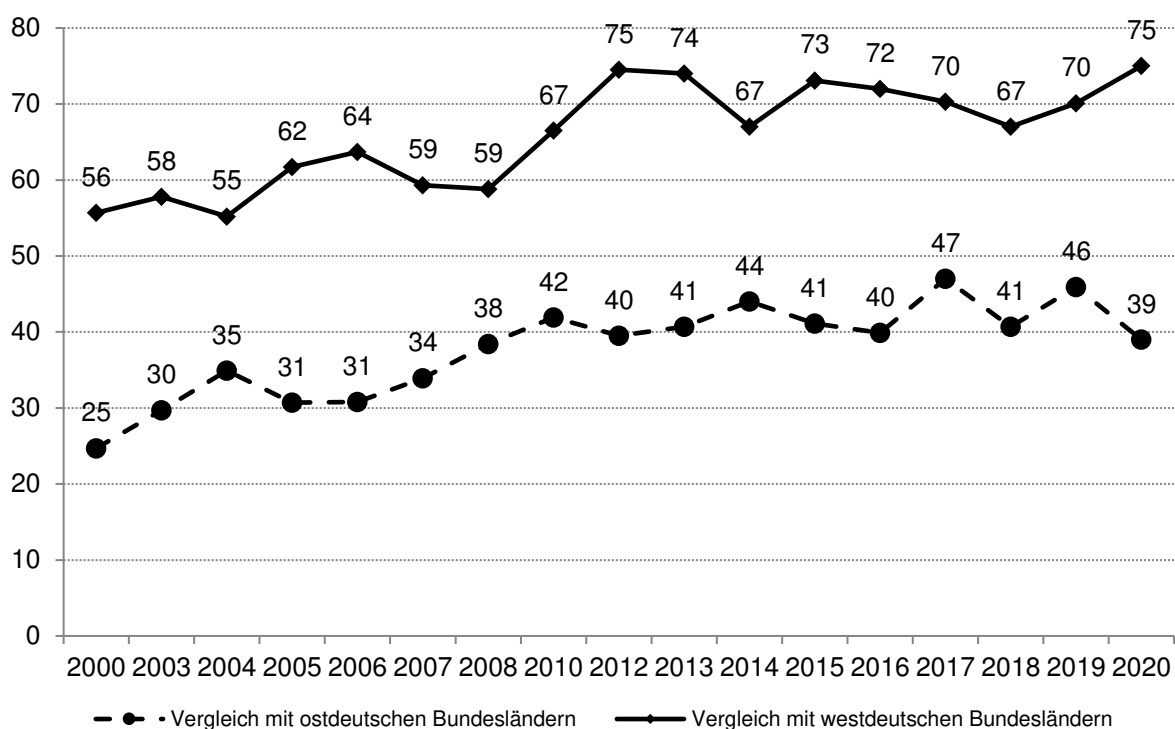
Abbildung 3 zeigt den Zusammenhang zwischen dem Nettoäquivalenzeinkommen der Befragten und ihrer Bewertung der individuellen finanziellen Lage, ihrer Einschätzung, „den gerechten Anteil oder mehr“ zu bekommen sowie die Statusverlustangst. Nicht verwunderlich ist, dass der Anteil derjenigen, die ein Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle haben, ihre finanzielle Situation deutlich seltener als „gut“ bewerten als der Durchschnitt aller Befragten (50 Prozent vs. 80 Prozent). Abstiegsangst, also die Sorge, „auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“, wird von Bezieher*innen von Niedrigeinkommen ebenfalls häufiger geäußert als von den übrigen Befragten. Ein wichtiger Befund, der bereits in den vergangenen THÜRINGEN-MONITOREN (u. a. TM 2019: 15) diskutiert wurde, ist jedoch, dass auch Befragte mit mittlerem Einkommen ähnlich häufig Statusverlustängste äußern. Dies verdeutlicht, dass sich die Furcht vor dem sozialen Abstieg nicht auf die aktuelle Situation bezieht, sondern auf das, was kommt oder kommen könnte. Bemerkenswert ist jedoch, dass der Anteil der Befragten, die Statusverlustängste plagen, trotz der gleichzeitig geäußerten Befürchtung von ökonomischen Folgen der Corona-Krise (vgl. Kapitel III) im Vergleich zum Vorjahr insgesamt gesunken ist. So äußerten 2020 30 Prozent der befragten Thüringer*innen die Befürchtung, „auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ (2019: 38 Prozent). In der Gruppe der Bezieher*innen von Niedrigeinkommen ging der Anteil derjenigen, die Abstiegsängste äußerten, sogar von 58 auf 36 Prozent zurück (vgl. TM 2019: 15). Im Kontrast dazu ist der Anteil der Befragten mit einem Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, die ihre eigene finanzielle Situation als „gut“ bewerten, gegenüber 2019 um acht Prozentpunkte gesunken. Hier spielen möglicherweise Einkommenseinbußen im Zusammenhang mit der Corona-Krise eine Rolle, da v. a. die Bezieher*innen niedriger Einkommen von Kurzarbeit, Beurlaubungen und Entlassungen betroffen waren (Möhring u. a. 2020).

Lediglich knapp weniger als die Hälfte der Thüringer*innen war insgesamt der Ansicht, sie bekämen „den gerechten Anteil oder mehr“. In das oben beschriebene Bild fügt sich ein, dass dies nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten in der niedrigsten Einkommensgruppe glaubt. Allerdings sind auch 53 Prozent der Bezieher*innen mittlerer Einkommen der Auffassung, sie bekämen *nicht* den gerechten Anteil. Die wahrgenommene Statusverlustangst in Verbindung mit dem Deprivationsgefühl (d. h. die Kombination einer negativen Beurteilung der individuellen wirtschaftlichen Lage und die Einschätzung, weniger als den „gerechten Anteil“ zu bekommen), kann politische Sprengkraft entfalten, da sie sich beispielsweise negativ auf die Demokratiezufriedenheit auswirken (vgl. Kapitel IV.1) und einen Hang zu Verschwörungsdenken fördern (vgl. Kapitel III.4).

Im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern (vgl. Abb. 4) bewerten die Thüringer*innen die wirtschaftliche Situation des Freistaats nun schlechter als im Vorjahr. Waren 2019 noch 46 Prozent der Befragten der Meinung, dass Thüringen im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern besser dastehe, so waren es 2020 nur noch 39 Prozent – und damit so wenig wie seit über zehn Jahren nicht mehr. Hingegen fällt der Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern besser aus als in den Vorjahren. So stimmten drei Viertel der Befragten der Aussage zu, dass Thüringen „den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“ brauche. Allerdings wird hier nicht explizit nach einem Vergleich der wirtschaftlichen Lage gefragt, sodass auch andere gesellschaftliche oder soziale Aspekte bei der Beurteilung eine Rolle spielen könnten.

Abb. 4 *Einschätzung Thüringens im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2020*

(Zustimmung in Prozent: „Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern.“ und „Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.“)

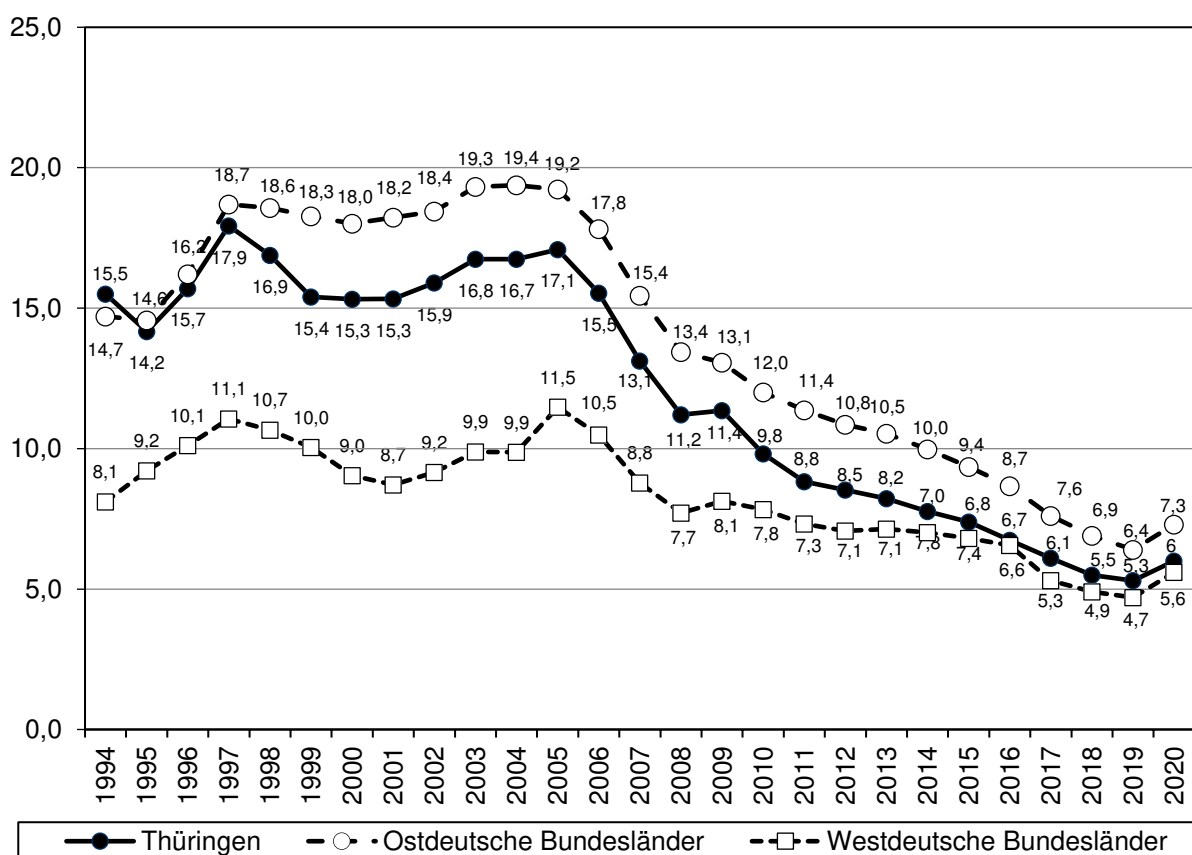


Nahezu alle Bereiche der Wirtschaft waren und sind von der Corona-Krise betroffen: Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wurden der Einzelhandel und das Gastgewerbe geschlossen, Großveranstaltungen abgesagt und zeitweilig die Grenzen geschlossen. Damit wurden Lieferketten unterbrochen, und die Industrie stornierte oder verschob Aufträge wegen fehlender Absatzmöglichkeiten. Sowohl die Konsumnachfrage als auch die Exporte kamen während des ersten Lockdowns daher nahezu zum Erliegen. Dadurch hat sich im Zuge der Corona-Krise die gesamtwirtschaftliche Lage stark verschlechtert und Deutschland rutschte in eine Rezession: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank im Jahr 2020 um fünf Prozent (Tagesschau 2021a). Nur in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 war das BIP noch stärker gesunken (minus 5,7 Prozent). Daten für Thüringen liegen bislang nur für das erste Halbjahr 2020 vor. Hier spiegelt sich jedoch der Bundestrend wider und das Bruttoinlandsprodukt in Thüringen schrumpfte im ersten Halbjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,3 Prozent (Deutschland: minus 6,6 Prozent). Im zweiten Halbjahr dürfte aber auch in Thüringen eine leichte Erholung stattgefunden haben. Mit Ausnahme Sachsens (minus 6,5 Prozent) fiel der Rückgang des preisbereinigten BIP in den anderen ostdeutschen Bundesländern schwächer aus (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020). Insofern spiegelt die gegenüber dem Vorjahr beinahe unverändert gute Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Thüringens durch die Befragten (noch) nicht die negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung wider.

Auch für den Arbeitsmarkt hatte die Corona-Krise negative Folgen. Während vor dem Beginn der Corona-Pandemie die Erwerbslosigkeit in Thüringen kontinuierlich gesunken war, ist die Arbeitslosenquote 2020 leicht angestiegen (vgl. Abb. 5). In Thüringen erhöhte sie sich um 0,7 Prozentpunkte auf sechs Prozent (2019: 5,3 Prozent) und befand sich damit in etwa wieder

auf dem Niveau von 2017. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Thüringen fiel – im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern insgesamt und den westdeutschen Ländern (je +0,9 Punkte) – minimal geringer aus. Die Erwerbslosenquote in Gesamtdeutschland erhöhte sich von 5,0 auf 5,9 Prozent. Im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern hatte Thüringen die niedrigste Arbeitslosenquote (Brandenburg: 6,2 Prozent; Mecklenburg-Vorpommern: 7,8 Prozent; Sachsen: 6,1 Prozent; Sachsen-Anhalt 7,7 Prozent).

Abb. 5 Arbeitslosenquoten aller ziviler Erwerbspersonen in Thüringen, Ostdeutschland und Westdeutschland 1994–2020 (in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2020, Thüringer Landesamt für Statistik.³

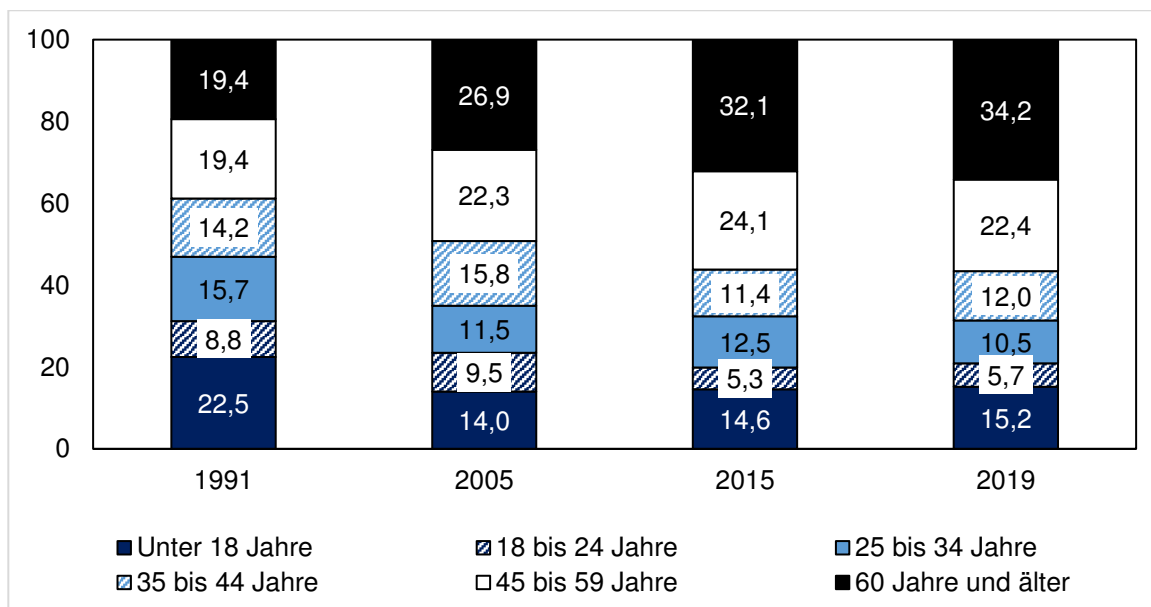
Um die negativen Folgen der Corona-Krise für den Arbeitsmarkt abzufedern, beschloss die Bundesregierung eine Vereinfachung des Zugangs zum Kurzarbeitergeld. Das Kurzarbeitergeld wird von der Bundesagentur für Arbeit gezahlt, um die Arbeitgeber*innen zu entlasten, sodass diese ihre Beschäftigten auch bei Einnahmeausfällen halten können. Von der Regelung zum Kurzarbeitergeld machten zahlreiche Unternehmen Gebrauch. Zwischen März und Oktober 2020 wurde in Thüringen für über 300.000 Beschäftigte Kurzarbeit angemeldet, das entspricht ca. einem Drittel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die tatsächlich realisierte Kurzarbeit lag jedoch darunter. Nachdem die Zahl der Kurzarbeiter*innen mit rund 140.000 im Mai ihren Höhepunkt erreicht hatte, sanken die Zahlen zunächst kontinuierlich. Allerdings stieg die Zahl der

³ <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000320%7C%7C>.

Anmeldungen von Kurzarbeit mit Beginn des zweiten Lockdowns ab November wieder spürbar an (BA Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen 2020; Girwert 2021). Für die Beschäftigten ist die Kurzarbeit mit Einkommenseinbußen verbunden: Arbeitnehmer*innen in Kurzarbeit bekommen für die ersten drei Monate 60 Prozent ihres Nettolohns; Beschäftigte mit mindestens einem Kind erhalten 67 Prozent. Die Höhe des Kurzarbeitsgeldes steigt mit zunehmender Bezugsdauer auf bis zu 80 bzw. 87 Prozent. Insgesamt zeigt das skizzierte Bild, dass viele Arbeitsplätze in Thüringen trotz des Shutdowns durch Kurzarbeit erhalten werden konnten und die Zugänge in die Arbeitslosenstatistik daher eher moderat ausfielen.

Wie schon in den Vorjahren (vgl. z. B. TM 2019: 16) setzte sich der negative Trend in der Bevölkerungsentwicklung Thüringens fort. Ende 2019 lebten noch 2.133.378 Menschen im Freistaat und somit fast 10.000 weniger als 2018 und 438.691 weniger als 1991. Dieser Bevölkerungsschwund führte im Zeitverlauf der letzten 30 Jahre zu einer deutlichen Alterung der Thüringer Bevölkerung. Der Bevölkerungsrückgang ist v. a. auf den negativen Saldo von Sterbezahlen und Geburtenzahlen zurückzuführen: Im Jahr 2019 wurden in Thüringen 16.647 Geburten registriert; es verstarben 29.196 Menschen (Thüringer Landesamt für Statistik 2020a). Der Wanderungssaldo in den Freistaat war hingegen 2019 das dritte Jahr in Folge positiv: Es zogen mehr Personen nach Thüringen als den Freistaat verließen. Im Einzelnen zogen 2019 mit 54.017 leicht weniger Menschen in den Freistaat als 2018; 26.585 der Zuzügler*innen stammten aus dem Ausland. 50.645 Menschen verließen den Freistaat (Thüringer Landesamt für Statistik 2020b). 3.558 Personen stellten 2019 einen Asylantrag in Thüringen, 2020 waren es 2.951 (BAMF 2021). Ein Grund für den Rückgang der Zahlen dürfte die Corona-Krise und die zwischenzeitlich verhängten Grenzsicherungen gewesen sein. Ein weiterer Grund ist die verstärkte Schließung der EU-Außengrenzen für Migrant*innen.

Abb. 6 *Zusammensetzung der Thüringer Bevölkerung nach Altersgruppen, 1991–2019 (in Prozent)*



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik.⁴

⁴ <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000103%7C%7C>.

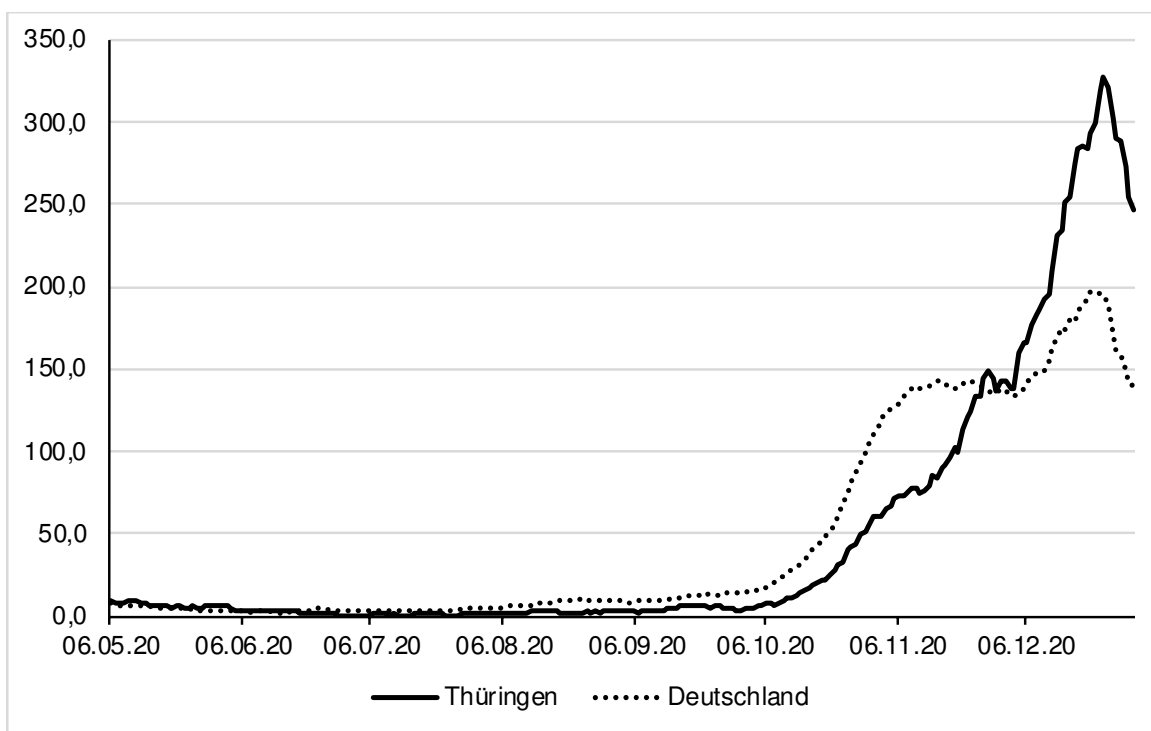
Abbildung 6 illustriert den demographischen Wandel in Thüringen (für vertiefende Informationen zu den Auswirkungen des demographischen Wandels siehe z. B. TM 2018: 23 ff. und TM 2019). Waren vor 15 Jahren noch 27 Prozent der Thüringer*innen über 60 Jahre alt, sind es Ende 2019 bereits über 34 Prozent. Auch in absoluten Zahlen ist die Alterskohorte der über 60-Jährigen in den vergangenen Jahren noch einmal angewachsen, von 697.682 (2015) auf 730.456 Menschen (2019). Die alternde Gesellschaft besitzt auch mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema eine zentrale Bedeutung, da die Älteren als besonders gefährdet für einen schweren Verlauf der COVID-19 Erkrankung gelten (vgl. RKI 2020b).

Aufgrund des diesjährigen Schwerpunktthemas werden die Hintergründe und Auswirkungen des Corona-Virus im Folgenden kurz erörtert: Die durch das Corona-Virus verursachte neuartige Lungenerkrankung COVID-19 wurde ab Dezember 2019 erstmals in der chinesischen Stadt Wuhan auffällig. Von dort aus verbreitete sie sich global und erreichte Deutschland Ende Januar 2020. Hierzulande wurde der erste Fall einer Infektion mit dem Corona-Virus am 27. Januar 2020 in Bayern gemeldet. Der erste positiv getestete Fall in Thüringen wurde am 2. März im Saale-Orla-Kreis gemeldet. In den folgenden Wochen wurden auch aus den anderen Regionen Thüringens weitere Infektionen berichtet (Süddeutsche Zeitung 2020a, MDR 2020b). Am 11. März 2020 stufte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch des Corona-Virus als weltweite Pandemie ein (WHO 2020). Mit dem weitgehenden Herunterfahren sozialer, ökonomischer und kultureller Aktivitäten in Deutschland ab dem 23. März konnte die Verbreitung des Virus vorübergehend eingedämmt werden. Die Zahlen der gemeldeten Neuinfektionen gingen in den Sommermonaten deutlich zurück. Ähnlich wie andere ostdeutsche Bundesländer auch, war Thüringen von der ersten Welle der Pandemie nur vergleichsweise schwach betroffen. Das zeigt sich auch daran, dass nur 12 Prozent der befragten Thüringer*innen in den Monaten vor der Befragung im September/Oktober selbst am Virus erkrankt waren oder persönlichen Kontakt mit bereits am Virus erkrankten Personen gehabt haben (vgl. Kapitel III.1).

Abbildung 7 zeigt die Entwicklung der 7-Tage-Inzidenz in Thüringen. Diese zeigt die Anzahl der COVID-19 Fälle pro 100.000 Einwohner*innen in den vergangenen sieben Tagen und wird gemeinhin als Grundlage für die Einschätzung der Pandemieentwicklung genutzt. Sie schwankte in Thüringen während der Sommermonate (Juni bis August) zwischen 0,7 und 6,6 (Bund: 2,5 bis 10,5) und lag im Befragungszeitraum (3. September bis 5. Oktober) zwischen 2,4 und 6,9. Wie in Abbildung 7 zu erkennen, nahm die Zahl der Infektionen im November 2020 sehr stark zu und stieg im Dezember 2020 – trotz neuerlicher staatlicher Einschränkungen ab Mitte November – nochmals dramatisch an. Ab dem 21. November lag die 7-Tage-Inzidenz im Freistaat konstant über 100 und ab dem 12.12.2020 konstant über einem Wert von 200. Zudem lag die 7-Tage-Inzidenz für Thüringen seit Anfang Dezember über dem bundesweiten Durchschnitt. Thüringen entwickelte sich – neben Sachsen – zu dem am stärksten betroffenen Bundesland. Insgesamt hatten sich bis Ende Dezember 2020 über 40.000 Thüringer*innen nachweislich mit dem Corona-Virus infiziert. Auch die Zahl der im Zusammenhang mit dem Virus stehenden Todesfälle stieg zum Jahresende dramatisch an (vgl. Abb. 8): Binnen eines Monats starben im Dezember 2020 mehr Menschen an und mit dem Virus als in den neun Monaten zuvor und die Zahl der Corona-Sterbefälle stieg von 347 (30.11.2020) auf 995 (31.12.2020).⁵

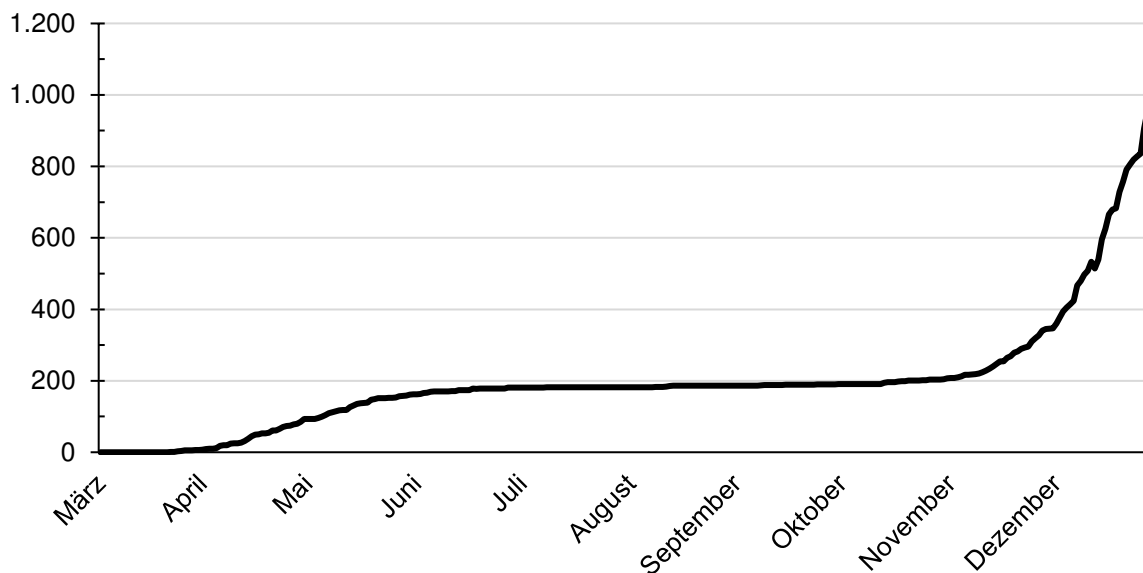
⁵ Vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Gesamt.html.

Abb. 7 7-Tage-Inzidenz für Thüringen und Deutschland im Vergleich, Mai-Dezember 2020



Quelle: Robert Koch-Institut.⁶

Abb. 8 Zahl der kumulierten Sterbefälle im Zusammenhang mit dem Corona-Virus in Thüringen März bis Dezember 2020



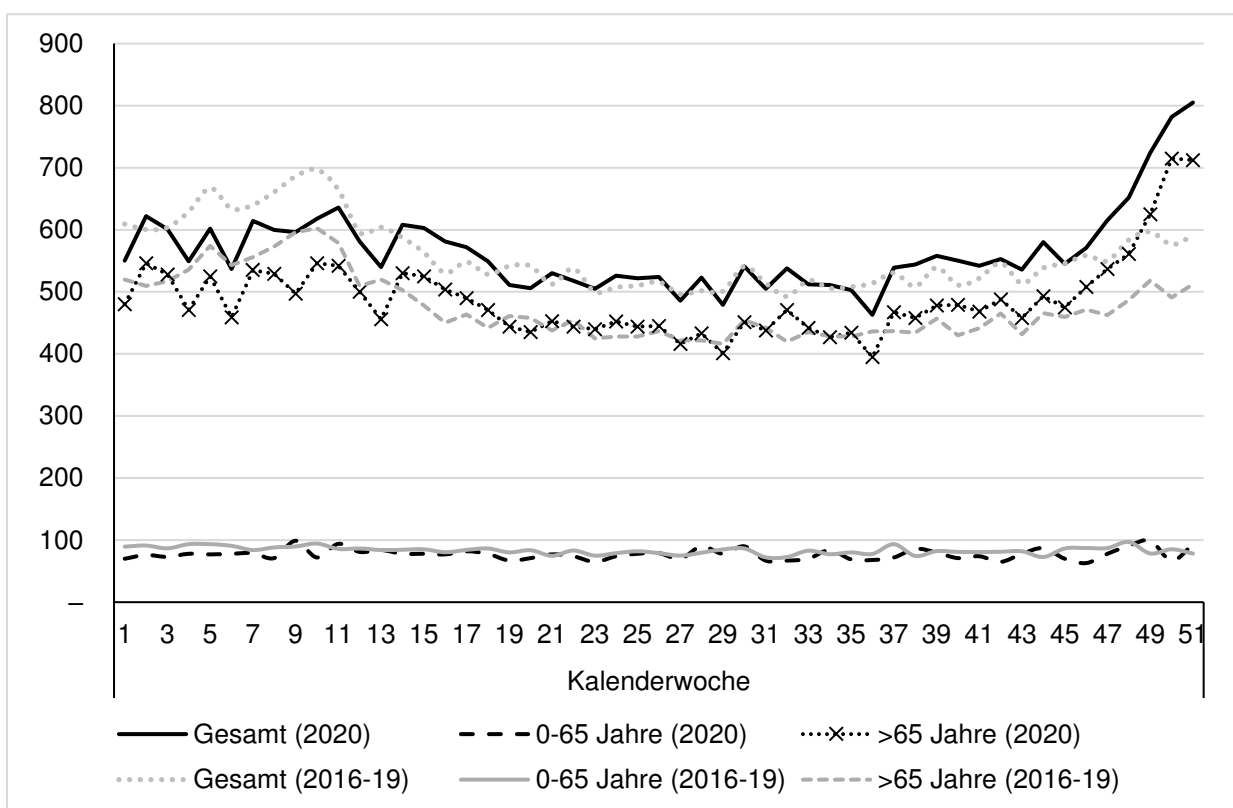
Quelle: Robert Koch-Institut.⁷

⁶ Vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Fallzahlen_Kum_Tab.xlsx;jsessionid=E8B279A5AB8C2A782507405DCA472E54.internet101?_blob=publicationFile.

⁷ https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Gesamt.html.

Unter der sogenannten Übersterblichkeit versteht man eine im Vergleich zum Durchschnitt der Vorjahre erhöhte Zahl von Sterbefällen. In Abbildung 9 zeigt sich, dass vor allem in der Altersgruppe ab 65 Jahren die Sterbefallzahlen ab Oktober (ca. 40. KW) über dem Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 lagen. Im Oktober lag die Zahl der Todesfälle in dieser Alterskohorte um 6,8 Prozent über dem Durchschnitt der vier vorangegangenen Jahre (Richter 2020). Aus diesen Daten ist nicht ersichtlich, ob jemand an oder mit dem Corona-Virus verstarb. Allerdings forderte die COVID-19-Pandemie in den letzten Monaten des Jahres 2020 in Thüringen besonders viele Tote – und die meisten Menschen, die an oder mit Corona starben, gehörten zur Altersgruppe der über 65-Jährigen.

Abb. 9 Wöchentliche Sterbefallzahlen 2020 (schwarz) im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016-2019 (grau) in Thüringen nach Altersgruppen



Quelle: Statistisches Bundesamt (o.D.).

Mit dem Herunterfahren sozialer, ökonomischer und kultureller Aktivitäten ab dem 23. März 2020 sollte die Verbreitung des Virus eingedämmt und sichergestellt werden, dass Patient*innen mit schweren Krankheitsverläufen medizinisch versorgt werden konnten und das Gesundheitssystem nicht an seine Kapazitätsgrenzen geriet. An dieser Stelle sei noch einmal auf einige Rahmendaten zum Thüringer Gesundheitssystem hingewiesen, die im THÜRINGEN-MONITOR 2019 mit dem Schwerpunktthema „Gesundheit und Pflege“ ausführlich dargestellt wurden (vgl. TM 2019: 19 ff.). Zum Stand Dezember 2019 gab es nach Informationen des Thüringer Landesamts für Statistik insgesamt 9.456 Ärzt*innen im Freistaat. Auf eine*n Ärzt*in kamen im Mittel 226 Einwohner*innen. In den kreisfreien Städten (137) war das Verhältnis dabei deutlich günstiger

als in den Landkreisen (294).⁸ Zudem existierten (Stand Dezember 2018) in Thüringen insgesamt 43 Krankenhäuser: sieben in den kreisfreien Städten und 36 in den Landkreisen.⁹ Die Zahl der Intensivbetten in Thüringen wurde im Verlauf des Jahres 2020 erhöht. Das im Zuge der Corona-Krise aufgebaute DIVI-Intensivregister liefert Zahlen zu freien und belegten Intensivbetten. Die Zahl der dort aufgelisteten Intensivbetten aus 37 Thüringer Kliniken schwankt jedoch im Zeitverlauf, weil dort nur sogenannte betriebsfähige Betten aufgelistet werden. D. h., dass auch genügend Pflegepersonal zur Betreuung der Betten zur Verfügung steht. Eine genaue Zahl der Intensivbetten in den Krankenhäusern kann daher an dieser Stelle nicht berichtet werden. Im Zuge der Pandemiebekämpfung wurden den Thüringer Kliniken von der Landesregierung drei unterschiedliche Rollen zugewiesen: Level-1-Kliniken (sogenannte Schwerpunktkrankenhäuser) sollen schwer erkrankte, beatmungspflichtige COVID-19 Fälle behandeln; Level-2-Kliniken nehmen Corona-Infizierte mit milden Krankheitsverläufen auf und Level-3-Kliniken sollen nach Möglichkeit gar keine COVID-19 Patient*innen aufnehmen (TMSGFF o.D.). In der zweiten Welle der Pandemie zeigte sich, dass manche Thüringer Krankenhäuser aufgrund der rasant steigenden Fallzahlen und der damit einhergehenden Steigerung der Zahl schwerer Krankheitsverläufe in November/Dezember 2020 an die Grenzen ihrer Intensivkapazitäten gelangten (vgl. z. B. MDR 2020c).

Wesentliche Maßnahmen, die im Kampf gegen die Pandemie eingesetzt wurden, waren z. B. die Beschränkungen sozialer Kontakte, die Schließung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Schließung von Einzelhandel und Gastgewerbe. Weiter wurden beispielsweise Großveranstaltungen verboten und kulturelle Einrichtungen mussten schließen. Zudem wurde das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in bestimmten Alltagssituationen verpflichtend, um die Verbreitung des Virus einzudämmen. In den Sommermonaten kamen Test- und Quarantänpflichten für Reiserückkehrer hinzu. Nach einer Phase relativer Lockerungen im Sommer kam es mit Beginn der zweiten Welle der Pandemie ab November sukzessive zu einem erneuten Shutdown. Einen chronologischen Überblick über die in Thüringen eingesetzten Schutzmaßnahmen bietet Abbildung 10.

Gegen diese Maßnahmen richteten sich auch zahlreiche Proteste, die seit Anfang April in vielen Städten Thüringens stattfanden. So gab es im Freistaat im Jahr 2020 mindestens 397 Anti-Corona-Proteste.¹⁰ Die Zahl der Teilnehmenden fällt dabei laut Presseberichterstattung sehr unterschiedlich aus und reicht von Protesten mit weniger als zehn Personen bis hin zu Veranstaltungen mit 750 Teilnehmer*innen. Häufig wurden bei diesen Protesten Abstandsregeln nicht eingehalten und auf das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verzichtet. Besondere mediale Aufmerksamkeit erregten die von „Querdenken“ initiierten Großdemonstrationen mit mehreren zehntausend Teilnehmer*innen aus dem gesamten Bundesgebiet in Berlin am 1. August sowie am 29. August. Von letzterer bleibt vor allem das Bild von der erstürmten Reichstagstreppe und das Schwenken von etlichen Reichsflaggen (ein Erkennungszeichen von Rechtsextremen und Reichsbürger*innen) in Erinnerung. Häufig wurden bei den Anti-Corona-Kundgebungen nicht nur einzelne Maßnahmen kritisiert, sondern behauptet, das Corona-Virus sei ungefährlich oder existiere gar nicht (Göbel & Holzapfel 2021, Huesmann 2020). Das Teilnehmer*innen-Spektrum

⁸ <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr001403%7C%7C>.

⁹ <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr001401%7C%7C>.

¹⁰ Die Datenlage zu den Anti-Corona-Protesten ist lückenhaft. Laut einer Antwort des Innenministeriums auf die Kleine Anfrage 7/616 der Landtagsabgeordneten Katharina König-Preuss (Die LINKE) fanden zwischen Anfang April und Anfang Juni in Thüringen 320 Protestveranstaltungen gegen die Corona-Maßnahmen statt (Süddeutsche Zeitung 2020b). In eigener Recherche wurden mindestens 77 weitere Anti-Corona-Proteste von Anfang Juni bis Ende Dezember 2020 gezählt. Hier ist es aber durchaus möglich, dass die Zahl der tatsächlichen Protestveranstaltungen trotz intensiver Recherche unterschätzt wird.

der Corona-Demonstrationen wurde in der Regel als sehr heterogen beschrieben: Menschen mit Kritik an Maßnahmen und mit wirtschaftlichen und sozialen Sorgen und Ängsten nahmen dort genauso teil wie Verschwörungstheoretiker*innen, Impfgegner*innen, Esoteriker*innen und Rechtsextremist*innen. Kritik gab es daher an vielen der Anti-Corona-Proteste aufgrund ihrer mangelnden Distanzierung von Verschwörungstheorien und Rechtsextremen. Unklar ist, wer sich an den Anti-Corona-Protesten in Thüringen beteiligte und inwieweit diese von Rechtsextremen organisiert oder unterwandert wurden. Das Thüringer Innenministerium berichtet von 17 Veranstaltungen zwischen Anfang April bis Anfang Juni, an denen Rechtsextremist*innen teilnahmen (Süddeutsche Zeitung 2020b). Es gab aber u. a. auch Proteste von Inhaber*innen von Reisebüros, Fahrlehrer*innen und Gastronom*innen.

Zusammenfassend ist die Entwicklung des Infektionsgeschehens in Thüringen für die Interpretation der Ergebnisse und Bewertungen des THÜRINGEN-MONITORS von großer Bedeutung: Der Befragungszeitraum im September und Oktober 2020 bedeutet, dass nur wenige Thüringer*innen in den Monaten vor der Befragung selbst betroffen waren oder persönlichen Kontakt mit bereits am Virus erkrankten Personen gehabt haben (vgl. Kapitel III.1). Das dramatische Infektionsgeschehen der zweiten Welle in Thüringen setzte erst nach Abschluss der Befragung ein. Dies dürfte das Antwortverhalten der Befragten bezüglich ihrer Einstellungen zur Pandemie, der Gefährlichkeit des Virus und den notwendigen Schutzmaßnahmen beeinflusst haben, sodass alle Ergebnisse vor diesem Hintergrund zu interpretieren sind.

Abb. 10 Zentrale Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in Thüringen im Jahr 2020 im Zeitverlauf

	Datum	Maßnahmen
Verschärfung der Maßnahmen →	10.03.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmenden
	14.03.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot aller Veranstaltungen mehr als 50 Teilnehmenden
	17.03.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Landesweite Schließung von Schulen und Kindergärten; Einrichtung einer Notbetreuung für Kinder von Eltern in systemrelevanten Berufen
	26.03.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Kontaktbeschränkungen: Aufenthalt nur allein, mit Personen desselben Haushalts oder einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person; Mindestabstand von 1,5 m zu anderen Personen • Schließung von u. a. Bars, Cafés, Kneipen, Gaststätten (Außerhausverkauf möglich), Kultur- und Sporteinrichtungen sowie Vereinen • Schließung des Einzelhandels (Ausnahme u. a. für Lebensmittelhandel, Banken, Drogerien, Sanitätshäuser, Wäschereien, Baumärkte)
	10.04.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Strenge Einreisebeschränkungen nach Deutschland • Quarantäne- und Meldepflicht für Einreisende aus dem Ausland
	24.04.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Maskenpflicht in Geschäften und in öffentlichen Verkehrsmitteln • Öffnung von Läden bis 800 m² Verkaufsfläche mit Zutrittsbeschränkung
Lockerung der Maßnahmen →	03.05.2020	<p>Wieder erlaubt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Versammlungen in geschlossenen Räumen (max. 30 Personen) • Versammlungen unter freiem Himmel (max. 50 Personen) • Gottesdienste/religiöse Zusammenkünfte (ebenfalls mit Obergrenze)
	04.05.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Öffnung von Läden mit mehr als 800 m² Verkaufsfläche • Öffnung von Friseursalons, Kosmetik- und Nagelstudios
	13.5.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Lockerung Kontaktbeschränkungen (zwei Haushalte mit Abstandsgebot) • Versammlungen nach dem Demonstrationsrecht ohne eine Beschränkung der Teilnehmerzahl; ebenso Gottesdienste
	15.5.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Öffnung des Gastgewerbes (u. a. Restaurants, Gaststätten, Hotels und Campingplätze) mit Hygienekonzept
	02.06.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Öffnung der Schulen für allgemeinen Präsenzunterricht (Präsenzunterricht für Abschlussklassen gab es schon zuvor)
	13.06.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung der Kontaktbeschränkungen
	15.06.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Quarantänepflicht nur noch für Reisende aus Risikogebieten
Verschärfung der Maßnahmen →	16.07.2020	<p>Wieder erlaubt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Privatfeiern möglich, müssen bei mehr als 30 (geschlossene Räume) bzw. 75 Personen (draußen) zuständigen Landkreis oder der kreisfreien Stadt gemeldet werden • Sportveranstaltungen mit bis zu 200 Menschen (mit Infektionsschutzkonzept);
	02.11.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Kontaktbeschränkungen: Treffen von max. 10 Personen aus zwei Haushalten in der Öffentlichkeit • Schließung von Bars, Cafés, Kneipen, Gaststätten (Außerhausverkauf möglich), Kultur- und Sporteinrichtungen (u. a. Kinos, Theater, Fitnessstudios) • Beherbergungsverbot für touristische Reisen • Verbot von Freizeitsport und organisiertem Sportbetrieb im Amateurbereich (Ausnahme: Individualsport ohne Körperkontakt)
	30.11.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Verschärfung der Kontaktbeschränkungen: Treffen von max. fünf Personen aus zwei Haushalten (Ausnahme für Kinder bis 14 Jahre)
	15.12.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Lockerung der Kontaktbeschränkungen während der Weihnachtsfeiertage (Haushalt zzgl. vier weitere aus dem engsten Familienkreis; Ausnahme für Kinder bis 14 Jahre) • Ausgangsbeschränkung von 22 Uhr bis 5 Uhr am Folgetag • Schließung des Einzelhandels (Ausnahme u. a. für Lebensmittelhandel, Drogerien, Sanitätshäuser, Optiker und Hörgeräteakustiker, Post, Banken)
	16.12.2020	<ul style="list-style-type: none"> • Einstellung des Präsenzunterrichts an den Schulen

III. Die Corona-Pandemie in Thüringen

Im THÜRINGEN-MONITOR 2020 wurde ein differenziertes Fragenspektrum eingesetzt, um die persönliche Betroffenheit der Befragten durch die Pandemie, ihre Einstellungen zu den Schutzmaßnahmen, die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Politik sowie weitere pandemiebezogene Einstellungen der Thüringer*innen zu erfragen. Für die Interpretation der Befragungsergebnisse ist zu berücksichtigen, dass der Befragungszeitraum (3. September bis 5. Oktober) in eine Periode bundes- und thüringenweit niedriger Fallzahlen fiel. Zudem war Thüringen – im bundesdeutschen Vergleich – von der ersten Welle nur schwach betroffen. In der zweiten Welle ab Oktober/November 2020 zählt Thüringen nun – neben Sachsen – zu den am stärksten betroffenen Regionen Deutschlands (vgl. hierzu Kapitel II).

1. Betroffenheit und Risikowahrnehmung während der COVID-19-Pandemie

Zum Zeitpunkt der Befragung im September und Oktober 2020 sah eine deutliche Mehrheit von 72 Prozent der Befragten keine Gefahr für ihre eigene Gesundheit durch das Corona-Virus, wobei rund ein Fünftel der Thüringer*innen überhaupt keine Gefahr erkennen konnte. 12 Prozent bzw. 41 Prozent sahen eine sehr kleine bzw. kleine Gefahr für ihre eigene Gesundheit. Demgegenüber standen 28 Prozent, die das Virus als gefährlich für ihre eigene Gesundheit betrachteten (23 Prozent sahen es als „große“ und fünf Prozent als „sehr große“ Gefahr). Hier zeigt sich, dass die Risikowahrnehmung der Thüringer*innen, gemessen an vergleichbaren Daten, niedriger war als im Bundesdurchschnitt. Im COVID-19 Snapshot-Monitoring (COSMO) der Universität Erfurt beantworteten in den Befragungswellen im September rund 40 Prozent der bundesweit Befragten die Frage „Wie schätzen sie eine Infektion mit dem neuartigen Corona-Virus für sich selbst ein?“ mit „eher“ beziehungsweise „extrem gefährlich“ (COSMO 2021b). Neben der unterschiedlichen Frageformulierung kann vor allem die geringe Betroffenheit Thüringens während der ersten Welle der Pandemie und der damit einhergehende fehlende Kontakt mit Infizierten im familiären Umfeld oder im Freundeskreis als ursächlich für die geringere Risikowahrnehmung angesehen werden.

In der Einschätzung der Gefährlichkeit des Corona-Virus für die eigene Gesundheit gibt es zwischen den verschiedenen Altersgruppen signifikante Unterschiede (vgl. Abb. 12): Insbesondere die mittlere Alterskohorte der 35- bis 44-Jährigen hat eine signifikant geringere Risikowahrnehmung als die Alterskohorten der über 60-Jährigen und der 18- bis 24-Jährigen.

19 Prozent der Befragten stufen sich selbst als zu einer Risikogruppe gehörend ein. Von den Befragten über 60 ordnete sich sogar knapp über ein Drittel selbst einer Hochrisikogruppe zu, wohingegen der Anteil unter den übrigen Befragten jeweils deutlich unter dem Durchschnitt aller Befragten lag (vgl. Abb. 11). Der höhere Anteil unter den älteren Befragten, die sich einer Risikogruppe zuordnen, steht im Einklang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen, u. a. des Robert Koch-Instituts. Neben älteren Menschen gelten insbesondere Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen (z. B. Asthma, Diabetes, Herzerkrankungen, Krebs oder einem geschwächten Immunsystem) als Corona-Risikogruppe, da bei ihnen das Risiko schwerer Verläufe im Falle einer Erkrankung wesentlich größer ist (RKI 2020b). Hier hatte schon die Befragung im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2019 ergeben, dass die über 60-Jährigen überdurchschnittlich oft unter chronischen Erkrankungen leiden (33 Prozent gegenüber 26 Prozent insgesamt; TM 2019: 239). Diejenigen, die sich selbst als einer Hochrisikogruppe zugehörig bezeichneten, nahmen

auch signifikant häufiger die Lungenkrankheit COVID-19 als gefährlich für die eigene Gesundheit wahr.

Abb. 11 Selbsteinstufung als Corona-Risikogruppe nach Alter (in Prozent)

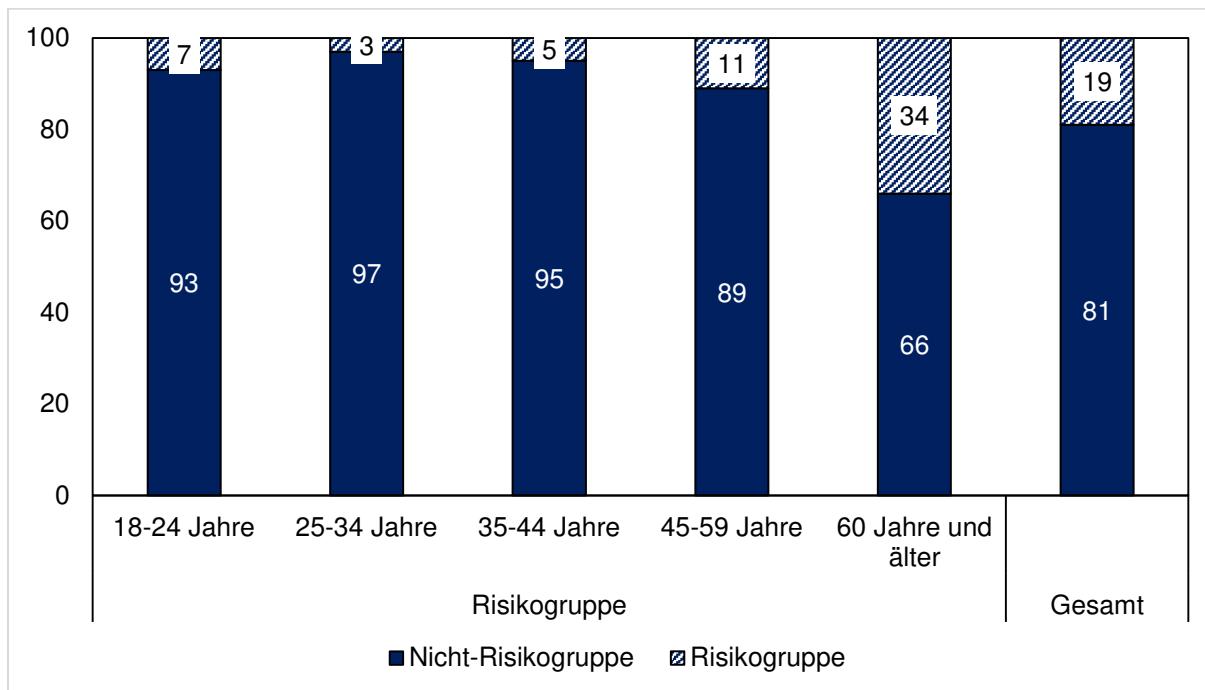
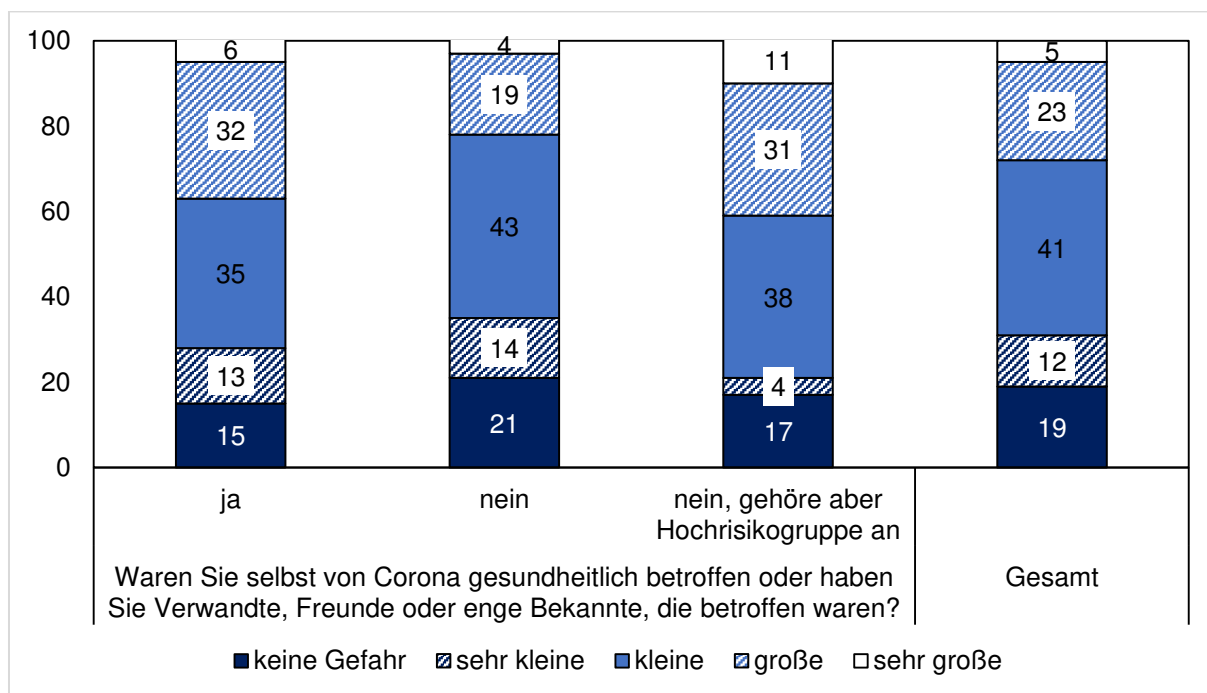
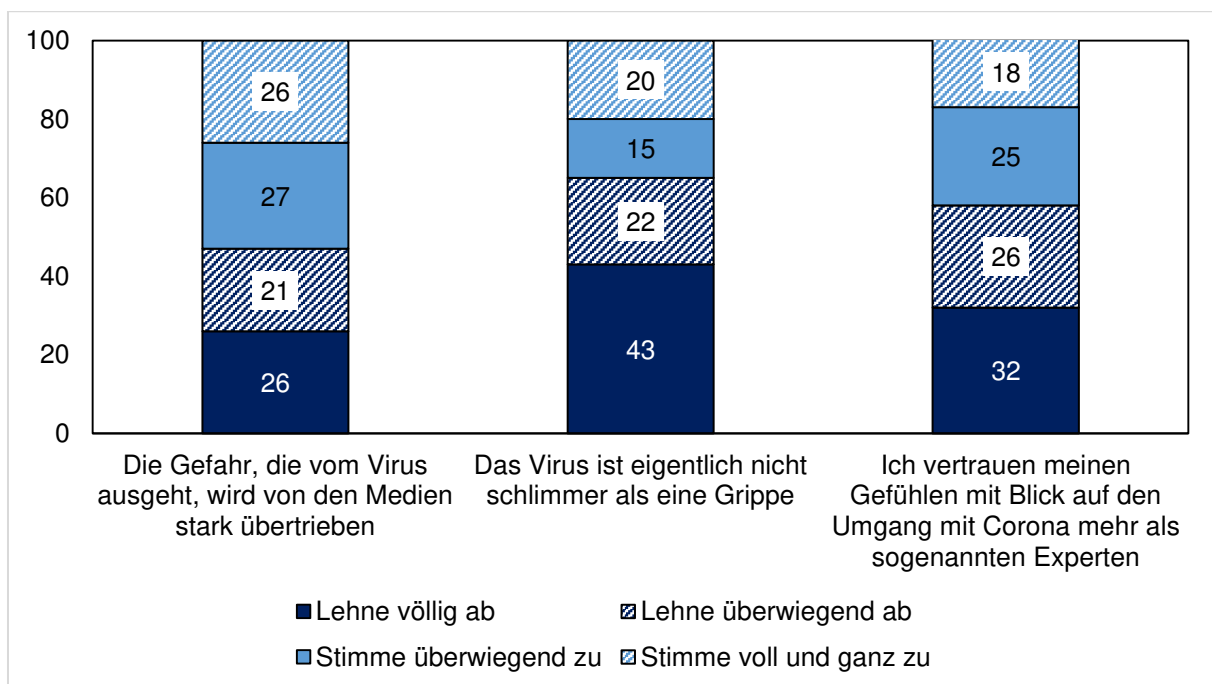


Abb. 12 Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise für Ihre eigene Gesundheit ein? (in Prozent)



Entscheidend für die Einschätzung der Gefährlichkeit des Corona-Virus ist zudem, ob die Thüringer*innen selbst bzw. Angehörige oder Freund*innen von Corona gesundheitlich betroffen waren. Zum Befragungszeitpunkt im September/Oktober 2020 gaben 12 Prozent der Befragten an, dass sie selbst oder ihr Umfeld bereits an dem Virus erkrankt waren. Diese Erfahrung führte ebenfalls dazu, dass diese Befragten COVID-19 verstärkt als einer Gefahr für ihre eigene Gesundheit wahrnahmen (vgl. Abb. 12). Ähnliches zeigt bspw. die Untersuchung von Dryhurst et al. (2020), die für zehn Länder (u. a. auch Deutschland) einen signifikanten Zusammenhang zwischen persönlicher Betroffenheit durch das Virus und einer erhöhten Risikowahrnehmung nachweist. Somit ist zu vermuten, dass die Risikowahrnehmung der Thüringer*innen im Laufe der zweiten Welle angestiegen ist, da der Freistaat im Dezember 2020 bzw. Januar 2021 bundesweit die (zweit)höchste 7-Tage-Inzidenz aufwies.

Abb. 13 Corona-skeptische Einstellungen der Thüringer*innen (in Prozent)



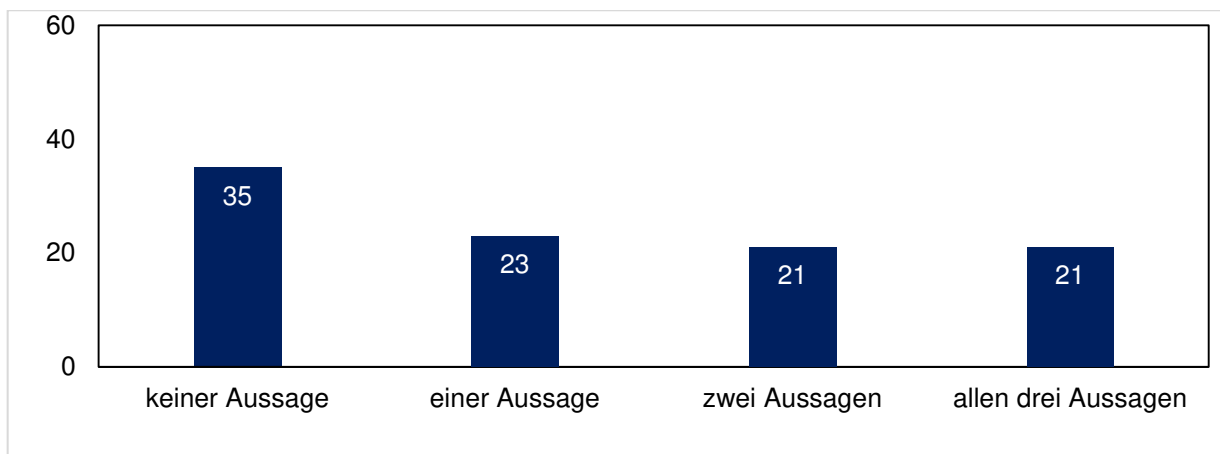
Zur pandemiebezogenen Bedrohungswahrnehmung gehört auch, inwieweit es in der Thüringer Bevölkerung Corona-verharmlosende oder Corona-skeptische Tendenzen gibt. Dies wurde im THÜRINGEN-MONITOR auf Basis von drei Aussagen erfasst, denen jeweils nennenswerte Teile der Thüringer Bevölkerung zustimmen: So vertrat zum Zeitpunkt der Befragung im September/Oktober 2020 mit 35 Prozent etwas mehr als ein Drittel der Befragten die Auffassung, dass „das Virus nicht schlimmer ist als eine Grippe“. Dabei stimmten 15 Prozent „überwiegend“ und 20 Prozent „voll und ganz“ zu. Allerdings widersprachen auch 43 Prozent der Thüringer*innen dieser Aussage vehement („lehne völlig ab“) und weitere 22 Prozent lehnten die Aussage eher ab. Die Zustimmung zur Aussage „Ich vertraue meinen Gefühlen mit Blick auf den Umgang mit Corona mehr als sogenannten Experten“ ist mit einem Anteil von 43 Prozent sogar noch höher. Allerdings lehnte eine Mehrheit diese Aussage ab (31 lehnten sie „völlig“, 26 Prozent „überwiegend“ ab).

Eine knappe Mehrheit von 53 Prozent der Thüringer*innen hielt im September/Oktober 2020 zudem die Medienberichterstattung über das Corona-Virus für „stark übertrieben“ (vgl. Abb. 13).

Damit liegt die Wahrnehmung, dass es sich um einen Medienhype handelt, in Thüringen etwas höher als in Gesamtdeutschland. So gaben in der COSMO-Studie im September 2020 rund 40 Prozent der Befragten an, das Virus sei „medial aufgeblasen“ (COSMO 2020a). Eine mögliche Erklärung für diese Differenz könnte in der geringen Betroffenheit Thüringens während der ersten Welle liegen.

Es zeigt sich somit, dass die Zustimmungswerte zu den drei Aussagen unterschiedlich hoch ausfallen. Dies dürfte auch an der unterschiedlichen „Schwierigkeit“ der Aussagen zusammenhängen (vgl. Methodik des THÜRINGEN-MONITORS). So kamen im Fragebogen bewusst unterschiedlich „harte“ („Corona ist nicht schlimmer als eine Grippe“) bzw. „weichere“ Formulierungen („die Medien übertreiben“) zum Einsatz. Die Behauptung, das Corona-Virus sei nicht gefährlicher als eine gewöhnliche Grippe, leugnet die wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse über die Gefährlichkeit des Virus. Hingegen bestreiten Befragte, die der Aussage zustimmen, dass „die Medien übertreiben“ nicht per se die Gefährlichkeit der Pandemie, sondern kritisieren, wie in den Medien über die Pandemie berichtet wird (nämlich „alarmistisch“). Dennoch korreliert¹¹ das Antwortverhalten diese Aussagen stark: Während 35 Prozent der Thüringer*innen keiner dieser Aussagen zustimmten, stimmten 42 Prozent der Befragten zwei oder sogar allen drei Aussagen zu (vgl. Abb. 14). Wie vermutet, kritisiert dabei mit mehr als 80 Prozent die große Mehrheit derjenigen, die Corona für nicht schlimmer als eine Grippe halten, auch die Übertreibung durch die Medien. Hingegen halten nur 57 Prozent derjenigen, die eine Übertreibung der Medien kritisieren, gleichzeitig Corona für harmlos. Als besonders Corona-skeptisch können diejenigen Befragten gelten, die allen drei Aussagen „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmten (21 Prozent; vgl. dazu ausführlich Kapitel III.4). Insgesamt ist zu konstatieren, dass zum Befragungszeitpunkt in Teilen der Bevölkerung eine gewisse Sorglosigkeit gegenüber dem Virus festzustellen war.

Abb. 14 *Zustimmung zu Corona-skeptischen Aussagen*
(Befragte, die ... Aussagen zustimmten in Prozent)



¹¹ Korrelationen (Spearman'sches Rho) für die drei Corona-skeptischen Einstellungsitems: „Die Gefahr, die vom Virus ausgeht, wird von den Medien stark übertrieben“ und „Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“ (0,566**); „wird von Medien stark übertrieben“ und „Ich vertraue meinen Gefühlen mit Blick auf den Umgang mit Corona mehr als sogenannten Experten“ (0,424**); „nicht schlimmer als eine Grippe“ und „vertraue meinen Gefühlen ... mehr als Experten“ (0,419**).

2. Einstellungen der Thüringer*innen gegenüber den Strategien zur Pandemiebewältigung

Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde den Befragten die offene Frage „Wenn Sie aktuell an die Bewältigung der Corona-Krise denken: Was ist Ihnen insgesamt am wichtigsten?“ gestellt. Die spontanen Antworten der Thüringer*innen werden in der Abbildung 15 gezeigt. Die häufigsten Antwortkategorien (eine Antwort konnte dabei mehreren Kategorien zugeordnet werden) sind in Abbildung 16 dargestellt. Auffällig ist, dass die Themen der Pandemiebekämpfung sowie der Wunsch nach Gesundheit am häufigsten genannt wurden. Letzteres umfasste beispielsweise den Wunsch, sich selbst nicht mit dem Virus zu infizieren. Ebenfalls häufig wurde hierunter die Hoffnung geäußert, niemand aus dem näheren Umfeld möge sich mit Corona anstecken. Viele Befragte wünschten sich zudem, dass „alle“ gesund bleiben und es zu möglichst wenig Sterbefällen kommt.

Mit Blick auf die Pandemiebekämpfung – die Hälfte aller Antworten enthielt diese Kategorie – war die mit Abstand häufigste Forderung, dass die (Mit)Menschen die Schutzmaßnahmen einhalten sollten. Aber auch Kritik an den Maßnahmen oder die Forderung nach Lockerung bzw. Aufhebung aller Corona-Maßnahmen war – jedoch in deutlich weniger Fällen – zu vernehmen. Außerdem wurde wiederholt schlicht die Hoffnung auf eine Rückkehr zur „Normalität“ geäußert bzw. der Wunsch, es solle „einfach nur vorbei“ sein. Als Ausweg aus der Pandemie wurde von zahlreichen Befragten im Herbst 2020 die Hoffnung auf einen bald verfügbaren Impfstoff gegen das Virus geäußert. Mit Blick auf die Folgen der Pandemie waren Themen rund um das Gesundheitssystem (u. a. genügend Kapazitäten, Corona-Tests), die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage sowie Bildung und Kinderbetreuung für die Befragten am wichtigsten. Einige Thüringer*innen äußerten zudem ganz konkret Sorgen bezüglich ihrer wirtschaftlichen Situation, hatten Angst um ihren Arbeitsplatz und wünschten sich mehr soziale Absicherung. Etliche Befragte wünschten sich zudem mehr Transparenz und weitere Informationen.

Ein weiterer Themenkomplex, der aber nur in einer Minderheit von Antworten eine Rolle spielte, waren Corona-skeptische Einstellungen. Hier standen auf der einen Seite Aussagen, die die Pandemie bzw. die Gefährlichkeit des Corona-Virus verharmlosten oder die eine Panikmache kritisierten (vgl. hierzu Kapitel III.4). Auf der anderen Seite wurde Kritik an den Corona-Skeptiker*innen und insbesondere an den Anti-Corona-Protesten laut. Hierunter fällt auch die Aufforderung an die Mitmenschen, Vertrauen in die Wissenschaft und das Robert Koch-Institut zu haben.

Einstellungen der Thüringer*innen gegenüber den Schutzmaßnahmen

Während der Corona-Pandemie kamen zahlreiche Maßnahmen (u. a. Kontaktbeschränkungen, Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, die Schließung öffentlicher Einrichtungen, Grenzschließungen, Testpflicht für Reiserückkehrer*innen, Verbot von Großveranstaltungen) zur Eindämmung des Virus zum Einsatz (vgl. Abb. 10). Eine weitere Frage war daher, wie die Thüringer*innen die Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie bewerten. Eine hohe Akzeptanz der Maßnahmen, die mit einer hohen Bereitschaft einhergeht, den Regeln (bspw. Maskenpflicht) auch Folge zu leisten (vgl. Kapitel III.4), ist für den erfolgreichen Kampf gegen die Pandemie von zentraler Bedeutung. Der THÜRINGEN-MONITOR berichtet jedoch nicht die selbstberichtete Befolgung der Maßnahmen, sondern die Akzeptanz der Maßnahmen („sehr sinnvoll“ bis „überhaupt nicht sinnvoll“). Eine verhängte Maßnahme nicht sinnvoll zu finden, heißt nicht zwingend, dass diese Menschen die Maßnahme nicht befolgen. Bei jenen, die die Corona-Maßnahmen für nicht sinnvoll halten, ist es aber wahrscheinlicher, dass sie diese ignorieren. Es wurde die Bewertung von vier zentralen Maßnahmen (Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht, Schließung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Schließung des Einzelhandels und von Gaststätten) abgefragt. Zum Befragungszeitpunkt galt ausschließlich die Maskenpflicht. Strenge Kontaktbeschränkungen sowie die Schließung der Schulen und Kitas sowie des Einzelhandels und von Gaststätten waren zu diesem Zeitpunkt aufgehoben und wurden erst im Zuge des zweiten bundesweiten Lockdowns angesichts steigender Fallzahlen ab November erneut verhängt.

Abb. 17 *Bewertung der Schutzmaßnahmen während der Corona-Pandemie (in Prozent)*

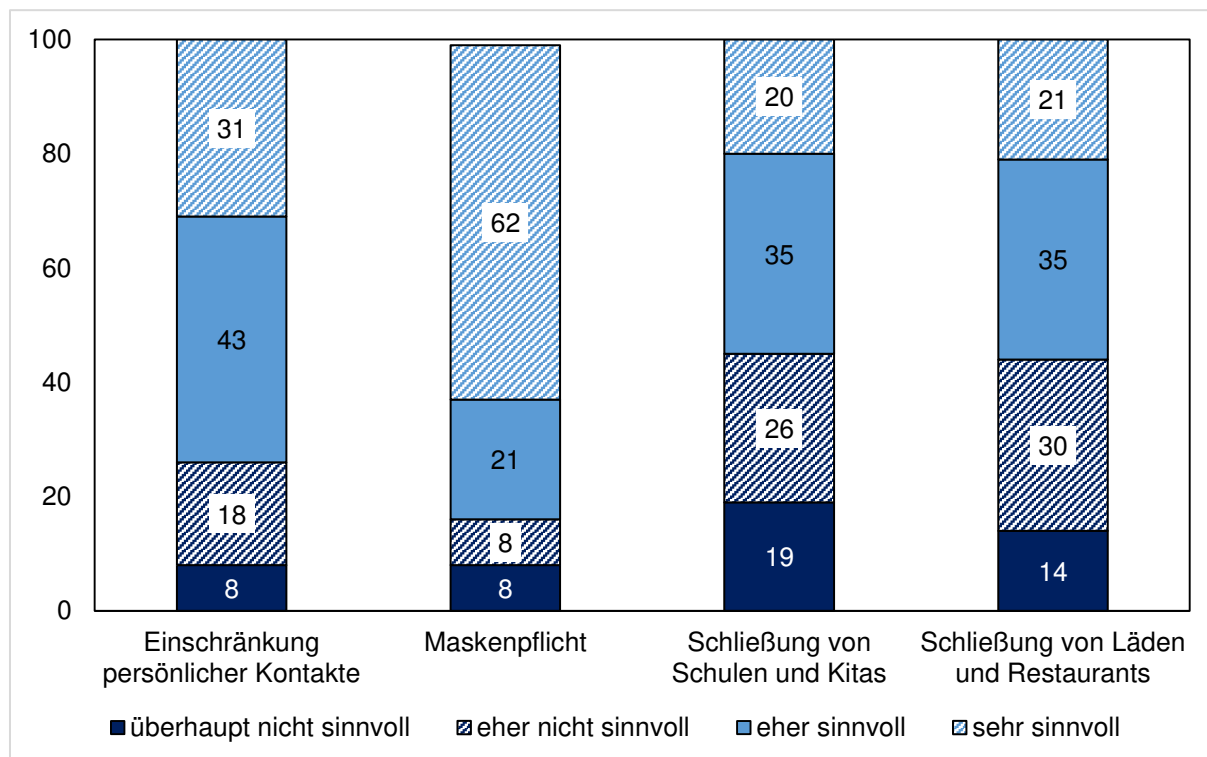


Abbildung 17 zeigt, dass alle Maßnahmen von mindestens der Hälfte der Befragten für sinnvoll gehalten wurden. Dabei variiert die Zustimmung zwischen den verschiedenen Maßnahmen jedoch erheblich: Vor allem die Schließung von Schulen und Kitas sowie die Schließung von Läden und Restaurants wurde eher kritisch gesehen, wohingegen die Maskenpflicht die mit Abstand größte Unterstützung erhielt.

Die Einschränkung persönlicher Kontakte befürworteten drei Viertel der Befragten, wobei 31 Prozent die Kontaktbeschränkungen für sehr sinnvoll hielten; weitere 43 Prozent fanden diese Maßnahme eher sinnvoll. Nur acht Prozent der Befragten hielten die Einschränkung ihrer persönlichen Kontakte für überhaupt nicht sinnvoll.

Anfang April 2020 war Jena die erste Stadt in Deutschland, die das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in Läden und im öffentlichen Nahverkehr zur Pflicht machte. Seit dem 24. April 2020 gilt in Thüringen in allen Geschäften sowie im Nahverkehr eine Maskenpflicht. Diese Maßnahme genießt von den vier abgefragten Schutzmaßnahmen die höchste Unterstützung und wurde im September/Oktober 2020 von 83 Prozent der befragten Thüringer*innen als sinnvoll angesehen, wobei sogar über 60 Prozent angaben, die Maßnahme „sehr sinnvoll“ zu finden. „Überhaupt nicht sinnvoll“ fanden die Maskenpflicht lediglich acht Prozent der Befragten. Ähnlich hohe Zustimmungswerte zur Maskenpflicht findet die COSMO-Studie, auch wenn die Ergebnisse aufgrund der unterschiedlichen Frageformulierung nur bedingt vergleichbar sind (COSMO 2020b).

Eher skeptisch zeigten sich die Thüringer*innen bezüglich der Schließung von Schulen und Kitas. Nur eine knappe Mehrheit von 55 Prozent der Befragten sah diese Maßnahme als sehr sinnvoll (20 Prozent) oder eher sinnvoll (35 Prozent) an. Nahezu ein Fünftel der Befragten fand die Schließung von Schulen und Kitas „überhaupt nicht sinnvoll“ und weitere 26 Prozent hielten diese Maßnahme für „eher nicht sinnvoll“. Hier fügen sich die Befunde des THÜRINGEN-MONITOR in die Ergebnisse der bundesweiten Befragungen ein. So ist in der COSMO-Studie und der Mannheimer Corona-Studie schon ab April eine rapide Abnahme der Unterstützung für die Schließung von Schulen und Kitas erkennbar (Blom et al. 2020; COSMO 2020c).

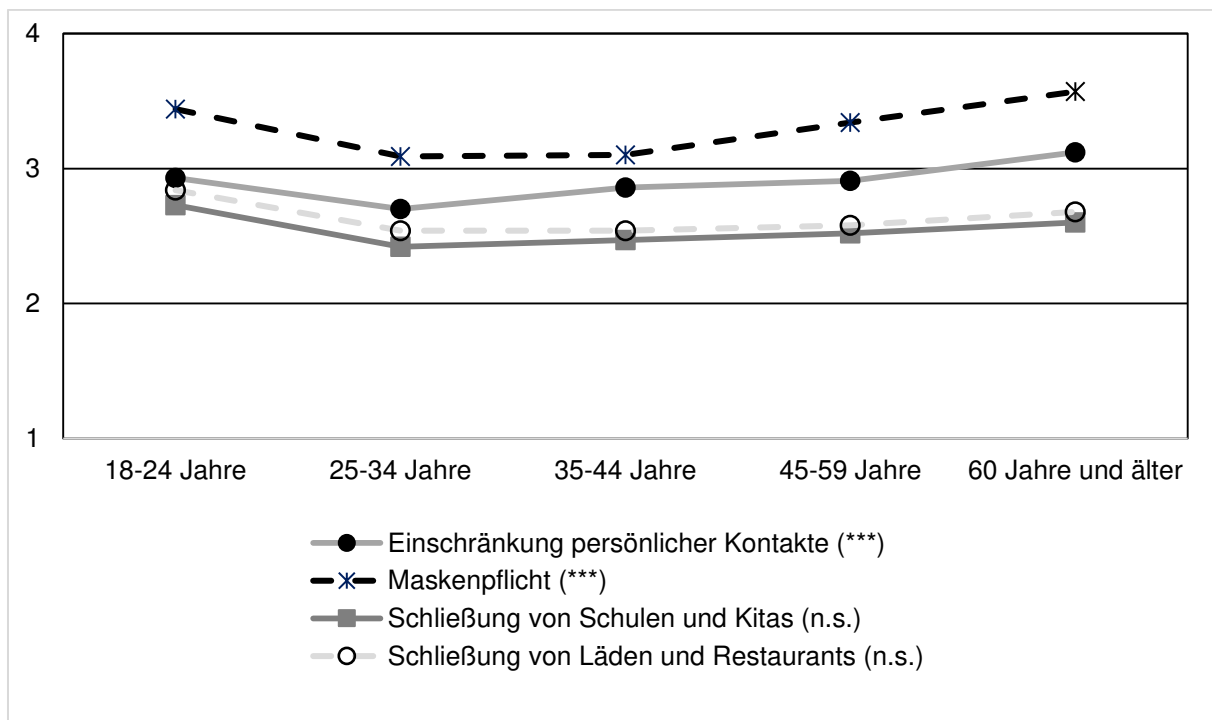
Auch bezüglich der Schließung von Läden und Restaurants ist ein deutlich kritischerer Blick der Thüringer*innen zu konstatieren. Immerhin noch 56 Prozent der Befragten hielten die Schließung von Einzelhandel und Gaststätten für sehr oder eher sinnvoll. Jedoch gab auch ein nennenswerter Teil der Bevölkerung an, dass diese Maßnahme „eher nicht“ (30 Prozent) beziehungsweise „überhaupt nicht“ sinnvoll (14 Prozent) sei.

Der kritische Blick der Befragten insbesondere auf die Schließung von Schulen und Kitas sowie von Einzelhandel und Gastgewerbe ist zudem in den Kontext der Pandemieentwicklung zu setzen. Mit Abnahme der Infektionszahlen nimmt auch die Sorge der Menschen vor dem Corona-Virus und damit die Unterstützung der Menschen für die Schutzmaßnahmen ab. Hier zeigt beispielsweise die COSMO-Studie einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Risikowahrnehmung und Unterstützung von Schutzmaßnahmen (vgl. z. B. COSMO 2021a). Angesichts der gestiegenen Fallzahlen in der zweiten Welle, in der Thüringen zu den am stärksten betroffenen Bundesländern zählt, ist die Zustimmung zu den Schutzmaßnahmen ab November/Dezember 2020 vermutlich wieder angestiegen.

Bei der Akzeptanz der Maßnahmen offenbaren sich Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Im Einzelnen zeigt sich: die Alterskohorte der über 60-Jährigen bewertete die Kontaktbeschränkungen deutlich häufiger als sinnvoll als die mittleren Alterskohorten (25 bis 59 Jahre). Noch deutlicher fallen diese Altersdifferenzen bei der Bewertung der Maskenpflicht aus. Die Altersko-

horten der 25- bis 34-Jährigen und 35- bis 44-Jährigen hielten diese Schutzmaßnahme für signifikant weniger sinnvoll als die übrigen Alterskohorten. Bei der Schließung von Schulen und Kitas sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen hingegen nicht signifikant. Bezüglich der Schließungen von Läden und Restaurants war es die jüngste Alterskohorte (18 bis 24 Jahre), die diese Maßnahme am häufigsten als sinnvoll erachtete und sich damit insbesondere von den 35- bis 44-Jährigen signifikant unterscheidet, die die Maßnahme weniger sinnvoll fanden. Insgesamt ist jedoch die Akzeptanz der Maßnahmen bei den älteren Befragten höher als bei den jüngeren Befragten (vgl. Abb. 18).

Abb. 18 Bewertung der Schutzmaßnahmen in den verschiedenen Alterskohorten
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = „überhaupt nicht sinnvoll“ bis 4 = „sehr sinnvoll“)¹²



Ein weiterer zentraler Einflussfaktor ist – wie die Ergebnisse der Regressionsanalyse in Abbildung 19 illustrieren – das Vertrauen in das Robert Koch-Institut (RKI). Personen, die Vertrauen in das RKI haben, akzeptieren auch eher die Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie als Personen, die kein Vertrauen in das RKI haben. Zudem stehen Personen, die Corona für nicht schlimmer als eine Grippe halten oder denken, dass die Medien übertreiben, den Maßnahmen skeptischer gegenüber als solche, die keine Corona-skeptischen Einstellungen haben. Dieser Zusammenhang zwischen Maßnahmen-Skepsis und Corona-skeptischen Einstellungen wird in Kapitel III.4. noch einmal näher beleuchtet. Hingegen beeinflussen weder die Betroffenheit mit dem Virus noch die Einschätzung des Virus als Gefahr für die eigene Gesundheit die Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.

¹² Signifikanzen der Mittelwertunterschiede zwischen den Gruppen: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Abb. 19 Einflussfaktoren für Maßnahmen-Skepsis
(logistische Regression)

Einflussfaktoren	Maßnahmen-Skepsis
Alter (höher)	-
Bildung (Abitur und höher)	
Geschlecht (weiblich)	
Betroffenheit vom Corona-Virus (nein)	
Betroffenheit vom Corona-Virus (nein, aber Risikogruppe)	
Corona = Gefahr für die eigene Gesundheit (Zustimmung)	
Corona = Gefahr für persönliche wirtschaftliche Situation (Zustimmung)	
Vertrauen in Robert-Koch-Institut (teilweise)	--
Vertrauen in Robert-Koch-Institut (vertraue)	---
Vertrauen in Bundesregierung (teilweise)	
Vertrauen in Bundesregierung (vertraue)	
Das Virus ist nicht schlimmer als eine Grippe (Zustimmung)	+
Medienalarmismus [„Die Gefahr, die vom Corona-Virus ausgeht, wird in den Medien stark übertrieben.“] (Zustimmung)	+
Ich vertraue meinen eigenen Gefühlen mehr als „sogenannten Experten“ (Zustimmung)	+
Links-Rechts-Selbsteinstufung (etwas links)	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (in der Mitte)	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (etwas rechts)	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (ganz rechts)	
Nagelkerke's Pseudo R ²	0,487
Fallzahl	889

Anmerkung: Die abhängige Variable ist eine Dummy Variable basierend auf einer Mittelwertskala der vier abfragten Schutzmaßnahmen (eine zugelassene Antwortverweigerung). Befragte mit einem Mittelwert > 2,5 wurden als Maßnahmen-Gegner codiert (die Skalen der vier Schutzmaßnahmen wurden vorher so codiert, sodass höhere Werte bedeuten, die Maßnahmen nicht sinnvoll zu finden). Plus bedeutet einen verstärkenden Einfluss und Minus einen verringenden Einfluss. Je mehr Zeichen, desto stärker die Wirkung des jeweiligen Faktors. Die Angaben zur Einflussstärke basieren auf den durchschnittlichen Marginalenwirkungen und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Marginalenwirkungen ($p > .5$) eingetragen wurden: AME > .3 = +++/---; AME > .2 = ++/--; AME > .00 = +/-.

Politische Einstellungen gegenüber weiteren Maßnahmen in der Pandemiebekämpfung

Sowohl die zuvor bereits genannten Maßnahmen (u. a. Kontaktbeschränkungen, Geschäftsschließungen) als auch weitere Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung (u. a. Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und der Religionsfreiheit) schränken die Grundrechte teils erheblich ein. Generell ist in der Thüringer Bevölkerung eine große Unterstützung für Grundrechtseinschränkungen zur Bekämpfung des Corona-Virus zu beobachten, da sich über 70 Prozent der befragten Thüringer*innen dafür aussprachen. Damit ist die Akzeptanz von Grundrechtseinschränkungen zur Pandemiebekämpfung in Thüringen höher als im Bundesdurchschnitt. So akzeptieren nach einer bundesweiten Studie von Rees et al. (2020) lediglich 37 Prozent der Befragten Grundrechtseinschränkungen; weitere knapp 40 Prozent befürworten sie teilweise.

Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde auch nach der Befürwortung weiterer Maßnahmen zur Pandemiebewältigung gefragt (siehe Abb. 20). Alle Maßnahmen erhielten eine sehr hohe Zustimmung: So befürworten mehr als drei Viertel der Thüringer*innen für Menschen, die sich

nicht an die verhängten Schutzmaßnahmen halten, härtere Strafen. Der Aussage „Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, wie wir die Corona-Krise bewältigen“ stimmten nahezu 80 Prozent der Thüringer*innen zu. 22 Prozent äußerten sich ablehnend. In der Studie von Rees et al. (2020) stimmten dieser Aussage deutlich weniger (52 Prozent) Befragte zu. Insgesamt lässt sich aus dem Antwortverhalten eine sehr hohe Akzeptanz der einschränkenden Maßnahmen in der Bevölkerung herauslesen – ein Bild, das sich in anderen Studien ebenfalls zeigte (u. a. ZDF 2020a, ZDF 2020b). Bemerkenswert ist zudem die sehr hohe Zustimmung der Bevölkerung zur Aussage „Bei der Bewältigung der Corona-Krise sollte die Opposition die Regierung nicht kritisieren, sondern unterstützen“, die von über 80 Prozent der Thüringer*innen bejaht wird. Dieser Wert liegt damit höher als die Werte der Mannheimer Corona Studie. Danach sprachen sich zu Beginn des ersten Shutdowns mehr als 70 Prozent der Befragten für erweiterte Regierungsbefugnisse aus; dieser Wert sank jedoch auf rund 40 Prozent Mitte April (Juhl et al. 2020).

Abb. 20 Zustimmung zu weiteren Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung (in Prozent)

Menschen, die sich während der Corona-Krise nicht an die verhängten Maßnahmen halten, sollten härter bestraft werden.	76
Um die Bevölkerung vor dem Corona-Virus zu schützen, müssen notfalls auch Grundrechte eingeschränkt werden.	71
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, wie wir die Corona-Krise bewältigen.	78
Bei der Bewältigung der Corona-Krise sollte die Opposition die Regierung nicht kritisieren, sondern unterstützen.	83

Insbesondere Befragte des THÜRINGEN-MONITORS ab 60 Jahren unterscheiden sich bei der Einschätzung von allen übrigen Alterskohorten, indem sie diese Aussagen überdurchschnittlich stark befürworteten. Auch Befragte, die das Corona-Virus als gefährlich für ihre eigene Gesundheit einschätzten, stimmten den Aussagen häufiger zu als Befragte, die das Virus als keine oder kleine Gefahr wahrnahmen. Lediglich bei der Aussage „die Opposition [sollte] die Regierung nicht kritisieren, sondern unterstützen“ zeigte sich dieser Zusammenhang nicht. Signifikant skeptischer bezüglich Grundrechtseinschränkungen eingestellt waren Personen, die das Virus nicht als gefährlich für die eigene Gesundheit ansahen. Selbiges gilt auch für Befragte, die Corona für nicht schwerwiegender als eine Grippe hielten. Wer die Schutzmaßnahmen befürwortete, hatte zudem eine deutlich rigidere Einstellung gegenüber Maßnahmen-Verweiger*innen. Während unter den Thüringer*innen, die die Kontaktbeschränkungen für sinnvoll hielten, über 80 Prozent härtere Strafen für Maßnahmen-Verweiger*innen befürworteten, waren es unter denen, die die Kontaktbeschränkungen kritisch sahen, nur 50 Prozent. Ein noch deutlicheres Bild lässt sich für die Maskenpflicht zeichnen. Unter den Masken-Gegner*innen befürworteten weniger als 30 Prozent härtere Strafen bei Verstößen gegen die Schutzmaßnahmen und fast 70 Prozent lehnten dies ab.

Einstellungen gegenüber der Corona-Impfung

Als zentrale Maßnahme der Pandemiebekämpfung gilt die Impfung. Nach umfangreicher klinischer Prüfung, bei der die Wirksamkeit nachgewiesen und mögliche Nebenwirkungen untersucht wurden, erteilte die Europäische Kommission auf Empfehlung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) am 21. Dezember 2020 dem ersten Corona-Impfstoff die Zulassung. Am 27. Dezember begannen deutschlandweit die Impfungen gegen das Corona-Virus. Da Impfstoffe gegen das Virus nicht von Anfang an in ausreichender Menge vorhanden sind, erfolgte eine u. a. nach dem Alter gestaffelte Priorisierung der zu Impfenden, die dann bevorzugt den Zugang zu der freiwilligen Impfung erhalten. Ziel der Impfstrategie ist es, v. a. die Sterblichkeit von Risikogruppen zu reduzieren und schwere Krankheitsverläufe zu verhindern. Noch kein Wissen besteht darüber, wie lange geimpfte Personen vor einer Ansteckung mit dem Virus geschützt sind und ob sie das Virus trotzdem noch an andere weitergeben können. Im September/Oktober 2020, d. h. bevor ein Impfstoff gegen das Corona-Virus die klinische Testphase erfolgreich abgeschlossen hatte und in Deutschland zugelassen war, gab beinahe die Hälfte der befragten Thüringer*innen an, sich „eher“ bzw. „auf jeden Fall“ gegen das Virus impfen zu lassen. Ein Fünftel der Befragten war unentschlossen, 13 Prozent wollten sich „eher nicht“ und 18 Prozent „auf keinen Fall“ impfen lassen (vgl. Abb. 22). Dieses Ergebnis entspricht in der Tendenz den Ergebnissen der bundesweiten Befragung der COSMO-Studie. Diese konstatierte zwar zunächst eine seit Mitte April sinkende Impfbereitschaft. Mitte September 2020, also zum Zeitpunkt der Erhebung des THÜRINGEN-MONITORS, lag die Impfbereitschaft bei 57 Prozent (COSMO 2021c) und damit nur leicht über den für Thüringen ermittelten Werten. Eine höhere Impfbereitschaft findet der – ohne Mittelkategorie („ich bin mir unsicher“) auskommende – DeutschlandTrend. Dort gaben im August 2020 44 Prozent an, sich „auf jeden Fall“ und 30 Prozent, sich „wahrscheinlich“ impfen zu lassen. Im November 2020 wollten sich 37 Prozent auf „jeden Fall“ und 34 Prozent „wahrscheinlich“ impfen lassen (infratest dimap 2020). Auf „keinen Fall“ impfbereit waren in den infratest Umfragen 12 bzw. 15 Prozent. Nach Zulassung des ersten Impfstoffes in Deutschland und dem Impfstart am 27. Dezember 2020 war in allen bundesweiten Umfragen eine steigende Impfbereitschaft zu beobachten. Anfang Januar 2021 lag die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, bundesweit bei drei Viertel der Befragten, wobei v. a. die Bereitschaft, sich auf jeden Fall impfen zu lassen, angestiegen war („auf jeden Fall“: 54 Prozent, „wahrscheinlich: 21 Prozent; Tagesschau 2021b), sodass auch für Thüringen seit dem Impfstart eine gesteigerte Impfbereitschaft vermutet werden kann.

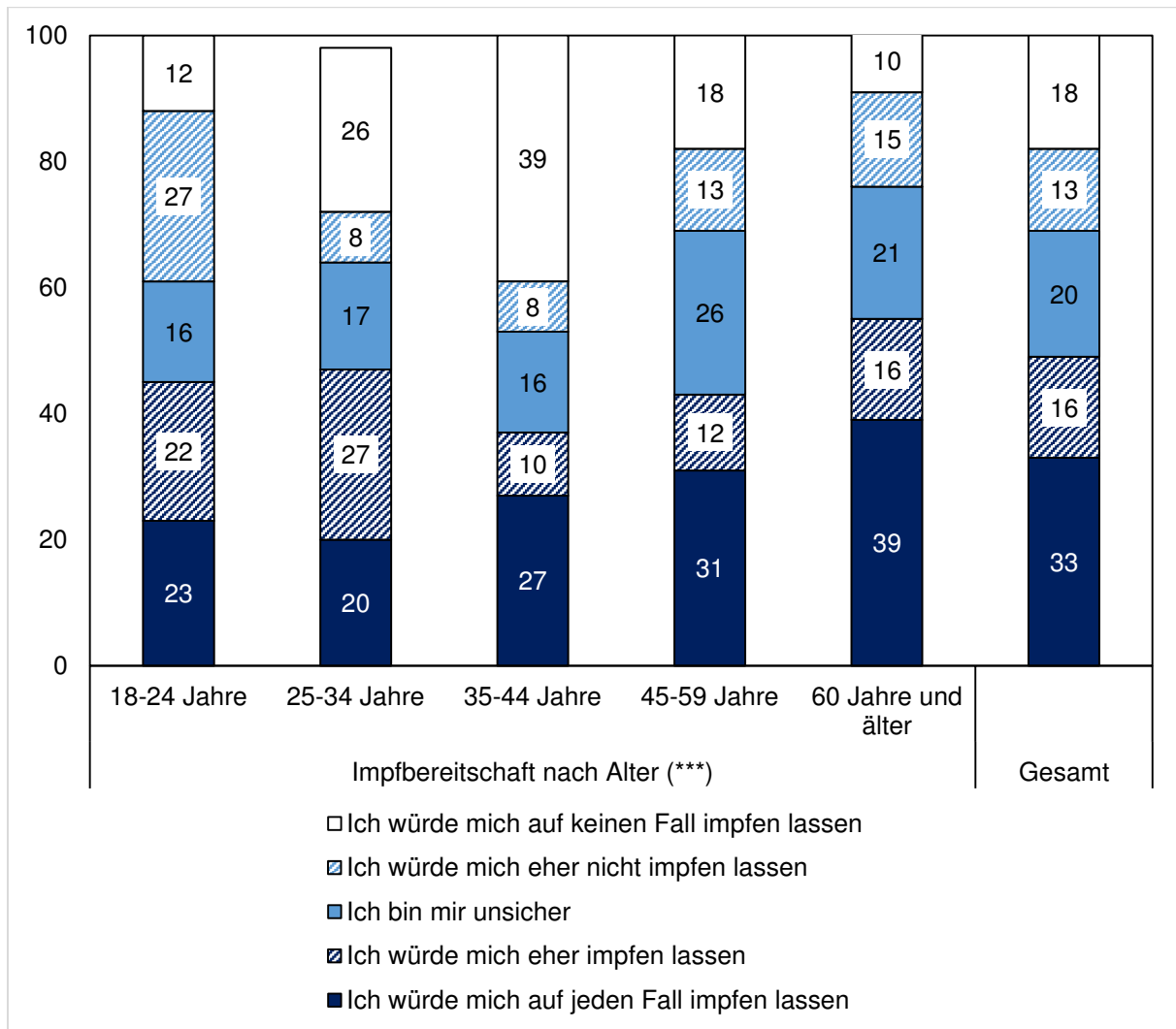
Welche Faktoren beeinflussen, ob eine Person einer Impfung skeptisch bzw. ablehnend gegenübersteht? Die Untersuchung der Einflussfaktoren (vgl. Abb. 21) zeigt, dass sich ein höheres Alter negativ auf die Impfskepsis („ich würde mich auf keinen Fall impfen lassen“) auswirkt. Die Alterskohorte der über 60-Jährigen ist die einzige Altersgruppe, in der eine Mehrheit von 54 Prozent der Befragten angab, sich eher oder auf jeden Fall impfen zu lassen (vgl. Abb. 22). D. h. Befragte, die aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters und damit verbundenen möglichen Vorerkrankungen ein höheres Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf haben, waren impfbereiter. Im THÜRINGEN-MONITOR 2019 gab die Hälfte der Befragten über 60 Jahren an, gesundheitlich beeinträchtigt zu sein (TM 2019: 24). Auch Befragte, die sich selbst einer Risikogruppe zuordneten, waren impfbereiter als die übrigen Befragten. Des Weiteren zeigten sich Männer (53 Prozent) impfwilliger als Frauen (43 Prozent). Eine höhere Impfbereitschaft von Männern und Älteren berichten auch bundesweite Umfragen (COSMO 2021c, Spiegel Online 2020).

Abb. 21 Einflussfaktoren für Impfskepsis
(logistische Regression)

Einflussfaktoren	Impf-Verweigerung
Alter (höher)	-
Bildung (Abitur und höher)	
Geschlecht (weiblich)	+
Betroffenheit vom Corona-Virus (nein)	
Betroffenheit vom Corona-Virus (nein, aber Risikogruppe)	-
Vertrauen in Robert-Koch-Institut (teilweise)	
Vertrauen in Robert-Koch-Institut (vertraue)	-
Vertrauen in Wissenschaft (teilweise)	-
Vertrauen in Wissenschaft (vertraue)	--
Vertrauen in Bundesregierung (teilweise)	
Vertrauen in Bundesregierung (vertraue)	
Corona = Gefahr für die eigene Gesundheit (Zustimmung)	-
Das Virus ist nicht schlimmer als eine Grippe (Zustimmung)	+
Medienalarmismus [„Die Gefahr, die vom Corona-Virus ausgeht, wird in den Medien stark übertrieben“] (Zustimmung)	
Ich vertraue meinen eigenen Gefühlen mehr als „sogenannten Experten“ (Zustimmung)	
Verschwörungsdenken	+
Links-Rechts-Selbsteinstufung (etwas links)	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (in der Mitte)	+
Links-Rechts-Selbsteinstufung (etwas rechts)	+
Links-Rechts-Selbsteinstufung (ganz rechts)	+++
Nagelkerke Pseudo R2	0,538
Fallzahl	781

Anmerkung: Die abhängige Variable ist eine Dummy Variable für die Befragten, die angaben, sich „auf keinen Fall“ impfen zu lassen. Plus bedeutet einen verstärkenden Einfluss und Minus einen verringerten Einfluss. Je mehr Zeichen, desto stärker ist die Wirkung des jeweiligen Faktors. Die Angaben zur Einflussstärke basieren auf den durchschnittlichen Marginaleffekten und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Marginaleffekte ($p > .5$) eingetragen wurden: AME $> .3 = +++/--$; AME $> .2 = ++/--$; AME $> .00 = +/-$.

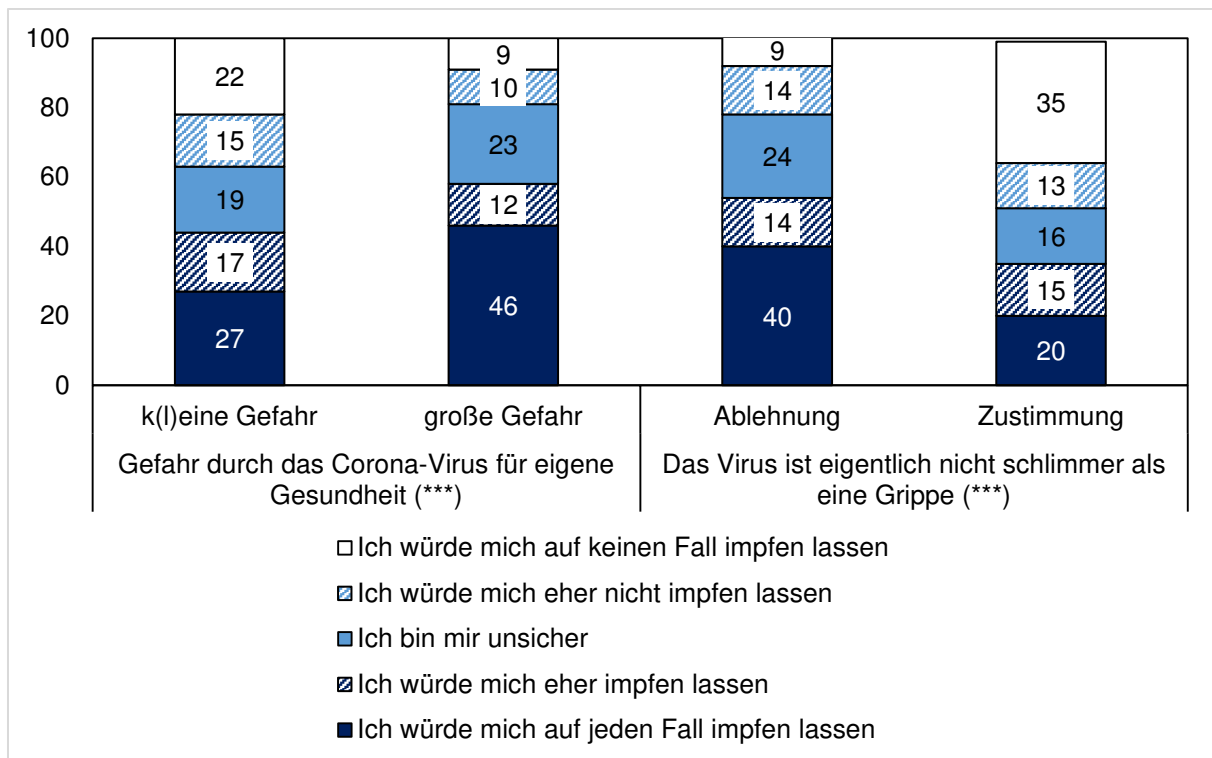
Abb. 22 Impfbereitschaft nach Alter
(in Prozent)



Auch die Einschätzung der Gefährlichkeit des Corona-Virus hat einen signifikanten Einfluss auf die Impfbereitschaft (vgl. Abb. 23). Befragte, die Corona als Gefahr für die eigene Gesundheit ansehen, sind weniger impfskeptisch als Befragte, die in Corona keine oder nur eine kleine Gefahr sehen. Lediglich knapp 30 Prozent der befragten Thüringer*innen, für die Corona keine oder nur eine kleine Gefahr für die eigene Gesundheit darstellte, wollten sich „auf jeden Fall“ impfen lassen. Unter den Befragten, die Corona für eine große oder sehr große Gefahr hielten, waren es dagegen mit 46 Prozent fast 20 Prozentpunkte mehr. Demgegenüber äußerten 22 Prozent der Befragten, die die Gefahr des Virus für ihre eigene Gesundheit als gering einschätzten, sich auf „keinen Fall“ impfen zu lassen. Unter den Thüringer*innen, die eine hohe Gefahr für ihre eigene Gesundheit wahrnahmen, ist die Zahl der Impfunwilligen signifikant niedriger: Lediglich neun Prozent erklärten, sie wollten sich auf „keinen Fall“ impfen lassen. Unter den Befragten, die das Virus als Grippe verharmlosten, wollte sich mit 48 Prozent fast die Hälfte nicht impfen lassen. Befragte, die dieser Aussage widersprachen, gaben dagegen nur zu einem Viertel (23 Prozent) an, sich „eher nicht“ oder „auf keinen Fall“ impfen lassen zu wollen. Die Unterschiede finden sich dabei vor allem in den Extremkategorien („auf jeden Fall impfen“ vs. „auf keinen Fall impfen“). Auf keinen Fall impfen lassen wollten sich 35 Prozent der Befragten, die Corona für nicht schwerwiegender als eine Grippe hielten (neun Prozent der übrigen Befragten). Auf jeden Fall

impfen lassen wollten sich dagegen vier von zehn Befragten, die der Aussage, dass das Corona-Virus nicht schlimmer als eine Grippe sei, widersprachen. Unter denjenigen, die dieser Aussage zustimmten, waren es nur halb so viele (vgl. Abb. 23). Dieses Ergebnis entspricht dabei den Befunden der COSMO-Studie. Wenn Befragte das Virus nicht als bedrohlich empfinden, wirkt es sich negativ auf die Impfwillingkeit aus (COSMO 2021c).

Abb. 23 Impfbereitschaft nach Risikowahrnehmung durch das Corona-Virus (in Prozent)

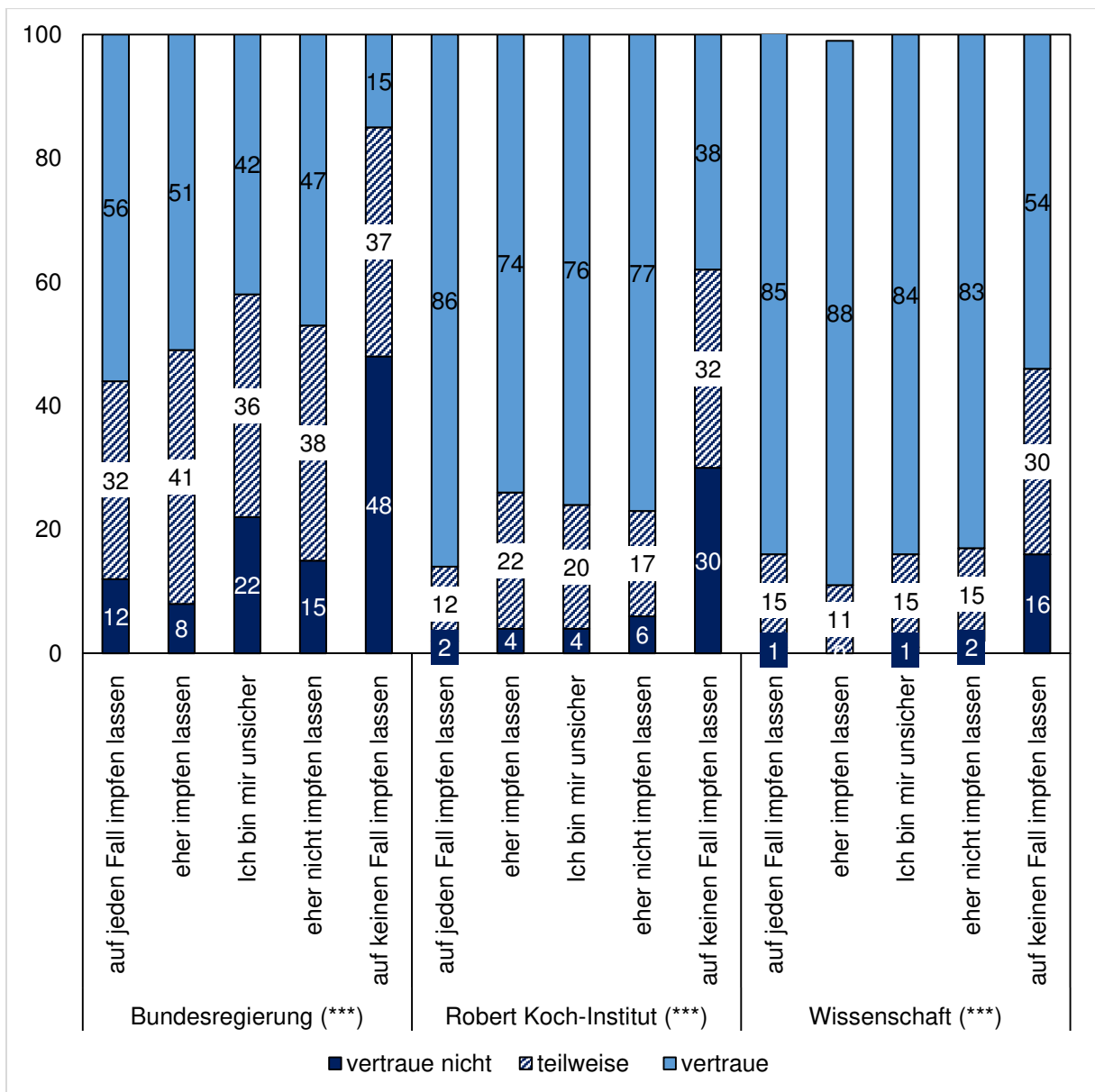


Ein weiterer starker signifikanter Erklärungsfaktor für die Impfbereitschaft ist das Vertrauen in zentrale Institutionen, wie aus Abbildung 24 abzulesen ist. Vor allem diejenigen, die sich „auf keinen Fall impfen lassen“ wollen, haben im Vergleich zu allen anderen Befragten ein deutlich niedrigeres Vertrauen. So gaben von den Impfskeptiker*innen 30 Prozent an, dass sie dem Robert Koch-Institut nicht vertrauen und weitere 32 Prozent, dass sie ihm nur zum Teil vertrauen. Der Anteil derjenigen, die dem Robert Koch-Institut nicht vertrauen, liegt bei den übrigen Befragten hingegen mit zwei bis sechs Prozent deutlich niedriger. Diese große Differenz im Vertrauen zeigt sich auch beim Vertrauen in die Wissenschaft: 16 Prozent der Impfskeptiker*innen vertrauen der Wissenschaft nicht, weitere 30 Prozent vertrauen ihr nur teilweise. Auch das Misstrauen in die Bundesregierung ist unter den Impfskeptiker*innen im Vergleich zu den anderen Befragten massiv erhöht.

Die vehemente Ablehnung der Impfung kann auf Basis statistischer Verfahren gut mit verharmlosenden Einstellungen gegenüber dem Virus und einem Misstrauen in die zentralen Institutionen (RKI, Wissenschaft, Regierung) erklärt werden (vgl. Abb. 21). Dieser Befund ist insofern positiv zu sehen, da sich die zurückhaltende Einstellung gegenüber der Corona-Impfung bei Menschen, die sich unsicher sind oder die sich eher nicht impfen lassen wollen, nicht aus Corona-verharmlosenden Einstellungen speist. Stattdessen ist zu vermuten, dass diese Unsicherheit auf Ängste

und Unwissenheit über die konkret eingesetzten Impfstoffe zurückzuführen ist. So war zum Zeitpunkt der Befragung weder bekannt, ob bzw. welche Art von Impfstoff es geben wird noch gab es Informationen bezüglich Nebenwirkungen und möglichen Langzeitfolgen einer Impfung. Diesen Unsicherheiten kann daher mit Informationen und Aufklärung im Rahmen von Impfkampagnen gut begegnet werden. Allerdings lässt die starke Überschneidung zwischen Corona-Skeptiker*innen und Impfskeptiker*innen („ich werde mich auf keinen Fall impfen lassen“) erwarten, dass sich die Anti-Corona-Demonstrationen aus dem Jahr 2020 im Jahr 2021 noch stärker zu Anti-Impf-Protesten entwickeln könnten.

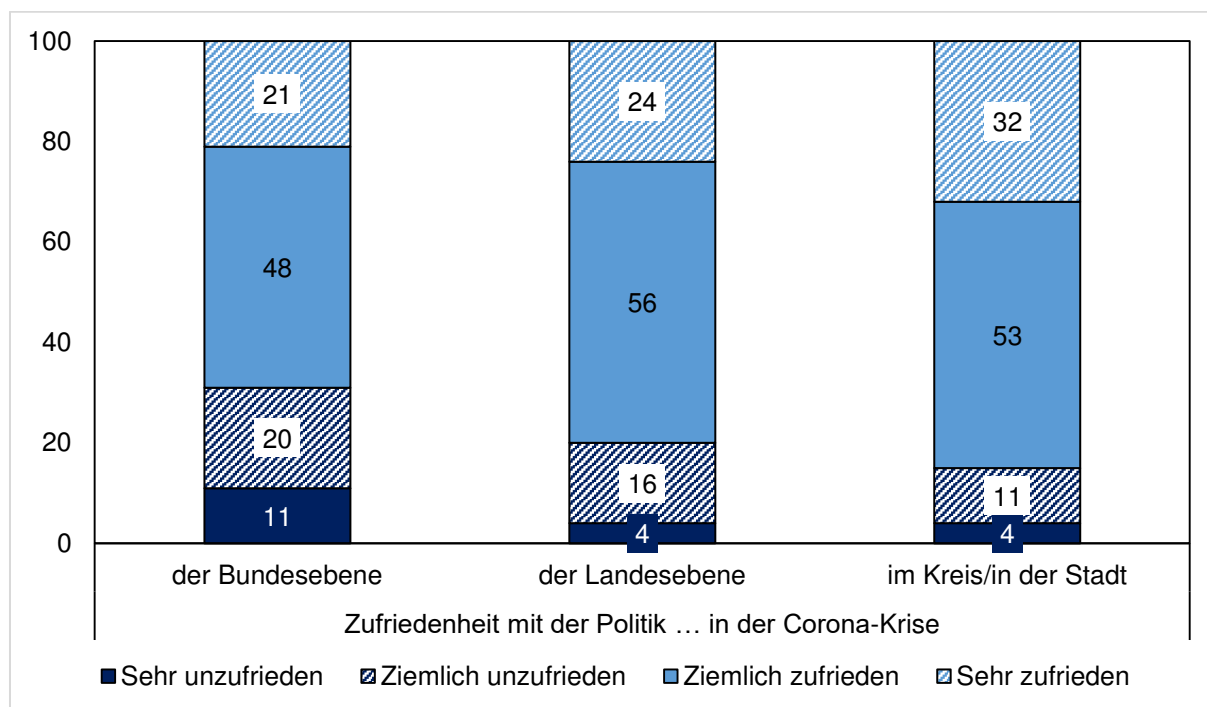
Abb. 24 Zusammenhang zwischen Impfbereitschaft und Vertrauen
(in Prozent)



Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der Politik

Insgesamt zeigte sich eine große Mehrheit der Thüringer*innen mit dem Krisenmanagement von Politik und Verwaltung auf der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene zufrieden, wobei es jedoch Unterschiede zwischen den drei Ebenen gibt: 85 Prozent der Befragten waren zum Zeitpunkt der Befragung im September/Oktober 2020 mit der kommunalen Ebene in der Corona-Krise ziemlich bzw. sehr zufrieden. Mit 80 Prozent waren fast ebenso viele mit Politik und Verwaltung auf der Landesebene (sehr) zufrieden. Immerhin noch beinahe 70 Prozent der Befragten äußerten sich zufrieden mit der Corona-Politik der Bundesregierung (vgl. Abb. 25). Somit zeigt sich das aus früheren THÜRINGEN-MONITOREN bekannte Muster, dass die kommunale Ebene besser bewertet wird als die Landes- und Bundesebene. Nur eine (kleine) Minderheit der Umfrageteilnehmer*innen ist mit dem Krisenmanagement der Politik sehr unzufrieden (Kommune bzw. Land: je vier Prozent; Bund: elf Prozent). Angesichts der drastischen und durchaus kontrovers diskutierten Maßnahmen sowie der Einschränkung zahlreicher Grund- und Freiheitsrechte zur Pandemiebekämpfung sind die hohen Zufriedenheitswerte bemerkenswert und zeigen, dass die Thüringer*innen – zumindest zum Zeitpunkt der Befragung im September/Oktober 2020 – zu sehr großen Teilen hinter dem von Politik und Verwaltung eingeschlagenen Weg zur Eindämmung des Virus standen.

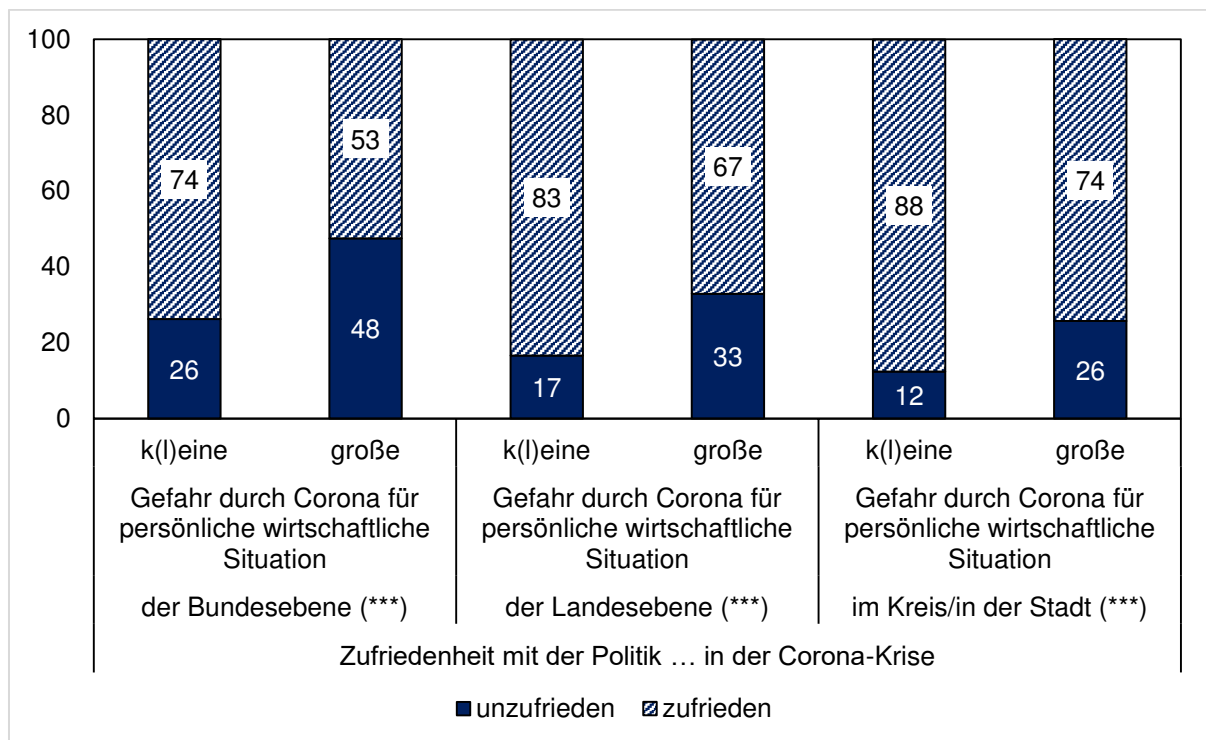
Abb. 25 Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der Bundes-, Landes und kommunalen Ebene
(in Prozent)



Signifikante Differenzen in der Bewertung des Krisenmanagements gibt es hinsichtlich des formalen Bildungsniveaus: Personen mit niedrigeren Schulabschlüssen waren mit der Corona-Politik der Bundes- und Landesebene weniger zufrieden als formal höher Gebildete. Eine mögliche Ursache wäre, dass Geringqualifizierte eher von Kurzarbeit und Entlassungen betroffen waren (vgl. auch Möhring et al. 2020) und daher mit dem Corona-Management der Politik weniger

zufrieden sind. Die von den Schutzmaßnahmen (z. B. Schließung des Einzelhandels, von Gaststätten und Kultureinrichtungen) besonders hart getroffenen Selbstständigen und Freiberufler*innen sind ebenso wie Arbeiter*innen und höhere/leitende Beamt*innen mit dem Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung unzufriedener als einfache bzw. leitende Angestellte und Beamt*innen. Signifikante Unterschiede in den Zufriedenheitswerten mit der Politik der anderen Ebene gibt es nicht. Eine mögliche Erklärung wäre, dass v. a. die Bundesebene für den Shutdown der Geschäfte und Gaststätten und damit einhergehende Einkommensverluste und ökonomische Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wird. In diese Richtung weist möglicherweise auch der beobachtete Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit und der persönlichen wirtschaftlichen Betroffenheit durch die Corona-Krise. Wer die Gefahr durch die Corona-Krise für die eigene wirtschaftliche Situation als hoch einschätzte, gab an, (eher) nicht mit dem Krisenmanagement der Politik zufrieden zu sein (vgl. Abb. 26).

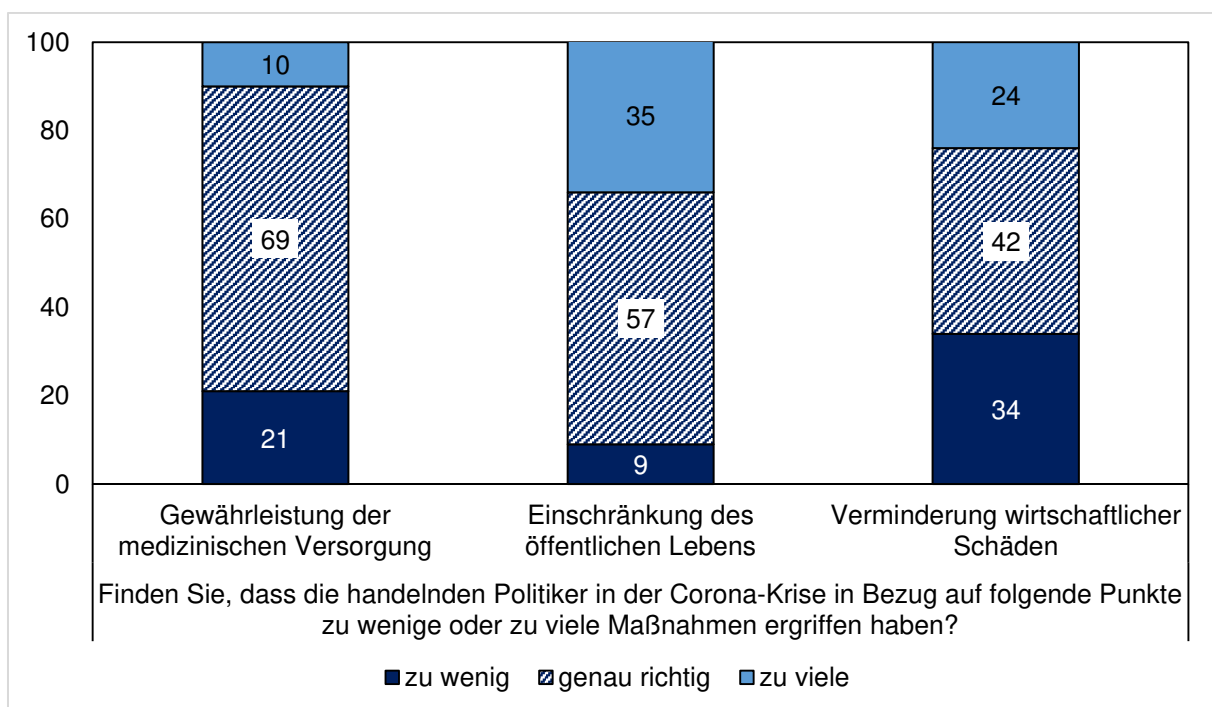
Abb. 26 Zufriedenheit mit der Corona-Politik nach Gefahr für die persönliche wirtschaftliche Situation
(in Prozent)



Wir wollten von den Befragten darüber hinaus wissen, ob „die handelnden Politiker*innen“ bezüglich der medizinischen Versorgung, der Einschränkung des öffentlichen Lebens sowie zum Schutz der Wirtschaft nach ihrer Einschätzung zu wenige oder zu viele Maßnahmen ergriffen haben. Mit Blick auf die medizinische Versorgung zeigte sich die überwiegende Mehrheit der Befragten zufrieden: 70 Prozent gaben an, dass die von der Politik getroffenen Maßnahmen ein genau richtiges Maß gehabt hätten. Rund ein Fünftel der befragten Thüringer*innen kritisierte aber, dass für die medizinische Versorgung zu wenige Maßnahmen getroffen worden seien. Die überwiegend positive Bewertung geht vermutlich auch auf die niedrigen Fallzahlen im Freistaat während der ersten Welle zurück. Daher drohte das Gesundheitssystem bis zum Beginn des

Befragungszeitraums – im Unterschied z. B. zu Italien und Spanien – niemals an seine Kapazitätsgrenze zu gelangen. Ebenfalls eine Mehrheit von 60 Prozent der Thüringer*innen war der Ansicht, dass die Maßnahmen zur Einschränkung des öffentlichen Lebens „genau richtig“ waren. Ein nennenswerter Anteil von immerhin über einem Drittel der Umfrageteilnehmer*innen war jedoch der Ansicht, die Politik habe bezüglich der Einschränkung des öffentlichen Lebens „zu viele“ Maßnahmen ergriffen. Demgegenüber steht eine Minderheit von zehn Prozent der Befragten, die fand, es habe „zu wenige“ Maßnahmen gegeben. Die Frage nach der Angemessenheit der Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaft zu beantworten, fiel den Befragten deutlich schwerer. Immerhin 12 Prozent konnten hier keine substantielle Antwort geben und antworteten mit „weiß nicht“. Für jene, die eine substantielle Antwort gaben, zeigt sich ein ambivalentes Bild. Ca. ein Drittel der Befragten war der Meinung, die handelnden Politiker*innen hätten zu wenige Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaft ergriffen. Demgegenüber steht rund ein Viertel der Befragten, nach deren Auffassung die Politik zu viel zum Schutz der Wirtschaft unternommen habe. 42 Prozent hielten die Maßnahmen zur Vermeidung wirtschaftlicher Schäden für genau richtig. Das skizzierte Bild spiegelt wider, dass es wahrscheinlich noch zu früh war, um die wirtschaftlichen Schäden absehen und einschätzen zu können, ob die Maßnahmen ausreichend waren.

Abb. 27 Bewertung der Angemessenheit der von der Politik ergriffenen Maßnahmen (in Prozent)



Eine weitere Frage im THÜRINGEN-MONITOR war, ob die Befragten mit der Kommunikation der Politik während der Corona-Krise zufrieden waren. Eine Mehrheit von fast zwei Drittel der Befragten zeigte sich zufrieden. Nur jede*r Zehnte war überhaupt nicht zufrieden. Allerdings gab auch eine knappe Mehrheit von 53 Prozent an, dass sie durch wechselnde Einschätzungen von Expert*innen zum Corona-Virus und geeigneten Schutzmaßnahmen verunsichert waren.

Abb. 28 *Zufriedenheit mit der öffentlichen Kommunikation von Politiker*innen während der Corona-Krise*
(in Prozent)

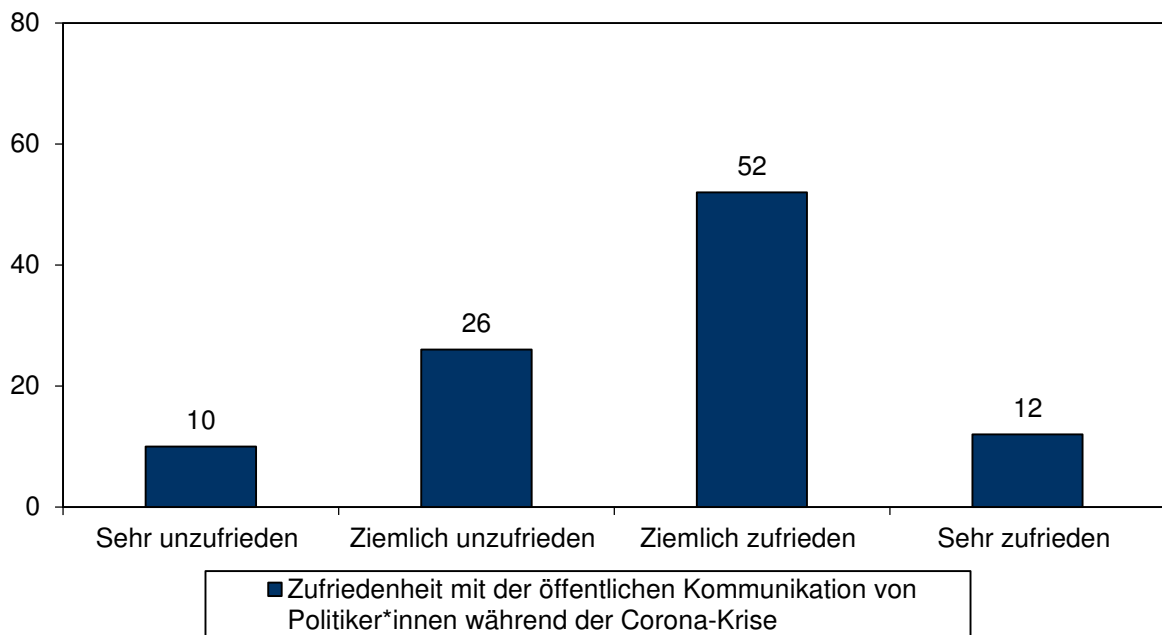
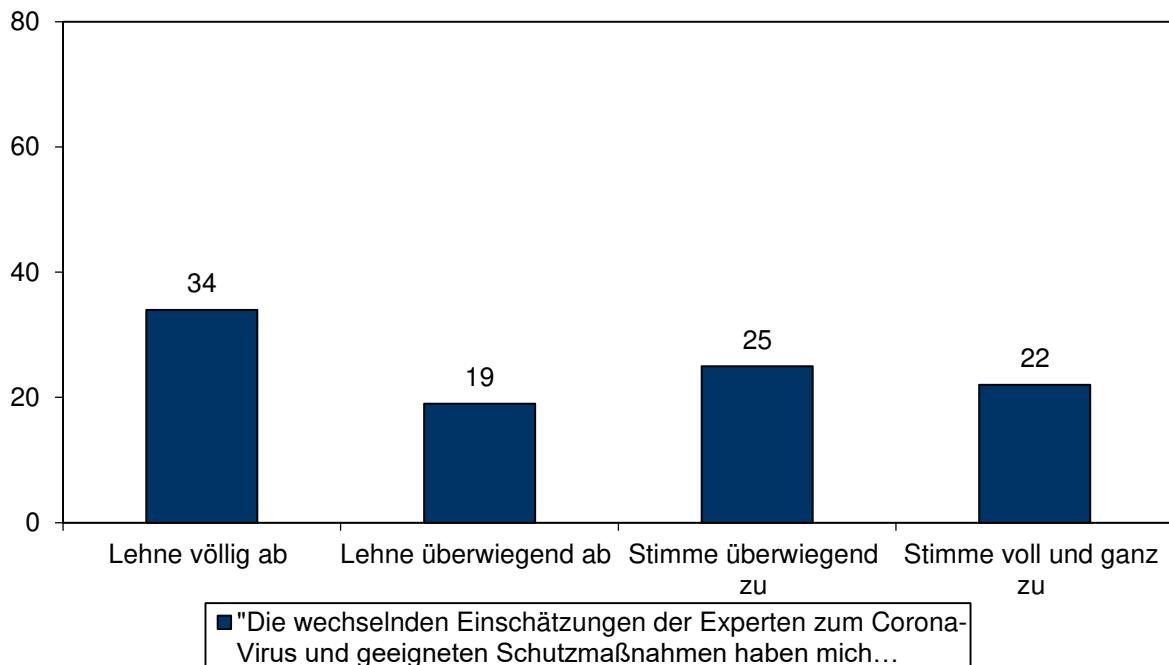


Abb. 29 *„Die wechselnden Einschätzungen der Experten zum Corona-Virus und geeigneten Schutzmaßnahmen haben mich verunsichert.“*
(in Prozent)

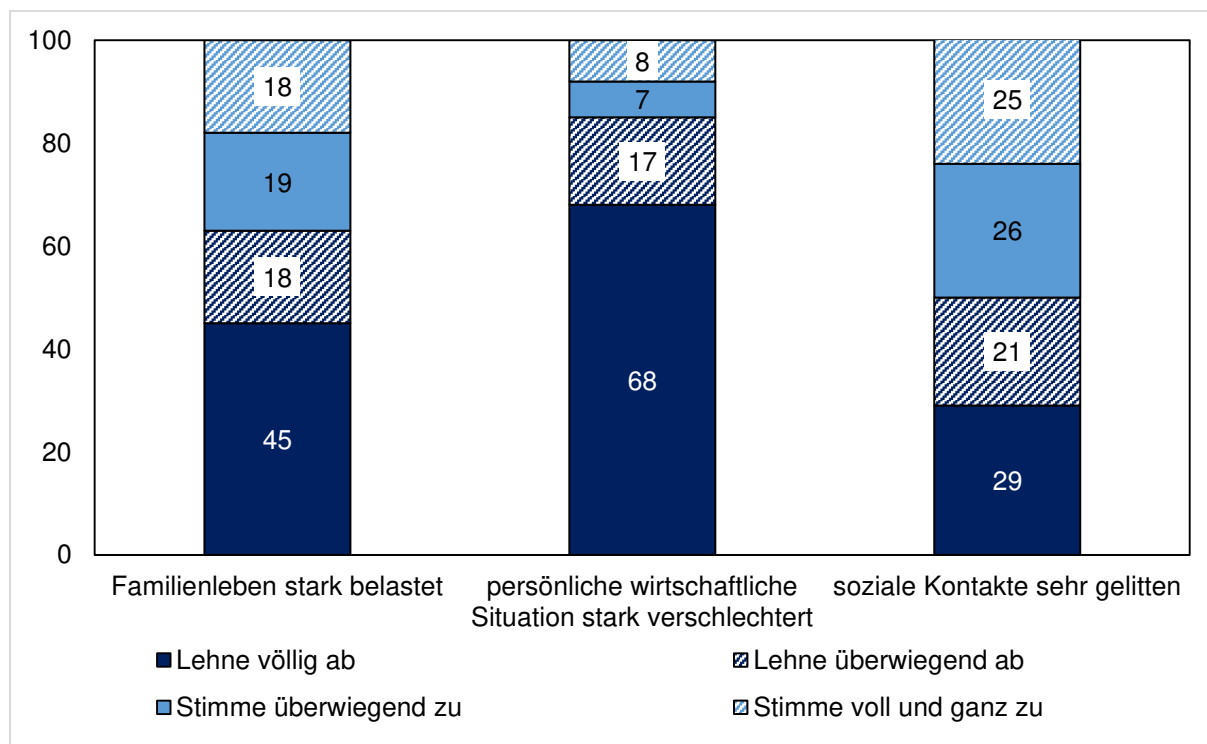


3. Folgen der COVID-19-Pandemie

Neben dem gesundheitlichen Risiko durch COVID-19 führten die zur Eindämmung des Virus verhängten Maßnahmen – wie die Schließung von Geschäften, Restaurants und Kultureinrichtungen – für viele Erwerbstätige zu Kurzarbeit und zu Entlassungen und damit zu einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage (siehe Kapitel 2). Für ein Fünftel stellte die Corona-Krise daher eine (sehr) große Gefahr für die eigene ökonomische Lage dar. Hingegen gaben 42 Prozent der Befragten an, dass sie durch die Corona-Krise keine Gefahr für ihre persönliche wirtschaftliche Situation sahen und weitere 38 Prozent sahen eine (sehr) kleine Gefahr.

Die ökonomischen Belastungen durch die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus verspürten jedoch nicht alle Thüringer*innen gleichermaßen. Insbesondere die über 60-Jährigen unterschieden sich signifikant von den anderen Alterskohorten und nahmen deutlich seltener eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Lage wahr. Diese Altersunterschiede sind vermutlich darauf zurückzuführen, dass viele der älteren Befragten bereits das Rentenalter erreicht haben und damit nicht mehr von Jobverlust und Einkommenseinbußen bedroht oder unmittelbar betroffen sind. Die sozialen Unterschiede in der ökonomischen Betroffenheit offenbarten sich ebenfalls hinsichtlich der verschiedenen Berufsgruppen. Arbeiter*innen klagten häufiger darüber, dass die Corona-Krise ihre persönliche wirtschaftliche Situation gefährde als einfache und mittlere Angestellte/Beamt*innen sowie höhere und leitende Angestellte/Beamt*innen. Damit bestätigen sich auch im THÜRINGEN-MONITOR Befunde aus bundesweiten Befragungen, die bereits im Frühjahr 2020 vor der unterschiedlichen Betroffenheit der Bevölkerung durch die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns gewarnt und eine Verschärfung bestehender sozialer Ungleichheiten befürchtet hatten (Möhring et al. 2020).

Abb. 30 Belastungen durch die Corona-Krise: „Wie hat sich ihr persönliches Leben in der Corona-Krise verändert?“
(in Prozent)



Ähnliche Ergebnisse hinsichtlich der unterschiedlichen Betroffenheit sozialer Gruppen liefert auch die Frage danach, ob sich die persönliche wirtschaftliche Situation der Thüringer*innen durch die Corona-Krise bereits zum Zeitpunkt der Befragung im September/Oktober 2020 stark verschlechtert habe. Auf der vier-stufigen Skala stimmten 15 Prozent der Befragten der Aussage zu, wobei sieben Prozent „überwiegend“ und acht Prozent „voll und ganz“ zustimmten. Für die überwiegende Mehrheit der befragten Thüringer*innen dagegen hatte sich die persönliche wirtschaftliche Situation bis zum Befragungszeitpunkt nicht verschlechtert und über zwei Drittel lehnten die Aussage „völlig“ ab (zusätzliche 17 Prozent lehnen sie „überwiegend“ ab; vgl. Abb. 30). Hier war es vor allem die Gruppe der Selbstständigen, Freiberufler*innen und Landwirt*innen, die angab, dass sich ihre wirtschaftliche Lage durch die Corona-Krise stark verschlechtert habe. Signifikant erhöht ist die Zustimmung zu dieser Aussage zudem vor allem bei Arbeitslosen. Zudem äußerten auch Auszubildende – im Vergleich zu den übrigen Erwerbstätigen – häufiger, dass sich ihre wirtschaftliche Lage verschlechtert habe. Auch Befragte mit formal niedriger Bildung stimmen der Aussage häufiger zu als solche mit einem höheren Bildungsabschluss.

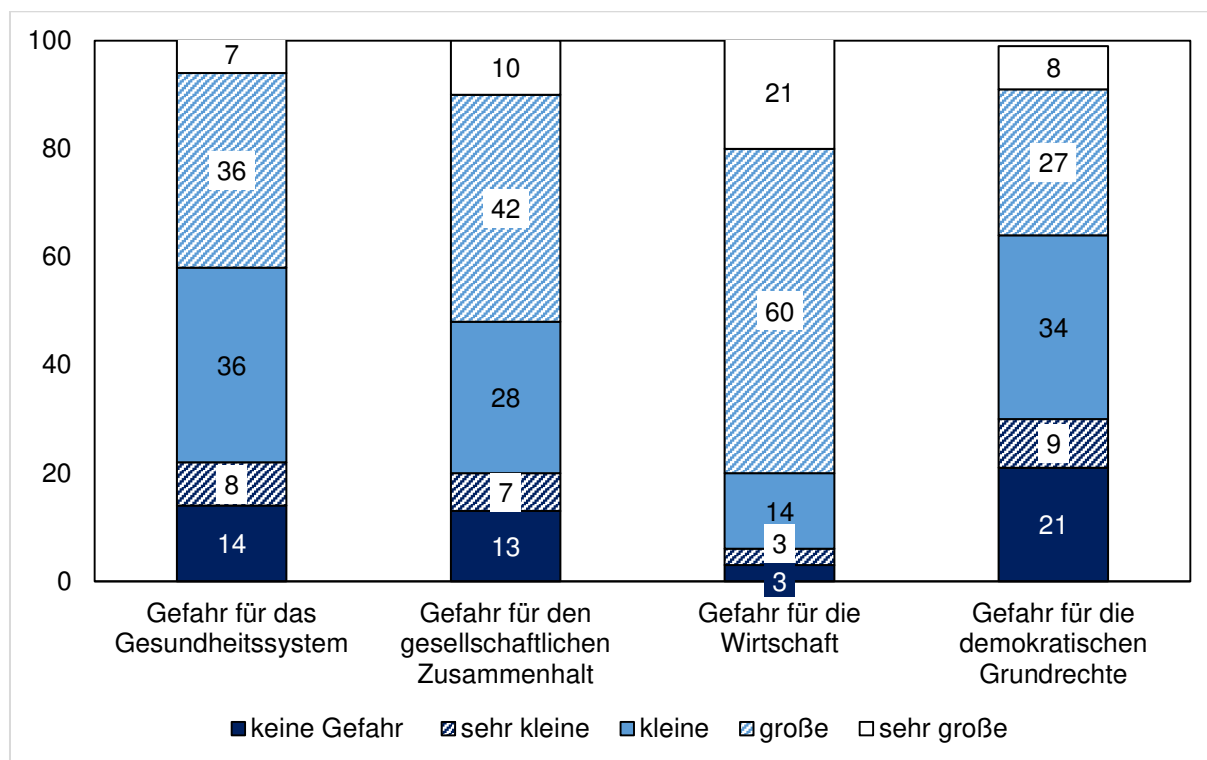
Insgesamt sahen 37 Prozent der Thüringer*innen eine Belastung ihres Familienlebens durch die COVID-19-Pandemie, während die Mehrheit von 63 Prozent keine Belastung für die Familie wahrnahm. Allerdings waren es insbesondere Familien mit Kindern, die durch die Schließung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen vor besonderen Herausforderungen standen. Entsprechend nahmen Eltern von im Haushalt lebenden Kindern von unter 18 Jahren die Corona-Zeit signifikant häufiger als belastend wahr als Personen, in deren Haushalt keine unter 18-jährigen Kinder leben (49 Prozent zu 34 Prozent).

Ab dem 23. März 2020, dem Beginn des ersten Lockdowns, waren Treffen im öffentlichen Raum nur mit einer weiteren Person aus einem anderen Haushalt oder im Kreis des eigenen Hausstands gestattet. Die Kontaktbeschränkungen wurden während der ersten Welle in mehreren Etappen bis zum 13. Juni verlängert, wobei seit Anfang Mai Treffen zweier Haushalte erlaubt waren. Zum Befragungszeitpunkt gab es keine strengen Kontaktbeschränkungen, wobei es jedoch nach wie vor ein Verbot von Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmer*innen sowie eine Meldepflicht für private Feiern mit vielen Besucher*innen gab. Erst ab Anfang November wurden wieder strengere Kontaktbeschränkungen beschlossen. Auf die Frage nach negativen Auswirkungen der Schutzmaßnahmen auf die sozialen Kontakte zeigt sich ein ambivalentes Bild. Die Hälfte der Befragten äußerte, dass ihre sozialen Kontakte sehr gelitten hätten, wohingegen die andere Hälfte dies nicht so bewertete. Entgegen der Erwartung trifft dies jedoch nicht häufiger auf ältere und alleinwohnende Personen zu: So lassen sich keine Unterschiede nach dem Alter der Befragten beobachten. Auch Alleinlebende gaben – im Vergleich zu Mehrpersonenhaushalten – nicht überdurchschnittlich häufig an, dass ihre sozialen Kontakte stark gelitten hätten.

Im THÜRINGEN-MONITOR wurde zudem untersucht, welche Sorgen sich die Befragten bezüglich der Auswirkungen der staatlich verhängten Einschränkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie machen (siehe Abb. 31). 40 Prozent der befragten Thüringer*innen sahen die Corona-Krise als eine „große“ beziehungsweise „sehr große“ Gefahr für das Gesundheitssystem an. 14 Prozent dagegen konnten keine Gefahr für das Gesundheitssystem erkennen und weitere 44 Prozent nur eine (sehr) kleine Gefahr. Signifikante Stadt-Land-Differenzen ließen sich dabei nicht beobachten. Dass die Befragung zu einem Zeitpunkt niedriger Fallzahlen stattfand und Thüringen von der ersten Welle nahezu kaum betroffen war, hat hier möglicherweise das Antwortverhalten beeinflusst. Hätte die Befragung wenige Monate später – beispielsweise vor dem Hintergrund der Medienberichte zur angewandten Triage bei Corona-Patient*innen im benach-

barten Bundesland Sachsen (Tagesschau 2020) oder über die zunehmende Auslastung der Thüringer Krankenhäuser (MDR 2020c, Müller 2020) – stattgefunden, wäre die Sorge um das Gesundheitssystem möglicherweise deutlich höher ausgefallen.

Abb. 31 *Wahrnehmung von Gefahren für Gesundheitssystem, Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie während der Corona-Krise (in Prozent)*



Eher skeptisch zeigten sich die Befragten hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Diesen sah etwas mehr als die Hälfte der Thüringer*innen gefährdet. 13 Prozent der Befragten gaben an, keine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erkennen, und etwa ein Drittel sah lediglich eine (sehr) kleine Gefahr.

Sehr besorgt zeigten sich die Thüringer*innen schon im September/Oktober 2020 über die wirtschaftliche Situation; hier sahen über 80 Prozent der Befragten eine Gefahr durch die Corona-Krise (21 Prozent sogar eine „sehr große“ Gefahr). Lediglich eine kleine Minderheit von drei Prozent vertrat die Auffassung, dass keine Gefahr für die Wirtschaft bestehe, und nur 17 Prozent waren der Meinung, dass die COVID-19-Pandemie lediglich eine (sehr) kleine Gefahr für die wirtschaftliche Situation darstelle. Angesichts der stark verschlechterten gesamtwirtschaftliche Lage (das BIP sank im Jahr 2020 um fünf Prozent), spiegelt das Empfinden der Thüringer*innen hier die objektive wirtschaftliche Entwicklung wider (vgl. auch Kapitel 2).

Die Corona-Pandemie hat zu drastischen Einschränkungen der Grundrechte geführt. Eingeschränkt wurden u. a. die Freiheit der Person, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Berufs-, die Versammlungs- sowie die Glaubensfreiheit. Trotz dieser größten Einschränkungen seit Inkrafttreten des Grundgesetzes sieht nur rund jede*r Dritte eine „große“ bzw. „sehr große“ Gefahr für die demokratischen Grundrechte. Hingegen konnte etwas mehr als jede*r Fünfte gar keine

Gefahr und weitere 43 Prozent nur eine (sehr) kleine Gefahr für die demokratischen Grundrechte ausmachen. Insofern spiegelt die Einschätzung von zwei Drittel der Befragten, die die demokratischen Grundrechte als nicht oder kaum gefährdet ansehen, zum einen die – gerade in der Anfangsphase der Pandemie – breite Unterstützung für die Schutzmaßnahmen wider. Zum anderen war für die Einschätzung vermutlich wichtig, dass die einschneidenden Maßnahmen von der Politik immer nur für einen kurzen, befristeten Zeitraum beschlossen und die Verhältnismäßigkeit der Grundrechtseinschränkungen von den Gerichten sehr genau überprüft wurde. Auch der Umstand, dass die Befragung des THÜRINGEN-MONITORS in einer Phase relativ großer Lockerungen durchgeführt wurde, könnte das Antwortverhalten beeinflusst haben.

4. Corona-skeptische Einstellungen und pandemiebezogenes Verschwörungsdenken

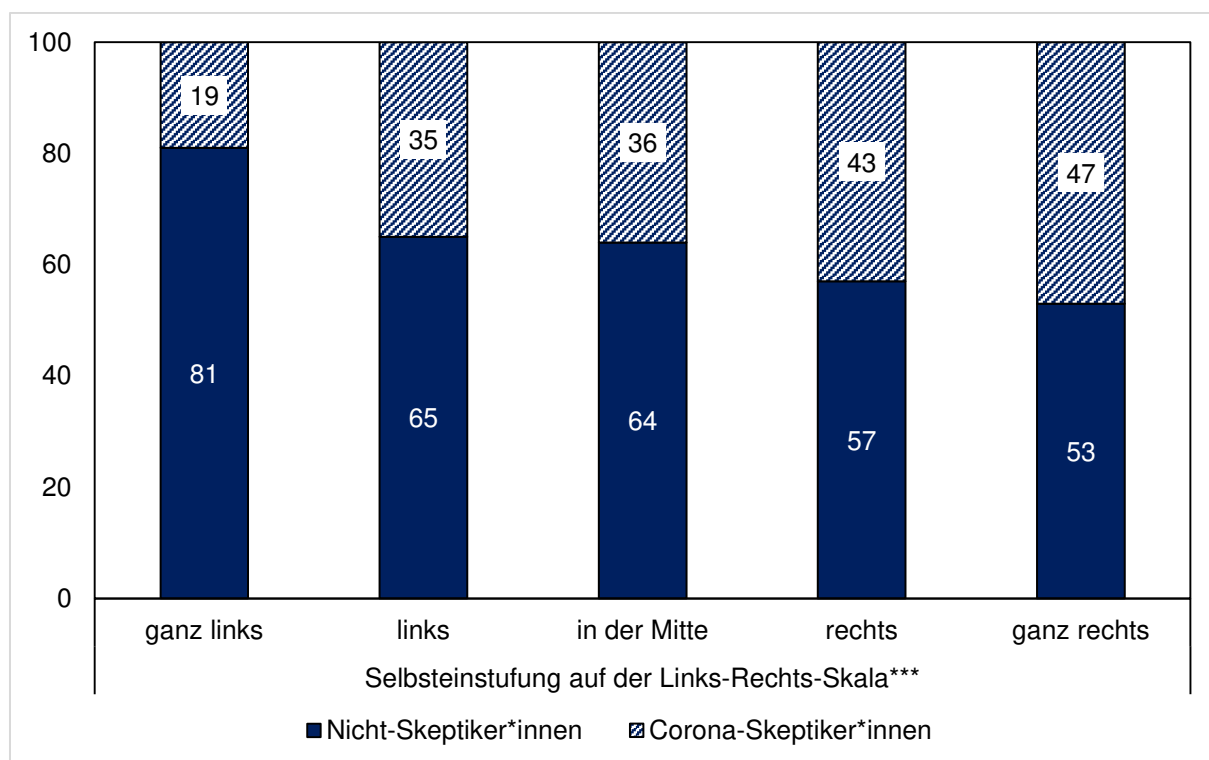
In den bisherigen Unterkapiteln wurde gezeigt, dass die große Mehrheit der Thüringer*innen mit der bisherigen Corona-Politik zufrieden ist und alle Schutzmaßnahmen die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit der Thüringer*innen genießen. Allerdings wurde in Kapitel III.1 auch bereits gezeigt, dass ein nicht unerheblicher Teil der Menschen in Thüringen zum Befragungszeitpunkt die Darstellung der Gefährlichkeit des Virus in den Medien für übertrieben hielt. Ein beachtlicher Anteil von 43 Prozent gab zudem an, dass sie ihren „Gefühlen mit Blick auf den Umgang mit Corona mehr als sogenannten Experten“ vertrauten. Hinzu kommt, dass ein Drittel der Befragten Corona für nicht schlimmer als eine Grippe hielt (vgl. Kapitel III.1). Da eine Verharmlosung des Virus die Wahrscheinlichkeit für eine Nichtbefolgung der Schutzmaßnahmen nach sich zieht, die aber für die erfolgreiche Eindämmung der Pandemie von zentraler Bedeutung sind, soll im Folgenden die Gruppe der Corona-Skeptiker*innen näher untersucht werden. Gibt es tieferliegende Faktoren, die die Corona-skeptische Haltung erklären können? Und wie stehen die Corona-Skeptiker*innen zu den Schutzmaßnahmen?

Abbildung 33 zeigt die Erklärungsfaktoren für die Zustimmung zur verharmlosenden Aussage, wonach das Virus nicht schlimmer als eine gewöhnliche Grippe sei. Diese Einstellung wird gefördert, wenn Befragte bis zum Zeitpunkt der Befragung weder selbst noch im Freundes- oder Familienkreis vom Virus betroffen waren. Hier kann vermutet werden, dass sich die Sorglosigkeit im Umgang mit dem Virus in Teilen aus der geringen Betroffenheit Thüringens in der ersten Welle der Pandemie speist (vgl. auch Kapitel II). Allerdings fördern auch ein geringes Vertrauen in das Robert Koch-Institut und eine geringe politische Selbstwirksamkeit (das Gefühl, keinen Einfluss auf die Regierung zu haben) Corona-verharmlosende Einstellungen. Ebenfalls einen positiven Einfluss auf eine Corona-Skepsis hat die Zustimmung zur Aussage „In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“. Das bedeutet: Die Verharmlosung der Gefährlichkeit des Virus hängt nicht nur von der geringen Betroffenheit Thüringens mit dem Virus in der ersten Jahreshälfte ab, sondern hat auch tieferliegende Gründe. Ursächlich ist nämlich auch eine tieferliegende Verdrossenheit mit dem politischen System und ein Misstrauen gegenüber den Institutionen, sodass sich pandemieskeptische Haltungen hier aus wahrgenommenen Repräsentationsdefiziten sowie einem Gefühl der politischen Einflusslosigkeit zu speisen scheinen (vgl. Kapitel IV.1).

Auch rechtsextreme Einstellungen fördern eine Verharmlosung des Corona-Virus und sind unter den Corona-Skeptiker*innen häufiger verbreitet als in der übrigen Bevölkerung: 33 Prozent der

Thüringer*innen, die Corona als Grippe verharmlosten, weisen auch rechtsextreme Einstellungsmuster auf – unter den übrigen Befragten sind dies mit neun Prozent deutlich weniger (vgl. dazu ausführlich Kapitel IV.4). Die Daten des THÜRINGEN-MONITORS zeigen aber auch, dass die Gruppe der Corona-Skeptiker*innen politisch heterogen ist. Die Spannweite geht von Befragten, die sich selbst auf der politischen Links-Rechts-Achse ganz links verorten, bis hin zu Befragten, die sich rechts oder ganz rechts verorten. Allerdings ist die Verharmlosung des Corona-Virus als gewöhnliche Grippe im politisch rechten Spektrum weiterverbreitet als unter Befragten, die sich selbst politisch links oder in der Mitte sehen (vgl. Abb. 32).

Abb. 32 Zustimmung/Ablehnung der Aussage „Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“ nach Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse (in Prozent)



Soziodemographische Faktoren (wie z. B. Alter, Geschlecht und Bildung) haben in der multivariaten Analyse hingegen ebenso wenig wie die Einschätzung des Virus als Bedrohung für die persönliche wirtschaftliche Situation einen signifikanten Einfluss. Auch haben weder Parteienverdrossenheit noch Vertrauen in die Medien oder in die Bundesregierung einen signifikanten Einfluss. Ob diese pandemieverharmlosende Einstellung, die immerhin von über einem Drittel der Thüringer*innen geteilt wird (siehe Kapitel III.1.), auch mitverantwortlich für die hohen Fallzahlen in Thüringen in der zweiten Welle war, kann an dieser Stelle nicht belegt werden. Weitere Erklärungsfaktoren, wie beispielsweise der hohe Altersdurchschnitt der Thüringer Bevölkerung (vgl. Kapitel II), die geringe Betroffenheit während der ersten Corona-Welle im Frühjahr sowie die Nähe zu Sachsen, Bayern und Tschechien, die bereits zuvor hohe Fallzahlen zu vermelden hatten, kommen in jedem Fall hinzu.

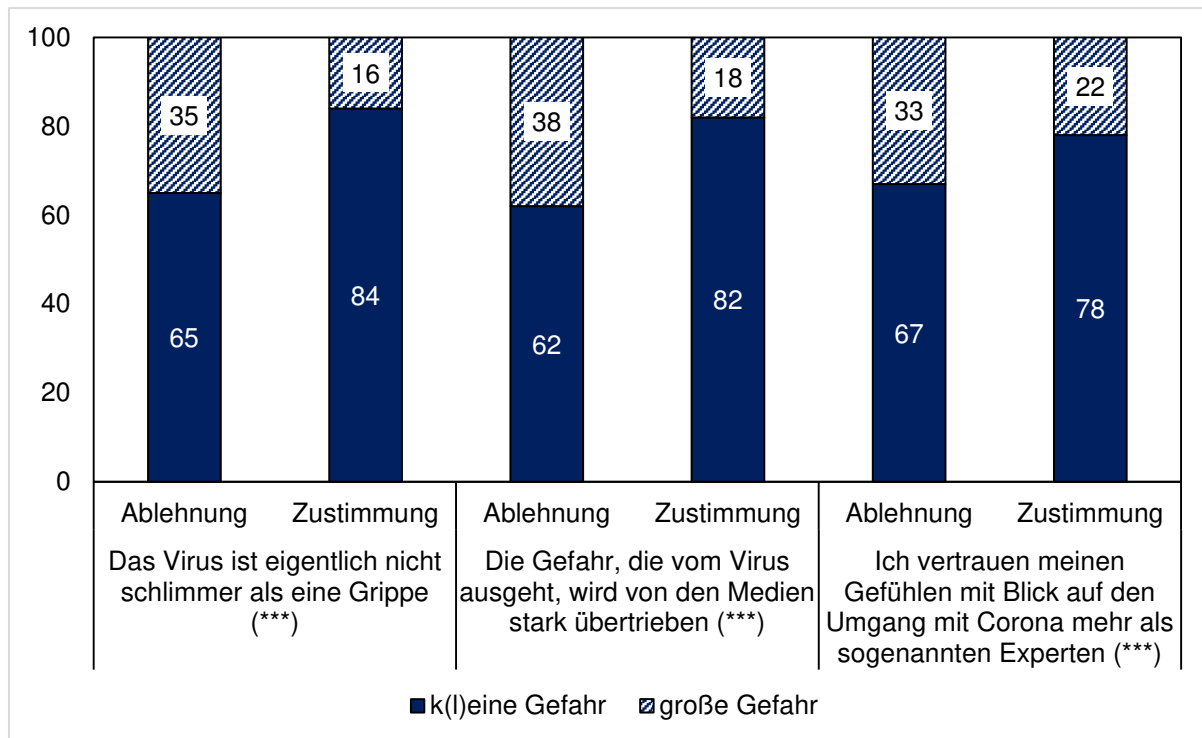
Abb. 33 Einflussfaktoren für Corona-Skepsis („Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“)
(logistische Regression)

Einflussfaktoren	Corona-Skepsis
Alter (höher)	
Bildung (Abitur und höher)	
Geschlecht (weiblich)	
Betroffenheit vom Corona-Virus (nein)	+
Betroffenheit vom Corona-Virus (nein, aber Risikogruppe)	
Vertrauen in Robert-Koch-Institut (teilweise)	---
Vertrauen in Robert-Koch-Institut (vertraue)	---
Vertrauen in die Medien (teilweise)	
Vertrauen in die Medien (vertraue)	
Vertrauen in Bundesregierung (teilweise)	
Vertrauen in Bundesregierung (vertraue)	
Corona = Gefahr für persönliche wirtschaftliche Situation (Zustimmung)	
Geringe politische Selbstwirksamkeit	+
Parteienverdrossenheit [„Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“] (Zustimmung)	
Demokratiemangel [„In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.“]	+
Rechtsextrem: ja	+
Nagelkerke Pseudo R2	0,273
Fallzahl	879

Anmerkung: Plus bedeutet einen verstärkenden Einfluss und Minus einen verringernden Einfluss. Je mehr Zeichen, desto stärker ist die Wirkung des jeweiligen Faktors. Die Angaben zur Einflussstärke basieren auf den durchschnittlichen Marginalen und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Marginalen ($p > .5$) eingetragen wurden: AME $> .3 = +++/---$; AME $> .2 = ++/--$; AME $> .1 = +/-$.

Im Folgenden soll untersucht werden, welche Folgen diese Corona-skeptische Haltung mit Blick auf den Umgang mit der Pandemie hat. Corona-verharmlosende Einstellungen führen zu einer signifikant geringeren Bedrohungswahrnehmung. 82 Prozent der Befragten, die die Auffassung vertraten, dass die Gefährlichkeit des Virus von den Medien stark übertrieben sei, nahmen keine oder nur eine kleine Gefahr für ihre eigene Gesundheit wahr (im Vergleich zu 65 Prozent bei den übrigen Befragten). Thüringer*innen, die COVID-19 für nicht gefährlicher als eine Grippe einschätzen, berichteten ebenfalls deutlich häufiger (84 Prozent) als die übrigen Befragten (62 Prozent), dass sie das Virus für nicht oder kaum gefährlich für ihre Gesundheit ansehen. Etwas schwächer ausgeprägt ist der Zusammenhang für Thüringer*innen, die angaben, sie vertrauten eher ihren eigenen Gefühlen als „sogenannten Experten“ (siehe Abb. 34).

Abb. 34 Bedrohungswahrnehmung (wahrgenommene Gefahr durch Virus für eigene Gesundheit) nach Corona-skeptischen Einstellungen (in Prozent)



Wenn die Maßnahmen im Verhältnis zur wahrgenommenen Gefahr durch das Virus für die eigene Gesundheit als überzogen angesehen werden, dann wirkt sich das negativ auf die Bewertung und Akzeptanz der Maßnahmen aus. Dies zeigt sich für alle vier abgefragten Schutzmaßnahmen (Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht, Schließung von Schulen und Kitas sowie Schließung von Läden und Restaurants, vgl. Abb. 35 bis 38). Wenig verwunderlich ist folglich auch – wie ebenfalls aus den Abbildungen 35 bis 38 ersichtlich wird –, dass Befragte, die das Corona-Virus verharmlosen, alle Maßnahmen bis auf die Maskenpflicht mehrheitlich ablehnten. Unter den Befragten, die COVID-19 *nicht* als Grippe verharmlosten, hielten 87 Prozent die Kontaktbeschränkungen und 96 Prozent die Maskenpflicht für sehr oder eher sinnvoll. Dieser Anteil liegt bei denjenigen, die Corona verharmlosten, bei lediglich 48 respektive 59 Prozent. Obwohl die Maske bzw. das Nichttragen selbiger für die Teilnehmer*innen der Anti-Corona-Kundgebungen einen gewissen symbolischen Charakter hat, findet somit dennoch eine Mehrheit der Corona-Skeptiker*innen die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes sinnvoll. Eine deutlich stärkere Ablehnung unter denjenigen, die Corona mit Grippe gleichsetzen, erfuhren die Schließungen von Schulen und Kitas sowie von Gaststätten und des Einzelhandels. Beide Maßnahmen wurden von diesen Befragten zu rund 70 Prozent abgelehnt. Unter den Thüringer*innen, die der Verharmlosung des Corona-Virus widersprachen, lehnten jeweils nur 30 Prozent der Befragten die Schließungen ab. Ähnliche – jedoch leicht schwächer ausgeprägte – Muster lassen sich beobachten, wenn die Befragten denken, dass die Gefahr des Corona-Virus von den Medien stark übertrieben wird (vgl. Abb. 35 bis 38)

Abb. 35 Bewertung der Kontaktbeschränkungen nach Einstellungen gegenüber dem Corona-Virus (in Prozent)

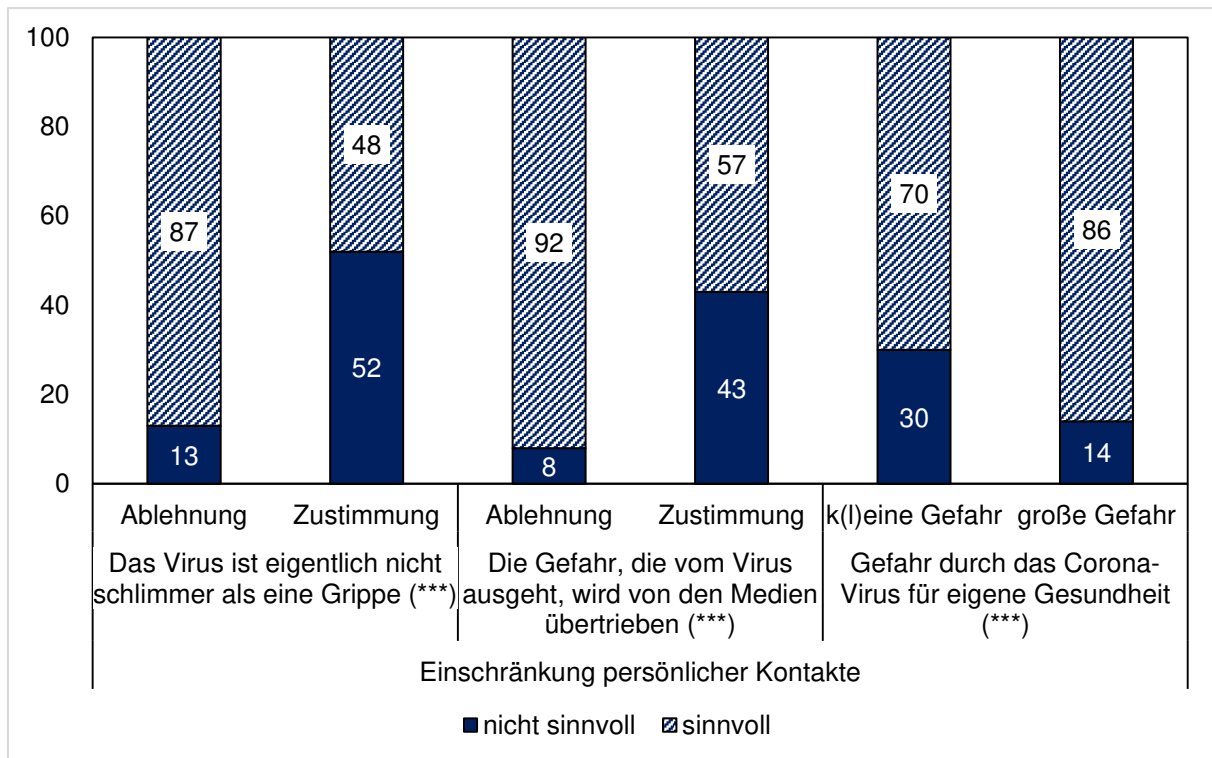


Abb. 36 Bewertung der Maskenpflicht nach Einstellungen gegenüber dem Corona-Virus (in Prozent)

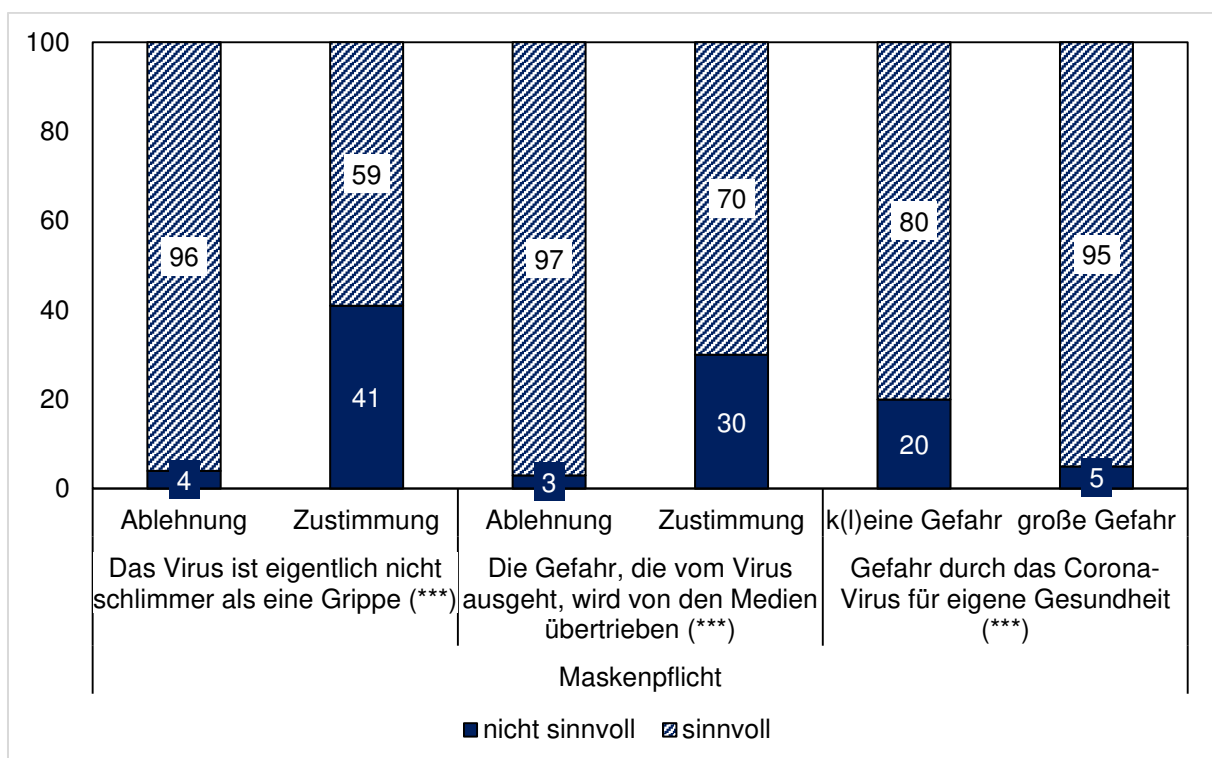


Abb. 37 Bewertung der Schul- und Kitaschließungen nach Einstellungen gegenüber dem Corona-Virus (in Prozent)

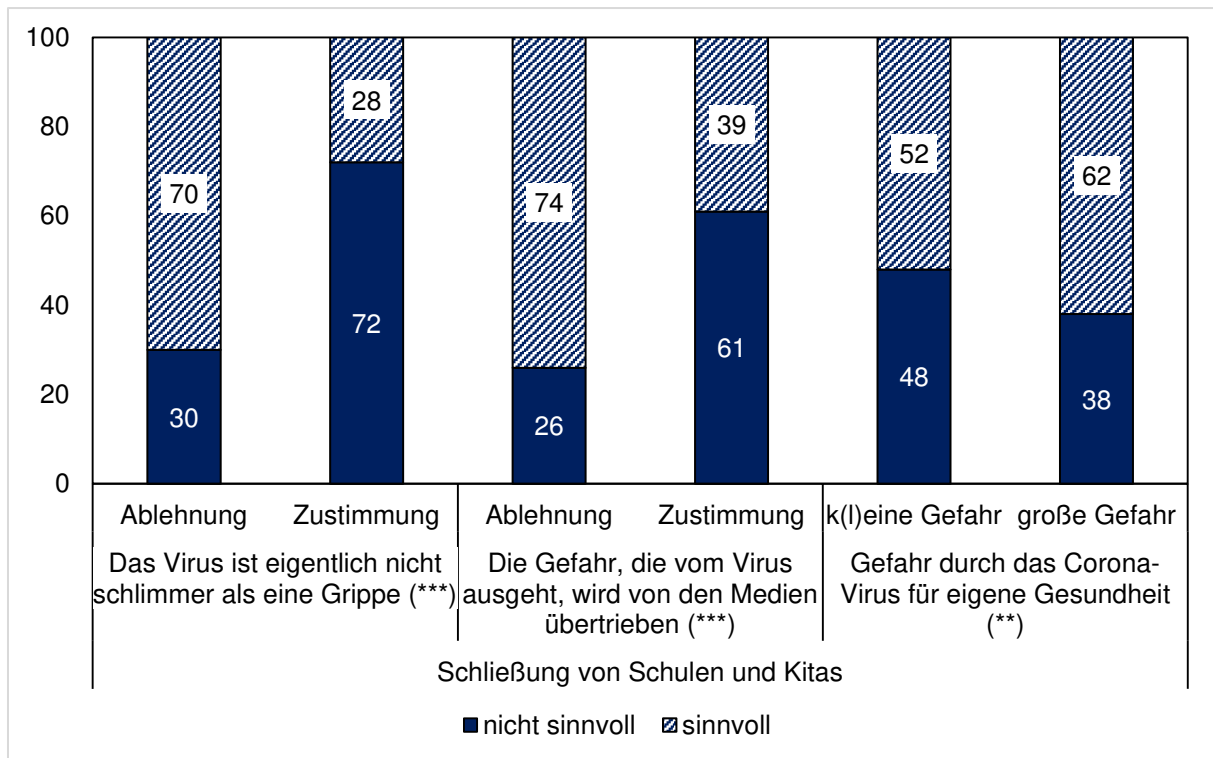
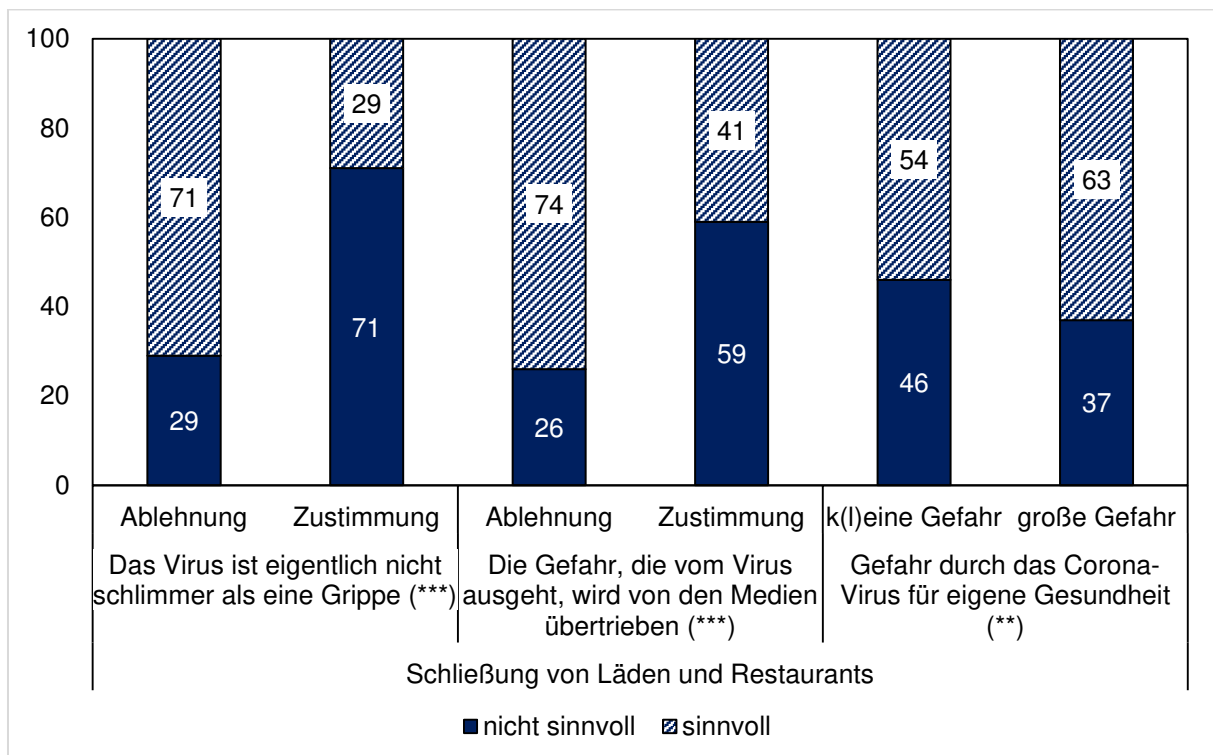
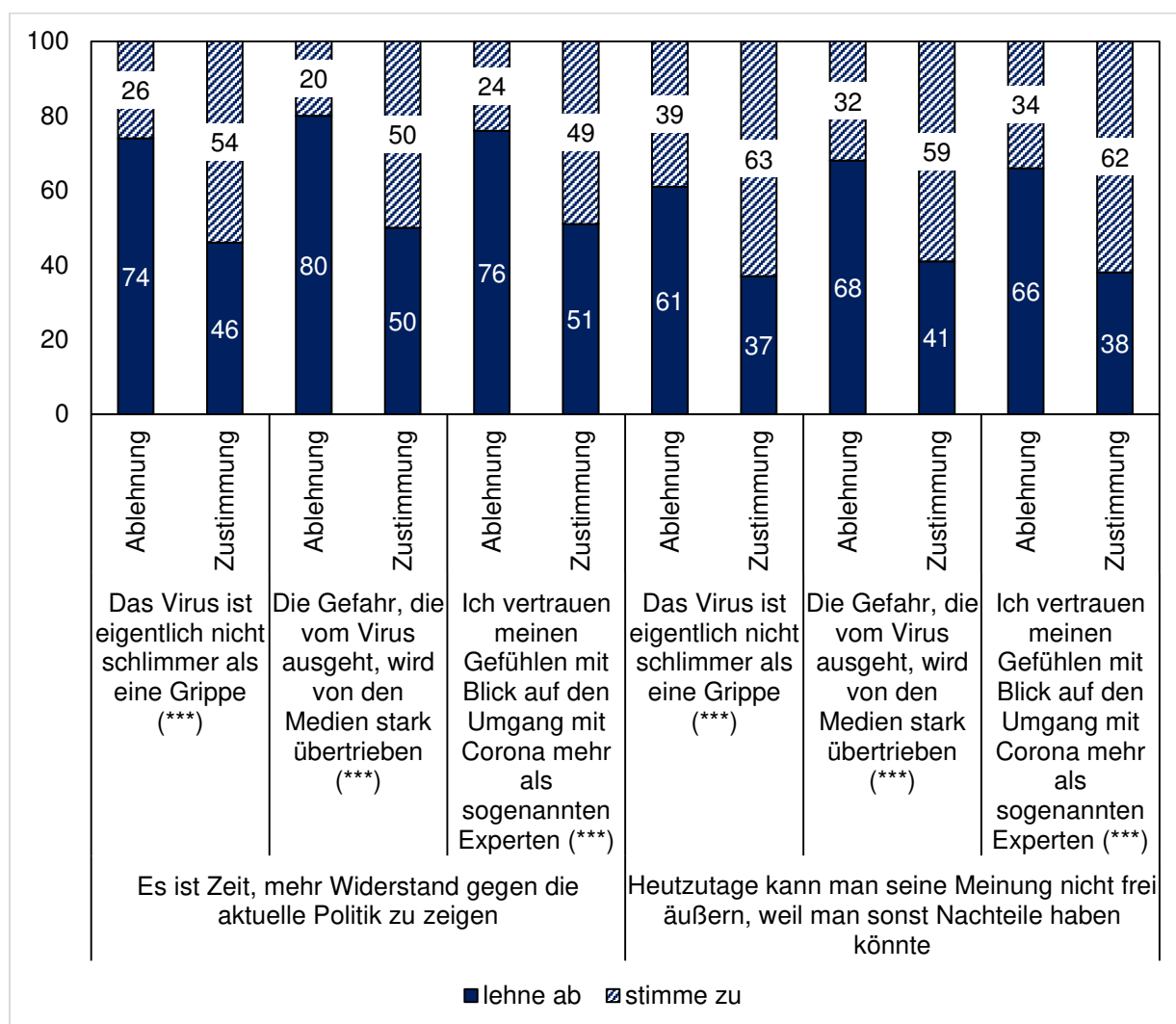


Abb. 38 Bewertung der Schließung von Läden und Restaurants nach Einstellungen gegenüber dem Corona-Virus (in Prozent)



Befragte, die Corona für eher harmlos hielten, monierten zudem mehrheitlich (55 Prozent), dass die demokratischen Grundrechte gefährdet seien. Unter den übrigen Befragten stimmten dieser Aussage nur 31 Prozent zu. Dieses Muster ist plausibel: Wer das Virus für harmlos hält, nimmt eine wesentlich stärkere Unverhältnismäßigkeit zwischen den selbst für notwendig erachteten Schutzmaßnahmen und den tatsächlich verhängten Regeln, die die Grundrechte zum Teil erheblich einschränkt(en), wahr. Zudem werden im Kreis der Corona-Skeptiker*innen Schreckensszenarien einer vermeintlichen „Hygienesdiktatur“ bzw. „Corona-Diktatur“ aufgebaut, was (in bestimmten Kreisen) noch einmal eine verstärkende Wirkung auf die gefühlte Bedrohung für die demokratischen Grundrechte haben dürfte.

Abb. 39 Zusammenhang zwischen Corona-Skepsis und „es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“ und freie Meinungsäußerung (in Prozent)

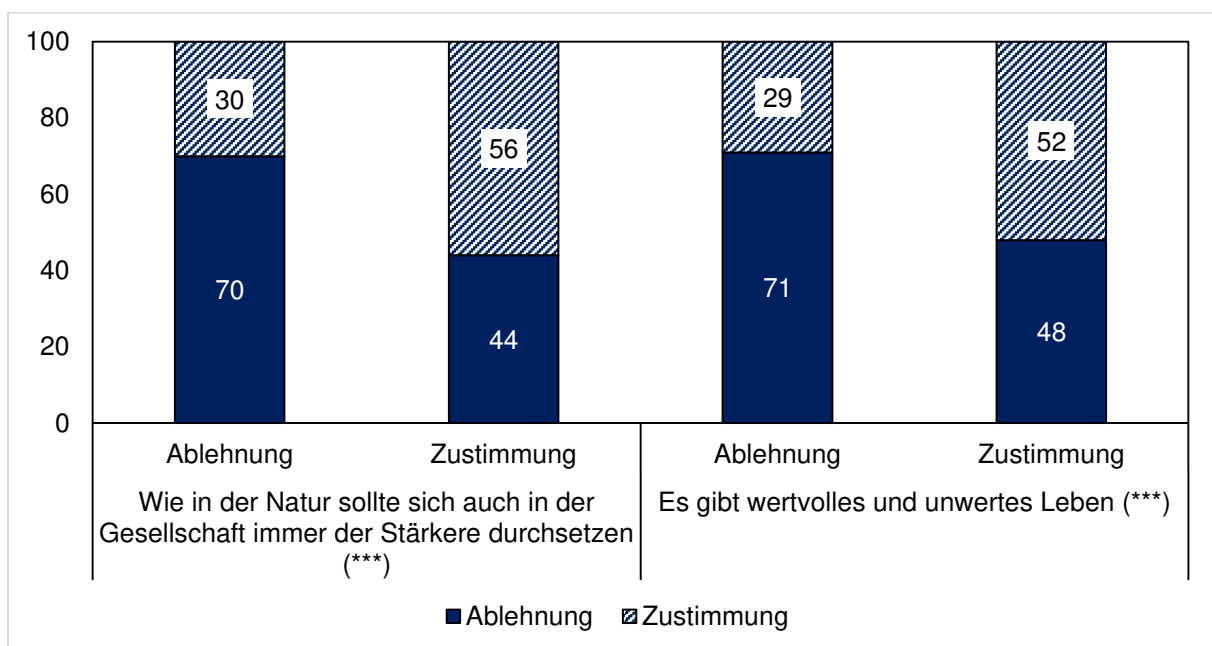


Thüringer*innen, die allen drei Corona-skeptischen Aussagen zustimmten, vertraten auch häufiger die Auffassung, dass es an der Zeit sei, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten. Sie fühlen sich auch überdurchschnittlich oft in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt (vgl. Abb. 39). Befragte, die das Corona-Virus mit einer Grippe gleichsetzen, sind – im Gegensatz zu den übrigen Befragten – auch eher bereit, sich an illegalen Partizipationsformen zu beteiligen: So sind

sie eher bereit, an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen und für die Durchsetzung ihrer Ziele auch Gewalt anzuwenden (vgl. Kapitel IV.3). Etliche der seit April 2020 stattfindenden Anti-Corona-Proteste waren nicht genehmigt. Fraglich ist jedoch, ob sich die Gewaltbereitschaft unter den Corona-Skeptiker*innen erst aus der Radikalisierung der Anti-Corona-Proteste ergeben hat. Möglich ist auch, dass die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt unter denen, die im Zuge der Corona-Krise pandemieleugnende Einstellungen entwickelten, bereits vor Ausbruch des Virus erhöht war – etwa, weil Corona-verharmlosende Einstellungen häufiger von Personen mit rechtsextremen Einstellungen vertreten werden (vgl. Kapitel IV.4). Jedenfalls wurde im Zusammenhang mit den Anti-Corona-Protesten von gewaltsamen Angriffen gegenüber Journalist*innen und Polizist*innen berichtet, etwa bei der Großdemonstration am 29. August in Berlin, als Demonstrant*innen die Treppe des Reichstagsgebäudes stürmten, oder bei der Großdemonstration in Leipzig am 7. November (Deutsche Welle 2020, Pollmer & Rietzschel 2020).

Auch Befragte mit sozialdarwinistischen Einstellungen („Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ und „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“) verharmlosen COVID-19 häufiger als gewöhnliche Grippe (vgl. Abb. 40). Sozialdarwinistische Überlegungen finden in Zeiten der globalen Corona-Pandemie vermehrt auch außerhalb rechts-extremer Kreise Anklang. So werden beispielsweise Kosten-Nutzen-Rechnungen angestellt, um die wirtschaftlichen Folgen der Schutzmaßnahmen gegenüber dem Schutz der Risikogruppen abzuwägen. Zum Teil wird auch die Position vertreten, dass der Schutz der Älteren überbewertet werde, da am Corona-Virus ein paar Ältere nur ein wenig früher sterben würden als ohnehin (FAZ 2020). Allerdings überwiegen in der Gesamtbevölkerung solidarische Einstellungen (Fratzscher 2020).

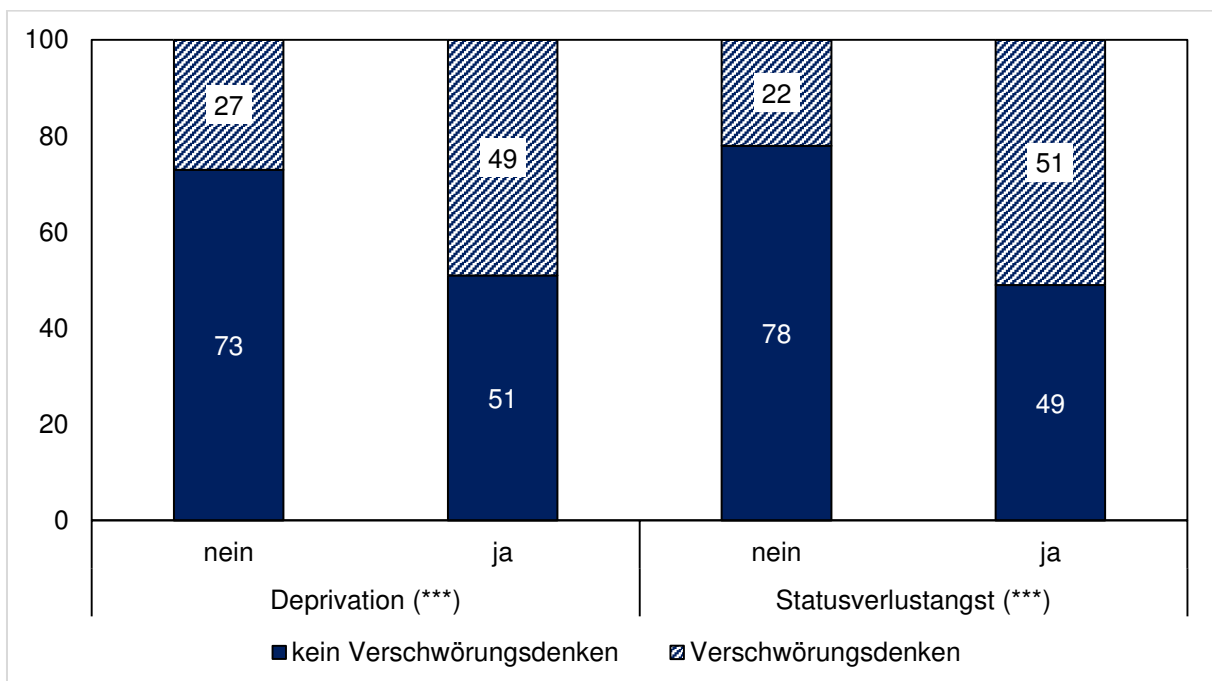
Abb. 40 Zusammenhang zwischen Corona-Skepsis („Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“) und sozialdarwinistischen Einstellungen (in Prozent)



Eine Vielzahl von Verschwörungsmithen kursieren im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Vor allem über das Internet, z. B. in Gruppen auf Social-Media-Plattformen oder via Messenger-Apps, verbreiten sie sich leicht und erreichen sehr viele User*innen. Verschwörungstheorien bieten einfache Erklärungen für komplexe Phänomene und benennen eine*n Schuldige*n (oder eine kleine Gruppe von Schuldigen). Häufig hat diese*r Verschwörer*in das Ziel, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Verschwörungstheorien werten zudem das Selbstvertrauen auf, weil der*diejenige, der*die an die Verschwörung glaubt, überzeugt ist – im Gegensatz zur „naiven“ Masse –, über exklusives Wissen bezüglich angeblicher geheimer Machenschaften zu verfügen (Körner 2020).

Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS wurde die Zustimmung zu Corona-bezogenen Verschwörungstheorien mit der Aussage gemessen: „Es gibt geheime Organisationen, die während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“. Mit einem Anteil von 30 Prozent (16 Prozent stimmten „eher“, 14 Prozent „voll und ganz“ zu) stimmte ein nicht unerheblicher Anteil dieser Aussage zu. Eine absolute Mehrheit von 52 Prozent lehnt diese Verschwörungstheorie jedoch voll und ganz ab und beinahe ein weiteres Fünftel der Befragten lehnte die Aussage überwiegend ab. Allerdings antworteten auch 16 Prozent der Befragten mit „weiß nicht“. Die Ergebnisse bundesweiter Studien sind uneinheitlich: Während eine bundesweite Befragung deutlich geringere Zustimmungswerte als in Thüringen ergab (8 Prozent; vgl. Rees et al. 2020), fanden die Autor*innen der Leipziger Autoritarismus-Studie ähnlich hohe bzw. noch höhere Zustimmungswerte zu pandemiespezifischem Verschwörungsdenken als in Thüringen (zwischen 33 und 48 Prozent; vgl. Decker et al. 2020: 202; Schließler et al. 2020: 301).

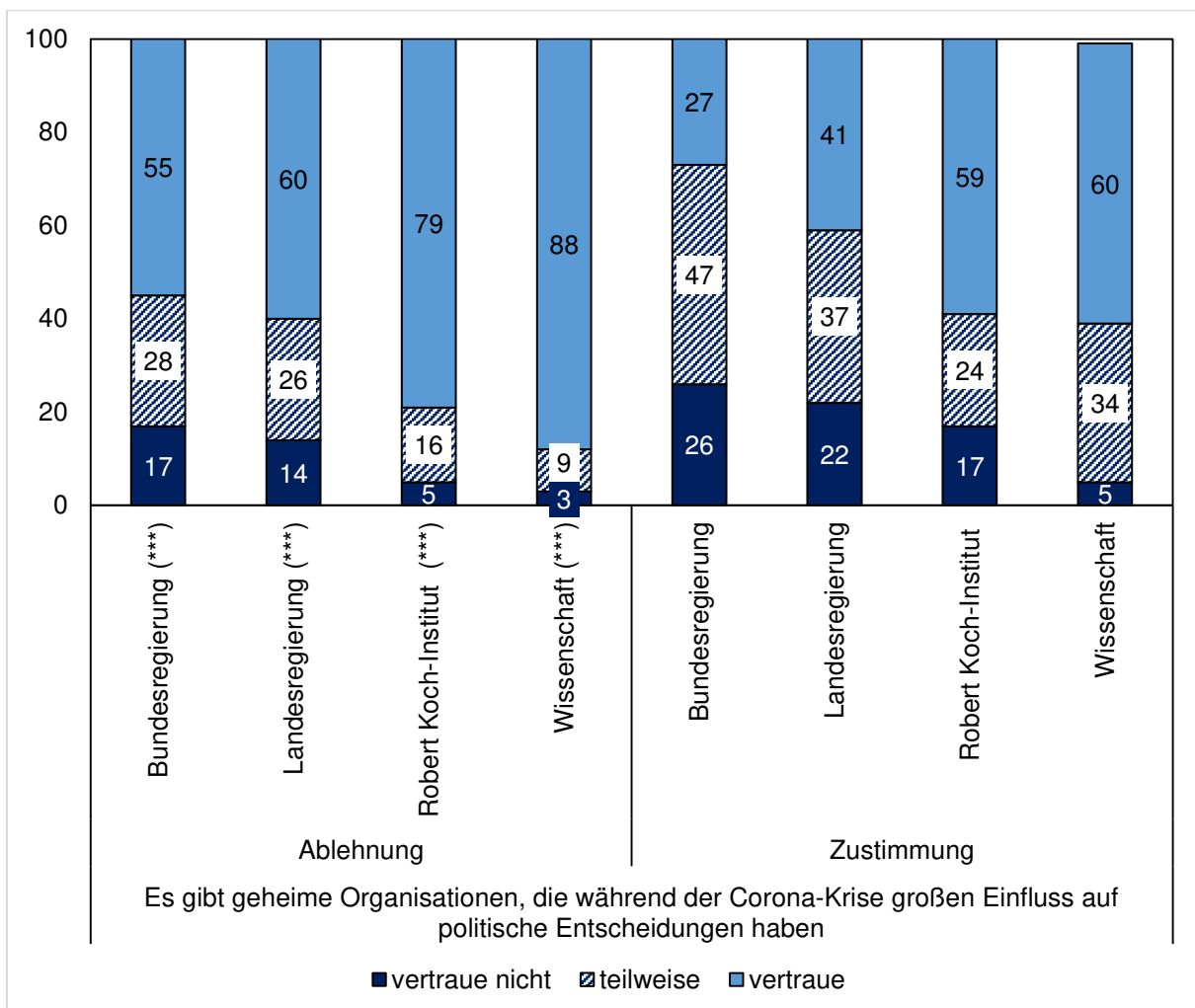
Abb. 41 Zusammenhang von pandemiebezogenem Verschwörungsdenken und Deprivationserfahrungen bzw. Statusverlustangst (in Prozent)



Aus Abbildung 43 ist zu entnehmen, dass von den soziodemographischen Merkmalen allein das Alter der Befragten einen signifikanten Einfluss auf die Zustimmung zur pandemiebezogenen

Verschwörungstheorie hat: Je älter die Befragten sind, desto weniger stimmen sie diesem Verschwörungsdenken zu. Hingegen gibt es keine Unterschiede nach Geschlecht, Bildung und Einkommen. Dagegen bestätigen sich Befunde aus der Literatur zu Verschwörungsdenken, wonach die ökonomische Lage und Deprivationserfahrungen einen Einfluss auf die Zustimmung zu Verschwörungsdenken haben (Schließler et al. 2020; vgl. Abb. 41 und 43). So vermuteten Befragte, die sich depriviert fühlten, d. h. eine schlechte individuelle wirtschaftliche Lage haben und angaben, weniger als „den gerechten Anteil“ zu erhalten, häufiger einen Einfluss geheimer Organisationen (49 Prozent) als Befragte, die sich nicht depriviert fühlten (27 Prozent). Von den Befragten, die unter Statusverlustängsten litten, vertrat sogar eine knappe Mehrheit von 51 Prozent die Auffassung, es gäbe während der Corona-Krise geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen nähmen – unter den Befragten ohne Abstiegsängste sah dies nur etwa ein Fünftel so. Zudem neigen auch Befragte mit dem Persönlichkeitsmerkmal des Autoritarismus eher zu pandemiebezogenen Verschwörungstheorien (vgl. hierzu Kapitel IV.4). Darüber hinaus zeigt sich hier – ebenso wie bei der Verharmlosung der Gefährlichkeit des Virus durch die Gleichsetzung mit der Grippe – wiederum die große Bedeutung des Vertrauens in die zentralen Institutionen (vgl. Kapitel IV.2): Wer der Bundesregierung, der Landesregierung, dem Robert Koch-Institut und der Wissenschaft vertraut, stimmt seltener der pandemiebezogenen Verschwörungstheorie zu (vgl. Abb. 42).

Abb. 42 Zusammenhang von pandemiebezogenem Verschwörungsdenken und Vertrauen
(in Prozent)



Es zeigt sich zudem (vgl. Abb. 44), dass es einen Zusammenhang zwischen Corona-bezogenem Verschwörungsglauben und einer Ablehnung der Corona-Maßnahmen gibt: Unter den verschwörungsgläubigen Befragten ist der Anteil der Maßnahmen-Gegner*innen mit 35 Prozent rund 15 Prozentpunkte höher als unter den übrigen Befragten. Pummerer et al. (2020) fanden ebenfalls bereits negative Auswirkungen von pandemiebezogenem Verschwörungsglauben auf die Unterstützung der Schutzmaßnahmen.

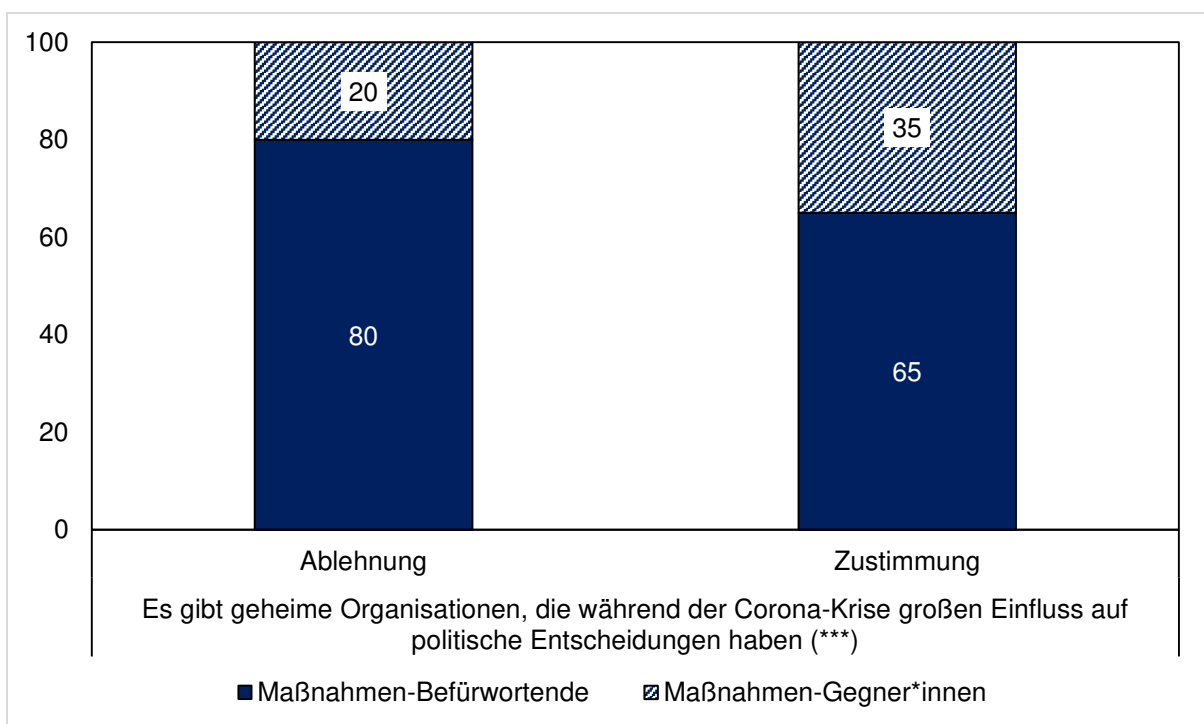
Abb. 43 Einflussfaktoren für pandemiespezifisches Verschwörungsglauben
(logistische Regression)

Einflussfaktoren	Pandemiebezogenes Verschwörungsglauben
Alter (höher)	+
Bildung (Abitur und höher)	
Geschlecht (weiblich)	
Nettoäquivalenzeinkommen (mittel)	
Nettoäquivalenzeinkommen (hoch)	
Corona = Gefahr für persönliche wirtschaftliche Situation (Zustimmung)	++
Persönliche wirtschaftliche Situation hat sich während Corona verschlechtert (Zustimmung)	
Deprivation: schlechte individuelle wirtschaftliche Lage + weniger als gerechter Anteil: ja	+
Abstiegsangst [Angst auf die Verliererseite des Lebens zu geraten] (Zustimmung)	+
Autoritarismus	+
Vertrauen in Bundesregierung (teilweise)	
Vertrauen in Bundesregierung (vertraue)	
Vertrauen in Robert-Koch-Institut (teilweise)	-
Vertrauen in Robert-Koch-Institut (vertraue)	-
Vertrauen in die Wissenschaft (teilweise)	--
Vertrauen in die Wissenschaft (vertraue)	
Parteienverdrossenheit [„Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“] (Zustimmung)	
Geringe politische Selbstwirksamkeit	
Demokratiemangel [„In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“]	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (links)	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (in der Mitte)	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (rechts)	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (ganz rechts)	
Nagelkerke Pseudo R2	0,224
Fallzahl	696

Anmerkung: Plus bedeutet einen verstärkenden Einfluss und Minus einen verringernden Einfluss. Je mehr Zeichen, desto stärker ist die Wirkung des jeweiligen Faktors. Die Angaben zur Einflussstärke basieren auf den durchschnittlichen Marginalen Effekten und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Marginalen Effekte ($p > .05$) eingetragen wurden: AME $> .3 = +++/---$; AME $> .2 = ++/--$; AME $> .1 = +/-$.

Wer angab zu glauben, es gäbe während der Corona-Krise geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen nähmen, war eher bereit, an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen und stimmte zudem häufiger der Aussage zu, für die Durchsetzung seiner*ihrer Ziele auch Gewalt anzuwenden. Keine signifikanten Unterschiede gibt es zwischen den Anhänger*innen der pandemiebezogenen Verschwörungstheorie und der Einschätzung der Gefährlichkeit des Corona-Virus für die eigene Gesundheit. Eine mögliche Erklärung wäre, dass die im THÜRINGEN-MONITOR abgefragte Form des Corona-bezogenen Verschwörungsgedankens nicht auf eine Verharmlosung der Pandemie zielt.

Abb. 44 Zusammenhang zwischen pandemiespezifischem Verschwörungsgedanken und gemittelten Einstellungen gegenüber den Corona-Maßnahmen (in Prozent)



Damit stellen die Corona-Skeptikerin*innen und Anhänger*innen von pandemiebezogenem Verschwörungsgedanken in zweifacher Hinsicht eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft im Freistaat Thüringen dar: Zum einen führt eine Verharmlosung bzw. Leugnung des Virus zu einer geringeren Akzeptanz und einer niedrigeren Bereitschaft, die Schutzmaßnahmen einzuhalten. Dies gefährdet die erfolgreiche Bewältigung der Pandemie, da sich dafür möglichst viele Menschen an die Maßnahmen halten müssen. Zum anderen spiegelt sich in der Verharmlosung des Virus und im Verschwörungsgedanken ein tieferliegendes Misstrauen in die Demokratie und die zentralen Institutionen der Politik wider. Insofern ist dies auch ein Symptom der von einem Teil der Thüringer*innen wahrgenommene Repräsentationskrise.

IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement

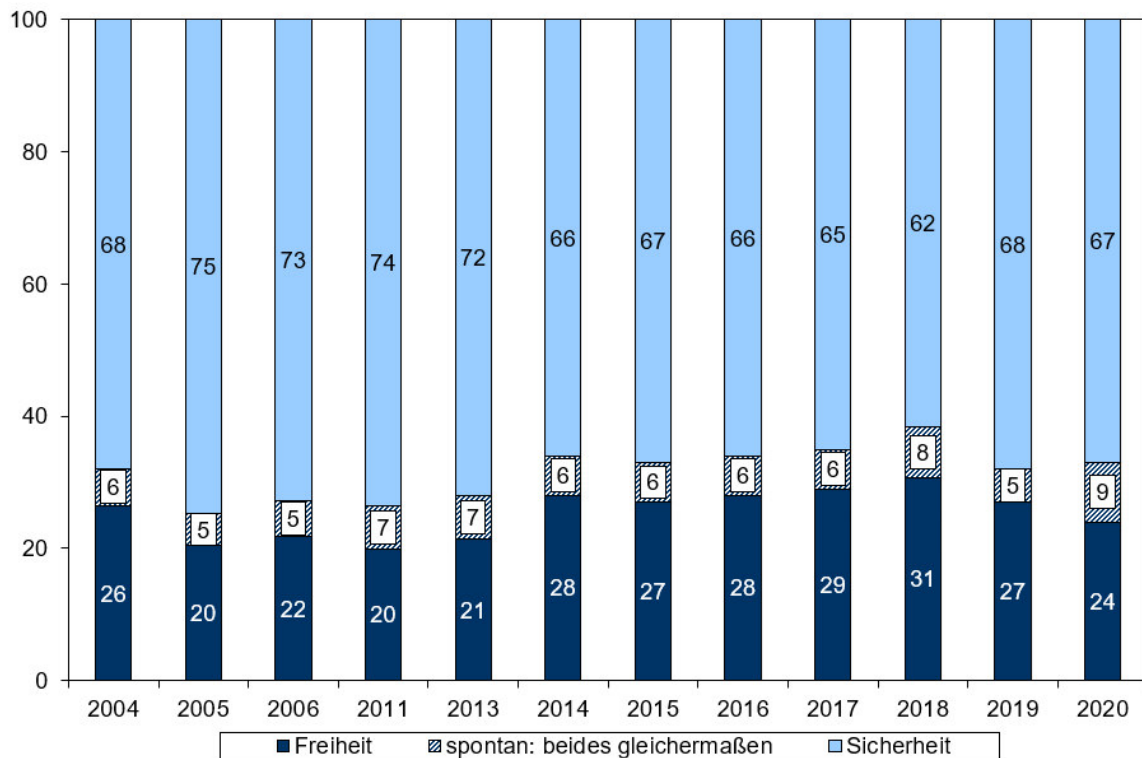
Eine zentrale Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist es, jährlich die Entwicklung der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zur Demokratie empirisch zu untersuchen. Neben der Fortschreibung der Zeitreihen der früheren Untersuchungen geht es auch um die Analyse von Krisensymptomen und Ursachen für die (Un-)Zufriedenheit mit der politischen Praxis. Wie seit dem ersten THÜRINGEN-MONITOR im Jahr 2000 üblich, liegt auch ein Schwerpunkt auf der Messung rechtsextremer (d. h. ethnozentrischer und neonationalsozialistischer) Einstellungen. Ein weiterer zentraler Bestandteil dieses Kapitels sind zudem die Einstellungen der Thüringer*innen zu Migration, Integration und Diversität.

1. Einstellungen zu Demokratie und Diktatur

In einer der wohl einflussreichsten Untersuchungen zur Analyse politischer Systeme verwies der kanadisch-US-amerikanische Politikwissenschaftler David Easton (1957) erstmals auf die große Bedeutung der Unterstützungsleistungen des politischen Systems durch die Bürger*innen. Dazu zählt, neben einer dem System wohlgesonnenen Einstellung sowie einem grundlegenden Vertrauen in zentrale Institutionen und Prozesse, insbesondere die politische Partizipation. Auf Grundlage dieser Unterstützungsleistungen, so Easton weiter, ließen sich nicht nur Aussagen über die Stabilität des politischen Systems, sondern auch über die generelle Performanz machen. Damit ist die effektive Umwandlung von politischen Forderungen in konkrete politische Entscheidungen gemeint. Vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden Regierungskrise in Thüringen im Frühjahr 2020 sowie einer sich parallel entwickelnden globalen Pandemie, soll der Frage nachgegangen werden, wie sich die eben angesprochenen Dimensionen bürgerlicher Unterstützung der Demokratie im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt haben. Ehe diesen Aspekten nachgegangen wird, sollen allerdings zunächst die Forderungen der Bürger*innen genauer untersucht werden – in diesem Fall das Bedürfnis nach Freiheit und Sicherheit.

Werden die Thüringer Bürger*innen aufgefordert, die politischen Ziele Freiheit und Sicherheit mit Blick auf ihre Wichtigkeit zu ordnen (vgl. Abb. 45), so ergibt sich ein gewohntes Bild: Etwa zwei Drittel der Bürger*innen ziehen die Sicherheit der Freiheit vor. Dabei nimmt der Wunsch nach dem Vorrang des Freiheitsziels den niedrigsten Wert seit dem Jahr 2014 an, was angesichts des harten Lockdowns im Frühjahr sowie den damit verbundenen temporären Einschränkungen zahlreicher Grund- und Freiheitsrechte einen interessanten Befund darstellt. Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Hybridkategorie „beides gleichermaßen“ sogar den höchsten Wert im gesamten Beobachtungszeitraum angenommen hat. Hierin zeigt sich die gegenwärtige Herausforderung der Politik: In Zeiten einer globalen Pandemie scheint die Gleichrangigkeit beider Zielsetzungen an Bedeutung zu gewinnen. Dabei nimmt das Bedürfnis nach Freiheit bei den über 35jährigen kontinuierlich ab, während gleichzeitig das Sicherheitsbedürfnis zunimmt. Eine solche Gegenläufigkeit besteht auch hinsichtlich des Bildungsniveaus der Bürger*innen: Je höher der Bildungsgrad der Befragten, desto höher ist ihr Freiheits- und je niedriger ihr jeweiliges Sicherheitsbedürfnis.

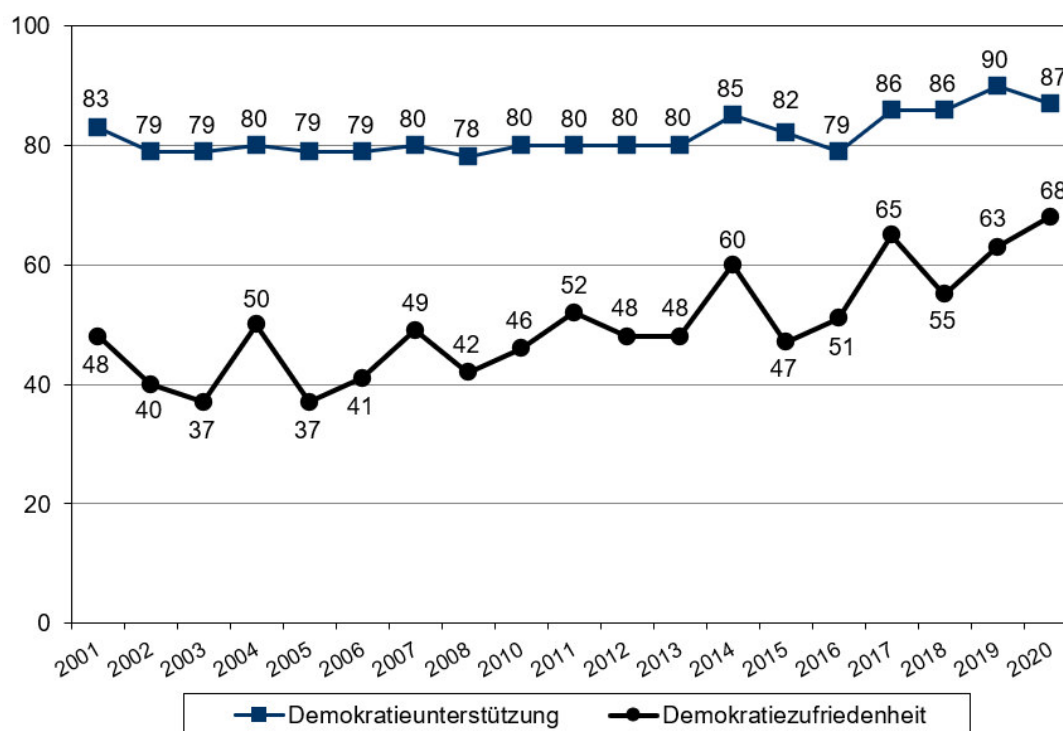
Abb. 45 Freiheit oder Sicherheit? 2004–2020
(in Prozent)



Hinsichtlich der oben genannten Dimensionen der Unterstützung des politischen Systems beginnen klassische Untersuchungen im Bereich der politischen Kulturforschung stets mit der Analyse der Demokratieunterstützung und der Demokratiezufriedenheit (vgl. Abb. 46). Dabei misst die Demokratieunterstützung die längerfristigen Orientierungen gegenüber der Herrschaftsform Demokratie, wohingegen die Demokratiezufriedenheit insbesondere auf die konkrete Bewertung der aktuellen Praxis der Demokratie abzielt.

Nachdem die Demokratieunterstützung seit 2016 durchgehend auf den bisherigen Rekordwert von 90 Prozent im Jahr 2019 angestiegen war, lässt sich für das Jahr 2020 erstmals wieder ein leichter Rückgang der Demokratieunterstützung auf 87 Prozent feststellen. Allerdings stellt dies dennoch den zweithöchsten Wert seit der ersten Erhebung im Jahre 2001 dar. Die Zustimmung zur Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ ist unter Thüringer*innen folglich auch weiterhin enorm hoch. Ähnliches lässt sich auch für die eher an tagespolitischen Entwicklungen orientierte Demokratiezufriedenheit beobachten. Zwar ist diese traditionell niedriger ausgeprägt als die eben besprochene Demokratieunterstützung, doch klettert sie im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR auf ihren bisherigen Rekordwert von 68 Prozent. Damit überwand die Zufriedenheit mit der Demokratie wie sie „in Deutschland in der Praxis funktioniert“, so der konkrete Fragetext, erstmals die Zwei-Drittel-Marke und stieg innerhalb von nur zwei Jahren um bemerkenswerte 13 Prozentpunkte an (2018: 55 Prozent).

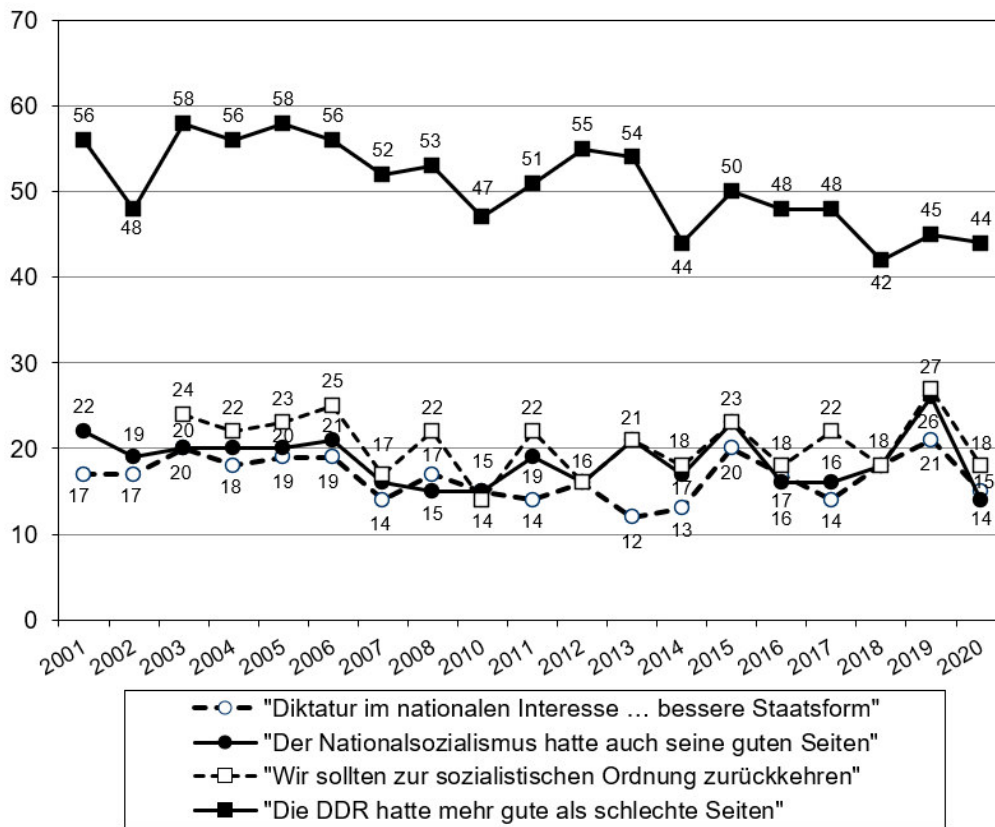
Abb. 46 Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001–2020
(in Prozent)



Ähnlich wie in den Vorjahren, lässt sich unter Verwendung von multivariaten statistischen Verfahren zeigen, dass sich eine als gut befundene persönliche finanzielle Situation sowie ein hohes Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung positiv auf die Demokratiezufriedenheit auswirken. Selbiges lässt sich auch für eine positive Bewertung der Corona-Politik auf Bundes- wie Landesebene feststellen. Hingegen wirkt sich eine kritische Bewertung der Deutschen Einheit (Ostdeprivation) negativ auf das Ausmaß der Demokratiezufriedenheit aus. Es zeigt sich jedoch, dass eine Corona-Skepsis (vgl. Kapitel III.4) keinen signifikanten Effekt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie ausübt. In der Summe stellen die skizzierten Entwicklungen angesichts der Regierungskrise im Frühjahr 2020 sowie der kontrovers diskutierten Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ein bemerkenswertes Ergebnis dar.

Unterstrichen werden die hohe Unterstützung und Zufriedenheit mit der Demokratie auch durch die Bewertung von alternativen Gesellschaftsordnungen (vgl. Abb. 47). Waren diese im Vorjahr noch allesamt angestiegen und erreichten im Falle der Aussagen „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ sowie „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren“ ihre bisherigen Höchstwerte, ist in dieser Erhebungswelle eine Trendumkehr zu verzeichnen. Die Bewertung des Nationalsozialismus fiel dabei binnen nur eines Jahres sogar von dem bislang höchsten auf den nunmehr niedrigsten Wert (14 Prozent Zustimmung; vgl. auch Kapitel IV.4). Eine ähnliche Entwicklung lässt sich für die Aussage „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ dokumentieren, welche im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozentpunkte an Zustimmung verlor (15 Prozent) und damit nicht weit vom bisherigen Minimalwert im Jahr 2012 (zwölf Prozent) entfernt ist. Die Zustimmung zu der Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ erwies sich im Vergleich zum Vorjahr als konstant.

Abb. 47 Bewertung alternativer Gesellschaftsordnungen 2001–2020
(Zustimmung zu den Aussagen in Prozent)



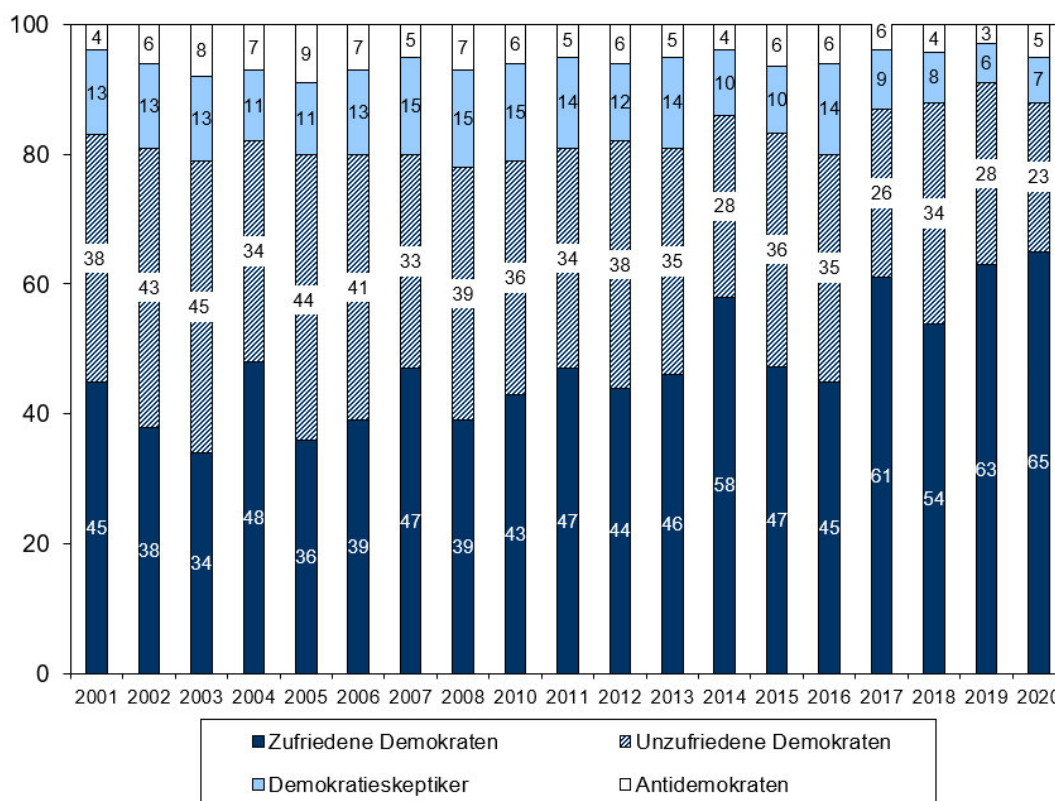
Aufgrund der in der Krisenbekämpfung prominenten Rolle des Robert Koch-Instituts (RKI) sowie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurden im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR darüber hinaus erstmalig die Einstellungen der Thüringer Bürger*innen zur Technokratie erhoben. Hier zeigt sich, dass eine große Mehrheit von 70 Prozent der Aussage zustimmt, dass „wichtige Entscheidungen in einer Demokratie besser von unabhängigen Experten als von gewählten Politikern getroffen werden“ sollten. Dieser Befund deckt sich zudem mit den in Kapitel IV.2 dargestellten Ergebnissen zum Vertrauen ins Robert Koch-Institut, das gemeinsam mit der Wissenschaft über die höchsten Vertrauenswerte aller im THÜRINGEN-MONITOR untersuchten Institutionen verfügt.

Der oben skizzierte positive Trend der Demokratiebewertung zeigt sich ebenso in der Demokratietypologie des THÜRINGEN-MONITORS.¹³ Aus Abbildung 48 geht hervor, dass, in Übereinstimmung mit dem Trend der Demokratiezufriedenheit, im Erhebungsjahr 2020 der Anteil der „Zufriedenen Demokrat*innen“ mit 65 Prozent den bislang höchsten Wert erreicht. Fast zwei Drittel aller Befragten stuften somit die Demokratie als beste aller Staatsideen ein und gaben gleichzeitig an, mit ihrem Funktionieren zufrieden zu sein. Die Anteile der Demokratieskeptiker*innen (sieben Prozent) sowie der Antidemokrat*innen (fünf Prozent) blieben bei Berücksichtigung der sta-

¹³ Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als beste Staatsidee bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedene Demokraten“. Auch „unzufriedene Demokraten“ bejahen die Demokratie als beste Staatsidee, bewerten jedoch ihr Funktionieren negativ. Wer die Demokratie als beste Staatsidee ablehnt, aber eine nationale Diktatur nicht als bessere Staatsform ansieht, kann als „Demokratieskeptiker“ gelten. „Antidemokraten“ lehnen die Demokratie als beste Staatsidee ab und bejahen eine nationale Diktatur als bessere Staatsform.

tistischen Fehlertoleranz auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2019. Insgesamt war der kumulierte Wert beider Typen (zwölf Prozent Demokratieskeptiker*innen bzw. Antidemokrat*innen) im gesamten Beobachtungszeitraum nur im Jahr 2019 niedriger gewesen ist (zehn Prozent). Nachdem bis ins Jahr 2016 grob ein Fünftel aller Befragten als Demokratieskeptiker*innen sowie Antidemokrat*innen eingestuft werden konnten, scheint sich dieser Anteil seit 2017 auf einem deutlich niedrigeren Niveau von etwa zehn Prozent konsolidiert zu haben. Weiterführende statistische Untersuchungen weisen zudem darauf hin, dass Befragte, die einem der beiden Idealtypen zugeordnet werden können, überdurchschnittlich häufig einen im Vergleich niedrigeren Bildungs- sowie Berufsstatus besaßen sowie in knapp der Hälfte aller Fälle angaben, über eine schlechte finanzielle Situation zu verfügen. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass eine Mehrheit von 58,3 Prozent der Antidemokrat*innen der Altersgruppe „60 Jahre und älter“ angehören (Demokratieskeptiker*innen: 30,3 Prozent).

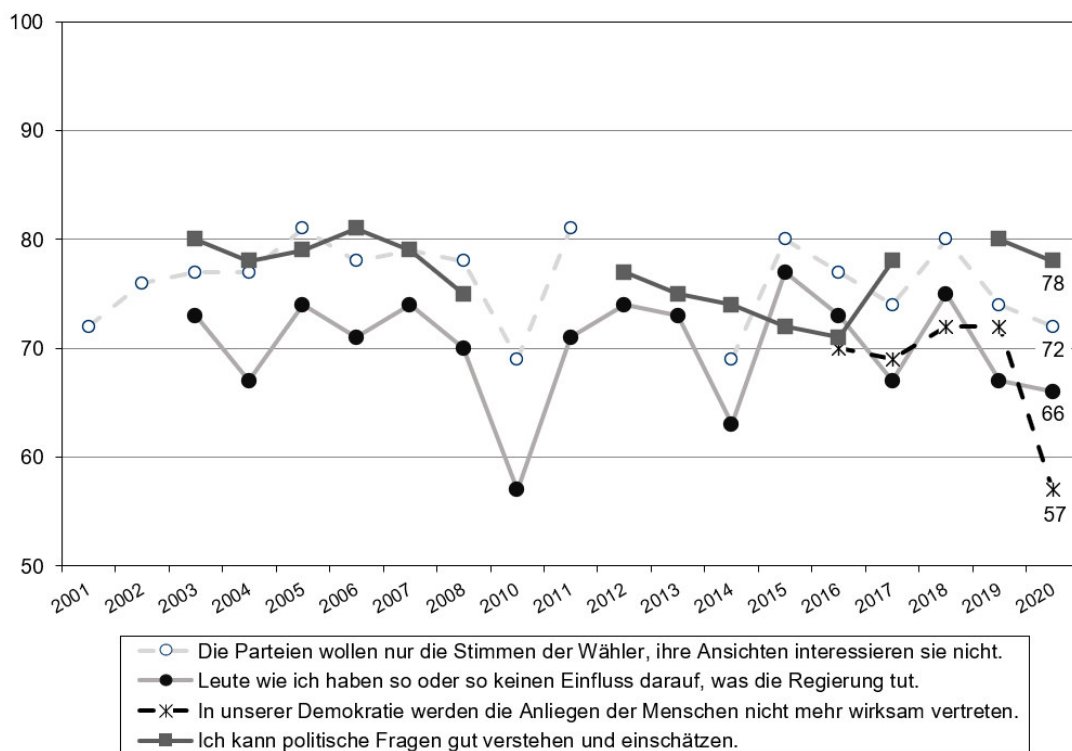
Abb. 48 *Demokratietypen 2001–2020*
(in Prozent)



Schließlich lässt sich auch mit Blick auf das Responsivitätsempfinden sowie die subjektiven Kompetenzzuschreibungen der Bürger*innen (vgl. Abb. 49) insgesamt ein positiver Trend erkennen. Die in Abbildung 49 dargestellten Indikatoren erheben einerseits das Ausmaß, inwiefern Bürger*innen den Eindruck haben, dass ihre Präferenzen vom politischen System auch tatsächlich umgesetzt werden, das System sich folglich als responsiv erweist. Andererseits wird erfasst, ob die Befragten das Gefühl haben, politische Fragestellungen nicht nur verstehen, sondern gleichzeitig auch Einfluss auf das Handeln der Entscheidungsträger nehmen zu können (politische Selbstwirksamkeit). Zunächst ist festzuhalten, dass der Anteil der Befragten, die den Eindruck hatten, dass Parteien sich nicht für den Wählerwillen interessieren und sie keinen Einfluss auf das Regierungshandeln haben (66 Prozent), im Vergleich zum Jahr 2019 konstant geblieben ist. Dahingegen kann mit Blick auf den zentralen Responsivitätsindikator eine deutliche Verschiebung beobachtet werden: So hat sich der Anteil der Befragten, die der Aussage „In unserer

Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ um 15 Prozentpunkte auf nunmehr 57 Prozent verringert. Dies markiert seit der ersten Erhebung des Indikators im Jahr 2016 den mit Abstand niedrigsten Wert. Verglichen mit den vorherigen Erhebungswellen schätzen die Bürger*innen somit die Responsivität des demokratischen Systems im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR erheblich besser ein. Dieser Wert soll allerdings nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass im Bereich der subjektiven Kompetenzzuschreibung und Responsivität von den Thüringer*innen nach wie vor erhebliche Defizite wahrgenommen werden (vgl. TM 2019: 83). Letztlich erwächst aus den skizzierten Zahlen ein Paradoxon: Einerseits gibt es eine deutliche Mehrheit der Bürger*innen, die das politische System nicht als responsiv einschätzen und den Eindruck haben, mit ihrem Handeln keinen Einfluss auf die Regierung nehmen zu können. Andererseits gibt es ein sehr hohes Maß an Demokratieunterstützung, Demokratiezufriedenheit (vgl. Abb. 46) sowie eine sehr hohe Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der politischen Akteur*innen (vgl. Kapitel III.2).

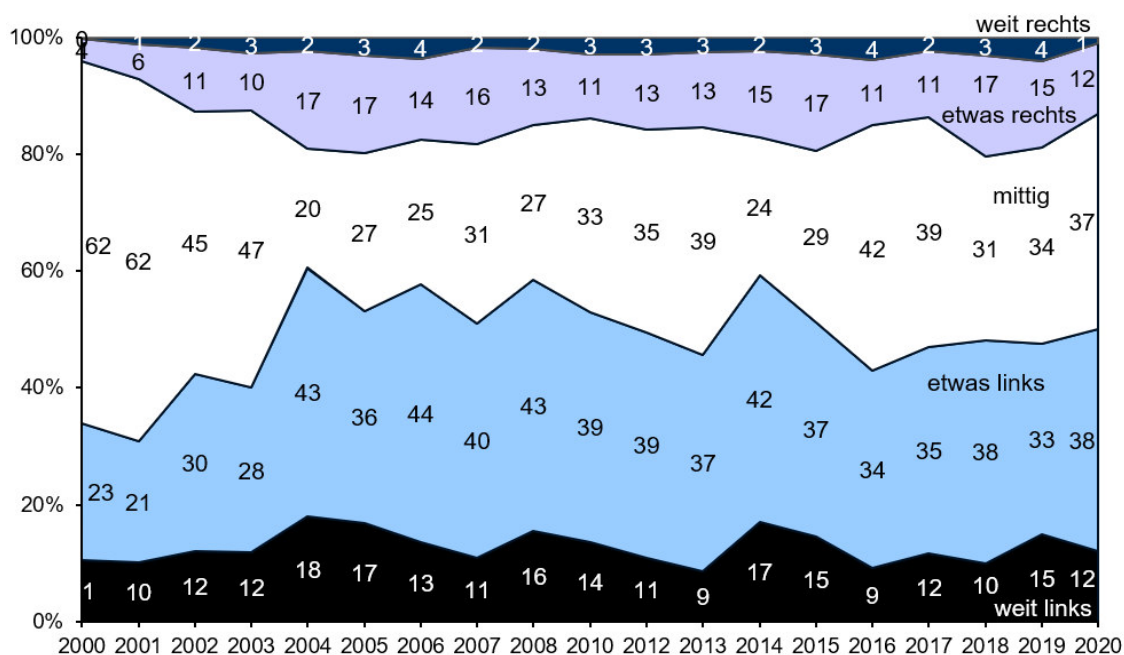
Abb. 49 Subjektive Kompetenzzuschreibung und Responsivität 2001–2020
(Zustimmung zu den Aussagen in Prozent)



Abschließend soll die politische Selbsteinstufung der Bürger*innen auf dem klassischen Links-Rechts-Kontinuum analysiert werden. Aus Abbildung 50 geht zunächst hervor, dass sich die häufig artikuliert Annahme einer verstärkten Polarisierung in der Thüringer Gesellschaft (vgl. Postel 2019) – zumindest, wenn man die ideologische Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse zugrunde legt – nicht bestätigen lässt. So zeigt sich hinsichtlich der Selbsteinschätzung der befragten Thüringer*innen keinerlei Erstarren der ideologischen Ränder. Im Gegenteil: Seit 2018 hat der Anteil derjenigen, die sich als „weit rechts“ (ein Prozent) bzw. „weit links“ (zwölf Prozent) einstufen um jeweils drei Prozentpunkte abgenommen. Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Bürger*innen, die sich selbst der „politischen Mitte“ zurechnen (37 Prozent) wieder

kontinuierlich vergrößert. Es ist jedoch unklar, ob sich die geschilderten Entwicklungen möglicherweise auch als Normalisierung von extremen Positionen interpretieren lassen.

Abb. 50 Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000–2020
(in Prozent)

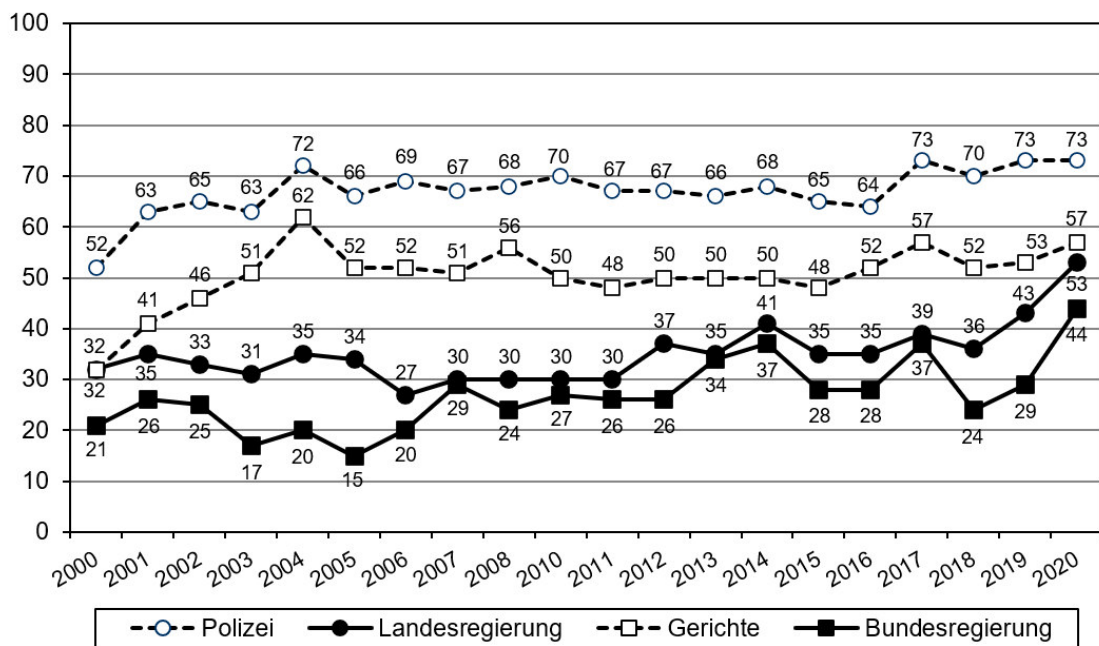


2. Institutionenvertrauen

Neben Einstellungen zur Demokratie zählt auch das Vertrauen in die Kerninstitutionen der Demokratie zur unverzichtbaren Unterstützungsleistung seitens der Bürger*innen. Jenes Institutionenvertrauen wird im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS seit dem Jahr 2000 erhoben und ist in Abbildung 51 im Längsschnitt dargestellt.

Aus Abbildung 51 geht zunächst hervor, dass die Vertrauenswerte für alle vier Institutionen, wie bereits in den drei Jahren zuvor, dem gleichen positiven Trend folgen. Eine gewisse Ausnahme bildet das Vertrauen in die Polizei, deren Wert auf dem bisherigen Höchstwert von 73 Prozent unverändert geblieben ist. Das Vertrauen in Gerichte ist im Vergleich zum Vorjahr von 53 Prozent auf nunmehr 57 Prozent angestiegen, was dem zweithöchsten Wert im Beobachtungszeitraum entspricht. Als volatil erweisen sich hingegen die Vertrauenswerte in die Landes- sowie Bundesregierung, welche im Zeitverlauf stärker zu Schwankungen neigen. Waren beide Institutionen schon im Jahr 2019 erheblich in der Gunst der Bürger*innen gestiegen, hat sich diese Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr sogar nochmals beschleunigt: Nachdem das Vertrauen in die Landesregierung bereits von 2018 zu 2019 um sieben Prozentpunkte auf 43 Prozent gestiegen war – was den bis dato höchsten Wert der Zeitreihe markierte –, kann für die diesjährige Erhebung sogar eine weitere Steigerung festgestellt werden. Der Anstieg um weitere zehn Prozentpunkte auf 53 Prozent entspricht nicht nur einem erneuten Rekordwert, sondern bedeutet auch erstmals eine Überschreitung der symbolisch bedeutsamen 50-Prozent-Mehrheitsschwelle.

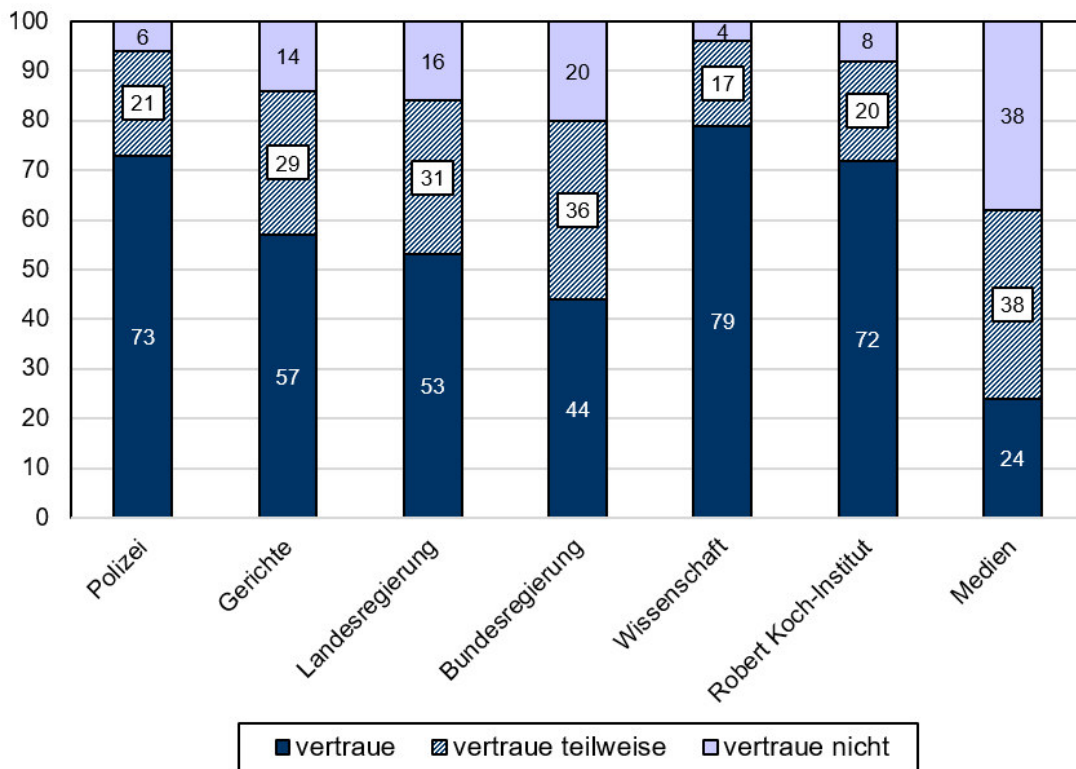
Abb. 51 Institutionenvertrauen 2000–2020
(in Prozent; „vertraue voll und ganz“ & „vertraue weitgehend“ zusammengefasst)



Noch stärker stieg darüber hinaus das Vertrauen in die Bundesregierung, die im Vergleich zum Vorjahr einen bemerkenswerten Vertrauenszugewinn von 15 Prozentpunkten auf nunmehr 44 Prozent verzeichnen konnte. Dieser Wert ist bemerkenswert, weil er einerseits dem bisherigen Höchstwert in den Zeitreihen entspricht sowie sich andererseits binnen nur zweier Jahre von 24 auf 44 Prozent fast verdoppelt hat. Damit verringert sich auch die in den letzten Jahren auseinandergehende Schere der Vertrauenswerte in Landes- und Bundesregierung. Es liegt die Vermutung nahe, dass sich mit der Corona-Krise – die wie Krisen generell als Stunde der Exekutive gelten kann – auch das Vertrauen in die Regierungen erhöht hat. Dafür sprechen sowohl die hohen Zufriedenheitswerte in das Corona-Krisenmanagement der politischen Akteur*innen (vgl. Kapitel III.2) als auch weitere Untersuchungen (vgl. Esaisson et al. 2020; Bertelsmann-Stiftung 2020). Im Vergleich zu vorherigen Analysen unverändert ist das generell höhere Institutionenvertrauen in politikfernere Institutionen wie Gerichte und die Polizei. Auch hieraus erwächst, wie Merkel und Krause (2015) zutreffend bemerken, ein gewisses Demokratieparadoxon: Offenkundig vertrauen Bürger*innen jenen Institutionen, die sie selbst (zumindest indirekt) wählen, weniger als jenen Institutionen, die der Kontrolle durch den Wählerwillen entzogen sind.

Zusätzlich wurden die Bürger*innen im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR aufgrund der Corona-Pandemie nach ihrem Vertrauen in die Wissenschaft, das Robert Koch-Institut (RKI) sowie die Medien befragt (vgl. Abb. 52).

Abb. 52 Institutionenvertrauen
(in Prozent)

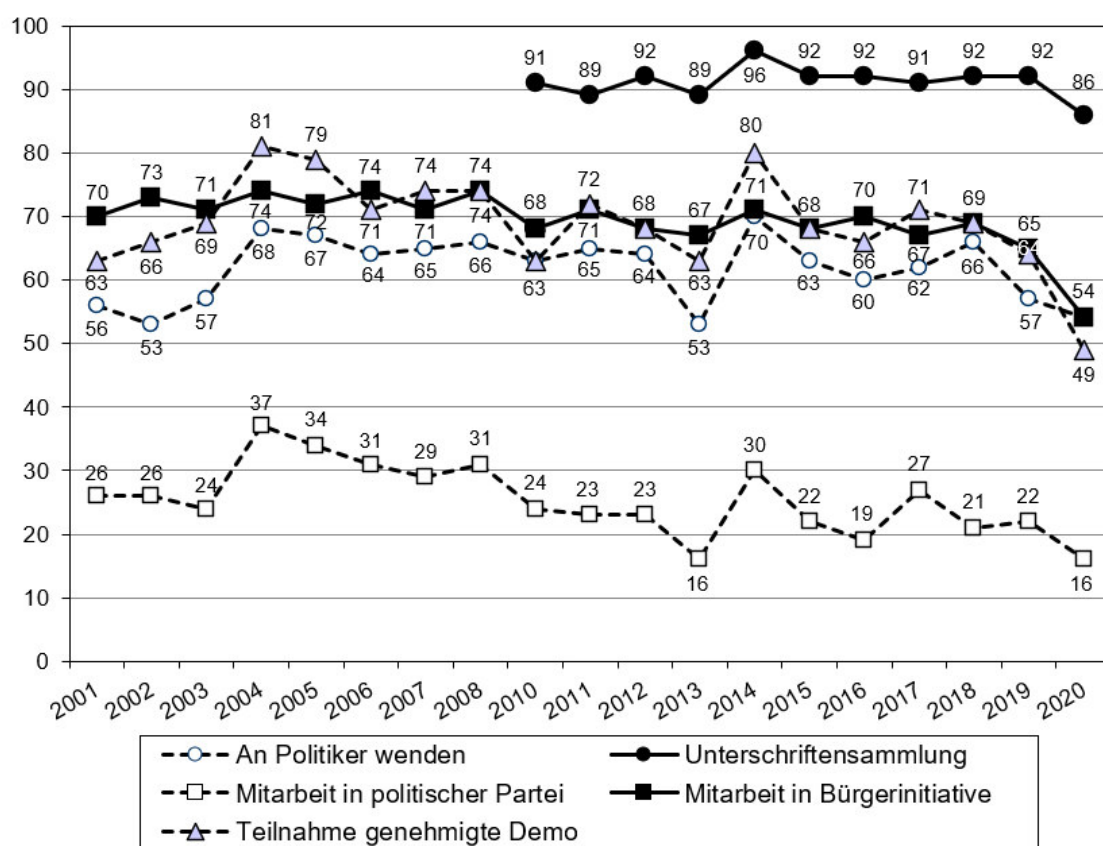


Insgesamt zeigt sich, dass das Vertrauen in die Medien von allen sieben untersuchten Institutionen am geringsten ausgeprägt ist. Knapp vier von zehn Bürger*innen gaben an, dass sie den Medien nicht vertrauen, und weitere 38 Prozent vertrauen ihnen nur teilweise. Auch wenn die Frage nicht nach verschiedenen Medientypen differenziert, verdeutlicht der Umstand, dass nur jede*r vierte Bürger*in den Medien vertraut, dennoch den generell schweren Stand der Medien innerhalb der Bevölkerung. Dieses geringe Vertrauen in die Medien spiegelt sich auch darin wider, dass mehr als die Hälfte der befragten Thüringer*innen die Berichterstattung der Medien über Corona für übertrieben halten (vgl. Kapitel III.1). Deutlich anders stellt sich das Bild mit Blick auf das Vertrauen in die Wissenschaft sowie das in der Corona-Pandemie omnipräsente RKI dar. Beide Institutionen genießen in der Bevölkerung ein enorm hohes Vertrauen. Im Falle der Wissenschaft hat sich jenes im Vergleich zum Jahr 2016 sogar noch einmal um fünf Prozentpunkte auf 79 Prozent erhöht. Im Gegenzug verringerte sich der Anteil derjenigen, die der Wissenschaft nicht vertrauen, um drei Prozentpunkte auf gegenwärtig vier Prozent. Etwas geringer, aber dennoch auf sehr hohem Niveau sind die Vertrauenswerte in das für die Pandemiebewältigung zentrale Robert Koch-Institut. So gaben 72 Prozent der Befragten an, dass sie dieser der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung zur Seite stehenden Einrichtung vertrauen. Lediglich eine Minderheit der Teilnehmer*innen vertraut dem RKI nur teilweise (20 Prozent) oder gar nicht (acht Prozent). In der Summe genießen die Wissenschaft und das RKI unter allen erhobenen Institutionen das größte Vertrauen, was, so die Vermutung, auf deren Expertise und Neutralität zurückzuführen ist. Personen, die diesen beiden Institutionen nicht vertrauen, zeichnen sich in der Corona-Pandemie dadurch aus, dass sie das Virus weit überdurchschnittlich als Grippe verharmlosen, Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie eher ablehnen und ebenfalls weiter überdurchschnittlich Verschwörungstheorien glauben (vgl. Kapitel III.4).

3. Politische Partizipation

Im Folgenden steht mit der politischen Partizipation die wohl unmittelbarste Form von Unterstützungsleistungen der Bürger*innen gegenüber dem politischen System im Zentrum. In diesem Zusammenhang erfragt der THÜRINGEN-MONITOR traditionell ganz unterschiedliche Formen von Beteiligung, darunter neben traditionellen auch unkonventionelle bzw. illegale Formen politischer Partizipation (vgl. Abb. 53 und 54). In Abbildung 53 sind zunächst nur die beiden erstgenannten Beteiligungsformen abgebildet. Hierfür wurde die in den Antwortkategorien abgebildete Partizipationspraxis („habe ich schon getan“) sowie Partizipationsnorm („würde ich tun“) zusammengefasst und als Zeitreihe dargestellt.

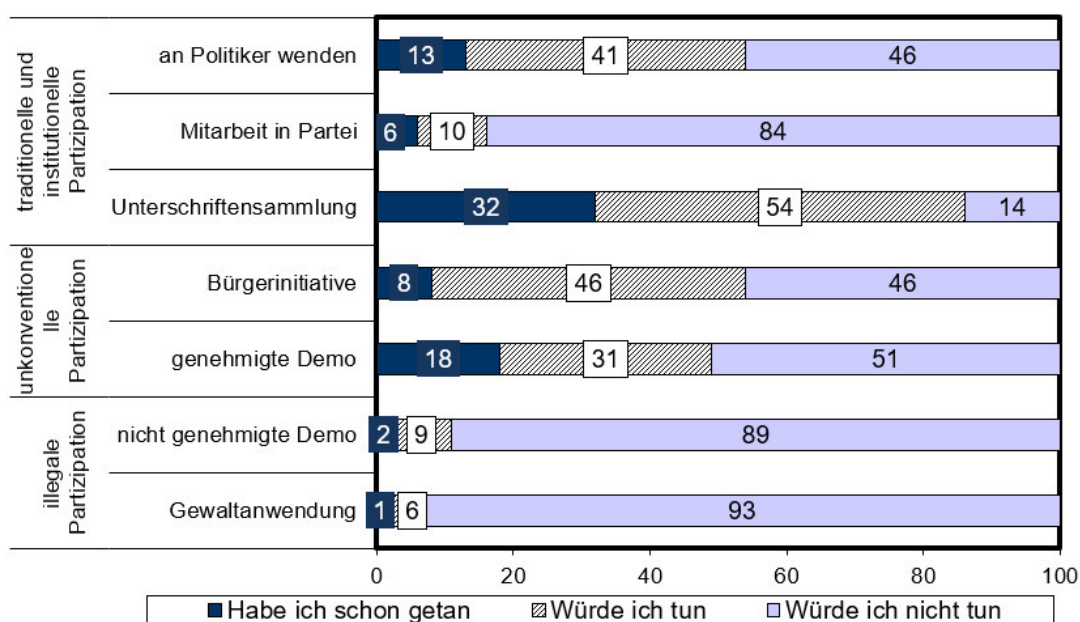
Abb. 53 Formen legaler politischer Partizipation 2001–2020
(in Prozent)



Im Gegensatz zu den steigenden Unterstützungs-, Zufriedenheits- sowie Vertrauenswerten zeigt sich, dass die politische Partizipation im Vergleich zur letzten Erhebung durchgehend und zum Teil sogar erheblich zurückging. So haben mit Ausnahme der Partizipationsform „sich an einen Politiker wenden“ alle anderen untersuchten Beteiligungsformen den bislang niedrigsten Wert seit ihrer erstmaligen Erhebung angenommen. Dies gilt gleichermaßen für die bislang beliebteste Form politischer Partizipation (Teilnahme an einer Unterschriftensammlung) als auch für die am wenigsten präferierte Form (Mitarbeit in einer politischen Partei). Am deutlichsten ist der Rückgang in der Bereitschaft, an einer genehmigten Demonstration teilzunehmen, welche seit 2019 um beachtliche 15 Prozentpunkte auf nunmehr 49 Prozent abgenommen hat. Mit einem Rückgang auf lediglich 54 Prozent (minus elf Prozentpunkte) sank auch die Teilnahmebereitschaft an Bürger*inneninitiativen. Angesichts der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Anste-

ckungsrisiken sowie dem schwer einhaltbaren Mindestabstandsgebot von 1,5 Metern, kann vermutet werden, dass sich ein Teil des Rückgangs der Partizipationsbereitschaft als unmittelbare Folge der Corona-Pandemie erweist. Unter Zuhilfenahme vertiefender statistischer Analysen kann diese Annahme zumindest vorsichtig empirisch belegt werden: So sind Personen, welche die Gefahr durch die Corona-Krise für ihre eigene Gesundheit als „groß“ oder „sehr groß“ bewerten, im Vergleich deutlich seltener dazu bereit, sich politisch zu beteiligen. Insofern wäre es verfrüht, von einem generellen Abwärtstrend der politischen Partizipation zu sprechen. Die nächste Erhebung des THÜRINGEN-MONITORS wird hier für inhaltliche Klarheit und Belastbarkeit der Ergebnisse sorgen können. Unabhängig von einem möglichen Corona-Effekt zeigt sich, wie schon in den Vorjahren, dass Partizipationsformen, die mit einem geringeren zeitlichen Aufwand einhergehen, beliebter sind als solche, die ein größeres Zeitbudget voraussetzen. Auch die sehr niedrige Bereitschaft, sich in politischen Parteien zu engagieren, entspricht seit dem THÜRINGEN-MONITOR 2001 den Erkenntnissen zur politischen Partizipation in Thüringen.

Abb. 54 Politische Partizipation
(in Prozent)



Hinsichtlich der illegalen Formen politischer Partizipation (vgl. Abb. 54) zeigt sich im Falle der Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen ebenfalls ein Rückgang der Partizipationsbereitschaft. Gaben im Vorjahr noch insgesamt 22 Prozent aller Befragten an, sich vorstellen zu können an einer solchen teilzunehmen bzw. bereits teilgenommen zu haben, sank dieser Wert im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR um exakt die Hälfte auf gegenwärtig elf Prozent. Darüber hinaus hat sich auch die Bereitschaft „Gewalt anzuwenden, um für die eigenen Ziele zu kämpfen“ im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozentpunkte auf insgesamt sieben Prozent verringert. Allerdings ist dabei auffällig, dass insbesondere Befragte, die das Corona-Virus verharmlosen, bereit sind, sich an illegalen Partizipationsformen zu beteiligen (vgl. Abb. 55). So sind sie sowohl eher bereit, an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen als auch für die Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anzuwenden (vgl. Kapitel III.4). Gleiche Muster zeigen sich auch für die Aussage „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“, der 54 Prozent und damit mehr als die Hälfte der Corona-Skeptiker*innen zustimmten. Zum Vergleich: Unter Be-

fragten, die sich nicht als Corona-Skeptiker*innen einordnen lassen, liegt das Zustimmungsniveau lediglich bei 26,3 Prozent. Jene Befunde spiegeln sich ferner auch in der großen Anzahl und regen Beteiligung an Protestbewegungen gegen die politischen Eindämmungsmaßnahmen zum Zeitpunkt der Befragung wider (vgl. Kapitel II).

Abb. 55 Politische Partizipation und Coronaskepsis
(in Prozent, Spaltenprozentage ergeben jeweils 100%)

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan – An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?*	Kein*e Corona-Skeptiker*in	Corona-Skeptiker*in
würde ich nicht tun	89,8	84,4
würde ich tun	8,4	12,7
habe ich schon getan	1,8	2,9
Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan – Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?***	Kein*e Corona-Skeptiker*in	Corona-Skeptiker*in
würde ich nicht tun	96,6	84,7
würde ich tun	2,9	12,7
habe ich schon getan	0,5	2,6
Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen***	Kein*e Corona-Skeptiker*in	Corona-Skeptiker*in
lehne ab	73,7	45,8
stimme zu	26,3	54,2

4. Rechtsextremismus in der Corona-Pandemie

Im Rahmen der Corona-Proteste gegen die politischen Maßnahmen wurde stets die Frage nach deren sozialen, ideologischen und organisatorischen Querverbindungen zu rechtsextremen und anderen antidemokratischen Strömungen und Organisationen gestellt. Auch die in manchen Teilen der Bevölkerung gering ausgeprägte Akzeptanz der politischen Eindämmungsmaßnahmen – und damit ihrer Wirksamkeit – wurde in Verbindung gebracht mit dem größeren Misstrauen gegenüber demokratischen Akteur*innen und Institutionen in rechtsextrem oder rechtspopulistisch eingestellten Teilen der Bevölkerung (vgl. auch Kapitel III.4 und Kapitel IV.2). Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden die Verbreitung und die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen in Verbindung zur Wahrnehmung der Corona-Pandemie und der politischen Gegenmaßnahmen beleuchtet.

Die Erhebung rechtsextremer Einstellungen im THÜRINGEN-MONITOR folgt der in der wissenschaftlichen Diskussion etablierten Konsensdefinition (vgl. Kreis 2007: 13; Decker/Brähler 2006: 20 f.). Danach ist Rechtsextremismus die Überzeugung von der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen in Abhängigkeit von zugeschriebenen Merkmalen, wie Nationalität, Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, sowie ein auf diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufbauendes Gesellschaftsbild. Diese Definition erfasst dabei nicht alle möglichen Gruppen, auf die sich Ungleichwertigkeitsvorstellungen beziehen können, sondern zählt allein antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen zum Rechtsextremismus. Damit ist nicht das gesamte Spektrum an Ungleichwertigkeitsvorstellungen erfasst, die auch in der breiten

Bevölkerung abseits rechtsextremer Milieus teilweise breite Unterstützung finden (vgl. dazu Kap. IV.5). Im Hinblick auf politische Ordnungsvorstellungen ist der Rechtsextremismus gekennzeichnet durch eine Befürwortung diktatorischer Regierungsformen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und einen chauvinistischen Nationalismus. Letzterer umfasst ein übersteigertes Nationalgefühl und insbesondere die Aufwertung Deutschlands über die Abwertung anderer Länder. Auf Basis dieser im Jahr 2001 entwickelten Konsensdefinition analysieren neben dem THÜRINGEN-MONITOR auch deutschlandweite Studien das rechtsextreme Einstellungspotential (vgl. Zick/Küpper/Berghan 2019; Decker/Brähler 2018).

Der THÜRINGEN-MONITOR bedient sich damit eines wissenschaftlich validierten Messinstruments (TM 2016: 90 ff.; Best/Salomo 2014). Dessen Grundidee ist, dass sich die rechtsextreme Einstellung der Befragten anhand ihres Antwortverhaltens auf eine Reihe von vorgelegten Aussagen bestimmen lässt. Die im THÜRINGEN-MONITOR verwendeten Aussagen decken die zentralen Facetten des Rechtsextremismus ab, wozu chauvinistischer Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Befürwortung einer rechten Diktatur zählen (Abb. 56). Je stärker rechtsextrem die Befragten eingestellt sind, desto eher werden sie diesen Aussagen zustimmen. Umgekehrt kann jedoch nicht von der Zustimmung zu einer der Aussagen allein bereits auf eine rechtsextreme Einstellung geschlossen werden, wie weiter unten ausführlich dargelegt wird (s. u.).

Betrachtet man die einzelnen Aussagen zunächst getrennt (Abb. 56), fällt auf, dass alle Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen im Jahr 2020 weniger – z. T. sogar deutlich weniger – Unterstützung fanden als noch 2019. Den stärksten Rückgang erfuhren die Verharmlosung des Nationalsozialismus und die antisemitische Aussage, deren Zustimmungsraten sich (nahezu) halbiert haben. Im längerfristigen Zeitverlauf schließt die Zustimmung zu beiden Aussagen an frühere Tiefststände an, kann sie aber bei Berücksichtigung der statistischen Fehlertoleranz nicht unterbieten.

Mit rund zehn Prozentpunkten Rückgang ist auch die Zustimmung zur harten Durchsetzung deutscher Interessen gegenüber dem Ausland, zur Wahrnehmung einer Überfremdung Deutschlands und zur Existenz überlegener deutscher Eigenschaften deutlich zurückgegangen. Diese drei Aussagen stechen jedoch nicht allein durch den starken Zustimmungsschwund gegenüber 2019 heraus, sondern zusätzlich, weil damit auch im längerfristigen Zeitverlauf neue Tiefststände erreicht wurden. Nur in einem Jahr (2013) innerhalb der vorherigen 19 THÜRINGEN-MONITORE wurde für die beiden ersten Aussagen eine noch niedrigere Zustimmung gemessen. Die vermeintliche Überlegenheit deutscher Eigenschaften erreichte bisher nur im Jahr 2014 die gleiche niedrige Zustimmungsraten von 23 Prozent.

Abb. 56 Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen
(Zustimmung in Prozent)

		2020	2019	2018	2017	2016	2011-15	2006-10	2001-05
Ethnozentrismus	Nationalismus und Chauvinismus								
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	50	61	64	64	63	57	58	60
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	23	34	25	30	25	34	31	34
	Fremdenfeindlichkeit								
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	44	56	58	53	52	49	51	55
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	41	45	49	44	37	44	46	53
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	18	23	25	22	17	19	20	25
	Sozialdarwinismus								
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	22	25	25	24	23	28	27	33
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	19	22	20	18	12	22	20	26
	Verharmlosung des Nationalsozialismus								
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	14	26	18	16	16	19	17	20
	Antisemitismus								
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	8	16	9	14	10	11	9	13
	Unterstützung einer rechten Diktatur								
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	15	21	18	14	17	15	16	18	

Die Unterstützung einer Diktatur und ethnisch segregiertem Heiraten finden im Jahr 2020 ebenfalls weniger Unterstützung als noch vor einem Jahr. Der Zustimmungsschwund von weniger als zehn Prozentpunkten führt auf ein Niveau, das auch in früheren THÜRINGEN-MONITOREN bereits beobachtet werden konnte. Schließlich sind die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Zustimmungswerte zu den beiden sozialdarwinistischen Aussagen und zur Vermutung einer Sozialstaatsausnutzung innerhalb der statistischen Fehlertoleranz und somit unverändert auf demselben Niveau wie 2019.

Massive Verschiebungen in der Struktur der rechtsextremen Einstellungen sind damit trotz deutlicher Rückgänge bei einzelnen Aussagen auch in Zeiten der Corona-Pandemie nicht zu erkennen. Wie schon in den Vorjahren erhält die Aussage zum Durchsetzen deutscher Interessen trotz eines Rückgangs mit 50 Prozent noch immer die größte Unterstützung der Thüringer*innen. Danach folgen die beiden fremdenfeindlichen Aussagen zur Überfremdung und Sozialstaatsausnutzung. Die Zustimmung zu allen übrigen Aussagen fällt mit deutlichem Abstand weiterhin geringer aus: Keine von ihnen wird im Jahr 2020 von mehr als einem Viertel der Befragten unterstützt, wobei das antisemitische Ressentiment weiterhin das Schlusslicht bildet.

Die Zustimmung zum antisemitischen Ressentiment, die mutmaßliche Überlegenheit der Deutschen und die Verharmlosung des Nationalsozialismus hatten nach einem sprunghaften und statistisch signifikanten Anstieg im Jahr 2019 Höchstwerte im mittel- und längerfristigen Vergleich erreicht (TM 2019: 52 ff.). Im Jahr 2020 sind die Zustimmungswerte somit wieder auf das Ausgangsniveau von 2018 zurückgesunken. An diesen Schwankungen wird deutlich, dass die Zustimmung zu einzelnen Aussagen nicht allein durch eine langfristig stabile rechtsextreme Einstellung bedingt ist, sondern auch kurzfristig wirkenden Einflüssen unterliegt.

Um kurzfristige Einflüsse und langfristig stabile Einstellungen besser voneinander trennen zu können, werden die zehn Aussagen zum Rechtsextremismus gemeinsam und nicht isoliert zur Messung rechtsextremer Einstellungen benutzt. Ohnehin werden die Befragten in allen THÜRINGEN-MONITOREN – wie auch in vergleichbaren Studien (z. B. Decker/Brähler 2020; Zick/Küpper/Berghan 2019) – nicht auf Basis einzelner Aussagen als rechtsextrem kategorisiert, sondern auf Basis ihrer Antwortmuster zu allen zehn Aussagen zur Messung des Rechtsextremismus. Während die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte ohne rechtsextreme Einstellung einer der insgesamt zehn Aussagen zustimmen, hoch ist, ist es schon unwahrscheinlicher, zwei oder mehr Aussagen zuzustimmen. Sehr gering ist die Wahrscheinlichkeit dafür, dass allen zehn Aussagen zugestimmt wird, wenn keine rechtsextreme Einstellung vorliegt. Anders ausgedrückt: je mehr Aussagen zugestimmt wird und je nachdrücklicher dies geschieht, desto wahrscheinlicher liegt diesem Antwortverhalten eine rechtsextreme Einstellung zugrunde und umso weniger ist es durch kurzfristig wandelbare Meinungen und Überlegungen motiviert.

Auf Basis dieser Überlegungen zeigt sich für 2020 ein schon aus den Vorjahren bekanntes Muster: Rund ein Viertel der Thüringer*innen stimmt keiner der zehn aus Abb. 56 bekannten Aussagen zu. Je 17 Prozent stimmen einer oder zwei dieser Aussagen zu. Damit stimmen fast 60 Prozent der Thüringer*innen maximal zwei von zehn Aussagen zu bzw. lehnen mindestens acht der Aussagen ab. Dabei unterscheiden sich die Aussagen deutlich im Hinblick darauf, wie die jeweilige Zustimmung zu ihnen mit der Zustimmung zu weiteren Aussagen einhergeht. Während die Befürworter des energischen Durchsetzens deutscher Interessen durchschnittlich 3,9 der zehn Aussagen zustimmten, stimmen Befragte mit antisemitischem Ressentiment mit einem Durchschnittswert von 5,6 deutlich mehr Aussagen zu.

Diese Befunde sind, ebenso wie die unterschiedlichen Zustimmungswerte zu den Aussagen (vgl. Abb. 56), darin begründet, dass die Aussagen mit unterschiedlicher „Schwierigkeit“ formuliert

sind. Damit ist gemeint, dass einige der Aussagen – wie z. B. zum Antisemitismus – sehr hart formuliert sind und daher erst bei einer sehr stark ausgeprägten rechtsextremen Einstellung befürwortet werden.¹⁴ Andere Aussagen sind hingegen eher weich formuliert – wie z. B. zur Durchsetzung deutscher Interessen –, sodass sie breitere Zustimmung finden.

Die variierenden Zustimmungsraten sind ferner dadurch bedingt, dass die zehn Aussagen unterschiedliche Facetten des Rechtsextremismus messen. Das zeigt sich daran, dass die Zustimmung zu den Aussagen, die eine Facette des Rechtsextremismus messen, wie z. B. Fremdenfeindlichkeit, sehr viel deutlicher miteinander einhergehen als mit der Zustimmung zu Aussagen, die andere Facetten messen. Auf dieser Basis konnte im Rahmen der früheren THÜRINGEN-MONITORE und einer ergänzenden Expertise (Best/Salomo 2014: 17) gezeigt werden, dass unter den Befragten auf der einen Seite die chauvinistisch-nationalistischen und fremdenfeindlichen Aussagen besonders eng zusammenhängen. Auf der anderen Seite hängen die sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen und diktaturbefürwortenden Aussagen besonders eng zusammen.¹⁵

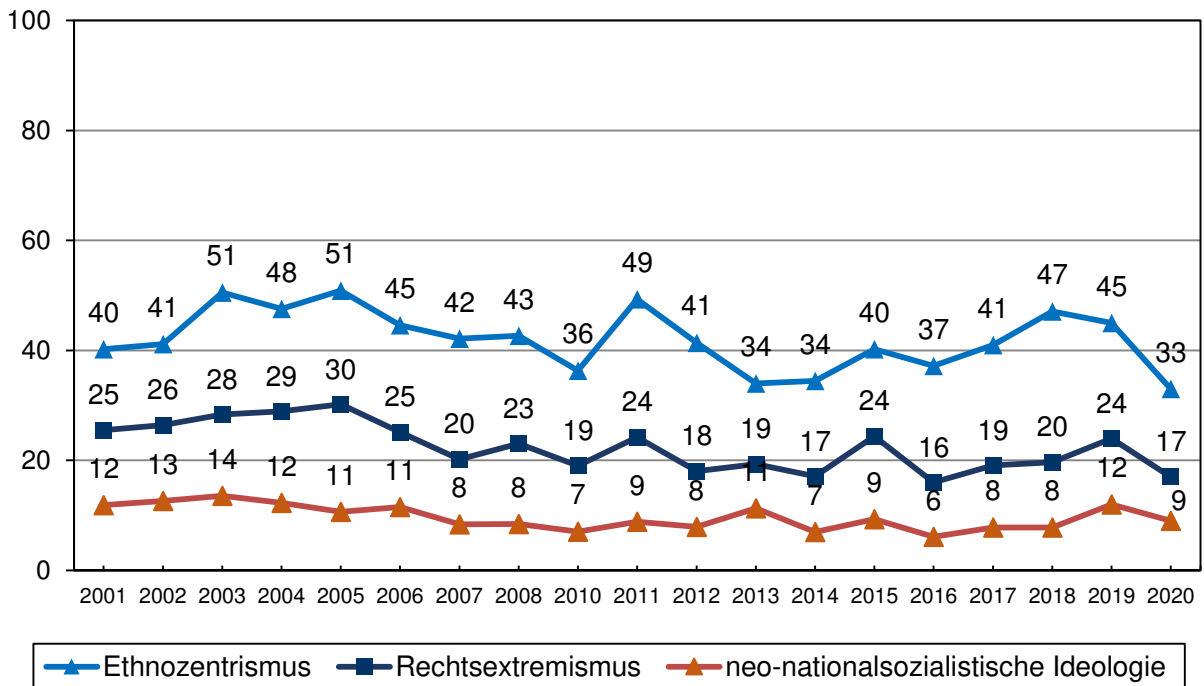
Im THÜRINGEN-MONITOR wird dieser internen Struktur rechtsextremer Einstellungen Rechnung getragen, indem neben dem Rechtsextremismus insgesamt die beiden ihn konstituierenden Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus getrennt analysiert werden. Ethnozentrismus (Sumner 1906) kennzeichnet die Bewertung von Fremdgruppen unter ausschließlicher Bezugnahme auf die stets als normalen Beurteilungsmaßstab gesetzte Eigengruppe. Damit geht in der Regel einher, dass die Eigengruppe überhöht und die Fremdgruppen abgewertet werden (Heyder/Decker 2011: 237 f.). Neo-Nationalsozialismus kennzeichnet die affirmative Haltung zur NS-Diktatur in Deutschland zwischen 1933 und 1945 und zu ihren Ideologemen. In einem ersten Schritt werden die ethnozentrischen und neo-nationalsozialistischen Aussagen zu zwei getrennten Mittelwertskalen zusammengefasst und darauf basierend anschließend der Gesamtwert der Befragten auf der Rechtsextremismusskala berechnet. Als rechtsextrem gelten Befragte dann, wenn sie den Aussagen auf jeder der beiden Dimensionen durchschnittlich überwiegend zustimmen bzw. wenn sie im Durchschnitt mehr Aussagen befürworten als ablehnen.¹⁶

¹⁴ Das bedeutet nicht, dass Antisemitismus allein auf rechtsextreme Kreise beschränkt ist, wie z. B. Kiess/Decker/Heller/Brähler (2020) anhand des tradierten, israelbezogenen oder Schuldabwehrantisemitismus zeigen.

¹⁵ Die Ausnahme ist dabei die Aussage „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ Diese ist aufgrund der ihr inhärenten rassistischen Grundlage zumeist enger mit den neo-nationalsozialistischen Aussagen assoziiert. Ihre Zuordnung ist jedoch weniger eindeutig, da sie zu manchen Erhebungszeitpunkten stärker mit den übrigen fremdenfeindlichen Aussagen verknüpft ist. Offensichtlich liegt der Befürwortung von Segregation nicht immer eine rassistische Ideologie zugrunde.

¹⁶ Das bedeutet, dass nicht allen in der Konsensdefinition erfassten Einstellungen zugestimmt werden muss, um als rechtsextrem zu gelten. Vielmehr kann sich hinter der Zuordnung als rechtsextrem eine Bandbreite an heterogenen Einstellungsmustern verbergen, die jedoch gemeinsam haben, dass ihre Träger die zehn genannten Aussagen *durchschnittlich* befürworten (Skalenwert >2,5). Zudem verstehen Befragte die vorgegebenen Antwortkategorien manchmal unterschiedlich. Dieser Umstand kann in manchen Fällen dazu führen, dass zwei Befragte den gleichen Skalenwert besitzen, ihre tatsächliche latente Einstellung zum Rechtsextremismus jedoch variiert, wodurch eine Gruppierung erschwert ist. Die dichotome Unterteilung in rechtsextrem und nicht-rechtsextrem stellt deshalb eine Zusammenfassung auf hohem Abstraktionsniveau dar und ist ein Kompromiss aus einer anschaulichen Vermittlungsmöglichkeit und einem messtheoretisch strikten Vorgehen (vgl. Best/Salomo 2014: 56). Davon unabhängig werden Antworten auf einzelne Aussagen häufiger von Befragten mit rechtsextremen Einstellungen verweigert. Weil zudem die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen eng miteinander zusammenhängt, werden in der seit 2014 modifizierten Rechtsextremismusskala auch diejenigen einbezogen, die auf höchstens eine ethnozentrische und eine neo-nationalsozialistische Frage die Antwort verweigerten (Best/Salomo 2014: 25ff).

Abb. 57 Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001–2020 (in Prozent)



Auf dieser Basis zeigt sich der bereits bei den Einzelaussagen erkennbare Rückgang im Vergleich zum Erhebungsjahr 2019 auch für das rechtsextreme Einstellungsprofil insgesamt. Während 2019 noch nahezu ein Viertel der Thüringer*innen als rechtsextrem benannt werden musste, sank dieser Anteil 2020 auf knapp 17 Prozent. Dieser Wert wurde in der Langzeitbetrachtung bisher nur im Jahr 2016 um einen Prozentpunkt unterboten. Berücksichtigt man jedoch die statistische Fehlertoleranz, ist der Wert für 2020 auf das Niveau zurückgegangen, das mit den Ausnahmen 2011, 2015 und 2019 für die letzten zehn Jahre die Untergrenze der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen markiert (vgl. Abb. 57). Zugleich ist damit der seit 2014 erkennbare Trend zunehmender Verbreitung rechtsextremer Einstellungen unterbrochen. Die überwiegende Mehrheit der Thüringer*innen ist also auch im Jahr 2020 als nicht rechtsextrem zu bezeichnen.

Der Rückgang fällt jedoch für die zwei Hauptdimensionen des Rechtsextremismus unterschiedlich aus: Während die Verbreitung ethnozentrischer Einstellungen gegenüber 2019 statistisch signifikant um zwölf Prozentpunkte gesunken ist, fällt der Rückgang der neo-nationalsozialistischen Einstellungen mit nur drei Prozentpunkten deutlich schwächer aus und liegt auch nur knapp außerhalb der statistischen Fehlertoleranz. Der Rückgang rechtsextremer Einstellungen ist also vor allem auf den Rückgang der Unterstützung ethnozentrischer Positionen zurückzuführen. Bei Betrachtung der längeren Zeitreihen wird deutlich, dass ethnozentrische Einstellungen stets deutlich stärker schwanken als die neo-nationalsozialistischen, die mit deutlich kleineren Ausschlägen nach oben bzw. unten längerfristig durch einen tendenziellen Rückgang gekennzeichnet sind.

Ethnozentrische Einstellungen besitzen folglich eine geringere Stabilität als neo-nationalsozialistische Einstellungen und sind deshalb stärker externen ökonomischen und sozialen Einflüssen und Rahmenbedingungen, wie auch Veränderungen der politischen Agenda unterworfen. Das Thema Migration z. B. wird in Thüringen oft als Teilhabe von Zuwander*innen an sozialstaatlichen Leistungen verstanden, die als ungerecht gegenüber den etablierten Einzahler*innen und

damit als Verletzung der Leistungsgerechtigkeit verstanden wird (Best 2018). Entsprechend stieg die Verbreitung ethnozentrischer Einstellungen immer dann an, wenn Migration und Integration und damit das Verhältnis der Eigen- zu Fremdgruppen zum politischen Thema wird. Dies zeigte sich z. B. 2011, dem Jahr der Debatten um Thilo Sarrazin oder spätestens nach 2016 im Nachgang der massiven Fluchtzuwanderung von 2015.

Entsprechend ist zu vermuten, dass der Rückgang ethnozentrischer Einstellungen auf eine geminderte Präsenz von Gruppenvergleichen in der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung im Zuge der Corona-Pandemie zurückzuführen ist. Einerseits werden Debatten zu (Flucht-)Migration und Integration durch die Corona-Krise überlagert, sodass Flüchtlingspolitik aktuell in der öffentlichen Debatte keine große Bedeutung besitzt. Andererseits nahmen die Thüringer*innen vermutlich bis zum Befragungszeitpunkt September/Oktober 2020 die Betroffenheit und die Bewältigungsstrategien in der Pandemie nicht als Verteilungskämpfe zwischen Eigen- und Fremdgruppen wahr. Selbst die Kritik rechtspopulistischer Akteur*innen zielt nicht auf den Schutz einer Eigengruppe gegenüber anderen Gruppen, sondern gegenüber der Bundes- und den Landesregierungen, wobei die Einschränkung von Grundrechten als Vorzeichen einer „Corona-Diktatur“ gedeutet wurden.

Die deutlich verringerte öffentliche Aufmerksamkeit für die Themen Migration und Integration, die Notwendigkeit zu internationaler Kooperation angesichts einer grenzüberschreitenden und Menschen aller Herkunft betreffenden Pandemie sowie die im Vergleich zu asiatischen Staaten weniger erfolgreiche Pandemieeindämmung könnten für den deutlichen Zustimmungsrückgang beim harten Durchsetzen deutscher Interessen und mutmaßlicher deutscher Überlegenheit mitverantwortlich sein. Mindestens aber ist zu konstatieren, dass Grenzsicherungen und der weltweite Primat nationaler Entscheidungen und Lösungsansätze sowie der Fokus auf die heimische Bevölkerung bei der Beschaffung von Schutzgütern bis zum Befragungszeitpunkt im September/Oktober 2020 *nicht* zu einer gestiegenen Zustimmung zu fremdenfeindlichen und chauvinistischen Einstellungen in Thüringen geführt haben.

Daneben sind weitere Erklärungen für den Rückgang des einstellungsmäßigen Rechtsextremismus denkbar. Dazu gehört einerseits das – vermutlich ebenfalls durch die Pandemie verursachte – gestiegene Vertrauen in staatliche Institutionen und die Zufriedenheit mit der Demokratie (vgl. Kap. IV.1 und IV.2). Beide verringern die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen (s. u.). Andererseits könnten die antisemitisch bzw. fremdenfeindlich (mit-)motivierten Anschläge in Halle und Hanau die den Taten zugrundeliegenden Einstellungen diskreditiert haben – insbesondere unter den ethnozentrisch orientierten Thüringer*innen, deren Haltung nicht durch ideologische Verfestigung gekennzeichnet ist. Die Gültigkeit dieser Erklärungen kann allerdings im Rahmen von zwei mit über einem Jahr Abstand durchgeführten THÜRINGEN-MONITOREN nur annäherungsweise untersucht werden, weil sich damit eine Vielzahl von Ereignissen in ihrer Wirkung überschneiden.

Rechtsextremismus und Corona-Skepsis

Zum Befragungszeitpunkt im September/Oktober 2020 hatten die Corona-Pandemie und die politischen Reaktionen somit nicht zu einer gesamtgesellschaftlichen Radikalisierung der Thüringer*innen im Sinne einer Verstärkung des einstellungsmäßigen Rechtsextremismus beigetragen. Wie aber nimmt die – kleiner gewordene – Gruppe der Thüringer*innen, die weiterhin rechtsextreme Einstellungen teilen, die Corona-Pandemie und die politischen Eindämmungsmaßnahmen wahr und bewertet sie? Inwiefern überlappen sich also die beiden Phänomene der Corona-

Skeptiker*innen (vgl. Kapitel III.4) und der rechtsextrem eingestellten Personen? Um diese Frage zu beantworten, wird im Folgenden zunächst untersucht, wie Corona-Skepsis und rechtsextreme Einstellungen in Verbindung stehen. Anschließend werden die in Kapitel III.4 für alle Thüringer*innen beschriebenen Aussagen zur Gefährdungswahrnehmung, zu persönlichen Belastungen, zum Krisenmanagement der Politik, zu Akteur*innen in der Pandemie, zur Impfbereitschaft und zu Gegenmaßnahmen auf ihren Zusammenhang mit Corona-Skepsis und rechtsextremen Einstellungen untersucht (Abb. 59).

Die Wahrnehmung, dass das Corona-Virus nicht schlimmer als eine Grippe sei, wurde in Kapitel III.4 als zentral für die weiteren Beurteilungen der Corona-Pandemie und der politischen Maßnahmen identifiziert. Entsprechend gelten diejenigen Befragten, die dieser Aussage zustimmen, als Corona-Skeptiker*innen. Von den rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen sind knapp zwei Drittel in diesem Sinne Corona-Skeptiker*innen (im Vergleich zu 27 Prozent bei den übrigen). Von den Corona-Skeptiker*innen wiederum sind rund ein Drittel rechtsextrem eingestellt (im Vergleich zu neun Prozent bei den Übrigen). Die überwiegende Mehrheit der Corona-Skeptiker*innen in Thüringen ist also nicht rechtsextrem, aber die Mehrheit der rechtsextrem eingestellten Befragten sind Corona-Skeptiker*innen. Eine Mehrheit der Thüringer*innen von rund 60 Prozent teilte folglich zum Befragungszeitpunkt September/Oktober 2020 weder Corona-skeptische noch rechtsextreme Einstellungen, während rund elf Prozent rechtsextrem eingestellte Corona-Skeptiker*innen waren. Rund ein Fünftel der Befragten sind zwar Corona-Skeptiker*innen, aber nicht rechtsextrem. Eine kleine Minderheit der Befragten von ca. sechs Prozent ist hingegen rechtsextrem, aber nicht Corona-skeptisch (vgl. Abb. 58).

Abb. 58 Rechtsextremismus und Corona-Skepsis
(Gesamtprozent)

		Rechtsextreme Einstellung	
		nein	ja
Corona-Skepsis („Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe“)	Ablehnung	60,2	6,2
	Zustimmung	22,5	11,1

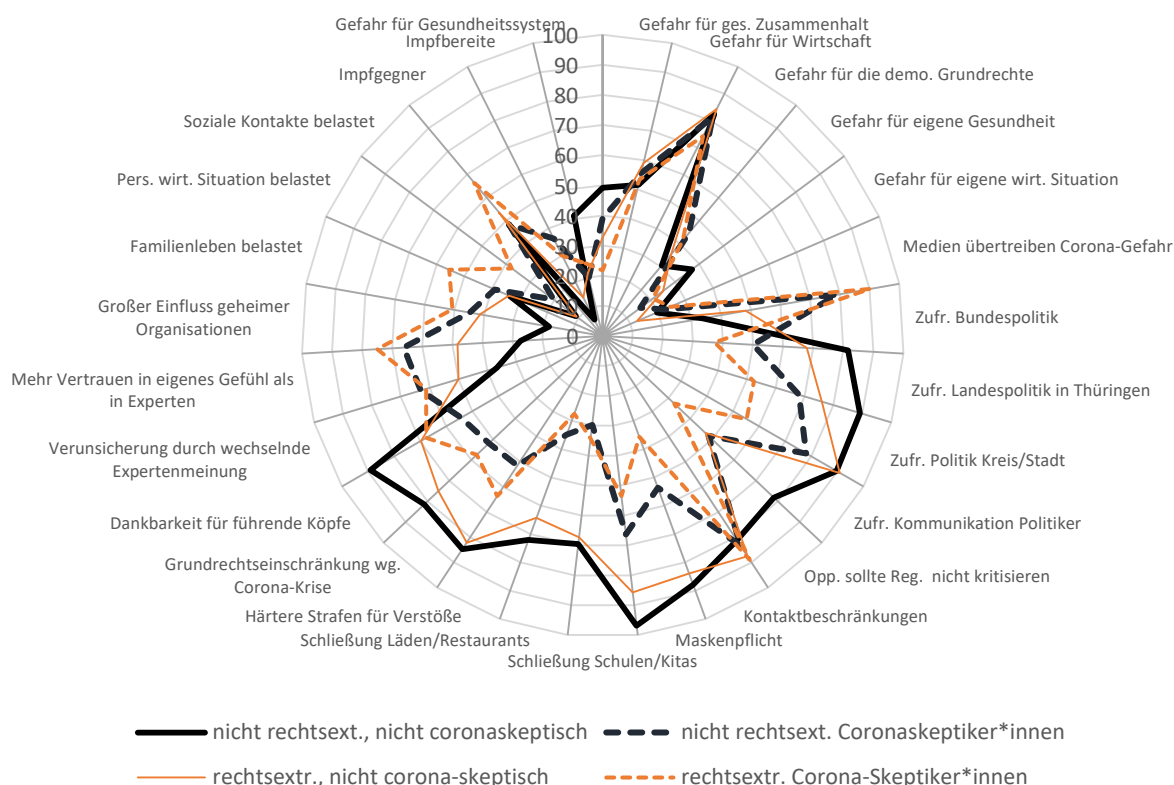
Ein Vergleich dieser vier Gruppen in Abb. 59 zeigt, dass die Corona-Skeptiker*innen *mit* und *ohne* rechtsextreme Einstellungen die Corona-Pandemie und die Corona-Politik in der Tendenz ähnlich bewerten, aber rechtsextreme Einstellungen diese negativen und skeptischen Beurteilungen teilweise verstärken. Befragte ohne Corona-Skepsis, die rechtsextreme Einstellungen teilen, beurteilen hingegen einzelne Facetten der Corona-Politik durchaus positiv.

Im Hinblick auf die Gefährdungswahrnehmung sehen rechtsextrem eingestellte Corona-Skeptiker*innen mit nur 22 Prozent noch einmal seltener eine Gefahr für das Gesundheitssystem als die übrigen Corona-Skeptiker*innen (30 Prozent). Sie zeigen sich aber ähnlich besorgt wie diese um die Grundrechte. Auch die Wahrnehmung, dass die Medien die Gefahr durch das Corona-Virus übertreiben, wird durch rechtsextreme Einstellungen noch einmal verstärkt, allerdings deutlich weniger bei den rechtsextrem eingestellten Thüringern*innen, die nicht Corona-skeptisch sind. Bei den übrigen Facetten der Gefährdungswahrnehmung (Gefahr für die Wirtschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die eigene gesundheitliche und wirtschaftliche Situation)

unterscheiden sich die drei Gruppen mit rechtsextremen und/oder Corona-skeptischen Einstellungen nur wenig bis gar nicht.

Hingegen werden die persönlichen Belastungen durch die Corona-Pandemie von den Corona-Skeptiker*innen mit rechtsextremen Einstellungen noch einmal stärker wahrgenommen als von Corona-Skeptiker*innen ohne diese Einstellungen. Rechtsextrem eingestellte Thüringer*innen, die nicht Corona-skeptisch sind, ähneln hier hingegen den übrigen Teilen der Bevölkerung.

Abb. 59 *Wahrnehmung der Corona-Pandemie durch rechtsextrem und Corona-skeptisch eingestellte Thüringer*innen 2020*
(in Prozent)



Lesehilfe: Die Werte (Zustimmung/Zufriedenheit/Sinnhaftigkeit) für die jeweilige Aussage sind an dem im Uhrzeigersinn nächstliegenden Strahl abzulesen. So finden zum Beispiel 97 Prozent der weder rechtsextrem noch Corona-skeptisch eingestellten Thüringer*innen die Maskenpflicht sinnvoll. Unter den nicht-rechtsextremen Corona-Skeptiker*innen sind es nur 66 Prozent. Die genauen Frageformulierungen finden sich in Kapitel III.1-4.

Auch bei der Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement und der Kommunikation der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene verstärken rechtsextreme Einstellungen die Unzufriedenheit unter den Corona-Skeptiker*innen. Die rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen hingegen, die nicht Corona-skeptisch sind, zeigen sich deutlich zufriedener, sodass sie im Hinblick auf die Beurteilung der Kommunikation den nicht-rechtsextremen Corona-Skeptiker*innen gleichen. Bei der Zufriedenheit mit der Kommunalpolitik und – mit Abstrichen auch der Bundes- und Landespolitik – sind sie sogar dem Teil der Thüringer Bevölkerung am ähnlichsten, der weder rechtsextrem noch Corona-skeptisch ist. Einig sind sich alle Gruppen darin, dass die Opposition die Regierung in der Pandemiebekämpfung nicht kritisieren, sondern unterstützen sollte –

die Unterschiede liegen ausnahmslos innerhalb der statistischen Fehlertoleranz. Vor dem Hintergrund der weiter verbreiteten Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Politik unter den rechtsextremen und Corona-skeptischen Thüringer*innen und, wie noch zu zeigen sein wird, mit den konkreten Gegenmaßnahmen mag dieser Befund zwar überraschen. Vor dem Hintergrund des in dieser Vorstellung anklingenden antipluralistischen Politikverständnisses überrascht aber auch der hohe Zustimmungswert unter den übrigen Thüringer*innen (vgl. Kapitel III.2, Abb. 20).

Deutliche Unterschiede zeigen sich darin, welche Akteur*innen neben der Politik in der Corona-Pandemie als einfluss- und hilfreich wahrgenommen werden. Am wenigsten Vertrauen in führende Köpfe (54 Prozent) haben die Corona-Skeptiker*innen *ohne* rechtsextreme Einstellungen, am meisten diejenigen ohne rechtsextreme Einstellungen *und* ohne Corona-Skepsis (89 Prozent). Die rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen, egal ob mit oder ohne Corona-Skepsis, liegen mit ca. 70 Prozent dazwischen. Offensichtlich gerät hier die grundsätzlich höhere Bereitschaft von rechtsextremen Befragten zur Orientierung an Autoritäten in Konflikt mit der Ablehnung der durch die aktuell „führenden Köpfe“ verfolgten Politik. Der mit Rechtsextremismus eng assoziierte autoritäre Gehorsam (s. u.) gilt also nicht allen Autoritäten gleichermaßen, sondern ist auch abhängig von deren Positionen. Das wird noch unterstrichen, weil die unter Corona-Skeptiker*innen verbreitete Ablehnung von Experten*innen (vertraue eher meinem Gefühl als Expert*innen) durch rechtsextreme Einstellungen noch verstärkt wird. Allerdings vertrauen Thüringer*innen mit rechtsextremen Einstellungen, die aber nicht Corona-skeptisch sind, diesen Expert*innen sogar deutlich mehr als die Corona-Skeptiker*innen ohne rechtsextreme Einstellungen.

Die verschwörungstheoretische Überzeugung, dass die eigentlich entscheidenden Akteur*innen in der Corona-Pandemie Geheimorganisationen sind, ist bereits bei rund 45 Prozent der Corona-Skeptiker*innen *ohne* rechtsextreme Einstellungen zu finden und wird durch rechtsextreme Einstellungen nur wenig verstärkt (vgl. dazu auch Kapitel III.4). Bei den Einstellungen gegenüber einer möglichen Impfung verstärken rechtsextreme Einstellungen die Ablehnung allein bei denjenigen, die keine Corona-Skeptiker*innen sind.

Im Hinblick auf die durch die Politik ergriffenen Gegenmaßnahmen spielen rechtsextreme Einstellungen eine nachgeordnete Rolle, entscheidender ist hier die Corona-Skepsis. So ähneln sich die Thüringer*innen ohne Corona-Skepsis, egal ob *mit* oder *ohne* rechtsextreme Einstellungen, im Hinblick auf die Bewertung aller Gegenmaßnahmen. Lediglich bei der Maskenpflicht fällt die Unterstützung unter den rechtsextrem Eingestellten geringer, aber mit 86 Prozent noch deutlich aus. Sie unterscheiden sich damit von den Corona-Skeptiker*innen. Unter diesen zweifeln die rechtsextrem eingestellten Befragten noch einmal verstärkt den Sinn der Kontaktbeschränkungen und der Maskenpflicht an. Dennoch erachtet immerhin noch rund die Hälfte von ihnen die Maskenpflicht als sinnvoll. Dieser Befund überrascht, da auf den zahlreichen Corona-Demonstrationen die Maske als zentrales Symbol angesehen wurde und die Maskenpflicht häufig ignoriert oder unterminiert wurde (vgl. Kapitel II).

Auch bei der Bewertung von Grundrechtseinschränkungen und härteren Strafen für Personen, die sich nicht an die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung halten, zeigt sich, dass Einschränkungen und härtere Strafen vor allem durch die Befragten ohne Corona-Skepsis befürwortet werden, während Corona-Skeptiker*innen hier deutlich zurückhaltender sind. Unter den Corona-Skeptiker*innen mit rechtsextremen Einstellungen fällt die Befürwortung härterer Strafen hingegen sogar etwas deutlicher aus, obgleich sie die Maßnahmen am wenigsten unterstützen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass rechtsextreme Einstellungen insbesondere die durch die Corona-Skepsis ohnehin vorhandene, negative Einschätzung der Politik und der politischen Gegenmaßnahmen in der Corona-Pandemie verstärkt. Es ist daher das generelle Misstrauen gegenüber „der Politik“ unter rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen (s. u.), das sich konkret in eine noch negativere Beurteilung der Corona-Politik übersetzt. Gleichzeitig sind rechtsextreme Einstellungen weniger wirksam, wenn die Befragten eine Bedrohung durch das Corona-Virus wahrnehmen. Daher stellt sich die Frage, ob auch eine positive Wahrnehmung der politischen Reaktionen auf die Corona-Pandemie rechtsextreme Einstellungen abschwächen kann.

Einflussfaktoren auf rechtsextreme Einstellungen

Im Folgenden untersuchen wir, welche Faktoren rechtsextreme Einstellungen beeinflussen. Dabei beziehen wir die Wahrnehmungen und Beurteilungen der Corona-Pandemie durch die Befragten mit ein. Zwar können wir auf Basis einer einmaligen Befragung nicht erkennen, ob rechtsextreme Einstellungen durch die Wahrnehmung der Corona-Politik beeinflusst werden oder ob nicht umgekehrt bereits vor der Pandemie bestehende rechtsextreme Einstellungen diese Wahrnehmungen prägen. In einem ersten Schritt können wir aber untersuchen, ob die Einstellungen zur Corona-Politik *überhaupt* dazu beitragen, rechtsextreme von nicht-rechtsextremen Befragten zu unterscheiden, wenn wir die in den bisherigen THÜRINGEN-MONITOREN üblichen Unterscheidungs- bzw. Einflussfaktoren hinzuziehen. Ist das nämlich nicht der Fall, beeinflussen die bereits bekannten Einflussfaktoren *sowohl* die Einstellungen zur Corona-Pandemie *als auch* die rechtsextremen Einstellungen, womit beide zwar zusammenhängen, sich jedoch nicht kausal beeinflussen.

Die bisher bewährten Einflussfaktoren werden im Folgenden kurz aufgeführt (für eine genauere Beschreibung vgl. z. B. TM 2019: 57). Nach der Modernisierungsverliererthese (Rydgren 2007; Ivarsflaten 2005) sind Entgrenzungsprozesse wie Europäisierung und Globalisierung für Menschen mit geringer sozioökonomischer Ressourcenausstattung problematisch, da sie Konkurrenzdruck und wirtschaftliche Ungewissheit verschärfen, während offene Grenzen und globale Mobilität kaum genutzt werden können. Die Unterstützung rechtsextremer Einstellungen werde folglich durch den Wunsch nach Konkurrenzreduzierung durch Zuwanderungsbeschränkung und das Primat überschaubarer nationaler Verhältnisse hervorgerufen.¹⁷

In früheren THÜRINGEN-MONITOREN wurde gezeigt, dass neben der objektiven sozialen Lage auch deren subjektive Wahrnehmung einen Einfluss ausübt (z. B. TM 2017). Bei der relativen Deprivation fällt ein Vergleich zu anderen Personen oder Gruppen negativ aus, woraus Unzufriedenheit folgt, die zu Feindseligkeit gegenüber den als privilegiert empfundenen Gruppen führen kann oder die Abwertung dritter Gruppen begünstigt, um damit das eigene Selbstwertgefühl

¹⁷ Die sozioökonomische Ressourcenausstattung wird mittels des Bildungsgrads, des Erwerbs- und Berufsstatus (arbeitslos oder prekär beschäftigt bzw. (Fach-)Arbeiter) sowie des Haushaltseinkommens gemessen. Zusätzlich werden sozialstrukturelle Einflussfaktoren, wie Geschlecht und Alter, berücksichtigt.

aufrechtzuerhalten (Klein et al. 2008). Dieser Vergleich bezieht sich auf unterschiedliche Referenzpunkte. Der THÜRINGER-MONITOR erfasst die subjektive Deprivation,¹⁸ die Statusverlustangst (Redersdorff/Guimond 2006),¹⁹ die Wahrnehmung einer Benachteiligung der Ostdeutschen (kollektive Ostdeprivation)²⁰ und die individuelle Erfahrung, als Ostdeutsche*r benachteiligt worden zu sein (Ost-Diskriminierungserfahrung).

Kulturelle Erklärungsansätze gehen davon aus, dass insbesondere ethnozentrische Einstellungen vor allem bei Personen zu finden sind, die durch Globalisierung und Europäisierung einen Verlust sozialer Homogenität, traditionaler Lebensführungsmodelle und Zusammengehörigkeit befürchten, *ohne* selbst ökonomisch benachteiligt zu sein (Lengfeld/Dilger 2018).²¹

Neben der sozioökonomischen Lage und kulturellen Vorstellungen haben sich auch die Demokratieunterstützung (Kap. IV.1) und die politische Partizipationsbereitschaft (Kap. IV.3) wiederholt als relevant für die Ausbildung bzw. Hemmung rechtsextremer Einstellungen erwiesen.²² Deprivationsgefühle oder als bedroht wahrgenommene kollektive Identität können auf ein fehlendes Zutrauen in die demokratischen Institutionen und Akteur*innen treffen, diese Problemlagen zu erkennen, zu berücksichtigen oder zu bewältigen. In diesem Fall verbleibt Ausgrenzung und Abwertung anderer Gruppen als Mittel zur Aufrechterhaltung des eigenen Selbstwertgefühls.

Eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur ist ein weiterer zentraler Erklärungsfaktor für rechtsextreme Einstellungen (z. B. TM 2016: 104; Ekehammar et al. 2004). Er umfasst die Bereitschaft zur Unterordnung bzw. Selbstunterwerfung unter Personen, Gruppen oder sogar abstrakte Ideen und die Forderung nach Gehorsam, beispielsweise in Erziehungskontexten, bis hin zur Aggression gegen jene, die diesen Gehorsam verweigern oder in sonstiger Form als Abweichende wahrgenommen werden.²³ Der Autoritarismus ist eine Vorstellung über die Verhältnisse innerhalb der Eigengruppe. Die soziale Dominanzorientierung ist hingegen nach außen, auf das Verhältnis zwischen sozialen Gruppen gerichtet. Sie umfasst die Vorstellung, dass soziale Großgruppen in einem permanenten Wettbewerb stehen, der eine Hierarchie zwischen ihnen erzeugt. Soziale Dominanzorientierung kann daher das Gefühl begünstigen, sich durch Abwertung und Ausgrenzung gegen andere Gruppen durchsetzen zu müssen (Duckitt 2001).²⁴

¹⁸ Die subjektive Deprivation wird erfasst durch die Frage, ob man der eigenen Einschätzung nach den gerechten Anteil (bzw. mehr) an der Gesellschaft erhält oder ob man weniger erhält.

¹⁹ Die Statusverlustangst basiert auf einem negativ ausfallenden Vergleich zwischen der gegenwärtigen individuellen Situation und der antizipierten Zukunft. Sie wird durch die Zustimmung zur Aussage „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ gemessen.

²⁰ Kollektive Deprivation wird durch die Wahrnehmung der Benachteiligung einer für die eigene Identität zentralen Gruppe ausgelöst, hier: Ostdeutsche. Sie wird gemessen über die Wahrnehmung einer negativen Einheitsbilanz („Einheit hat für mich persönlich mehr Nach- als Vorteile gebracht“) und der empfundenen Abwertung des ostdeutschen Bevölkerungsteils durch den westdeutschen („Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“).

²¹ Seit dem THÜRINGER-MONITOR 2019 wird der Wunsch nach der Aufrechterhaltung traditionell fundierter kollektiver Identität über die Zustimmung zur Aussage „Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen“ erfasst.

²² Fehlende Demokratieunterstützung, d. h. die distanzierte bis ablehnende Haltung zur bestehenden repräsentativen Demokratie, misst der THÜRINGER-MONITOR durch das Gefühl fehlenden Einflusses der Bevölkerung auf die Politik, fehlenden Vertrauens in Bundes- und Landesregierung, die Demokratieunzufriedenheit und die Ablehnung der Vorstellung, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen ist.

²³ Im diesjährigen THÜRINGER-MONITOR wird Autoritarismus mit der Zustimmung zu den Aussagen „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“ (autoritäre Unterwerfung) und „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ (autoritärer Gehorsam) erfasst.

²⁴ Die soziale Dominanzorientierung wird anhand der Zustimmung zu den beiden Aussagen „Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen“ und „Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen“ erhoben.

Abb. 60 Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen 2020
(Multivariate lineare Regression)

Einflussfaktoren	Rechtsextremismus
Geschlecht (weiblich)	
Lebensalter (18-24 Jahre)	
Lebensalter (60 Jahre und älter)	
Bildungsabschluss (Abitur und höher)	
Nettoäquivalenzeinkommen (höher)	
Berufstätig (noch nicht/nicht mehr)	
Art der Berufstätigkeit ((Fach-)Arbeiter)	
Arbeitslos (ja)	
Arbeitsplatz gefährdet (ja)	
Individuelle Deprivation (höher)	
Statusverlustangst (höher)	+
Ostdeprivation (ja)	
Persönliche Ost-Diskriminierungserfahrung (ja)	++
Demokratieunterstützung (höher)	--
Politische Partizipation (höher)	-
Persönlicher Autoritarismus (höher)	+++
Soziale Dominanzorientierung (höher)	+++
Traditionen aufrechterhalten (höher)	++
Medien übertreiben Gefahr durch Corona (Zustimmung)	++
Vertrauen in die Medien (höher)	
<i>R²*100 (Anteil erklärter Varianz)</i>	64,4
Fallzahl N	648

Anmerkung: Plus bedeutet einen rechtsextreme Einstellungen verstärkenden Einfluss und Minus einen verringernden Einfluss. Je mehr Zeichen, desto stärker die Wirkung des jeweiligen Faktors. Die Angaben zur Einflussstärke basieren auf den standardisierten Regressionskoeffizienten Beta und wurden wie folgt kategorisiert, wobei nur signifikante Beta-Werte ($p > .5$) eingetragen wurden: Betrag(beta) $> .2 = +++/---$; Betrag(beta) $> .1 = ++/--$; Betrag(beta) $> .0 = +/-$.

Zusätzlich zu diesen Einflussfaktoren haben wir die Aussagen zur Wahrnehmung und Beurteilung der Corona-Pandemie und der politischen Gegenmaßnahmen einbezogen, bei denen sich Thüringer*innen mit und ohne rechtsextreme Einstellungen am deutlichsten unterscheiden.²⁵ Es zeigt sich, dass – mit einer Ausnahme – keine dieser auf Corona bezogenen Aussagen zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen beitragen kann. Der Grund dafür ist, dass die für den einstellungsmäßigen Rechtsextremismus relevanten Einflussfaktoren zugleich den größten Teil der Corona-bezogenen Einstellungen erklären (s. auch Kap. III.4). Dazu zählen insbesondere die Statusverlustangst, geringe Demokratieunterstützung und Partizipation, höherer Autoritarismus und

²⁵ Es wurden stufenweise Regressionsmodelle berechnet. Das Ausgangsmodell beinhaltete nur die genannten Corona-bezogenen Variablen (Unzufriedenheit mit der politischen Kommunikation, Bewertung von Geschäftsschließungen und Maskenpflicht, Gefühl belasteter Sozialbeziehungen, die Vermutung, dass die Medien die Corona-Gefahr übertreiben, dass einflussreiche Geheimorganisationen entscheidend sind und die Impfgegnerschaft). Durch die hohe Multikollinearität zwischen den einzelnen Aussagen wurden in einem zweiten Modell nur diejenigen mit einem signifikanten Einfluss aufgenommen. Anschließend wurden die bereits erprobten Erklärungsfaktoren schrittweise in das Modell einbezogen bis schließlich im finalen Modell nur die Corona-bezogene Variable zur Medienberichterstattung mit eigenständigen Einfluss übrigblieb.

soziale Dominanzorientierung sowie der Wunsch nach Rückbesinnung auf die eigenen Traditionen. Der überwiegende Teil der negativeren Bewertung der Corona-Politik durch rechtsextreme Thüringer*innen ist also auf politische, kulturelle und soziale Dispositionen zurückzuführen, die höchstwahrscheinlich schon vor der Corona-Pandemie bestanden.

Allerdings erklären die genannten Einflussfaktoren nicht, warum Rechtsextremist*innen eher den Eindruck haben, dass die Medien die Gefahr durch Corona übertreiben. Es kann auch ausgeschlossen werden, dass ihr allgemein geringeres Vertrauen in die Medien (vgl. Kapitel IV.2) dafür verantwortlich ist: Geringeres Medienvertrauen erklärt nicht, wieso rechtsextrem eingestellte Thüringer*innen die Medienberichterstattung eher als übertrieben wahrnehmen (vgl. Abb. 59). Damit stellt sich die Frage, ob rechtsextreme Einstellungen die Wahrnehmung der Medienberichterstattung prägen oder ob eine als zu alarmistisch wahrgenommene Medienberichterstattung rechtsextreme Einstellungen verstärken. Es ist durchaus vorstellbar, dass der Wunsch nach „wahren“ Erklärungen zu Corona sehr schnell zu Informationsangeboten führt, die unterschwellig rechtsextreme Ideologie vermitteln. Auf Basis einer einmaligen Befragung kann jedoch nicht endgültig über die Wirkungsrichtung entschieden werden.

Im Hinblick auf die übrigen Erklärungsfaktoren für den einstellungsmäßigen Rechtsextremismus sind die Persönlichkeitsmerkmale Autoritarismus und Soziale Dominanzorientierung – wie auch in den vorherigen Jahren – am wichtigsten.²⁶ Die nächstwichtigen Einflussfaktoren sind der Wunsch nach Aufrechterhaltung von Traditionen und die persönliche Diskriminierungserfahrung als Ostdeutsche*r (vgl. Abb. 60).

Der die rechtsextremen Einstellungen verringernde Einfluss der Demokratieunterstützung wirkt sich ungefähr gleich stark in die entgegengesetzte Richtung aus. Der Befund einer deutlichen Hemmwirkung der Demokratieunterstützung ist bemerkenswert, weil sie im letzten Jahr erstmalig keinen Einfluss auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen besaß (TM 2019: 61). In der Zwischenzeit sind aber, vermutlich mitbedingt durch die Corona-Pandemie, das Vertrauen in Bundes- und Landesregierung und die Demokratiezufriedenheit unter Thüringer*innen ohne rechtsextreme Einstellungen gestiegen. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in die Bundesregierung unter Personen mit rechtsextremen Einstellungen gleichgeblieben ist und das Vertrauen in die Landesregierung sogar gesunken ist, wodurch sich beide Gruppen wieder deutlicher unterscheiden. Damit wird die Vermutung unterstrichen, dass insbesondere die gestiegene Demokratieunterstützung (s. Kap. IV.1) zum Rückgang des Rechtsextremismus in Thüringen beigetragen hat. Den geringsten Einfluss entfalten die Statusverlustangst, die rechtsextreme Einstellungen erhöht, und die politische Partizipationsbereitschaft, die sich ebenso stark, aber verringernd, auf rechtsextreme Einstellungen auswirkt.

Ebenso wie in den Vorjahren besitzen sozialstrukturelle Merkmale keinerlei Einfluss auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen. Bereits in früheren THÜRINGEN-MONITOREN wurde immer wieder konstatiert, dass die Verbindung zwischen sozialer Lage und politischen Einstellungen Veränderungen unterliegt (z. B. TM 2018: 118), die durch die politischen Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb der Parteien um die Deutungsangebote für die Ursachen und Konsequenzen der eigenen sozialen Lage mitgestaltet werden. Auch hier könnte vermutet werden, dass durch die um Konsens bemühte Fokussierung der Politik auf die Corona-Pandemie und

²⁶ Wie sich in den beiden letztjährigen THÜRINGEN-MONITOREN andeutete (TM 2018: 119, TM 2019: 61), hat sich die Struktur der Einflussfaktoren für die beiden Unterdimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus angenähert. Grundsätzlich gilt das auch im Jahr 2020. Allerdings sind drei Ausnahmen bemerkenswert, die hier nur berichtet werden: Der Wunsch nach Erhalt von Traditionen erhöht nur ethnozentrische, nicht aber neo-nationalsozialistische Einstellungen. Die Partizipationsbereitschaft verringert und die Statusverlustangst erhöht die Affinität zum Neo-Nationalsozialismus, beide wirken sich aber nicht auf den Ethnozentrismus aus.

breit angelegte Kompensationsmaßnahmen auf der Basis von Betroffenheit (bisher) die Politisierung sozialer Ungleichheit in den Hintergrund getreten ist. Die damit gleichfalls in ihrer politischen Bedeutung zurückgetretenen Gruppenvergleiche könnten auch dafür verantwortlich sein, dass die kollektive Ostdeprivation in diesem Jahr im Unterschied zu den meisten Vorjahren keinen Einfluss besitzt.

5. Migration, Integration, Diversität

Der vom Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer eingeführte Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer 2002) hat durch die Veröffentlichungsreihe „Deutsche Zustände“ breite Bekanntheit erlangt und Eingang in die sozialwissenschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Debatten gefunden. Die dazugehörigen empirischen Messreihen werden bis in die Gegenwart von der „Mitte“-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung fortgeführt, die im zweijährigen Rhythmus erscheint (zuletzt: Zick/Küpper/Berghan 2019). Das Konzept der „GMF“ dient zur Analyse der Verbreitung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und ressentimentgeleiteten Ablehnungstendenzen in der Gesellschaft, ohne dass dabei der Facettenreichtum des Gesamtphänomens, die teils sehr unterschiedlichen Erscheinungsformen oder die *Gradualität* der als „menschenfeindlich“ zusammengefassten Tendenzen grundsätzlich in Abrede gestellt würden. Die Grundthese ist, dass „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ existieren, die sich in teilweise erstaunlich hoher Zustimmung zu bestimmten Aussagen niederschlagen und auf eine Tradierung autoritärer Grundorientierungen sowie auf bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen zurückführen lassen, die als desintegrativ zu deuten sind: In Zeiten zunehmender sozialer Konflikte, ökonomischer Krisen und beschleunigten Wandels wachsen Unsicherheit, Bedrohungsängste und Desorientierung. Dies führe zu verstärktem Konkurrenzdenken zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, zu Entsolidarisierung und zu der Suche nach Sündenböcken. Die „Mitte“-Studie zeigt, dass eine vorurteilhafte, negative Haltung gegenüber sogenannten „Fremdgruppen“, ihre Abwertung und die Unterstützung ihrer Ungleichbehandlung, in *allen* sozialen und politischen Milieus auftritt und keineswegs deckungsgleich mit den Phänomenen ist, die im Kontext des Rechtsextremismus (vgl. Kapitel IV.4) diskutiert werden. Beispielsweise wurde infolge der Migrationsentwicklung, der Asylproblematik und der politischen Debatten um deren Bewältigung besonders seit 2015 eine markante Zunahme kritischer bis ablehnender Positionen gegenüber Geflüchteten und Asylsuchenden festgestellt. Dem stand allerdings die Beobachtung gegenüber, dass zumindest einige andere der erfassten Einstellungsfacetten mittel- bis langfristiger nicht stärker, sondern immer *schwächer* verbreitet sind. Dazu gehören jene, bei denen offene Migrant*innenfeindlichkeit zutage tritt, Frauen auf traditionelle Rollenbilder festgelegt werden oder die Ungleichbehandlung sexueller Minderheiten befürwortet wird. Das Bild ist also ambivalent und komplex: Dem Anstieg oder wenigstens dem Fortbestand von negativen Beurteilungen und Deutungen bestimmter Aspekte steht in anderen Bereichen eine zunehmende Akzeptanz von Vielfalt und eine Liberalisierung der Gesellschaft gegenüber. Dies erfordert einen differenzierten Blick auf die Befundlage.

Die Autor*innen des THÜRINGEN-MONITORS setzen sich auf Basis der eigenen empirischen Befundlage seit Jahren kritisch mit dem GMF-Konzept und seiner Anwendung auseinander. Sie haben dabei die Gründe diskutiert, wieso dem Begriff „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ aus ihrer Sicht nicht bedenkenlos zugestimmt werden kann: Zum einen sollte es nicht darum gehen, Befragten einer Repräsentativbefragung – und in der Folge dann der Bevölkerung – ein stigmatisierendes Label aufzuprägen, das die gesellschaftliche Diskussion und eine konstruktive

Bearbeitung von Problemlagen, auch solchen einer faktisch unangemessenen, moralisch zu verurteilenden oder politisch unerwünschten Wahrnehmung und Bewertung von Angehörigen bestimmter Minderheitsgruppen, eher erschweren als erleichtern dürfte. Zum anderen war und ist unser Argument, dass das empirische Instrumentarium zur Messung von „GMF“ und die einzelnen Zustimmungsniveaus tatsächlich so heterogen ausfallen, dass die Ergebnisse *en détail* einer Sichtung und Interpretation unterzogen werden müssen, anstatt alle Facetten begrifflich und statistisch zusammenführen zu können.

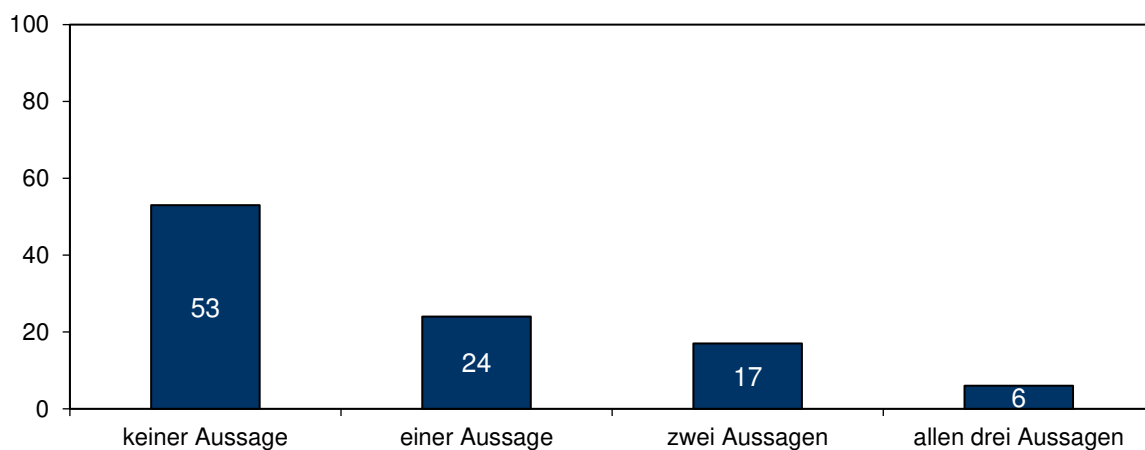
Die Ergebnisse der diesjährigen Messung im Vergleich zu jenen der Vorjahre enthält Abb. 61. Die nachfolgende Diskussion und Interpretation orientiert sich an früheren Gutachten, auf deren inhaltlich vertiefende Darstellungen zu einigen Teilaspekten an dieser Stelle verwiesen werden kann (vgl. TM 2016: 33 ff.; TM 2017: 160 ff., TM 2018 120 ff.; TM 2019: 62 ff.).

In der Gesamtschau der Befunde ergeben sich gegenüber dem Vorjahr einige bemerkenswerte Veränderungen, die mit dem Rückgang der Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechts-extremer Einstellungen (vgl. Kapitel IV.4) korrespondieren. Insbesondere den negativen Aussagen über Migrant*innen, Jüdinnen und Juden sowie Sinti*zze und Rom*nja wird erkennbar seltener zugestimmt als 2019, wobei hinsichtlich der Zustimmungswerte bei den Aussagen über Migrant*innen nicht alle zu verzeichnenden Rückgänge statistisch signifikant sind. Hingegen ist keine Veränderung hinsichtlich einer skeptischen bis ablehnenden Wahrnehmung bzw. Beurteilung von Asylsuchenden, der Befürwortung von Etabliertenvorrechten und der Auffassung eingetreten, dass „die Weißen zu Recht führend in der Welt“ seien. Ambivalent ist der Befund zu den Aussagen über Muslim*innen: Einerseits ist bei der Aussage „Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen“ nach einem Rückgang der Zustimmung um zwölf Prozentpunkte mit nunmehr 51 Prozent der bisherige Tiefstwert der Messreihe erreicht. Andererseits stimmten den beiden anderen Aussagen über Muslim*innen ähnlich viele Befragte zu wie in den Vorjahren. Wieder verringert hat sich hingegen die generalisierte Haltung zum Verhältnis von Minderheiten und Bevölkerungsmehrheit: 58 Prozent der Befragten meinten 2020, „Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“ 2019 meinten dies noch 66 Prozent.

Abb. 61: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2013–2020
(Zustimmung in Prozent; „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“
zusammengefasst; Freifeld: die Frage wurde im angegebenen Jahr nicht gestellt)

	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013
Migrant*innenfeindlichkeit								
„Die <u>Bundesrepublik</u> ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	44	56	58	53	52	51	48	42
„ <u>Thüringen</u> ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	26	34	36		23			25
„ <u>Meine Wohnumgebung</u> ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	9	11	11		7			7
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	41	45	49	44	37	40	36	44
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	18	23	25	22	17	22	18	21
(Klassischer) Rassismus								
„Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“	17	19				13		
Negative Einstellungen gegenüber Muslim*innen								
„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	47	45	54	48	47	47	51	49
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“	51	63	61	62	60	62	65	65
„Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“	24	27	28	28				
Negative Einstellungen gegenüber Asylbewerber*innen, Einstellung zu Asyl und Integration								
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“	54	57	58	54	56	55		
„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.“ (Aussage sinngemäß invertiert)	78	81	85	83	73	70	71	
„Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.“		63	64		58			
„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“		71	74		66			
„Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.“			97		96			
„Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“		48	48		51			53 (2012)
Antisemitismus								
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ (primärer Antisemitismus)	8	16	9	14	10	9	9	15
„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ (sekundärer Antisemitismus)	21	27	26	21		29	32	32
„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ (israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus)	23	32	34	27				
Antiziganismus (Ablehnung von Sinti*ze und Rom*nja)								
„Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.“	28	40				39	38	35
Etabliertenvorrechte								
„Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“	36		32			27	28	
Abwertung von Langzeitarbeitslosen								
„Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“			55	58		55	50	56
Abwertung von Obdachlosen								
„Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.“						40	39	
Abwertung von Behinderten								
„Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“						5	7	8
Gender-Rollenkonventionalismus / Antifeminismus								
„Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“			11			14	12	
Negative Aussagen über Homosexuelle und Trans*-Personen								
„Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“		43		45				
„Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z. B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“ (Aussage sinngemäß invertiert)		14		23				
Generalisierte Einstellung zu Minderheiten								
„Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“	58	66	68	62				

**Abb. 62: Zustimmung zu den „Überfremdungs“-Aussagen
(in Prozent)**



An den Aussagen über Migrant*innen lässt sich demonstrieren, dass das Vorliegen ressentimentgeleiteter Ablehnung und pauschaler Abwertung zwar bei nicht unbeträchtlichen Teilen der Befragten vermutet werden kann. Ihr Ausmaß ist jedoch offenbar sehr individuell und auf Basis der zugrundeliegenden Messkonventionen kaum auf einen Nenner zu bringen. Dies zeigen die unterschiedlichen Zustimmungsniveaus der Einzelaussagen, noch mehr aber die Gesamtübersicht über die gleichzeitige Zustimmung zu den verschiedenen Aussagen. Abbildung 61 illustriert, dass lediglich sechs Prozent der Befragten die Bundesrepublik, Thüringen *und* ihre eigene Wohnumgebung als „gefährlich überfremdet“ einschätzen. Es gibt also relativ viele Befragte, die die Bundesrepublik als überfremdet wahrnehmen, während sie eine solche Entwicklung für den Freistaat oder ihre direkte Wohnumgebung nicht feststellen. Ähnlich koexistieren bei einigen Befragten auch die Zustimmung und Ablehnung anderer Aussagen. Die Zustimmung zu einer Aussage, die aufgrund ihrer Formulierung drastischer oder gar „rassistischer“ wirken mag, setzt nicht zwangsläufig die Zustimmung zu einer vermeintlich „harmloseren“ Aussage voraus. 29 Prozent aller Befragten stimmen allerdings den drei Aussagen „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“, „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ und „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“ im Mittel mindestens überwiegend zu. Auffällig ist, dass sich jüngere, höher gebildete und Befragte in höheren bzw. leitenden Angestellten- oder Beamtenpositionen seltener „migrant*innenfeindlich“ positionieren als die jeweiligen Referenzgruppen. Befragte ab 60 Jahren und mit niedrigen Schulabschlüssen äußern hingegen diese Einstellung häufiger. Abb. 63 zeigt zudem, dass solche Personen, die sich sozial benachteiligt fühlen, Statusverlustangst äußern und autoritäre Orientierung aufweisen, auffällig häufiger Überfremdung wahrnehmen als Befragte ohne die genannten Merkmale. Vergleichsweise häufig benannt wird eine „Überfremdung“ der eigenen Wohnumgebung von Befragten aus Kleinstädten bis 20.000 Einwohner*innen (16 Prozent) sowie von Bewohner*innen von Innenstädten (14 Prozent) und Plattenbausiedlungen (15 Prozent).

Abb. 63: Zustimmung zu mindestens zwei der „Überfremdungs“-Aussagen nach subjektiver Deprivation, Statusverlustangst und Autoritarismus (in Prozent)

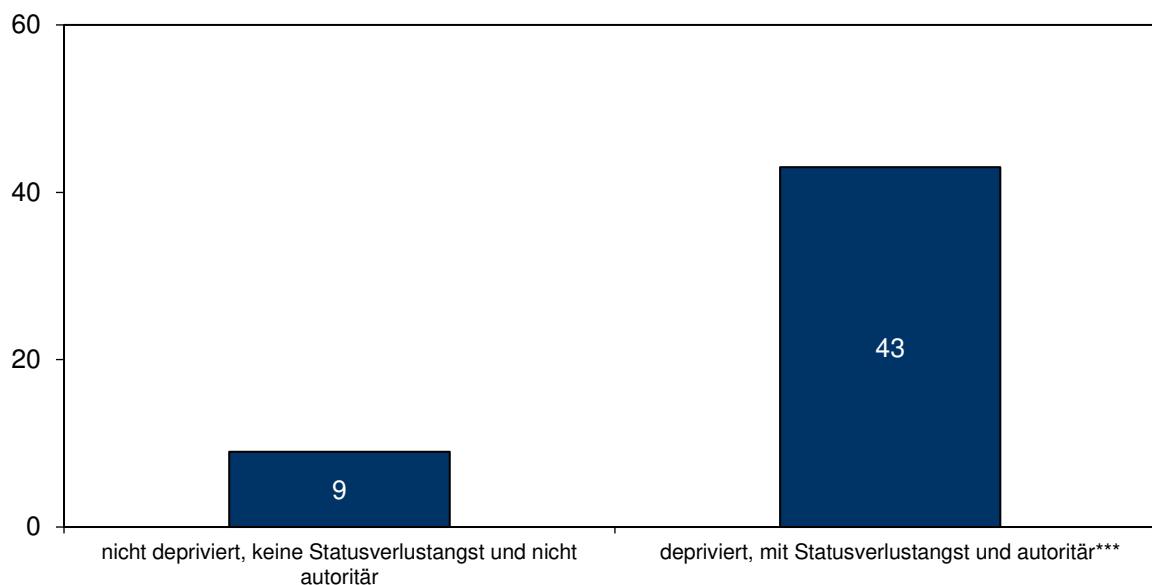
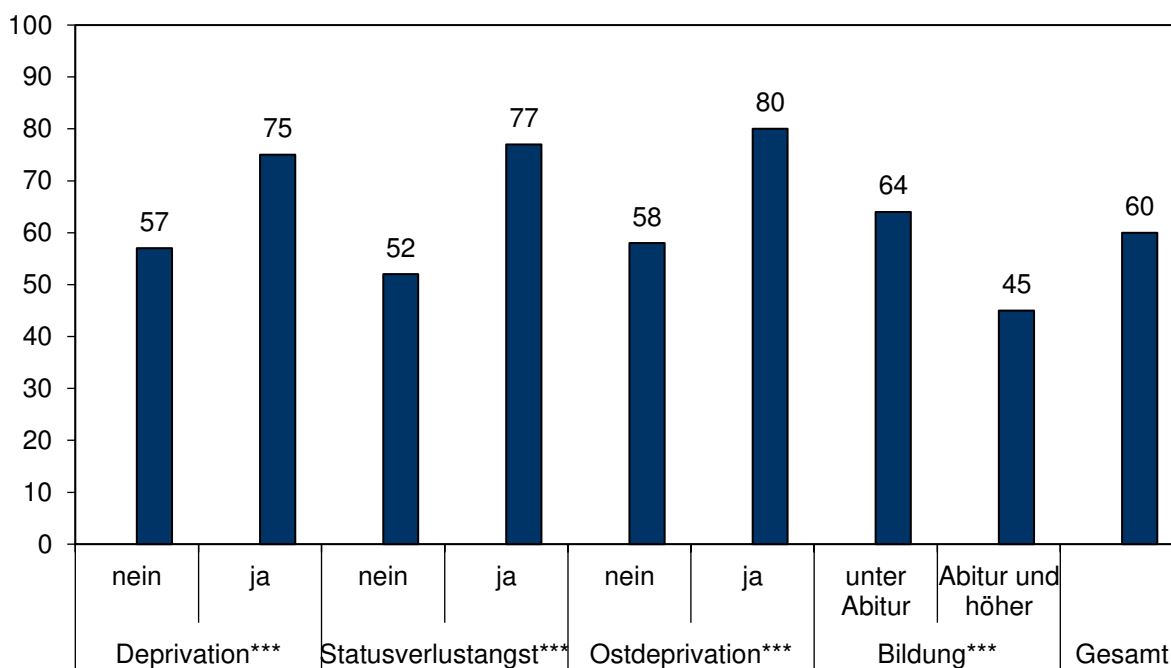


Abb. 64 Zustimmung zu negativen Aussagen über Asylsuchende nach Deprivation²⁷, Statusverlustangst²⁸, Ostdeprivation²⁹ und Bildung³⁰ (in Prozent)



²⁷ Deprivation: schlechte individuelle wirtschaftliche Lage + weniger als gerechter Anteil (gruppiert).

²⁸ „Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.“ („stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst)

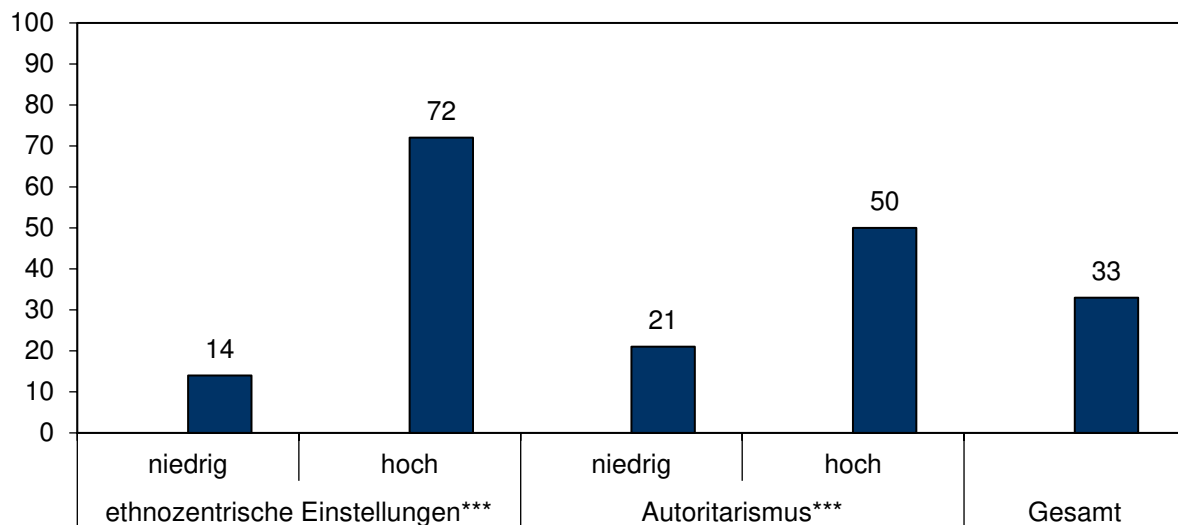
²⁹ Ostdeutsche Deprivation: negative Einheitsbewertung + Ostdeutsche = Menschen 2. Klasse (gruppiert).

³⁰ Signifikanzen der bivariaten Zusammenhänge: *** höchst signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.001$; ** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.01$; * signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0.05$; n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit $p > 0.05$.

Aktuelle Vergleichsdaten bietet die Leipziger Autoritarismus-Studie 2020 (Decker/Brähler 2020). Demnach stimmten 28 Prozent der deutschlandweit Befragten der Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ voll und ganz oder überwiegend zu, weitere 31 Prozent der Befragten antworteten ambivalent, d. h. mit einer „teilweisen“ Zustimmung bzw. Ablehnung der Aussage (ebd.: 35 f.). Der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ stimmten in der gleichen Befragung 26 Prozent zu, mit „teils-teils“ antworteten weitere 27 Prozent. Bei den Indikatoren des THÜRINGEN-MONITORS wird auf eine solche Mittelkategorie verzichtet, was den Datenvergleich erschwert. Zählte man in der Leipziger Befragung jeweils ungefähr die Hälfte der „unentschiedenen“ Antworten zur „Zustimmung“, könnte man konstatieren, dass die (gesunkenen) Zustimmungswerte des THÜRINGEN-MONITORS in diesem Jahr nicht (mehr) signifikant über dem deutschlandweiten Zustimmungsniveau liegen.

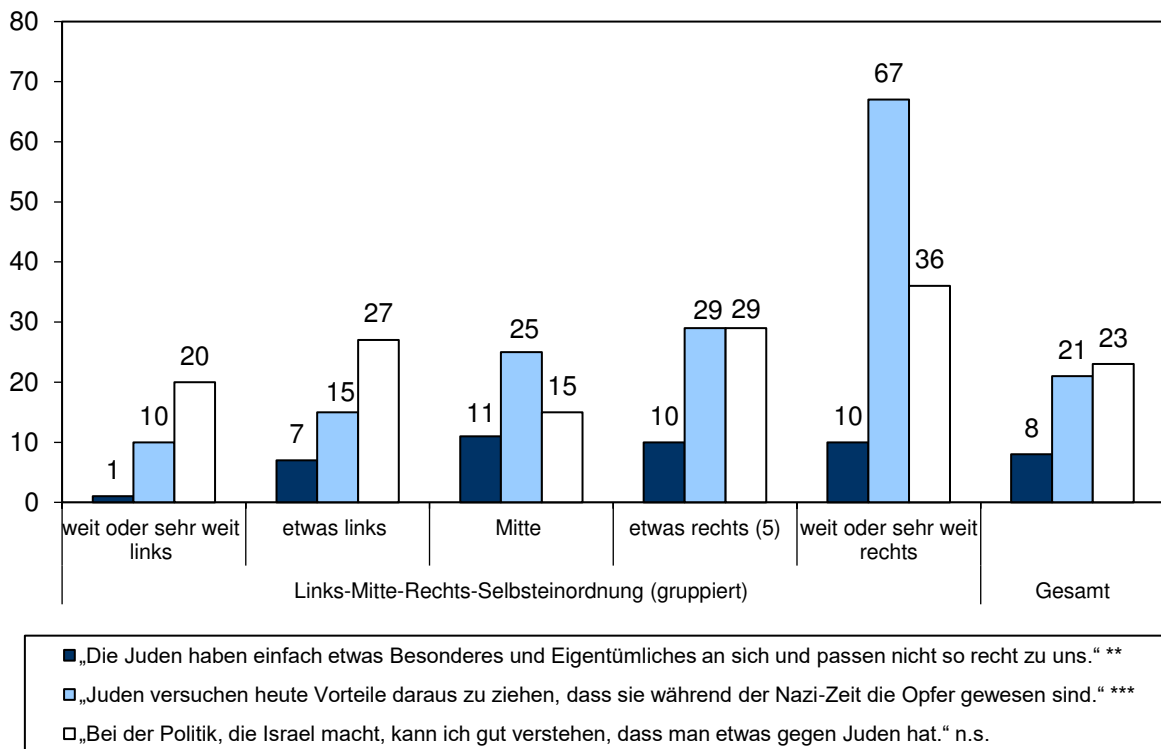
Aus der Leipziger Befragung geht zudem hervor, dass 40 Prozent der ostdeutschen Befragten Geflüchtete als „bedrohlich“ empfinden, in Westdeutschland trifft dies für 32 Prozent der Befragten zu (ebd.: 107). In der „Mitte“-Studie 2019 der Friedrich-Ebert-Stiftung meinten ca. drei Viertel der deutschlandweit Befragten, bei der Prüfung von Asylanträgen solle der Staat nicht „großzügig“ sein. 44 Prozent meinten: „Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt“ (Zick/Küpper/Berghan 2019: 72 f.). Die Skepsis bzw. vorurteilsgeleiteten negativen Einstellungen sind also in Thüringen weiterhin höher als deutschlandweit, während die große Befürwortung einer strikten Asylpraxis sich nicht erkennbar unterscheidet. Obwohl durch die Corona-Pandemie das Asylthema und die Migrations- und Integrationsfrage in den Hintergrund getreten ist, sind die entsprechenden Wahrnehmungen und Beurteilungen der Bevölkerung im Wesentlichen unverändert. Bei der Aussage „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“ trauten sich im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR – ähnlich wie in den Vorjahren – allerdings 24 Prozent aller Befragten kein Urteil zu („weiß nicht“), weitere zwei Prozent machten keine Angabe. Anders verhält es sich bezüglich der Einstellung zur „Großzügigkeit“ des Staates bei der Prüfung von Asylanträgen: Nur fünf Prozent aller Befragten konnten oder wollten sich hier nicht festlegen. Signifikant erhöht ist die durchschnittliche Zustimmung zu den zwei Asyl-Aussagen bei solchen Befragten, die sich individuell und kollektiv (d. h. als Ostdeutsche) benachteiligt fühlen, Statusverlustangst verspüren und keinen gehobenen Bildungs- und Erwerbsstatus besitzen (Abb. 64).

Abb. 65: Zustimmung zu negativen Aussagen über Muslim*innen nach ethnozentrischen Einstellungen und Autoritarismus (in Prozent)



Vorbehalte bzw. negative Einstellungen gegenüber Muslim*innen, die sich bei einem Drittel der Befragten konstatieren lassen, werden durch Ethnozentrismus und Autoritarismus verstärkt (Abb. 65). Für 14 Prozent der Befragten kann aufgrund fehlender Angaben („weiß nicht“, Antwortverweigerung) keine mittlere Zustimmung zu den muslim*innenfeindlichen Aussagen berechnet werden. Bei der Aussage „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“ trauten sich 18 Prozent keine Beurteilung zu. Bei der Aussage „Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen“ waren es 20 Prozent. Bei der Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ waren es hingegen nur vier Prozent der Befragten. Es ist davon auszugehen, dass viele Thüringer*innen nach wie vor sehr wenig direkten Kontakt zu Muslim*innen haben. Dieser Umstand könnte auch das Antwortverhalten der Befragten erheblich mitbeeinflusst haben. Deutschlandweit stimmten in der „Mitte“-Studie 2019 ca. 18 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ (Zick/Küpper/Berghan 2019: 72 f.). In der Leipziger Autoritarismus-Studie 2020 stimmten allerdings der gleichen Aussage deutschlandweit 27 Prozent der Befragten zu, wobei es in Westdeutschland 24 Prozent und in Ostdeutschland 40 Prozent waren (Decker/Brähler 2020: 64). Die Autor*innen konstatierten dabei gegenüber 2018 einen Rückgang der Ressentiments in Westdeutschland, während sich an der Wahrnehmung „unter den ostdeutschen Befragten kaum etwas verändert“ (ebd.: 65) habe. In Thüringen bleibt abzuwarten, ob sich in zukünftigen Messungen ein Trend abnehmender Vorbehalte gegenüber Muslim*innen abzeichnet.

Abb. 66: Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus nach Links-Mitte-Rechts-Selbsteinordnung
(in Prozent)

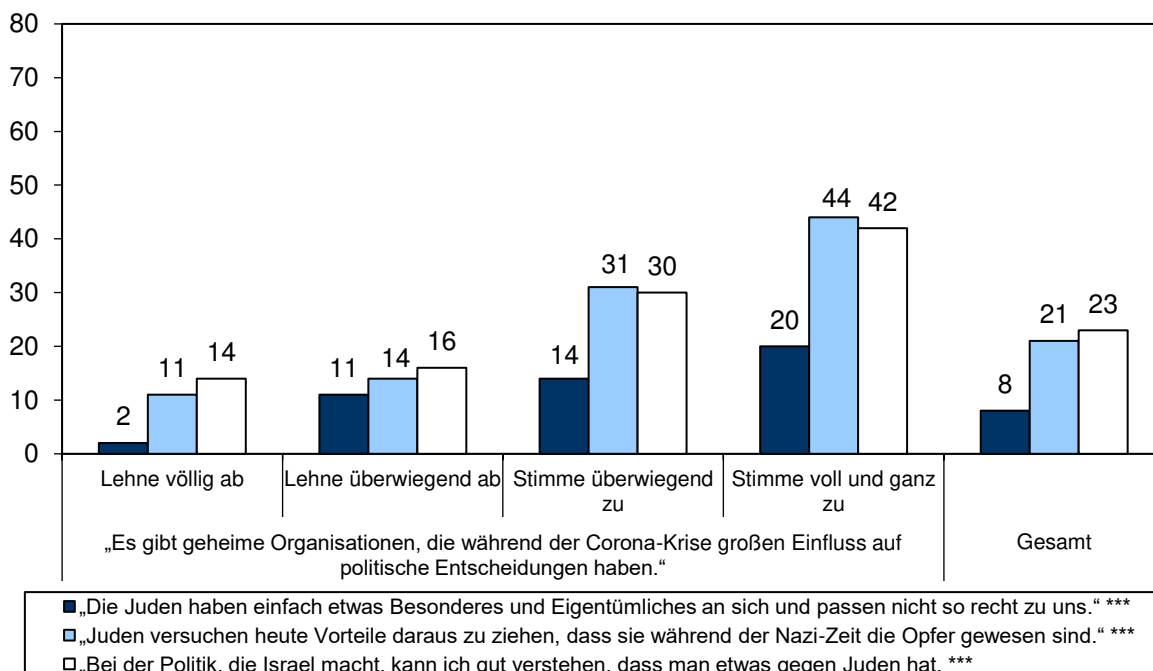


Dass Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Varianten ein inhärentes, fortbestehendes Problem der modernen Gegenwartsgesellschaft ist, kann kaum bestritten werden (Salzborn 2010). Negative Stereotypen gegenüber Jüdinnen und Juden lassen sich auch in Thüringen feststellen. Sie schlagen sich in einem Antwortverhalten nieder, das *Antisemitismus als milieu- und lagerübergreifendes Phänomen* ausweist (Abb. 66). Die Niveauunterschiede der Zustimmung zu den Einzelaussagen über Jüdinnen und Juden bleiben auch im Zeitverlauf relativ stabil, wobei 2020 signifikant niedrigere Werte gemessen werden. Der im vorangegangenen THÜRINGEN-MONITOR festgestellte Anstieg bei der Zustimmung zur Aussage des primären Antisemitismus setzt sich nicht fort: Der Wert ist von 16 Prozent wieder auf acht Prozent abgesunken. Dennoch ist das Ausmaß der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen immer noch hoch. In der Leipziger Autoritarismus-Studie 2020 stimmten insgesamt sechs Prozent der Befragten der Aussage zu: „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, weitere 19 Prozent antworteten mit „teils-teils“ (vgl. Decker/Brähler 2020: 39). In Ostdeutschland lag die Zustimmung mit neun Prozent („teils-teils“: 26 Prozent) signifikant über der in Westdeutschland (völlige oder überwiegende Zustimmung: sechs Prozent, „teils-teils“: 17 Prozent). Auch für den sekundären, schuldabwehrenden und geschichtsrevisionistischen Antisemitismus werden in der Leipziger Studie für Ostdeutschland höhere Werte als für Westdeutschland beobachtet (ebd.). Ebenfalls bedenklich sind die Zustimmungsraten zum israelbezogenen Antisemitismus, wobei die deutschlandweite Messung hier nur vergleichsweise geringe Ost-West-Unterschiede offenbart und die Formulierungen der Aussagen erneut abweichen.³¹ An dieser Stelle kann nur vermutet werden, dass sich ähnliche Zustimmungswerte auch in einer Thüringer

³¹ Zum Beispiel: „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“ (insgesamt 14 Prozent Zustimmung und 30 Prozent „teils-teils“; in Ostdeutschland 17 Prozent Zustimmung und 36 Prozent „teils-teils“).

Spezialbefragung ergeben könnten – so befremdlich die Inhalte der getroffenen Aussagen auch wirken mögen.

Abb. 67: Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus und Corona-Verschwörungsdenken (in Prozent)

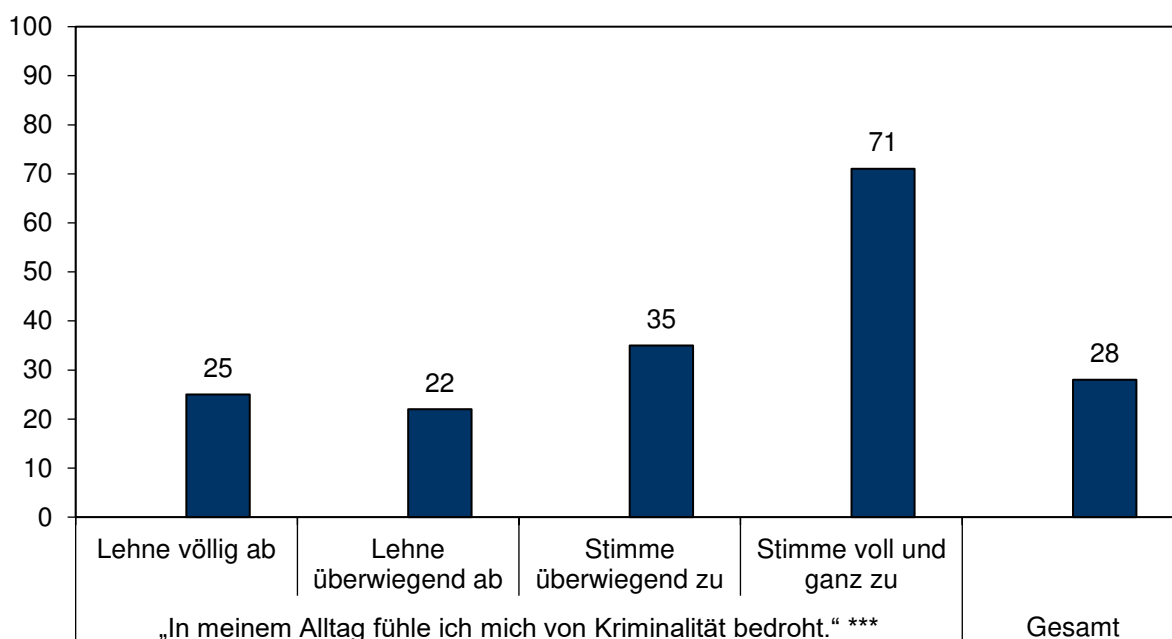


Im THÜRINGEN-MONITOR ist erkennbar, dass die Zustimmungstendenz zu antisemitischen Aussagen durch autoritäre Einstellungen und durch niedrige Bildung erhöht wird. Dass Unwissenheit bzw. Unvertrautheit und Distanz bei der Beurteilung eine Rolle spielen, deutet sich in den Raten des Antwortausfalls bei diesen Aussagen an. Auf die Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ antworteten 19 Prozent der Befragten mit „weiß nicht“, weitere fünf Prozent machten keine Angabe. Auf die Aussage „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“ antworteten acht Prozent mit „weiß nicht“, drei Prozent machten keine Angabe. Bei der Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ trauten sich neun Prozent kein Urteil zu und nur drei Prozent verweigerten die Antwort. Nicht unplausibel wäre es, hier einen (unbestimmbaren) Anteil „schweigender Antisemit*innen“ zu vermuten. Ebenfalls plausibel ist jedoch, echte Beurteilungsschwierigkeiten bzw. „Kenntnislücken“ der Befragten anzunehmen. Das Niveau der bloßen Antwortverweigerung („keine Angabe“), auf die sich Befragte stets zurückziehen können, wenn sie ihre Meinung nicht sagen *wollen*, ist jedenfalls nicht höher als bei vielen anderen, weniger „heikel“ erscheinenden Fragen des THÜRINGEN-MONITORS.

Des Weiteren gibt es einen erkennbaren statistischen Zusammenhang zwischen Corona-bezogenem Verschwörungsdenken (vgl. Kapitel III.4) und der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen (Abb. 66). Aus diesem Zusammenhang kann nicht geschlussfolgert werden, dass entsprechende Befragte tatsächlich „den Juden“ (bzw. einer „jüdischen Verschwörung“) eine Schuld an der Pandemie zugewiesen hätten. Allerdings besteht der Anfangsverdacht, dass für das Antwortverhalten zumindest eine strukturelle Ähnlichkeit bzw. Wesensverwandtschaft von antisemiti-

schen Verschwörungslegenden und pandemiebezogenen Spekulationen und Behauptungen ursächlich ist. Generell angenommen werden muss jedenfalls, dass viele Thüringer*innen (fast) gar keinen Kontakt zu Jüdinnen und Juden haben – und dies den Eindruck von „Fremdheit“ erzeugt. 2020/21 feiert die kleine Jüdische Landesgemeinde zusammen mit dem Freistaat neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen. Im Themenjahr werden noch zahlreiche Veranstaltungen stattfinden, die auch der kritischen Reflexion der hier diskutierten Ressentiments und ihrem Abbau dienen.

Abb. 68: Antiziganismus (Ablehnung von Sinti*zze und Rom*nja) nach Kriminalitätsfurcht (in Prozent)



Die Zustimmung zur Aussage „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.“ ist im THÜRINGEN-MONITOR 2020 vom Vorjahreswert (40 Prozent) auf nun noch 28 Prozent zurückgegangen. Deutschlandweit stimmten fast derselben Aussage („...in meiner Gegend...“) insgesamt 42 Prozent der Befragten zu. Dabei lag der Wert in Ostdeutschland mit 45 Prozent etwas höher als in Westdeutschland (41 Prozent; vgl. Decker/Brähler 2020: 65). Der Thüringer Wert ist in diesem Jahr also signifikant geringer, wobei erneut abzuwarten bleibt, ob sich hier ein Trend ankündigt. Auf jeden Fall deutet der in Abb. 68 dargestellte Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsfurcht der Befragten und der Ablehnung von Sinti*zze und Rom*nja daraufhin, dass uralte Stereotype und die Stigmatisierung dieser Bevölkerungsgruppen fortwirken. Während die ambivalenten Zuschreibungen in den vormals populären Vorstellungen vom sogenannten „fahrenden Volk“ vermutlich besonders bei jüngeren Befragten in die Ferne gerückt sind (diese stimmen signifikant seltener zu als ältere Befragte), wirkt bei immerhin mehr als einem Viertel der Thüringer*innen vermutlich die pauschalisierende und klischeehafte Zuschreibung einer aus Südosteuropa importierten, teils bandenmäßigen Kriminalität fort. Diese Zuschreibung dürfte weniger der eigenen Erfahrung als dem tradierten Vorurteil entspringen. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik weist zwar die Staatsbürgerschaften von Tatverdächtigen in bestimmten Deliktbereichen aus, aber nicht deren ethnische oder kulturelle Identität. Dass die deutschen Sinti*izze außerdem weit überwiegend assimiliert leben, unterstreicht den Vorurteilscharakter. Alter und Bildung der Befragten beeinflussen die Zustimmung zur Aussage

kaum, ihre Deprivationsgefühle, Statusverlustangst, Desorientierung (Anomia) und autoritäre Einstellungen verstärken sie, allerdings vergleichsweise geringfügig. Erkennbar jedoch lehnen Personen, die sich selbst rechts der politischen Mitte verorten, Sinti*zze und Rom*nja häufiger ab als Personen, die sich selbst links oder in der Mitte verorten. Doch nicht nur im „rechten“ Weltbild bleiben die sogenannten „Zigeuner“ auch in ihrer Abwesenheit – ähnlich wie Jüdinnen und Juden – offenbar eine Chiffre für das „Fremdartige“ und „Bedrohliche“. Sie werden als „Fremde“ konstruiert und identifiziert, die autoritäre Homogenitäts- und Ordnungsvorstellungen stören und deshalb diskriminiert, ausgeschlossen oder sogar verfolgt werden.

Abschließend soll geprüft werden, inwiefern sich das Zustimmungsverhalten zu Aussagen über unterschiedliche ethnische, kulturelle und soziale Minderheiten zu einem stringenten, d. h. weitestgehend widerspruchsfreien Einstellungsmuster fügt. Beobachtet man jene Befragte, die den Aussagen zu jeweils *einer* Minderheit überwiegend zustimmen, zeigen sich sehr unterschiedliche Zustimmungsniveaus: Danach könnten 60 Prozent der Befragten als „asylbewerberfeindlich“, aber „nur“ 29 Prozent als „migrant*innenfeindlich“ und 11 Prozent als „antisemitisch“ gelten. Die allermeisten Befragten stimmen einigen Aussagen zu einer Minderheit zu und lehnen andere Aussagen ab. Zudem stimmt buchstäblich kein*e einzige*r Befragte*r allen Aussagen gleichzeitig zu. Allerdings bestehen zwischen den unterschiedlichen Facetten relativ starke und statistisch signifikante Zusammenhänge. Tendenziell gilt: Je stärker der einen Aussage zugestimmt wird, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, einer anderen zuzustimmen. Besonders stark sind negative Aussagen zu bzw. ressentimentgeleitete Bewertungen von Migrant*innen und Muslim*innen miteinander verknüpft. Doch prinzipiell besteht immer die Möglichkeit, dass sich ein weiteres, anderes Ressentiment anschließt – es folgt einer gleichen oder ähnlichen Logik, stellt zumindest keinen Widerspruch dar. Dies lässt durchaus den Schluss zu, dass minderheitenfeindliche und antidemokratische Agitation und Hasssprache auf bestehenden Ressentiments „aufbauen“ und jene somit ausbreiten und ausweiten können – selbst unter Personen, denen entsprechende Auffassungen und Äußerungen früher „nicht zugetraut“ wurden. Denn Einstellungen sind nicht unveränderbar, sie mögen bloß träge sein (und bedürfen daher auch der langfristigen Messung). Die diesjährigen Zahlen des THÜRINGEN-MONITORS geben allerdings Anlass zur Hoffnung, dass sich der Prozess der Ausbreitung von gruppenbezogenen Ablehnungs- und Abwertungstendenzen auch wieder umkehrt bzw. umkehren lässt. Denn auch diese Schlussfolgerung aus der Interpretation der statistischen Variablenbeziehungen ist angemessen.

V. Fazit

Das diesjährige Schwerpunktthema ist die *Corona-Pandemie in Thüringen*. Seit dem Frühjahr 2020 wird das Leben aller Einwohner*innen Thüringens ebenso wie die öffentliche Debatte von der Pandemie, ihren Folgen sowie den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung beherrscht. Viele dieser Maßnahmen wurden und werden kontrovers diskutiert. Daher stehen im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR die Sorgen und Einstellungen der Thüringer*innen bezüglich des Corona-Virus, die Bewertung der Maßnahmen ebenso wie die Folgen der Pandemie für sie selbst, das Gesundheitssystem, die Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie im Zentrum. In den differenzierten Einschätzungen und Bewertungen der Befragten spiegeln sich dabei auch die großen Herausforderungen für die Politik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen wider.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass der Befragungszeitraum im September und Oktober 2020 in eine Periode bundes- und thüringenweit niedriger Fallzahlen fiel. Zudem war Thüringen – im bundesdeutschen Vergleich – von der ersten Welle nur schwach betroffen. Daher waren bis zum Zeitpunkt der Befragung nur zwölf Prozent der befragten Thüringer*innen entweder selbst betroffen oder hatten am Virus erkrankte Personen in ihrem persönlichen Umfeld. Das dramatische Infektionsgeschehen der zweiten Welle, in der Thüringen zu den am stärksten betroffenen Regionen Deutschlands gehört, setzte erst nach Abschluss der Befragung ein. Dies dürfte das Antwortverhalten der Befragten bezüglich ihrer Einstellungen zur Pandemie, der Gefährlichkeit des Virus und der notwendigen Schutzmaßnahmen beeinflusst haben, sodass alle Ergebnisse vor diesem Hintergrund zu interpretieren sind.

Die Befragungsergebnisse werden, wie im THÜRINGEN-MONITOR üblich, in den Kontext der sozioökonomischen und demographischen Entwicklungstrends im Freistaat Thüringen eingebettet. Die sozioökonomische Entwicklung wurde im Jahr 2020 ebenfalls stark von der Corona-Krise beeinflusst. Durch die Pandemie sowie die Schutzmaßnahmen zu ihrer Bekämpfung hat sich die gesamtwirtschaftliche Lage verschlechtert und die Thüringer Wirtschaft – wie die deutsche insgesamt – rutschte in eine Rezession. Dies wirkt sich allerdings bisher nur moderat auf den Arbeitsmarkt aus. Durch Kurzarbeit konnten in Thüringen viele Arbeitsplätze erhalten werden, sodass der Anstieg der Arbeitslosigkeit mit einem Anstieg von 0,7 Prozentpunkten bis Ende des Jahres 2020 vergleichsweise gering ausfiel.

Die insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich jedoch bemerkenswerter Weise in den Bewertungen der Thüringer*innen zum Befragungszeitpunkt (noch) nicht wider. So stuften zwar 80 Prozent der Thüringer*innen die Corona-Krise als Gefahr für die Wirtschaft ein. Allerdings beurteilten gleichzeitig 76 Prozent die allgemeine wirtschaftliche Lage Thüringens als (sehr) gut. Auch die eigene wirtschaftliche Situation bewerteten 79 Prozent als sehr gut oder eher gut, was im Vergleich zu 2019 eine unverändert positive Bewertung darstellt. Es kann vermutet werden, dass die von der Politik beschlossenen Maßnahmen – zumindest bis zum Befragungszeitpunkt im September und Oktober 2020 und somit vor dem zweiten Shutdown – die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für die meisten Thüringer*innen abfedern konnten. Insofern beurteilten die Thüringer*innen die wirtschaftliche Situation vor dem Hintergrund niedriger Infektionszahlen und eines Aufholprozesses der Wirtschaft über den Sommer.

Der anhaltende Bevölkerungsrückgang im Freistaat ist mit einer deutlichen Alterung der Gesellschaft verknüpft. So liegt der Anteil der über 60-Jährigen an der Thüringer Bevölkerung bei mehr als 34 Prozent. Dies besitzt auch mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema eine zentrale Bedeutung, da ältere Menschen als besonders gefährdet für einen schweren Verlauf der COVID-19 Erkrankung gelten. Diese sozioökonomischen und demographischen Entwicklungen ebenso

wie die Entwicklung des Infektionsgeschehens stellen den Rahmen für die Wahrnehmung und Bewertung der Corona-Pandemie in Thüringen dar.

Die gesundheitliche Gefahr durch das Corona-Virus wurde in Thüringen zum Befragungszeitpunkt im September und Oktober 2020 als vergleichsweise gering eingeschätzt: So sah eine deutliche Mehrheit von 72 Prozent der Befragten durch das Virus keine Gefahr für ihre eigene Gesundheit. Ein deutlich höheres gesundheitliches Risiko sahen, den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechend, vor allem jene Thüringer*innen, die über 60 Jahre alt sind und die sich aufgrund von Vorerkrankungen einer Risikogruppe zuordnen. Des Weiteren nahmen diejenigen das Virus verstärkt als gesundheitliche Bedrohung wahr, die selbst oder in ihrem persönlichen Umfeld vom Virus betroffen waren. Da auch andere Studien (vgl. Dryhurst et al. 2020) einen signifikanten Zusammenhang zwischen der persönlichen Betroffenheit und einer erhöhten Risikowahrnehmung feststellen, ist anzunehmen, dass durch das dramatische Infektionsgeschehen in der zweiten Welle die Risikowahrnehmung der Thüringer*innen deutlich angestiegen ist.

Auf die offene Frage, was ihnen bei der Bewältigung der Corona-Krise insgesamt am wichtigsten ist, dominierten insbesondere zwei Themen die spontanen Antworten der befragten Thüringer*innen: die Pandemiebekämpfung und der Wunsch nach Gesundheit für sich selbst, aber auch für andere. Außerdem wurde wiederholt die Hoffnung auf eine Rückkehr zur „Normalität“ und auf einen bald verfügbaren Impfstoff gegen das Virus geäußert. Mit Blick auf die Pandemiebekämpfung war die mit Abstand häufigste Forderung, dass die Mitmenschen die zahlreichen Regeln einhalten sollten. Hingegen wurde Kritik an Maßnahmen oder die Forderung nach einer Lockerung deutlich seltener geäußert.

Dies spiegelt sich auch in der insgesamt hohen Akzeptanz der Thüringer*innen für die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wider. So hielten 83 Prozent die Maskenpflicht und 74 Prozent die Kontaktbeschränkungen für sinnvoll bzw. sogar für sehr sinnvoll. Schul- und Kitaschließungen sowie die Schließung von Läden und Restaurants wurden zwar kritischer gesehen, aber dennoch von einer Mehrheit der Thüringer*innen als sinnvoll bewertet. 70 Prozent der befragten Thüringer*innen befürworteten auch generell die Einschränkung von Grundrechten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Diese insgesamt hohe Akzeptanz der Maßnahmen deckt sich mit den Ergebnissen bundesweiter Umfragen und dürfte mit einer hohen Bereitschaft einhergehen, den Regeln auch Folge zu leisten.

Eine geringere Zustimmung erhielt zum Zeitpunkt der Befragung die Impfung als zentrale Maßnahme der Pandemiebekämpfung: Nur knapp die Hälfte der befragten Thüringer*innen gab an, sich impfen lassen zu wollen, während dies knapp ein Fünftel vehement ablehnte. Diese Impfgegner*innen unterscheiden sich von den anderen Befragten insbesondere dadurch, dass sie das Virus eher als Grippe verharmlosen und ein deutlich erhöhtes Misstrauen in die zentralen Institutionen – wie das Robert Koch-Institut, die Wissenschaft und die Regierung – haben. Hingegen speist sich eine zurückhaltende Einstellung („bin mir unsicher“ und „eher nicht impfen“), die ein Viertel der Befragten äußerte, nicht aus diesen Corona-verharmlosenden Einstellungen. Stattdessen scheint sich diese Zurückhaltung auf Ängste und Unwissenheit über die eingesetzten Impfstoffe zurückführen zu lassen. Diesen Unsicherheiten kann daher mit Informationen und Aufklärung im Rahmen von Impfkampagnen begegnet werden. Zudem ist in bundesweiten Umfragen wie der COSMO-Studie seit dem Impfstart eine steigende Impfbereitschaft zu beobachten, so dass dies auch für Thüringen vermutet werden kann.

Insgesamt zeigte sich auch eine sehr große Mehrheit von 70 bis 85 Prozent der Thüringer*innen mit dem Krisenmanagement von Politik und Verwaltung auf der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene (sehr) zufrieden. Hier zeigt sich das aus früheren THÜRINGEN-MONITOREN bekannte Muster, dass die kommunale Ebene besser bewertet wird als die Landes- und Bundesebene.

Die Belastungen durch die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus sind jedoch in der Thüringer Bevölkerung ungleich verteilt: Für 15 Prozent hatte sich die persönliche wirtschaftliche Situation zum Zeitpunkt der Befragung bereits stark verschlechtert, und ein Fünftel der Befragten sah eine (sehr) große Gefahr für die eigene ökonomische Lage. Neben Selbstständigen waren insbesondere Arbeiter*innen, Arbeitslose und Personen mit formal niedriger Bildung häufiger betroffen. Damit bestätigen sich auch im THÜRINGEN-MONITOR Befunde, die auf eine Verstärkung bestehender sozialer Ungleichheiten hinweisen. Für ein gutes Drittel der Thüringer*innen ist die Pandemie eine Belastung für das Familienleben. Dies trifft insbesondere auf Familien mit Kindern zu, die durch die Schließung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen vor besonderen Herausforderungen stehen. Die Hälfte der Befragten äußerte darüber hinaus, dass ihre sozialen Kontakte durch die Kontaktbeschränkungen sehr gelitten hätten. Entgegen der Erwartung trifft dies jedoch nicht häufiger auf ältere und alleinwohnende Personen zu.

Hinsichtlich der befürchteten Folgen der Corona-Krise dominierte bereits zum Zeitpunkt der Befragung die Sorge der Thüringer*innen vor den wirtschaftlichen Folgen von Pandemie und Shutdown, die mehr als 80 Prozent der Thüringer*innen teilten. Etwas mehr als die Hälfte der Thüringer*innen sah Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und 40 Prozent für das Gesundheitssystem. Ein Drittel der Thüringer*innen befürchtete angesichts der größten Einschränkungen der Grundrechte seit Inkrafttreten des Grundgesetzes in Thüringen Gefahren für die Demokratie.

Insgesamt besteht somit eine hohe Akzeptanz der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in der Thüringer Bevölkerung. Trotz der Sorgen um die Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie zeigte sich eine hohe Zufriedenheit mit den handelnden Politiker*innen. Dies ist angesichts der z. T. drastischen Maßnahmen sowie der Einschränkung zahlreicher Grund- und Freiheitsrechte bemerkenswert und zeigt, dass die Thüringer*innen – zumindest zum Zeitpunkt der Befragung im September/Oktober 2020 – zu sehr großen Teilen hinter dem von Politik und Verwaltung eingeschlagenen Weg zur Eindämmung des Virus standen.

Trotz dieser insgesamt hohen Unterstützung äußerte jedoch ein nicht unerheblicher Anteil an Thüringer*innen Corona-skeptische Einstellungen: So hielten 35 Prozent der Befragten „das Virus für nicht schlimmer als eine Grippe“. Ein beachtlicher Anteil von 43 Prozent gab an, dass sie ihren Gefühlen mehr vertrauen als Expert*innen. Zudem bewertete eine knappe Mehrheit von 53 Prozent der Thüringer*innen die Medienberichterstattung über das Corona-Virus als „stark übertrieben“. Dass diese Wahrnehmung in Thüringen stärker vertreten ist als im Bundesdurchschnitt, könnte möglicherweise auch an der geringen Betroffenheit Thüringens während der ersten Welle liegen.

Corona-Skeptiker*innen unterscheiden sich in ihren Sorgen und Bewertungen systematisch von den übrigen Thüringer*innen: Sie bewerteten das Virus als signifikant weniger gefährlich und akzeptieren die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung deutlich seltener. Während die übrigen Thüringer*innen zu 87 Prozent die Kontaktbeschränkungen und zu 96 Prozent die Maskenpflicht für (sehr) sinnvoll halten, liegt dieser Anteil bei den Corona-Skeptiker*innen bei lediglich 48 bzw. 59 Prozent. Dies bedeutet jedoch gleichzeitig: Obwohl die Maske für die Teilnehmer*innen der Anti-Corona-Kundgebungen einen gewissen symbolischen Charakter hat, findet dennoch

eine Mehrheit der Corona-Skeptiker*innen die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes sinnvoll.

Fast die Hälfte der Corona-Skeptiker*innen glaubte an die pandemiebezogene Verschwörungserzählung, dass „geheime Organisationen“ während der Corona-Krise „großen Einfluss auf die Politik“ haben. Dieses Verschwörungsdenken wird jedoch auch unter Nicht-Corona-Skeptiker*innen von einem erheblichen Anteil der Befragten geteilt. Außerdem sehen Personen mit Corona-skeptischen Einstellungen verstärkt die demokratischen Grundrechte gefährdet, vertreten häufiger die Auffassung, dass es an der Zeit sei, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten, und fühlen sich überdurchschnittlich oft in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt. Sie sind auch eher bereit, an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen und für die Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anzuwenden. Aufgrund der starken Überschneidung von Corona-Skeptiker*innen und Impfskeptiker*innen ist zu erwarten, dass sich die Anti-Corona-Demonstrationen aus dem Jahr 2020 im Jahr 2021 noch stärker zu Anti-Impf-Protesten entwickeln könnten.

Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS verweisen auf eine deutliche Überlappung von pandemieskeptischen und rechtsextremen Einstellungen: Von den rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen sind knapp zwei Drittel gleichzeitig auch Corona-Skeptiker*innen. Von den Corona-Skeptiker*innen wiederum ist ein Drittel rechtsextrem eingestellt, im Vergleich zu neun Prozent bei den übrigen Thüringer*innen. Auch wenn die Gruppe der Corona-Skeptiker*innen politisch heterogen ist und sie sich selbst auf der politischen Links-Rechts-Achse von ganz links bis ganz rechts verorten, ist somit die Verharmlosung des Corona-Virus besonders stark im politisch rechten Spektrum verbreitet. Diese Verknüpfung von rechtsextremen und Corona-skeptischen Einstellungen stellt eine Herausforderung für die Demokratie in Zeiten der Pandemie dar.

Corona-skeptische Einstellungen finden sich einerseits verstärkt bei Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung weder selbst noch im Umfeld vom Virus betroffen waren. Andererseits zeigen sich jedoch auch tieferliegende Gründe. So ist eine Verdrossenheit mit dem politischen System und ein Misstrauen gegenüber den Institutionen und politischen Akteur*innen bei Corona-Skeptiker*innen besonders stark ausgeprägt. Insofern scheinen sich pandemieskeptische Haltungen insbesondere aus wahrgenommenen Repräsentationsdefiziten sowie einem Gefühl der politischen Einflusslosigkeit zu speisen.

Dennoch zeigt die Langzeituntersuchung im THÜRINGEN-MONITOR in diesem Jahr insgesamt weiterhin eine sehr hohe Unterstützung der Demokratie. 87 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „die Demokratie die beste aller Staatsideen“ ist. Die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie erreicht in diesem Jahr mit 68 Prozent sogar den bisherigen Rekordwert seit Beginn der Erhebung im Jahr 2001. Wie in den Vorjahren sind Personen, die sich in einer als gut befundenen persönlichen finanziellen Situation befinden und ein hohes Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung haben, zufriedener mit der Praxis der Demokratie. Darüber hinaus führt aber in diesem Jahr auch die sehr positive Bewertung der Corona-Politik auf Bundes- und Landesebene zu diesem Anstieg an Demokratiezufriedenheit.

Derselbe positive Trend zeigt sich auch beim Vertrauen in die zentralen Institutionen des politischen Systems. Insbesondere dem Robert Koch-Institut und der Wissenschaft, die beide in der Corona-Pandemie eine hohe Bedeutung haben, wird von den Thüringer*innen sehr hohes Vertrauen entgegengebracht. Lediglich das Vertrauen in die Medien liegt auf einem niedrigen Niveau, da ihnen nur jede*r Vierte vertraut. Bemerkenswert ist jedoch vor allem der sprunghafte Anstieg des Vertrauens in die Landes- und Bundesregierung, die jeweils Rekordwerte erreichen. Dies ist vor dem Hintergrund der Regierungskrise im Frühjahr ein überraschendes Ergebnis. Al-

lerdings gelten Krisen gemeinhin als Stunde der Exekutive. Entsprechend ist dieser Anstieg daher nach den Ergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS und in Übereinstimmung mit deutschlandweiten Untersuchungen vermutlich auf den Einfluss der Corona-Krise zurückzuführen. Damit verbunden ist auch der Anteil der Befragten, die ihre Anliegen nicht mehr wirksam vertreten sehen, deutlich um 15 Prozentpunkte auf 57 Prozent gesunken. Dennoch sehen weiterhin viele Thüringer*innen erhebliche Repräsentationsdefizite. So geben nach wie vor zwei Drittel an, dass sich die Parteien nicht für den Wählerwillen interessieren und sie selbst keinen Einfluss auf das Regierungshandeln haben. Letztlich bleibt es somit beim bereits in den letzten THÜRINGEN-MONITOREN diskutierten Paradoxon: Einerseits gibt es eine deutliche Mehrheit der Bürger*innen, die das politische System nicht als responsiv einschätzen und den Eindruck haben, mit ihrem Handeln keinen Einfluss auf die Regierung nehmen zu können. Andererseits gibt es ein sehr hohes Maß an Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen sowie eine sehr hohe Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der politischen Akteur*innen – zumindest zum Zeitpunkt der Befragung im Herbst 2020.

Auch die politische Partizipation der Bürger*innen scheint in hohem Maße von der Corona-Pandemie beeinflusst zu sein. So ist die politische Beteiligung im Vergleich zur letzten Erhebung durchgehend und zum Teil sogar erheblich zurückgegangen. Entsprechend wurde bei fast allen Formen der Beteiligung der bislang niedrigste Wert seit der erstmaligen Erhebung im THÜRINGEN-MONITOR gemessen. Insbesondere Personen, welche die Gefahr durch die Corona-Krise für ihre eigene Gesundheit als groß oder sehr groß bewerten, sind deutlich seltener bereit, sich politisch zu beteiligen. Wie ausgeführt, weisen jedoch insbesondere Personen mit Corona-skeptischen Einstellungen eine erhöhte Bereitschaft zur Teilnahme an nicht genehmigten Demonstration und zur Gewaltanwendung auf.

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen gegenüber 2019 deutlich gesunken. So zeigt das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument mit seinen zwei Unterdimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 24 Prozent auf 17 Prozent. Zudem fanden alle Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen im Jahr 2020 weniger – z. T. sogar deutlich weniger – Unterstützung als noch 2019. Die stärksten Rückgänge gab es zum einen hinsichtlich der Verharmlosung des Nationalsozialismus. So ging die Zustimmung zur Aussage „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ von 26 auf 14 Prozent zurück. Zum anderen hat sich auch die Zustimmung zur antisemitischen Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, von 16 auf acht Prozent halbiert. Damit sind im langfristigen Vergleich die Tiefststände der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen erreicht, ohne sie jedoch zu unterschreiten.

Dieser Rückgang macht deutlich, dass insbesondere ethnozentrische Einstellungen externen und situativen Einflüssen unterliegen und entsprechend durch die öffentliche und politische Auseinandersetzung geprägt werden. Mitentscheidend für den Rückgang dürfte einerseits sein, dass die Themen Migration und Integration durch Regierungs- und Corona-Krise eine deutlich verringerte öffentliche Aufmerksamkeit erhielten. Andererseits wurden die Betroffenheit und die Bewältigungsstrategien in der Pandemie zum Befragungszeitpunkt nicht als Verteilungskämpfe zwischen Eigen- und Fremdgruppen wahrgenommen – eine Wahrnehmung, die ein zentraler Erklärungsfaktor ethnozentrischer Einstellungen ist.

Die im Jahr 2020 weiterhin rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen beurteilen vor allem die politische Bewältigung der Corona-Pandemie deutlich negativer als die übrigen Bürger*innen Thüringens. Insbesondere die politischen Aspekte beurteilen sie noch etwas negativer als die

Corona-Skeptiker*innen ohne rechtsextreme Einstellungen. Diese insgesamt kritischere bis ablehnende Haltung ist vor allem durch deren schon vor der Corona-Pandemie bestehendes, größeres Misstrauen in die Demokratie mit ihren Institutionen und Akteur*innen bedingt. Thüringer*innen allerdings, die rechtsextrem eingestellt sind, aber das Corona-Virus als gefährlich einschätzen, bewerten die politischen Maßnahmen durchaus positiver. Auch wenn diese Gruppe sehr klein ist, zeigt sie doch, dass auch rechtsextrem eingestellte Thüringer*innen politisches Handeln nicht nur ideologisch motiviert wahrnehmen. Ob sich daraus auch eine insgesamt positivere Beurteilung der demokratischen Institutionen und Akteur*innen entwickeln kann, die wiederum rechtsextreme Einstellungen reduziert, wird sich allerdings erst auf längere Sicht erweisen.

Übereinstimmend mit dem Rückgang der rechtsextremen Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung sind auch hinsichtlich der Aussagen über ethnische, soziale und kulturelle Minderheitsgruppen bemerkenswerte Veränderungen festzustellen. Insbesondere negativen Aussagen über Migrant*innen, Jüdinnen und Juden sowie Sinti*innen und Rom*innen wird erkennbar seltener zugestimmt als 2019.

Die generalisierte Haltung zum Verhältnis von Minderheiten und Bevölkerungsmehrheit hat sich ebenfalls verändert: 58 Prozent der Befragten meinten 2020, „es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“ 2019 meinten dies noch 66 Prozent. Auch insgesamt verbleiben die Einstellungen gegenüber Minderheiten ambivalent: Einige Zustimmungswerte verharren auf vergleichsweise hohem Niveau. Bei einigen Aussagen – wie jenen über Jüdinnen und Juden – stimmen zwar nur Minderheiten zu, aber doch bis zu einem Viertel der Befragten (u. a. israelbezogener Antisemitismus). Die statistischen Zusammenhänge zwischen den (negativen) Einstellungen gegenüber verschiedenen Minderheiten sind relativ hoch und höchst signifikant. Das heißt tendenziell: Je stärker das eine Ressentiment unterstützt wird, desto stärker auch das andere.

Der (vorläufige) Rückgang einiger Zustimmungswerte in diesem Jahr ist erfreulich und lässt auf die Umkehr von Trends hoffen, die in früheren Gutachten beobachtet und kritisch eingeordnet werden mussten. Dennoch bleibt festzuhalten, dass in Thüringen noch Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Akzeptanz von Diversität und des Abbaus von Ressentiments gegenüber „Fremden“ zu erkennen ist.

Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020 zeigen somit deutliche Verschiebungen in den politischen Einstellungen der Thüringer*innen zu Demokratie, Partizipation, Rechtsextremismus und Diversität. Neben den positiven Trends – Anstieg der Demokratiezufriedenheit und des Institutionenvertrauens sowie Rückgang rechtsextremer Einstellungen – stellen die Corona-Skeptiker*innen in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft im Freistaat Thüringen dar: Erstens gefährdet die geringere Akzeptanz der Schutzmaßnahmen die erfolgreiche Bewältigung der Pandemie, da sich dafür möglichst viele Menschen an die Maßnahmen halten müssen. Zweitens stellt die festgestellte deutliche Überlappung von Coronaskeptischen und rechtsextremen Einstellungen eine Herausforderung für die demokratische Kultur in Zeiten der Pandemie dar. Drittens spiegelt sich in der Verharmlosung des Virus und im Verschwörungdenken ein tieferliegendes Misstrauen in die Demokratie mit ihren zentralen Institutionen und Akteur*innen sowie Deprivationserfahrungen wider. Insofern ist dies auch ein Symptom der von einem Teil der Thüringer*innen wahrgenommenen Repräsentationskrise.

Die Analysen zeigen, dass die Corona-Pandemie, die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sowie die (befürchteten) Folgen für Wirtschaft, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt die Perspektiven und Positionen der Thüringer*innen in hohem Maße beeinflusst haben. Zu beachten

ist dabei, dass die Thüringer*innen zum Zeitpunkt der Befragung nur in einem vergleichsweise geringen Ausmaß durch die Krankheit betroffen waren. Es bleibt daher abzuwarten, wie sich das dramatische Infektionsgeschehen in Thüringen in der zweiten Welle und seine Auswirkungen auf die Sorgen und Bewertungen der Thüringer*innen auswirkt. Wie hoch also der „Corona-Effekt“ auf die politische Kultur im Freistaat mittel- und langfristig sein wird und inwiefern sich die positiven Ergebnisse zu einem generellen Trend verstetigen, werden erst zukünftige THÜRINGEN-MONITORE zeigen können.

Literaturverzeichnis

- Allport, G. W. (1954): The Nature of Prejudice. Cambridge, MA: Perseus Books.
- ARB (2017): Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Online unter: <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Bericht/Archiv/Der-fuenfte-Bericht/Der-Bericht/der-bericht.html;jsessionid=7B960FDF4021207833CDECF33AD4F0E>.
- BA (2020): Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen): Weniger Arbeitslose in Thüringen, 29.10.2020, Online unter: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-sat/2020-069>.
- BAMF (2021): Aktuelle Zahlen 12/2020, 10.01.2021. Online unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-dezember-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=5.
- Bertelsmann Stiftung (2020): Regierungsvertrauen nach erster Phase der Pandemie erreicht Höchstwerte, 13.05.2020. Online unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/monitoring-der-demokratie/projektnachrichten/regierungsvertrauen-nach-erster-phase-der-pandemie-erreicht-hoehchstwerte>.
- Best, H. (2018): Demokratie als Wagnis: Auf der Suche nach den Wurzeln von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Thüringen. In: Manuel Fröhlich, Oliver W. Lembcke & Florian Weber-Stein (Hrsg.): Universitas: Ideen, Individuen und Institutionen in Politik und Wissenschaft. Festschrift für Klaus Dicke. Baden-Baden: Nomos.
- Best, H. & Salomo, K. (2014): Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR 2000 bis 2014. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Online unter: https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/thuringen-monitor_gute_und_reichweite_der_messung_des_rechtsextremismus.pdf.
- Blom, A. G., Wenz, A., Rettig, T., Reifenscheid, M., Naumann, E., Möhring, K., Lehrer, R., Krieger, U., Juhl, S., Friedel, S., Fikel, M. & Cornesse, C. (2020): Die Mannheimer Corona-Studie: Das Leben in Deutschland im Ausnahmezustand. Bericht zur Lage vom 20. März bis 09. Juli 2020.
- BMWi (2020): Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im September 2020. Pressemitteilung vom 14.09.2020. Online unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/Wirtschaftliche-Lage/2020/20200914-die-wirtschaftliche-lage-in-deutschland-im-september-2020.html>.
- Bundesagentur für Arbeit (2020): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf: Entwicklung der Arbeitslosenquote (Strukturmerkmale). Deutschland, West, Ost, Stand Dezember 2020. Online unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell_tmp/iiii4/alo-zeitreihe-dwo/alo-zeitreihe-dwo-b-0-xlsx.xlsx?__blob=publicationFile&v=3.
- COSMO (2020a): COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO). Ergebnisse aus dem wiederholten querschnittlichen Monitoring von Wissen, Risikowahrnehmung, Schutzverhalten und Vertrauen während des aktuellen COVID-19 Ausbruchsgeschehens, Welle 21, Stand 18.09.2020. Online unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/archiv/21-01/cosmo-analysis.html>.

- COSMO (2020b): „Masketragen“. Online unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/wissen-verhalten/40-masketragen/>.
- COSMO (2020c): COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO). Ergebnisse aus dem wiederholten querschnittlichen Monitoring von Wissen, Risikowahrnehmung, Schutzverhalten und Vertrauen während des aktuellen COVID-19 Ausbruchsgeschehens, Welle 17, Stand 24.07.2020. Online unter: https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/archiv/17-01/cosmo-analysis.html#8_akzeptanz_der_ma%C3%9Fnahmen.
- COSMO (2021a): Akzeptanz aktueller Maßnahmen, Stand 29.01.2021. Online unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/politik/20-akzeptanz/>.
- COSMO (2021b): „Risikowahrnehmung“, Stand 29.01.2020. Online unter: Risikowahrnehmung: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/risiko-emotionen-sorgen/10-risikowahrnehmung/>.
- COSMO (2021c): „Impfungen“, Stand 29.01.2021. Online unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/impfung/10-impfungen/>.
- Datenreport (2016): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin. Online unter: https://www.wzb.eu/system/files/docs/sv/iuk/dr2016_bf_gesamt_korr.pdf.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Decker, O. & Brähler, E. (2020/Hrsg.): Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schließler, C., & Brähler, E. (2020): Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (Leipziger Autoritarismus Studie 2020), Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 179-210.
- Deutsche Welle (2020): Corona-Demo: Tauziehen um die Deutungshoheit. Online unter: <https://www.dw.com/de/corona-demo-tauziehen-um-die-deutungshoheit/a-54751696>.
- Deutschlandfunk (2020): Ministerpräsidentenwahl in Thüringen. Ein politisches Erdbeben, 05.02.2020. Online unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/ministerpraesidentenwahl-in-thueringen-ein-politisches.1001.de.html?dram:article_id=469594.
- Die ZEIT (2020): Mehr als 90 Corona-Protteste mit rechtsextremen Wortführen, 06.09.2020. Online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-09/bundesamt-fuer-verfassungsschutz-90-corona-protteste-rechtsextrem>.
- Dryhurst, S., Schneider, C., Kerr, J., Freeman, A., Recchia, G., van der Bles, A. M., Spiegelhalter, D. & van der Linden, S. (2020) Risk perceptions of COVID-19 around the world. In: Journal of Risk Research 23 (7-8), S. 994-1006.
- Duckitt, J. (2001): A dual-process cognitive-motivational theory on ideology and prejudice. In: M. P. Zanna (Hrsg.): Advances in experimental social psychology, 33. San Diego, CA: Academic Press, S. 41–113.
- Ekehammar, B., Akrami, N., Gylje, M. & Zakrisson, I. (2004): What matters most to prejudice: Big five personality, social dominance orientation, or rightwing authoritarianism? In: European Journal of Personality, 18, S. 463–482.

- Esaiasson, P., Sohlberg, J., Ghersetti, M. & Johansson, B. (2020): How the coronavirus crisis affects citizens trust in institutions and in unknown others: Evidence from 'the Swedish experiment'. In: European Journal of Political Research. Online unter: <https://ejpr.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1475-6765.12419>.
- FAZ (2020): Geld oder Leben? 26.03.2020. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/warum-eine-rezession-schlimmer-sein-kann-als-das-coronavirus-16696572.html>.
- Flade, F. & Mascolo, G. (2020): Ein neuer Extremismus? In: Tagesschau, 27.11.2020. Online unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/corona-proteste-extremismus-101.html>.
- Fratzscher, M. (2020): Die Corona-Solidarität darf nicht gefährdet werden. In: DIW, 19.10.2020. Online unter: https://www.diw.de/de/diw_01.c.800937.de/nachrichten/die_corona-solidaritaet_darf_nicht_gefaehrdet_werden.html.
- Geißler, R. (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands. 7. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Girwert, F. (2021): Was 2021 auf den Thüringer Arbeitsmarkt zukommt. In: MDR, 05.02.2021. Online unter: <https://www.mdr.de/thueringen/arbeitsmarkt-arbeitslosenzahl-ausblick-100.html>.
- Göbel, S. & Holzapfel, S. (2021): 1000 Corona-Skeptiker demonstrieren in Erfurt – Redner: „Masken sind der Hitlergruß unserer Zeit“. In: Thüringer Allgemeine, 23.01.2021. Online unter: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/gegner-der-corona-massnahmen-demonstrieren-in-erfurt-domplatz-abgesperrt-id231394379.html>.
- Heitmeyer, W. (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 15–34.
- Heyder, A. & Decker, O. (2011): Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In: Andreas Langenohl & Jürgen Schraton (Hrsg.): (Un)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert. Marburg: Metropolis-Verl, S. 189–222.
- Huesmann, F. (2020): Verschwörungserzählungen: Der Kitt der Corona-Demos. In: Redaktionsnetzwerk Deutschland, 02.09.2020. Online unter: <https://www.rnd.de/politik/verschwörungstheorien-und-corona-demos-warum-rechtsextreme-burgerliche-und-hippies-hier-zusammenkommen-2KSIWZIC55EZ5ILBGUO4G5SFAA.html>.
- Infratest dimap (2020): ARD-DeutschlandTREND November 2020. Online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschland-trend/2020/november/>.
- Ivarsflaten, E. (2005): Threatened by diversity. Why restrictive asylum and immigration policies appeal to western Europeans. In: Journal of Elections, Public Opinion & Parties, 15 (1), S. 21–45.
- Juhl, S., Lehrer, R., Blom, A.G., Wenz, A., Rettig, T., Reifenscheid, M., Naumann, E., Möhring, K., Krieger, U., Friedel, S., Fikel, M. & Cronesse, C. (2020): Die Mannheimer Corona-Studie: Demokratische Kontrolle in der Corona-Krise, 22. April 2020. Online unter: <https://madoc.bib.uni-mannheim.de/55137/>.
- Kiess, J.; Decker, O.; Heller, A. & Brähler, E. (2020): Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes, in: Oliver Decker & Elmar

- Brähler (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (Leipziger Autoritarismus Studie 2020), Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 211-248.
- Klein, A., Küpper, B. & Zick, A. (2008): Rechtspopulismus und Demokratiekritik: Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 77–101.
- Körner, J. (2020): Über Verschwörungstheorien und ihre Anhänger. In: Forum der Psychoanalyse, 36 (4), S. 383–401.
- Kreis, J. (2007): Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. In: Arbeitshefte aus dem Otto-Stamm-Zentrum, 12.
- Lengfeld, H. & Dilger, C. (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016. In: Zeitschrift für Soziologie, 47 (3), S.181–199.
- MDR (2020a) Umfrage nach Politbeben in Thüringen: Linke legt zu - CDU stürzt ab, 10.02.2020. Online unter: <https://www.mdr.de/thueringen/umfrage-linke-zuwachs-cdu-einbruch-thueringentrend-100.html>.
- MDR (2020b): Erster Coronavirus-Fall in Thüringen - Ministerium rät zu Hygienemaßnahmen, 03.03.2020. Online unter: <https://www.mdr.de/thueringen/ost-thueringen/saale-orka/corona-virus-thueringen-saale-orka-kreis-orka-100.html>.
- MDR (2020c) Corona-Pandemie: Situation in Thüringer Krankenhäusern spitzt sich zu, 02.12.2020. Online unter: <https://www.mdr.de/thueringen/intensivbetten-corona-patienten-personal-100.html>.
- Merkel, W. & Krause, W. (2015): Krise der Demokratie? Ansichten von Experten und Bürgern, in: Wolfgang Merkel (Hrsg.): Demokratie und Krise, Wiesbaden: Springer VS, S. 45-65.
- Möhring, K., Naumann, E., Reifenscheid, M., Blom, A.G., Wenz, A., Rettig, T., Lehrer, R., Krieger, U., Juhl, S., Friedel, S., Fikel, M. & Cornesse, C. (2020): Inequality in employment during the Corona lockdown: Evidence from Germany. In: JESP European Social Policy Blog.
- Müller, H. (2020): Thüringer Kliniken schlagen Alarm – Intensivbetten werden aufgestockt. In: Thüringer Allgemeine, 19.12.2020. Online unter: <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/gesundheit-medizin/thueringer-kliniken-schlagen-alarm-intensivbetten-werden-aufgestockt-id231182814.html>.
- Pollmer, C. & Rietzschel, A. (2020) Tag des Gedränges, Nacht der Gewalt, 08.11.2020. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/querdenken-leipzig-ausschreitungen-1.5108011>.
- Pummerer, L., Böhm, R., Lilleholt, L., Winter, K., Zettler, I. & Sassenberg, K. (2020): Conspiracy theories and their societal effects during the COVID-19 pandemic, Preprint.
- Redersdorff, S. & Guimond, S. (2006): Comparing oneself over time: The temporal dimension in social comparison. In: Serge Guimond (Hrsg.): Social comparison and social psychology: Understanding cognition, intergroup relations, and culture. New York, US: Cambridge University Press, S. 76–96.

- Rees, J., Papendock, M., Rees, Y., Wäschle, F. & Zick, A. (2020): Erste Ergebnisse einer Online-Umfrage zur gesellschaftlichen Wahrnehmung des Umgangs mit der Corona-Pandemie in Deutschland. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.
- Reiser, M., Best, H. & Salheiser, A. (2018): Gutachten zur Weiterentwicklung des Datenerhebungsdesigns des THÜRINGEN-MONITORS: Telefonische und persönliche Befragung im Vergleich. Begleitendes Methodenprojekt zum Thüringen-Monitor 2018. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online unter: http://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Literatur/Gutachten_Methodenprojekt_Th%C3%BCrtingen_Monitor_2018-p-730.pdf.
- Richter, S. (2020): Das sagen die Daten zu Corona-Todesfällen in Thüringen. In: MDR, 14.12.2020. Online unter: <https://www.mdr.de/thueringen/coronavirus-verstorbene-zahlen-daten-100.html>.
- RKI (2020a): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), Stand 31.12.2020. Online unter: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Dez_2020/2020-12-31-de.pdf?__blob=publicationFile.
- RKI (2020b): Informationen und Hilfestellungen für Personen mit einem höheren Risiko für einen schweren COVID-19-Krankheitsverlauf, Stand 20.09.2020. Online unter: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikogruppen.html
- Rydgren, J. (2007): The Sociology of the Radical Right. In: Annual Review of Sociology, 33 (1), S. 241–262.
- Salzborn, S. (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt am Main: Campus.
- Schließler, C., Hellweg, N. & Decker, O. (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie, in: Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (Leipziger Autoritarismus Studie 2020), Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 283-310.
- Spiegel Online (2020): Impfskeptiker sind in Deutschland in der Minderheit, 12.11.2020. Online unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/corona-umfrage-impfskeptiker-sind-in-deutschland-in-der-minderheit-a-3dfac32b-ed44-421a-9857-9258522b1ce2>.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, Stand 24.09.2020. Online unter: <https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/bruttoinlandsprodukt-bruttowertschoepfung/bip>.
- Statistisches Bundesamt (2020): Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2020 um 10,1 % niedriger als im Vorquartal. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20_287_811.html.
- Statistisches Bundesamt (o.D.): Sterbefälle – Fallzahlen nach Tagen, Wochen, Monaten, Altersgruppen, Geschlecht und Bundesländern für Deutschland 2016 – 2021, Stand: 29.01.2021. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Tabellen/sonderauswertung-sterbefaelle.html>.
- Süddeutsche Zeitung (2020a): Mindestens 290 Coronavirus-Infizierte in Thüringen, Stand 23.03.2020. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheits-erfurt->

[mindestens-290-coronavirus-infizierte-in-thueringen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200322-99-426825](https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-erfurt-rechtsextreme-auf-mehreren-thueringer-corona-demonstrationen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200322-99-426825).

Süddeutsche Zeitung (2020b): Rechtsextreme auf mehreren Thüringer Corona-Demonstrationen, 14.09.2020. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-erfurt-rechtsextreme-auf-mehreren-thueringer-corona-demonstrationen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200914-99-551356>.

Sumner, W. G. (1906): Folkways, a study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores and morals, New York: Ginn.

Tagesschau (2020): Corona-Lage in Sachsen. Triage-Aussage sorgt für Aufsehen, 16.12.2020. Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/triage-aussage-sachsen-101.html>.

Tagesschau (2021a): Corona-Folgen für Konjunktur. Wirtschaft bricht um fünf Prozent ein, 14.01.2021, Online unter: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/bip-bricht-um-fuenf-prozent-ein-101.html>.

Tagesschau (2021b): ARD-DeutschlandTrend. Impfbereitschaft nimmt zu, 07.01.2021. Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/>.

Thüringer Landesamt für Statistik (2020a): Geburten und Sterbefälle 2019 in Thüringen: Weniger Geburten und Sterbefälle, dennoch hohes Geburtendefizit, 15.05.2020.

Thüringer Landesamt für Statistik (2020b): Wanderungsgewinn für Thüringen, 10.06.2020.

TMASGFF (o.D.): Krankenhausversorgung. Online unter: <https://www.tmasgff.de/covid-19/krankenhausversorgung>.

WHO (2020): WHO Director-General's opening remarks at the media briefing on COVID-19, 11.03.2020. Online unter: <https://www.who.int/director-general/speeches/detail/who-director-general-s-opening-remarks-at-the-media-briefing-on-covid-19---11-march-2020>.

ZDF (2020a): ZDF-Politbarometer September 2020. Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria umstritten/Sehr deutliche Mehrheit lehnt Proteste gegen Corona-Maßnahmen ab, 17.09.2020. Online unter: <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/zdf-politbarometer-september-2020/>.

ZDF (2020b) ZDF-Politbarometer April I 2020. Mehrheit zurückhaltend bei Lockerung der Corona-Maßnahmen / Weiterhin große Zufriedenheit mit Krisenmanagement der Regierung, 09.04.2020. Online unter: <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/zdf-politbarometer-april-i-2020/>.

Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn: Dietz.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als: Dicke, Klaus et al. (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.)

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats. Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten. Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.

THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.

THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.

THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.

THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.

THÜRINGEN-MONITOR 2014: Die Thüringer als Europäer. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.

THÜRINGEN-MONITOR 2015: Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit. Drucksache des Thüringer Landtags 6/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2016: Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Drucksache des Thüringer Landtags 6/2989.

THÜRINGEN-MONITOR 2017: Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/4700.

THÜRINGEN-MONITOR 2018: Heimat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 6/6383.

THÜRINGEN-MONITOR 2019: Gesundheit und Pflege in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 7/46.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/> abrufbar.

Anhang 1: Methodik des THÜRINGEN-MONITORS

Der THÜRINGEN-MONITOR basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung der wahlberechtigten Thüringer Bürger*innen ab 18 Jahren. Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Im Gegensatz zu den Handy-Vorwahlnummern der nationalen Mobilfunkanbieter geht aus den Festnetz-Vorwahlnummern nämlich die Zugehörigkeit zu Thüringen hervor. Zur Sicherheit wird bei Vorwahlnummern von Ortsnetzen, die an der Landesgrenze liegen, noch einmal bei den interviewten Personen nachgefragt, ob sie Thüringer*innen sind. Bei regionalen Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) ist es bis in die jüngste Vergangenheit nicht möglich, auch Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer*innen bestimmt werden muss. Dies ist vor dem Hintergrund der Bestimmungen der geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum Erhebungszeitpunkt nicht möglich. Alternativ müsste zu Beginn jedes Interviews zunächst eine entsprechende Abfrage erfolgen, was entsprechend aufwändig und kostenintensiv wäre. Allerdings ist eine Kombination von Festnetzanschlüssen und Mobilfunknummern bei Repräsentativbefragungen in Bundesländern mit hohen Einwohner*innenzahlen (z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern) mittlerweile möglich. Da Thüringen jedoch ein sehr kleines Bundesland ist, basiert der THÜRINGEN-MONITOR weiterhin ausschließlich auf Festnetz-Telefoninterviews, wie beispielsweise auch der Berlin-Monitor 2019.

Andere repräsentative Bevölkerungsbefragungen finden gar nicht per Telefon statt, sondern die Befragten werden in ihren Haushalten aufgesucht und dort persönlich befragt. Die Antworten werden dabei von den Interviewer*innen in mitgebrachte Notebooks oder Tablets eingegeben. Solche persönlichen Befragungen sind jedoch sehr viel teurer als telefonische Befragungen, selbst wenn dabei solche Personen befragt werden können, die nur über Handy telefonieren oder gar kein Telefon nutzen. Befragungen im Internet (Websurveys) stellen hingegen derzeit keine gute Alternative dar, da sich mit ihnen nur ein sehr spezieller Teil der Bevölkerung erreichen lässt und die Repräsentativität der gewonnenen Stichprobe dadurch nicht zweifelsfrei gewährleistet werden kann.

Eine oftmals gestellte Frage bezieht sich auf den bereits erwähnten Umstand, dass viele Thüringer*innen gar kein Festnetztelefon mehr besäßen bzw. nutzten. Wenn man sie nicht über Mobiltelefon befragen könne, wäre es demnach doch sinnvoller, sie persönlich aufzusuchen. In einem begleitenden Methodenprojekt zum THÜRINGEN-MONITOR 2018 und dem dazugehörigen Gutachten (Reiser/Best/Salheiser 2018) konnte allerdings gezeigt werden, dass die telefonische Befragung und eine persönliche Befragung von jungen Thüringer*innen im Alter von 18 bis 24 Jahren keine signifikant unterschiedlichen Ergebnisse lieferten. Dazu wurden junge Thüringer*innen in ihren Haushalten befragt, der Fragebogen war derselbe wie in der telefonischen Befragung. Doch weder das Antwortverhalten an sich noch die Bereitschaft, die Fragen überhaupt zu beantworten, variierte so stark zwischen den beiden Befragungssituationen, als dass in der Konsequenz eine grundlegende Veränderung des Befragungsdesigns notwendig wäre. Des Weiteren wiesen die beiden Vergleichsgruppen eine fast gleiche Zusammensetzung nach Bildungsabschlüssen auf; bei den persönlich Befragten war der Anteil der Berufstätigen geringfügig höher als bei den telefonisch Befragten, außerdem hatten sie ein etwas niedrigeres durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen. In der Gesamtschau kam das Methoden-Gutachten zu dem Ergebnis, für den THÜRINGEN-MONITOR an der telefonischen Befragung festhalten zu können. Die

Konstanz der Untersuchungsmethode seit dem Jahr 2000 dient vorrangig der Qualitätssicherung, hinzu kommt aber die Kostenersparnis gegenüber einer persönlichen Befragung.

Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern für die Interviews erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wird. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Diese Telefonnummernliste (Auswahlgrundlage) ist so zusammengesetzt, dass die Anzahl der Telefonnummern mit unterschiedlichen Ortsvorwahlen ungefähr den jeweiligen Einwohner*innenzahlen entspricht. Da beispielsweise in Erfurt ungefähr ein Zehntel der Thüringer Bevölkerung lebt, hat auch ein Zehntel der Telefonnummern in der Auswahlgrundlage eine Erfurter Ortsvorwahl. Im Endergebnis stammen dann drei Viertel der Befragten aus den Thüringer Landkreisen und ein Viertel aus den kreisfreien Städten, was näherungsweise auch mit den Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik übereinstimmt. Es ist jedoch nicht sinnvoll, bei den Telefoninterviews noch genauer auf die Herkunftsorte und -regionen der Befragten zu achten und damit eine detaillierte regionale Proportionalität im THÜRINGEN-MONITOR herzustellen; für umfangreiche Regionalanalysen wäre eine viel größere Stichprobe notwendig.

Die telefonischen Interviews finden v. a. werktags in den Nachmittags- und Abendstunden statt, um auch berufstätige und mobile Thüringer*innen erreichen zu können. Die Interviews werden von Interviewer*innen durchgeführt, die speziell für sozialwissenschaftliche Befragungen geschult worden sind und i. d. R. selbst ein sozialwissenschaftliches Fach studieren. Die Einwahl wird vom Computer automatisch vorgenommen. Das Befragungsinstitut hat keine Telefonbücher mit Namen oder Adressen der Befragten, die Befragung erfolgt völlig anonym. Befragt wird immer die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Bei der Gesprächsanbahnung wird auch nach der Wahlberechtigung und dem Alter gefragt und an der Stimme der Befragten ihr Geschlecht bestimmt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend der demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen.³² Genau genommen handelt es sich also um keine reine Zufallsauswahl der Befragten. Nur mit Hilfe dieser Quotierung kann eine repräsentative Stichprobe gebildet werden, auf deren Grundlage Aussagen über die gesamte Wahlbevölkerung Thüringens zulässig sind. Die Fragen werden vom Bildschirm abgelesen, die Antworten durch die Interviewer*innen in eine Datenmaske eingegeben (spezielle Interview-Software).

Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um Repräsentativität zu erzielen. Das heißt, die proportionale Zusammensetzung der Stichprobe nach diesen Merkmalen wird entsprechend den genauen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik mathematisch korrigiert.

³² Die Geschlechtsoption „divers“ kann aufgrund ihrer Seltenheit derzeit leider keine Berücksichtigung finden. Befragte, auf die diese Geschlechtsoption zutrifft, müssten aus vielen statistischen Auswertungen ausgeschlossen werden, u. a. weil fehlende Fälle und unbesetzte Antwortkategorien („leere Zellen“) bei vielen Prozeduren ein mathematisches Problem darstellen. Da sich der THÜRINGEN-MONITOR nicht explizit mit Fragen nicht-heteronormativer bzw. nicht-binärer Geschlechtsidentitäten befasst, verzichten wir außerdem in den Interviews auf die explizite Nachfrage nach dem Geschlecht, auch wenn dies bedauerlicherweise bedeutet, diverse Befragte unsichtbar zu machen. Das Risiko einer Falschzuschreibung bei Stimmenerkennung durch die Interviewer*innen muss aus technischen und forschungspragmatischen Gründen in Kauf genommen werden.

In Thüringen leben zwar insgesamt ca. 1,8 Millionen Wahlberechtigte, aber tatsächlich ist es ausreichend, nur knapp über 1.000 Personen zu befragen. Wichtig ist, dass die Stichprobe die Zusammensetzung der Wahlbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße maßstabsgetreu widerspiegelt. Dann kann von Repräsentativität ausgegangen werden. Repräsentativität bedeutet, dass die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt. Dies erlaubt es, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe (also den ca. 1.000 zufällig ausgewählten befragten Personen) auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern. Bei dieser Verallgemeinerung (dem sogenannten „inferenzstatistischen Schluss“) handelt es sich immer um eine Schätzung. Für eine möglichst genaue Schätzung sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen Stichproben mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. Eine wesentlich größere Stichprobe wäre teurer, würde aber in statistischer Hinsicht kaum genauere Aussagen ermöglichen.

Das bereits angesprochene veränderte Telefonnutzungsverhalten bestimmter Befragten (gruppen (*mobile-onlys*)) könnte zu einer Unterrepräsentation von Personen mit Bildungsabschlüssen unterhalb der Hochschulreife in der jüngsten Altersgruppe (18- bis 24-Jährige) in der Stichprobe führen (ausführlich zu diesem Problem siehe Reiser/Best/Salheiser 2018). Durch ein *Over-sampling*, d. h. einer gewollten Überrepräsentation dieser Alterskohorte in der Stichprobe, kann dem Problem aber entgegengewirkt werden. Daher wurden in dieser Alterskohorte im THÜRINGEN-MONITOR 2020 100 statt der quotenmäßig erforderlichen rund 65 Personen befragt.

Alle in der Befragung gemessenen Werte (z. B. Anteil einer Antwort auf eine Frage in Prozent) unterliegen Schwankungen (Fehlertoleranzen bzw. sogenannte Irrtumswahrscheinlichkeiten). Es lässt sich ein sogenannter „Stichprobenfehler“ berechnen, aus dem der Schwankungsbereich (sogenanntes Konfidenzintervall) abgeleitet wird. Es ist anzunehmen, dass der Wert in der Grundgesamtheit (hier: das „tatsächliche“ Antwortverhalten der gesamten Thüringer Wahlbevölkerung) mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit in diesem Bereich liegt. Weil der Schwankungsbereich bei Stichprobendaten immer besteht, werden im THÜRINGEN-MONITOR alle Prozentangaben ohne Kommata berichtet, also ganzzahlig gerundet. Unterschiede zwischen Anteilswerten werden nur diskutiert und interpretiert, wenn sich die Schwankungsbereiche der Anteilswerte nicht überschneiden. In diesem Fall wird von einem „statistisch signifikanten“ Unterschied ausgegangen.

Die indikatorengestützte Einstellungsmessung, wie sie im THÜRINGEN-MONITOR zum Einsatz kommt, basiert auf dem theoretischen Grundgedanken, dass das *Antwortverhalten* der Befragten gewisse Rückschlüsse auf deren jeweilige *Einstellungen* zulässt: Wer nicht der jeweiligen Meinung gewesen wäre, hätte anders antworten können; bei Unentschlossenheit, Beurteilungsschwierigkeit oder Verständnisproblemen bliebe immer noch die Möglichkeit der Antwortverweigerung. Allerdings kann die Zustimmung- oder Ablehnungstendenz sehr unterschiedlich ausgeprägt sein, da es z. B. „harte“ und „weichere“ Formulierungen gibt. Darüber hinaus gibt es eine große Bandbreite an Möglichkeiten, wie ein bestimmter Sachverhalt thematisiert und ausgedrückt werden kann. Daher ist immer diskutabel, ob wirklich das erfasst wird, was auch erfasst werden soll, also eine valide Messung stattfindet. Das Antwortverhalten verweist auf Einstellungen und lässt *Deutungen* über sie zu; es kann jedoch nicht mit ihnen *gleichgesetzt* werden. Umgekehrt gilt: Wer beispielsweise bestimmte Aussagen ablehnt, kann dennoch Einstellungen haben, die sich gegebenenfalls anders äußern und dementsprechend anders gemessen werden müssten. Erst recht muss ein bestimmtes Antwortverhalten nicht kongruent mit tatsächlichem Handeln sein. In der anonymen Befragungssituation, wie sie beim THÜRINGEN-MONITOR vorliegt, bleibt

die Zustimmung zu den Aussagen ohne soziale Folgen für die Befragten. Daher wird davon ausgegangen, dass sie weitestgehend gemäß ihrer tatsächlichen Meinung antworten und weniger entsprechend der von ihnen wahrgenommenen oder vermuteten sozialen Erwünschtheit. Ob dies wirklich so ist, lässt sich schwerlich überprüfen. Um bei einer wissenschaftlichen Messung der Komplexität von Einstellungen zu komplexen gesellschaftlichen Phänomenen näherungsweise gerecht werden zu können, werden den Befragten zu einem Thema vorzugsweise immer mehrere Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Nur wenn sich daraus Muster ableiten lassen (z. B. die gleichzeitige Zustimmung zu mehreren Fragen, das Überschreiten eines bestimmten Schwellenwertes usw.), kann mit einiger *Plausibilität* auf zugrundeliegende Einstellungen geschlossen werden.

Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsbefragungen sind nie in Stein gemeißelt – sie erheben keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit und lassen dementsprechend nur näherungsweise Aussagen über Sachverhalte und Zusammenhänge zu. Allerdings wird durch die Methoden der sozialwissenschaftlichen Statistik eine systematische Durchführung und Auswertung gewährleistet. Die Befragungsergebnisse dienen in erster Linie einer faktenbasierten Diskussion über den jeweiligen Gegenstandsbereich; die Interpretationen der Wissenschaftler*innen sollten also vor allem als Gesprächsangebote verstanden werden. Wenn Sie Fragen zur Methodik haben, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen wurde, können Sie sich gern schriftlich an das Team der Autor*innen wenden oder uns auch am Rande öffentlicher Veranstaltungen zum THÜRINGEN-MONITOR ansprechen.

Anhang 2: Methoden-Glossar

Befragung, telefonische: Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wurde. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Befragt wird die Haushaltsperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Außerdem werden bei der Gesprächsanbahnung auch Alter und Geschlecht erfragt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend demographischer Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen. Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um *Repräsentativität* zu erzielen. Eine besondere Herausforderung für die Befragungsforschung besteht im veränderten Telefonnutzungsverhalten und der schwierigen Erreichbarkeit bestimmter Befragten (u. a. jüngere und niedrig qualifizierte Befragte). Allerdings ist es bei *regionalen* Befragungen (wie dem THÜRINGEN-MONITOR) technisch derzeit noch nicht möglich, Mobilfunkanschlüsse zu kontaktieren, weil dafür z. B. der Aufenthaltsort der Mobilfunkteilnehmer*innen bestimmt werden müsste. Außerdem bietet eine Kombination von Festnetzanschlüssen und *Mobilfunknummern* bei (deutschlandweiten) politischen Befragungen nach derzeitigem Kenntnisstand keine wesentlichen Vorteile, die in einem angemessenen Verhältnis zum entstehenden Mehraufwand gegenüber der ausschließlichen Verwendung von Festnetzanschlüssen stehen (vgl. Hunsicker/Schroth 2014). Durch ein *Oversampling* d. h. eine absichtliche Überrepräsentation der jüngsten Alterskohorte (18-24 Jahre) in der Stichprobe, kann dem Problem der Unterrepräsentation von Personen mit niedrigeren und mittleren Bildungsabschlüssen in dieser Altersgruppe in der Stichprobe entgegengewirkt werden.

Faktorenanalyse: Multivariates statistisches Verfahren, bei dem die Multidimensionalität einer Liste von Variablen überprüft werden kann (vgl. Bortz/Schuster 2010). So können z. B. verschiedene Einstellungen einen gemeinsamen „Raum“ aufspannen und dabei auf unterschiedlichen Dimensionen verortet sein. Ein komplexes Phänomen, z. B. ein Einstellungssyndrom wie *Rechts-extremismus* oder „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“, kann demnach verschiedene Hauptdimensionen, Unterdimensionen etc. aufweisen.

Fehlertoleranz: beachtet den Stichprobenfehler für jeden Messwert, siehe *Konfidenzintervall*.

Grundgesamtheit: im THÜRINGEN-MONITOR die Gesamtheit der bei Bundestagswahlen wahlberechtigten Thüringer Wohnbevölkerung, über die sich – von den Befragungsergebnissen verallgemeinernd – Aussagen treffen lassen (vgl. *Repräsentativität*).

Irrtumswahrscheinlichkeit: auch α -Fehler, siehe *Konfidenzintervall*.

Konfidenzintervall: Jeder in einer *repräsentativen* Befragung ermittelte Messwert (z. B. ein Anteilswert der Zustimmung zu einer Aussage) kann lediglich als *Schätzwert* für den jeweiligen Wert in der *Grundgesamtheit* behandelt werden, da immer ein *Stichprobenfehler* auftritt. Es lässt sich jedoch berechnen (schätzen), in welchen Unter- und Obergrenzen der Wert in der Grundgesamtheit liegt, wenn von einer Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) von maximal fünf Prozent ausgegangen wird (vgl. Gehring/Weins 2009). Es wird angenommen, dass sich in 95 Prozent

aller theoretisch möglichen Stichproben Messwerte ergeben würden, deren Konfidenzintervalle den Wert in der Grundgesamtheit einschließen (vgl. Bortz/Schuster 2010: 92 ff.). Im Fall überlappender 95%-Konfidenzintervalle für zwei Stichprobenwerte bezeichnet man den Unterschied zwischen zwei Messwerten als „*nicht signifikant*“; d. h. der in der Stichprobe gemessene Unterschied kann nicht für die Grundgesamtheit angenommen werden. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich. 95-Prozent-Konfidenzintervalle für arithmetische Mittelwerte werden in diesem Gutachten durch die Angaben „95%-KI-Untergrenze“ und „95%-KI-Obergrenze“ ausgewiesen.

Korrelation: Der statistische Zusammenhang zwischen (mindestens) zwei Variablen, der im THÜRINGEN-MONITOR meist in Kreuztabellen oder Grafiken abgebildet wird, lässt sich auch in sogen. Assoziationsmaßen oder Korrelationskoeffizienten quantifizieren (vgl. Benninghaus 2007, Gehring/Weins 2009). Im THÜRINGEN-MONITOR dargestellte und diskutierte Variablenzusammenhänge und Merkmalsunterschiede zwischen Untersuchungsgruppen werden dabei auf ihre *Signifikanz* überprüft. Eine statistische Korrelation kann ein *Hinweis* auf einen Kausalzusammenhang sein, die tatsächliche Ursache-Wirkungs-Beziehung muss aber theoretisch gut begründbar und plausibel sein; beispielsweise sollte die Ursache der Wirkung nachweisbar zeitlich vorausgehen usw. Außerdem sind Drittvariableneinflüsse zu kontrollieren, um Scheinkorrelationen und Verzerrungen auszuschließen (z. B. in multivariaten Verfahren wie der *Regression*).

Median: „Zentralwert“, der in der Mitte einer nach Größe geordneten Wertereihe steht.

OLS: Ordinary Least Squares (dt.: Methode der kleinsten Quadrate) statistisches Schätzverfahren, das in der *linearen Regression* zur Schätzung der Regressionskonstante und der Regressionskoeffizienten dient.

Regression, binomiale logistische: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen bzw. Prädiktoren) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Anders als bei der *multiplen linearen Regression* hat das zu erklärende Merkmal (die abhängige Variable) kein metrisches Skalenniveau, sondern ist dichotom, d. h. binär (0/1) codiert. Der Effektkoeffizient Exp. (B) eines erklärenden Merkmals (unabhängige Variable) kann als Faktor interpretiert werden, um den das Vorliegen dieses Merkmals die „Wahrscheinlichkeit“ des Eintretens (odd) der Ausprägung „1“ der abhängigen Variable erhöht oder senkt (vgl. Bortz/Schuster 2010, Diaz-Bone 2006).

Regression, multiple lineare: Statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable mit metrischem bzw. pseudometrischem Skalenniveau) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Der multiplen linearen Regression liegt ein „Kausalmodell“ zugrunde, in dem *Annahmen* über einen linearen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable formuliert werden. Die berechneten Regressionskoeffizienten geben die jeweiligen „Nettoeffektstärken“ der erklärenden Variablen (Prädiktoren) an. Ein positiver Regressionskoeffizient signalisiert die verstärkende Wirkung einer unabhängigen Variable auf die Ausprägung der abhängigen Variable, ein negativer Regressionskoeffizient eine abschwächende Wirkung (vgl. Bortz/Schuster 2010, Diaz-Bone 2006).

Repräsentativität: bedeutet, dass die Stichprobe ein möglichst maßstabsgerechtes, verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt, das es erlaubt, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern (Schnell/Hill/Esser 2011). Dieser sogenannte „inferenzstatistische Schluss“ bedarf der Schätzung des sogenannten „Stichprobenfehlers“ für alle erhobenen Stichprobendaten und der Berechnung von *Signifikanzen* und *Konfidenzintervallen*. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Signifikanz: geringe *Irrtumswahrscheinlichkeit* (α -Fehler bei höchstens fünf Prozent), siehe *Konfidenzintervall*, *Repräsentativität*. Wenn die jeweilige statistische Berechnung ein *signifikantes* Ergebnis (Unterschied zwischen Messwerten, Effektstärke in statistischen Modellen usw.) ausweist, heißt das, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) so gering ist, dass das aufgrund der Befragungsdaten errechnete Ergebnis nicht „zufällig“ ist, sondern auf die *Grundgesamtheit* verallgemeinert werden kann.

Stichprobe: vgl. Befragung

Zusammenhang, bivariater: vgl. Korrelation

Literaturempfehlungen zu Quantitative Methoden/Statistik:

Benninghaus, Hans (2007): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. 11. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bortz, Jürgen / Schuster, Christof (2016): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 7., vollst. überarb. und erw. Auflage. Berlin: Springer.

Diaz-Bone, Rainer (2019): Statistik für Soziologen. 5. Auflage. Konstanz: UVK.

Gehring, Uwe W. / Cornelia Weins (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen. 5., überarb. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hunsicker, Stefan / Yvonne Schroth (2014): Dual-Frame-Ansatz in politischen Umfragen. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Wahlen. Nr. 2 – April 2014. Mannheim.

Kuckartz, Udo/ Rädiker, Stefan/ Ebert, Thomas/ Schehl, Julia (2013): Statistik. Eine verständliche Einführung. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.

Kühnel, Steffen M./ Krebs, Dagmar (2012): Statistik für die Sozialwissenschaften. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 6. überarb. Neuauflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke (2018): Methoden der empirischen Sozialforschung. 11., überarb. Auflage. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.

Tausendpfund, Markus (2018): Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Tausendpfund, Markus (Hrsg.) (2020): Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften. Ein Überblick. Wiesbaden: Springer VS.

Völkl, Kerstin/ Korb, Christoph (2018): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler, Wiesbaden: Springer VS.

Wolf, Christof/ Best, Henning (Hrsg.) (2010): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Anhang 3: Die Thüringer Landkreise, kreisfreien Städte und Planungsregionen



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

(<https://statistik.thueringen.de/datenbank/images/Planungsregionen.gif>)

Nordthüringen	
Eichsfeld	
Kyffhäuserkreis	
Nordhausen	
Unstrut-Hainich-Kreis	

Mittelthüringen	
Erfurt	<i>kreisfreie Stadt</i>
Gotha	
Ilm-Kreis	
Sömmerda	
Weimar	<i>kreisfreie Stadt</i>
Weimarer Land	

Ostthüringen	
Altenburger Land	
Gera	<i>kreisfreie Stadt</i>
Greiz	
Jena	<i>kreisfreie Stadt</i>
Saale-Holzland-Kreis	
Saale-Orla-Kreis	
Saalfeld-Rudolstadt	

Südwestthüringen	
Eisenach	<i>kreisfreie Stadt</i>
Hildburghausen	
Schmalkalden-Meiningen	
Sonneberg	
Suhl	<i>kreisfreie Stadt</i>
Wartburgkreis	

Anhang 4: Stichprobeninformationen

	Zahl der Befragten (abs.)	%
Gesamt	1110	
Geschlecht		
männlich	546	49
weiblich	564	51
Alter		
18-24 Jahre	69	6
25-34 Jahre	119	11
35-44 Jahre	169	15
45-59 Jahre	252	23
60 Jahre und älter	500	45
Schulabschluss		
unter 10. Klasse	313	28
10. Klasse	532	48
Abitur	113	10
(Fach-)Hochschule	150	14
Erwerbstätigkeit		
erwerbstätig	496	45
in Ausbildung	60	5
arbeitslos	42	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	46
Berufsgruppe		
Arbeiter	114	13
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	22
höh.-leit. Ang./Beamte	70	6
Landw./Selbst./Freib.	60	5
Religionsgemeinschaft		
keine, andere	745	67
evangelisch	76	7
Katholisch	282	25
Ortsgröße		
Bis 5.000 Einwohner	476	43
Bis 20.000 Einwohner	248	22
Bis 50.000 Einwohner	132	12
Über 50.000 Einwohner	224	20
Planungsregion		
Nordthüringen	117	16
Mittelthüringen	284	26
Ostthüringen	412	37
Südwestthüringen	223	20
Landkreise	800	72
Kreisfreie Städte	297	27

Anhang 5: Tabellarische Übersichten

A1	Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern
A2	Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern
A3	Identifikation als Thüringer(in), Ostdeutsche(r), Deutsche(r) oder Europäer(in)
A4	Wirtschaftliche Lage Thüringens
A5	Eigene finanzielle Situation
A6	Gerechter Anteil zum Leben
A7	Vorteile oder Nachteile der deutschen Einheit
A8	Persönliche Benachteiligung wegen ostdeutscher Herkunft
A9	Dilemma: Freiheit oder Gleichheit
A10	Dilemma: Freiheit oder Sicherheit
A11	Links-Rechts-Selbsteinstufung
A12	Interesse an Politik
A13	Demokratie als beste Staatsidee
A14	Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland
A15	Institutionenvertrauen: Bundesregierung
A16	Institutionenvertrauen: Landesregierung
A17	Institutionenvertrauen: Gerichte
A18	Institutionenvertrauen: Polizei
A19	Institutionenvertrauen: Wissenschaft
A20	Institutionenvertrauen: Robert-Koch-Institut
A21	Institutionenvertrauen: Medien
A22	Zufriedenheit Bundespolitik in Corona-Krise
A23	Zufriedenheit Landespolitik in Corona-Krise
A24	Zufriedenheit Kreispolitik in Corona-Krise
A25	Kann politische Fragen gut einschätzen
A26	Überfremdung der Bundesrepublik
A27	Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen
A28	Wertvolles und unwertes Leben
A29	Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten auswählen
A30	Durchsetzen deutscher Interessen notwendig
A31	Diktatur unter Umständen bessere Staatsform
A32	Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung
A33	Parteien nur an Wählerstimmen interessiert
A34	Orientierungsverlust durch Gesellschaftswandel
A35	Bedrohung durch Kriminalität im Alltag
A36	Weißer zu Recht führend in der Welt
A37	Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen
A38	Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen
A39	Rückkehr zur sozialistischen Ordnung
A40	Juden versuchen Vorteile aus Opferstatus zu ziehen
A41	Hätte Probleme Sinti und Roma in Wohngegend
A42	Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben
A43	Einstellung Corona-Maßnahmen: Einschränkung persönliche Kontakte
A44	Einstellung Corona-Maßnahmen: Maskenpflicht

A45	Einstellung Corona-Maßnahmen: Schul- und Kitaschließung
A46	Einstellung Corona-Maßnahmen: Schließung von Läden und Restaurants
A47	Einschätzung Maßnahmen: Gewährleistung der medizinischen Versorgung
A48	Einschätzung Maßnahmen: Einschränkung des öffentlichen Lebens
A49	Einschätzung Maßnahmen: Verminderung wirtschaftlicher Schäden
A50	Zufriedenheit mit öffentlicher Kommunikation von Politiker*innen in Corona-Krise
A51	Gefahr Corona-Krise: Gesundheitssystem
A52	Gefahr Corona-Krise: Gesellschaftlicher Zusammenhalt
A53	Gefahr Corona-Krise: Wirtschaft
A54	Gefahr Corona-Krise: Grundrechte
A55	Gefahr Corona-Krise: eigene Gesundheit
A56	Gefahr Corona-Krise: persönliche wirtschaftliche Situation
A57	Härtere Strafen Nichtbeachtung Maßnahmen
A58	Einschränkung Grundrechte zum Schutz vor Corona-Virus
A59	Dankbarkeit für Ansagen führende Köpfe in Corona-Krise
A60	Übertreibung Gefahr Corona-Virus durch Medien
A61	Politische Einflussnahme geheimer Organisationen in Corona-Krise
A62	Verunsicherung durch wechselnde Expert*innenmeinungen
A63	Corona-Virus nicht schlimmer als Grippe
A64	Mehr Vertrauen in Gefühle im Umgang mit Corona als in Expert*innen
A65	Regierungsunterstützung Opposition bei Krisenbewältigung
A66	Eigene gesundheitliche Betroffenheit (des persönlichen Umfelds) von Corona
A67	Veränderung Corona-Krise: starke Belastung Familienleben
A68	Veränderung Corona-Krise: persönliche wirtschaftliche Lage
A69	Veränderung Corona-Krise: Leiden soziale Kontakte
A70	Corona-Impfung
A71	Politische Partizipation: An einen Politiker wenden
A72	Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung
A73	Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei
A74	Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative
A75	Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration
A76	Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration
A77	Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen
A78	Überfremdung Thüringens
A79	Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat
A80	Sorge: Durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite gerate
A81	In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand
A82	Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen
A83	Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte
A84	Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen
A85	Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden
A86	Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte Staat großzügig sein
A87	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten
A88	An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran
A89	In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen
A90	Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht verfolgt

A91	Demokratie: Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten
A92	Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute getan werden
A93	Mächtige in Gesellschaft handeln gegen Interessen der einfachen Bevölkerung
A94	Zeit für Widerstand gegen aktuelle Politik
A95	Treffen wichtiger Entscheidungen durch Experten
A96	Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen
A97	Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse
A98	Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
A99	Juden passen nicht so recht zu uns
A100	Überfremdung der Wohnumgebung
A101	Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Tabelle A1

Thüringen: Vergleich mit westdeutschen Bundesländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	stimme teilweise zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	46	26	15	6	3	4
Geschlecht							
männlich	546	45	25	13	9	4	5
weiblich	564	47	26	18	4	2	3
Alter							
18-24 Jahre	69	19	30	28	22	0	1
25-34 Jahre	119	37	31	18	10	2	1
35-44 Jahre	169	36	30	18	10	4	1
45-59 Jahre	252	43	27	17	4	5	4
60 Jahre und älter	500	57	21	11	3	2	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	49	27	10	5	2	8
10. Klasse	532	49	22	16	6	4	2
Abitur	113	38	31	21	8	0	2
(Fach-)Hochschule	150	34	32	19	8	4	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	41	28	19	7	4	2
in Ausbildung	60	37	26	25	11	0	1
arbeitslos	42	30	27	9	18	4	11
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	53	23	11	4	3	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	41	23	23	5	5	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	39	34	18	8	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	41	31	17	4	5	1
Landw./Selbst./Freib.	60	57	6	14	15	5	4
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	44	25	17	7	4	4
evangelisch	282	54	26	11	3	1	5
katholisch	76	43	31	20	3	0	3

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A2

Wirtschaftliche Lage Thüringens besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	stimme teilweise zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	21	29	17	7	18
Geschlecht							
männlich	546	11	20	32	14	8	16
weiblich	564	11	22	26	15	6	20
Alter							
18-24 Jahre	69	7	16	32	18	12	14
25-34 Jahre	119	5	18	37	22	7	10
35-44 Jahre	169	7	15	42	12	11	14
45-59 Jahre	252	10	23	31	14	8	15
60 Jahre und älter	500	15	23	21	13	4	24
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	11	15	25	15	9	25
10. Klasse	532	11	22	29	16	7	16
Abitur	113	9	25	36	10	4	16
(Fach-)Hochschule	150	10	28	30	12	6	13
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	11	20	35	13	9	12
in Ausbildung	60	4	14	28	37	1	16
arbeitslos	42	9	8	24	10	22	27
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	11	23	24	13	4	24
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	9	13	39	20	8	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	9	24	32	13	8	13
höh.-leit. Ang./Beamte	70	13	19	40	9	7	12
Landw./Selbst./Freib.	60	20	22	32	2	17	7
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	10	22	31	14	9	15
evangelisch	282	14	18	24	15	4	24
katholisch	76	9	23	23	14	1	30

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A3**Identifikation als Thüringer(in), Ostdeutsche(r), Deutsche(r) oder Europäer(in)**

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Thüringer(in)	Ostdeutsche(r)	Deutsche(r)	Europäer(in)	Nichts davon	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	42	13	27	14	2	1
Geschlecht							
männlich	546	39	15	28	13	3	1
weiblich	564	45	12	25	16	1	0
Alter							
18-24 Jahre	69	18	14	50	17	1	0
25-34 Jahre	119	29	15	27	20	9	0
35-44 Jahre	169	40	12	33	12	3	0
45-59 Jahre	252	42	15	25	15	1	1
60 Jahre und älter	500	49	13	22	13	1	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	48	12	22	14	3	1
10. Klasse	532	43	15	25	14	2	1
Abitur	113	35	9	45	11	1	0
(Fach-)Hochschule	150	32	16	28	20	4	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	42	14	27	11	4	1
in Ausbildung	60	10	3	47	37	2	0
arbeitslos	42	46	18	13	22	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	46	14	25	14	1	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	49	10	28	9	1	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	42	16	23	11	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	34	14	33	18	2	0
Landw./Selbst./Freib.	60	37	20	33	9	1	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	42	14	27	14	3	1
evangelisch	282	44	16	25	14	1	0
katholisch	76	35	5	35	22	1	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer(in), als Ostdeutsche(r), als Deutsche(r) oder als Europäer(in)?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Wirtschaftliche Lage Thüringens

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	2	16	72	4	6
Geschlecht						
männlich	546	3	14	72	5	5
weiblich	564	1	17	72	4	6
Alter						
18-24 Jahre	69	2	17	73	4	5
25-34 Jahre	119	3	21	73	1	1
35-44 Jahre	169	0	23	63	10	4
45-59 Jahre	252	2	20	67	4	7
60 Jahre und älter	500	3	10	78	3	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	2	15	68	6	9
10. Klasse	532	2	17	73	3	4
Abitur	113	3	11	77	5	4
(Fach-)Hochschule	150	2	16	74	4	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	2	20	71	3	3
in Ausbildung	60	0	6	90	1	4
arbeitslos	42	2	36	54	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	2	11	72	5	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	1	23	66	5	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	1	21	73	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	70	4	18	70	5	2
Landw./Selbst./Freib.	60	6	17	71	3	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	3	19	70	3	6
evangelisch	282	1	8	75	9	6
katholisch	76	0	11	84	2	2

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A5

Eigene finanzielle Situation

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	3	17	68	11	2
Geschlecht						
männlich	546	2	16	68	11	2
weiblich	564	3	17	67	11	1
Alter						
18-24 Jahre	69	1	19	63	17	0
25-34 Jahre	119	1	27	58	15	0
35-44 Jahre	169	1	21	69	9	1
45-59 Jahre	252	4	16	70	8	2
60 Jahre und älter	500	4	13	70	12	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	5	28	54	11	3
10. Klasse	532	2	13	75	8	1
Abitur	113	2	13	73	12	0
(Fach-)Hochschule	150	1	8	68	23	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	1	13	73	12	1
in Ausbildung	60	1	30	59	11	0
arbeitslos	42	14	49	31	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	4	16	67	11	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	1	16	75	5	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	1	14	73	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	0	3	75	22	0
Landw./Selbst./Freib.	60	1	18	64	17	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	4	15	69	11	2
evangelisch	282	0	22	65	12	1
katholisch	76	1	21	67	11	0

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation...

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A6

Gerechter Anteil zum Leben

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte sehr viel weniger	erhalte etwas weniger	erhalte gerechten Anteil	erhalte mehr als gerechten Anteil	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	38	42	3	6
Geschlecht						
männlich	546	12	40	41	4	4
weiblich	564	10	36	43	3	7
Alter						
18-24 Jahre	69	3	32	47	17	0
25-34 Jahre	119	4	34	53	5	3
35-44 Jahre	169	9	38	43	2	8
45-59 Jahre	252	11	49	36	2	1
60 Jahre und älter	500	14	34	41	2	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	13	35	40	2	10
10. Klasse	532	12	44	38	2	5
Abitur	113	5	30	53	10	2
(Fach-)Hochschule	150	7	31	50	7	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	9	46	39	3	3
in Ausbildung	60	1	13	68	19	0
arbeitslos	42	30	42	24	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	13	33	42	2	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	10	56	33	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	11	44	41	1	3
höh.-leit. Ang./Beamte	70	2	34	49	7	8
Landw./Selbst./Freib.	60	9	37	39	6	10
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	12	38	42	3	5
evangelisch	282	7	36	43	5	9
katholisch	76	12	38	42	3	5

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A7

Vorteile und Nachteile der deutschen Einheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Nachteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage	Vorteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	12	13	71	4
Geschlecht					
männlich	546	11	17	69	4
weiblich	564	13	10	73	4
Alter					
18-24 Jahre	69	2	10	81	6
25-34 Jahre	119	10	11	63	15
35-44 Jahre	169	8	15	74	2
45-59 Jahre	252	13	11	75	1
60 Jahre und älter	500	15	15	68	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	17	25	55	3
10. Klasse	532	12	11	73	4
Abitur	113	4	3	88	6
(Fach-)Hochschule	150	9	5	85	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	496	10	14	72	4
in Ausbildung	60	1	0	93	6
arbeitslos	42	17	21	47	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	15	14	69	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	12	15	72	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	9	16	70	5
höh.-leit. Ang./Beamte	70	4	6	86	4
Landw./Selbst./Freib.	60	20	11	57	12
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	14	12	69	4
evangelisch	282	8	17	72	3
katholisch	76	8	5	86	1

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A8

Persönliche Benachteiligung wegen ostdeutscher Herkunft

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	noch nie	nur einmal	selten	immer wieder	häufig	andauernd	trifft nicht zu	weiß nicht/ keine Angabe
Gesamt	1100	61	4	14	7	6	3	5	1
Geschlecht									
männlich	546	59	3	14	9	6	4	4	1
weiblich	564	62	5	14	4	6	2	6	1
Alter									
18-24 Jahre	69	63	4	11	2	11	0	9	1
25-34 Jahre	119	61	13	15	4	4	1	3	0
35-44 Jahre	169	62	3	12	7	10	2	5	0
45-59 Jahre	252	61	3	14	5	4	5	5	2
60 Jahre und älter	500	60	3	14	9	5	3	5	1
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	313	60	5	6	7	11	2	7	2
10. Klasse	532	61	3	17	7	4	3	3	1
Abitur	113	71	3	13	2	1	5	4	0
(Fach-)Hochschule	150	52	4	18	8	4	4	8	1
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	496	62	3	17	7	4	3	4	1
in Ausbildung	60	58	24	6	1	2	0	9	1
arbeitslos	42	48	0	12	2	21	3	15	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	61	3	12	8	7	3	5	1
Berufsgruppe									
Arbeiter	144	55	3	18	5	10	4	2	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	68	2	14	7	2	2	4	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	58	3	16	12	1	4	5	0
Landw./Selbst./Freib.	60	59	6	26	2	0	0	6	0
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	745	61	3	14	7	6	3	4	2
evangelisch	282	64	7	10	6	7	3	3	0
katholisch	76	46	0	23	5	1	0	24	1

Hier wird in der Endfassung der jeweilige Fragetext abgedruckt.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A9

Dilemma: Freiheit oder Gleichheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	beides gleichermaßen	Gleichheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	48	8	43	1
Geschlecht					
männlich	546	56	6	37	2
weiblich	564	41	9	49	1
Alter					
18-24 Jahre	69	62	3	34	0
25-34 Jahre	119	42	2	55	1
35-44 Jahre	169	57	7	36	1
45-59 Jahre	252	45	9	44	3
60 Jahre und älter	500	46	10	43	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	50	7	43	0
10. Klasse	532	45	9	45	2
Abitur	113	52	6	41	0
(Fach-)Hochschule	150	53	5	38	4
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	496	51	6	41	2
in Ausbildung	60	40	2	58	0
arbeitslos	42	55	0	44	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	46	10	43	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	53	7	37	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	47	9	42	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	49	5	44	2
Landw./Selbst./Freib.	60	59	2	39	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	48	7	44	2
evangelisch	282	46	12	41	1
katholisch	76	50	4	46	0

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A10

Dilemma: Freiheit oder Sicherheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Freiheit	beides gleichermaßen	Sicherheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	24	9	66	1
Geschlecht					
männlich	546	31	9	60	1
weiblich	564	18	9	73	1
Alter					
18-24 Jahre	69	47	3	50	0
25-34 Jahre	119	28	8	63	1
35-44 Jahre	169	42	8	50	0
45-59 Jahre	252	26	6	65	2
60 Jahre und älter	500	13	12	75	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	10	11	79	0
10. Klasse	532	25	8	66	1
Abitur	113	36	7	56	0
(Fach-)Hochschule	150	40	8	51	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	496	31	9	59	1
in Ausbildung	60	42	3	55	0
arbeitslos	42	39	0	61	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	14	10	75	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	25	10	64	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	24	12	64	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	54	3	42	1
Landw./Selbst./Freib.	60	43	2	51	4
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	22	8	68	1
evangelisch	282	27	10	63	0
katholisch	76	30	11	59	0

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A11

Links-Rechts-Selbsteinstufung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr weit links	Ziemlich weit links	Etwas links	In der Mitte	Etwas rechts	Ziemlich weit rechts	Sehr weit rechts	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	2	8	34	33	11	1	0	10
Geschlecht									
männlich	546	3	7	34	32	16	1	1	6
weiblich	564	2	10	34	34	6	1	0	13
Alter									
18-24 Jahre	69	2	24	32	14	20	3	4	3
25-34 Jahre	119	1	12	44	27	9	0	2	6
35-44 Jahre	169	2	6	30	38	17	2	0	5
45-59 Jahre	252	2	7	32	40	10	2	0	6
60 Jahre und älter	500	3	7	34	32	9	0	0	15
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	313	2	7	29	35	12	0	1	14
10. Klasse	532	2	6	33	36	11	2	0	10
Abitur	113	2	25	32	24	11	1	0	6
(Fach-)Hochschule	150	3	9	47	28	9	0	0	4
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	496	1	7	33	34	13	2	0	9
in Ausbildung	60	2	26	52	8	8	0	2	2
arbeitslos	42	11	3	10	40	19	0	0	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	3	8	34	35	9	0	0	11
Berufsgruppe									
Arbeiter	144	0	6	36	29	17	2	0	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	1	8	31	37	12	1	0	10
höh.-leit. Ang./Beamte	70	0	10	40	35	9	0	0	6
Landw./Selbst./Freib.	60	1	5	23	43	15	4	0	9
Religionsgemeinschaft									
keine, andere	745	3	11	34	30	13	1	1	7
evangelisch	282	1	4	39	40	5	0	0	11
katholisch	76	0	1	18	40	12	2	0	27

In der Politik wird häufig von links und rechts gesprochen. Wie würden Sie sich selbst einstufen: sehr weit links, ziemlich weit links, etwas links, etwas rechts, ziemlich weit rechts oder sehr weit rechts?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A12

Interesse an Politik

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	26	38	18	7	0
Geschlecht							
männlich	546	13	29	37	15	6	0
weiblich	564	10	22	39	21	8	0
Alter							
18-24 Jahre	69	13	19	38	26	5	0
25-34 Jahre	119	7	30	33	23	7	0
35-44 Jahre	169	10	16	37	28	9	0
45-59 Jahre	252	10	33	35	16	6	0
60 Jahre und älter	500	14	25	41	13	7	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	8	18	40	18	16	0
10. Klasse	532	12	25	38	21	4	0
Abitur	113	8	29	41	21	1	0
(Fach-)Hochschule	150	19	42	32	5	2	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	8	25	39	20	7	0
in Ausbildung	60	4	44	29	21	2	0
arbeitslos	42	31	1	36	19	12	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	13	26	38	15	7	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	6	29	34	22	9	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	7	19	47	23	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	19	31	38	9	4	0
Landw./Selbst./Freib.	60	12	28	26	22	12	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	12	25	39	17	7	0
evangelisch	282	8	27	40	17	7	0
katholisch	76	18	27	27	27	1	0

Vertraue – der Bundesregierung?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A13

Demokratie als beste Staatsidee

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	30	52	7	5	5
Geschlecht						
männlich	546	33	53	6	5	2
weiblich	564	28	52	8	5	8
Alter						
18-24 Jahre	69	30	65	3	2	0
25-34 Jahre	119	19	70	8	1	2
35-44 Jahre	169	28	42	13	10	6
45-59 Jahre	252	33	54	6	3	4
60 Jahre und älter	500	32	49	6	6	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	24	44	10	12	10
10. Klasse	532	29	57	8	2	4
Abitur	113	35	58	2	3	1
(Fach-)Hochschule	150	43	51	3	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	27	56	8	5	4
in Ausbildung	60	32	67	0	0	0
arbeitslos	42	18	54	15	4	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	35	47	6	6	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	22	60	12	0	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	28	52	8	8	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	37	55	0	3	4
Landw./Selbst./Freib.	60	27	51	17	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	29	55	7	5	4
evangelisch	282	33	47	6	7	6
katholisch	76	33	42	17	2	7

Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A14

Zufriedenheit mit Demokratie in Deutschland

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	10	57	22	9	2
Geschlecht						
männlich	546	13	50	24	11	2
weiblich	564	6	64	21	7	3
Alter						
18-24 Jahre	69	10	62	23	5	1
25-34 Jahre	119	3	68	22	5	2
35-44 Jahre	169	8	48	28	16	0
45-59 Jahre	252	6	62	21	9	2
60 Jahre und älter	500	14	54	21	7	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	14	47	22	12	5
10. Klasse	532	8	58	24	8	2
Abitur	113	10	68	16	6	0
(Fach-)Hochschule	150	8	64	22	6	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	9	26	58	5	1
in Ausbildung	60	4	7	80	9	0
arbeitslos	42	14	43	35	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	8	19	55	14	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	4	33	58	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	10	24	60	3	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	11	16	64	10	0
Landw./Selbst./Freib.	60	15	30	44	11	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	9	25	57	8	1
evangelisch	282	9	17	54	14	6
katholisch	76	10	14	65	9	2

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A15

Institutionenvertrauen: Bundesregierung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	32	35	11	9	1
Geschlecht							
männlich	546	9	34	32	12	11	1
weiblich	564	13	30	39	10	7	1
Alter							
18-24 Jahre	69	8	42	33	12	4	0
25-34 Jahre	119	11	33	36	9	10	0
35-44 Jahre	169	5	33	36	11	16	0
45-59 Jahre	252	8	33	33	17	8	0
60 Jahre und älter	500	15	30	37	8	7	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	12	31	38	7	8	4
10. Klasse	532	11	27	36	14	11	1
Abitur	113	10	48	29	8	5	0
(Fach-)Hochschule	150	11	41	32	9	6	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	8	31	34	15	11	1
in Ausbildung	60	5	45	40	7	2	0
arbeitslos	42	2	25	36	22	16	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	15	32	36	6	8	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	6	33	30	21	9	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	12	28	35	13	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	10	40	36	9	6	0
Landw./Selbst./Freib.	60	6	30	35	12	17	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	9	33	34	12	11	0
evangelisch	282	14	30	40	7	5	4
katholisch	76	15	33	34	16	2	0

Vertraue – der Bundesregierung?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A16

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	16	36	31	8	7	2
Geschlecht							
männlich	546	15	36	29	11	9	1
weiblich	564	17	36	33	6	6	3
Alter							
18-24 Jahre	69	10	47	29	9	4	1
25-34 Jahre	119	4	45	31	10	10	0
35-44 Jahre	169	7	36	26	9	18	4
45-59 Jahre	252	14	35	32	9	8	1
60 Jahre und älter	500	23	33	32	7	3	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	16	39	31	5	8	2
10. Klasse	532	16	30	33	11	8	2
Abitur	113	12	47	26	7	5	3
(Fach-)Hochschule	150	16	42	30	6	5	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	10	37	32	10	9	1
in Ausbildung	60	5	48	36	9	2	1
arbeitslos	42	15	17	45	11	12	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	23	35	29	6	6	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	7	43	29	10	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	13	36	30	12	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	14	34	36	5	9	3
Landw./Selbst./Freib.	60	7	31	36	9	17	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	8	8	29	38	15	2
evangelisch	282	7	6	35	32	18	2
katholisch	76	5	11	35	33	15	1

Vertraue – der Landesregierung?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A17

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozent

Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe	
Gesamt	1100	19	34	27	9	4	7
Geschlecht							
männlich	546	19	35	26	9	5	7
weiblich	564	19	34	27	10	3	7
Alter							
18-24 Jahre	69	29	52	15	3	0	1
25-34 Jahre	119	26	45	18	7	3	0
35-44 Jahre	169	14	36	36	9	2	3
45-59 Jahre	252	18	39	27	6	4	6
60 Jahre und älter	500	17	27	27	12	5	12
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	20	28	26	11	7	9
10. Klasse	532	15	36	29	10	3	7
Abitur	113	24	45	21	3	2	5
(Fach-)Hochschule	150	24	35	24	9	2	5
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	17	42	28	8	2	3
in Ausbildung	60	44	39	14	2	0	1
arbeitslos	42	16	37	20	7	13	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	17	27	27	12	5	12
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	18	39	24	14	1	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	16	44	29	5	3	3
höh.-leit. Ang./Beamte	70	19	36	33	11	0	1
Landw./Selbst./Freib.	60	21	42	23	6	5	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	17	38	25	10	5	5
evangelisch	282	26	26	29	4	2	12
katholisch	76	13	35	26	17	2	7

Vertraue – den Gerichten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A18

Institutionenvertrauen: Polizei

Zeilenprozent

Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe	
Gesamt	1100	31	41	21	3	3	0 0
Geschlecht							
männlich	546	31	40	21	2	5	0
weiblich	564	31	42	21	4	1	1
Alter							
18-24 Jahre	69	30	38	22	6	3	0
25-34 Jahre	119	20	42	36	1	0	0
35-44 Jahre	169	32	37	15	4	12	0
45-59 Jahre	252	27	51	17	3	1	0
60 Jahre und älter	500	36	37	22	3	2	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	37	31	24	2	7	0
10. Klasse	532	29	45	20	3	2	1
Abitur	113	29	41	25	4	1	0
(Fach-)Hochschule	150	28	47	18	5	1	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	29	45	20	3	2	0
in Ausbildung	60	17	26	49	6	2	0
arbeitslos	42	39	37	15	0	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	34	39	20	2	4	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	29	44	21	4	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	27	47	20	4	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	30	43	23	1	4	0
Landw./Selbst./Freib.	60	43	45	8	2	1	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	30	41	22	4	3	0
evangelisch	282	34	39	21	1	5	0
katholisch	76	34	47	19	1	0	0

Vertraue – der Polizei?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A19

Institutionenvertrauen: Wissenschaft

Zeilenprozent

Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe	
Gesamt	1100	38	39	17	2	1	3
Geschlecht							
männlich	546	40	39	15	2	2	2
weiblich	564	36	40	18	2	1	3
Alter							
18-24 Jahre	69	59	29	10	3	0	0
25-34 Jahre	119	44	41	12	3	0	0
35-44 Jahre	169	23	48	23	3	1	2
45-59 Jahre	252	32	42	18	3	2	3
60 Jahre und älter	500	42	36	16	1	2	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	40	31	21	1	2	6
10. Klasse	532	33	44	17	3	1	1
Abitur	113	47	39	12	0	0	1
(Fach-)Hochschule	150	46	41	9	3	1	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	33	45	18	3	1	1
in Ausbildung	60	66	22	9	3	0	0
arbeitslos	42	31	34	20	3	4	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	41	37	16	1	2	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	27	51	16	3	1	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	36	39	21	2	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	37	49	11	3	0	0
Landw./Selbst./Freib.	60	33	43	20	1	3	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	36	42	15	2	2	2
evangelisch	282	45	32	18	1	1	2
katholisch	76	32	32	28	3	0	5

Vertraue – der Wissenschaft?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A20

Institutionenvertrauen: Robert Koch-Institut

Zeilenprozent

Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe	
Gesamt	1100	33	36	19	4	4	3
Geschlecht							
männlich	546	32	36	18	5	5	3
weiblich	564	34	36	20	3	3	3
Alter							
18-24 Jahre	69	39	45	8	4	2	2
25-34 Jahre	119	22	41	27	7	3	0
35-44 Jahre	169	20	42	26	4	7	1
45-59 Jahre	252	25	37	22	8	7	1
60 Jahre und älter	500	44	32	14	1	2	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	36	34	23	0	0	8
10. Klasse	532	29	37	19	6	7	2
Abitur	113	39	36	17	4	2	1
(Fach-)Hochschule	150	38	39	13	4	4	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	23	41	22	7	6	1
in Ausbildung	60	40	28	27	4	0	2
arbeitslos	42	20	56	16	3	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	44	31	15	2	2	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	20	38	27	4	9	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	24	44	20	7	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	27	37	22	10	4	0
Landw./Selbst./Freib.	60	28	38	22	5	7	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	30	39	19	5	5	2
evangelisch	282	42	28	19	2	2	8
katholisch	76	36	41	17	1	5	0

Vertraue – dem Robert-Koch-Institut?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A21

Institutionenvertrauen: Medien

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	4	19	37	21	17	1
Geschlecht							
männlich	546	4	21	37	20	16	2
weiblich	564	5	18	38	22	17	0
Alter							
18-24 Jahre	69	2	20	36	30	12	0
25-34 Jahre	119	1	22	49	14	14	1
35-44 Jahre	169	1	21	29	20	28	0
45-59 Jahre	252	3	16	42	19	18	2
60 Jahre und älter	500	7	19	35	23	13	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	6	20	32	23	16	2
10. Klasse	532	4	15	40	21	19	1
Abitur	113	2	27	42	19	9	1
(Fach-)Hochschule	150	4	26	37	19	15	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	496	2	14	39	21	22	1
in Ausbildung	60	2	15	55	18	9	0
arbeitslos	42	3	13	29	41	14	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	7	25	35	19	12	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	0	17	33	27	19	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	3	14	39	18	24	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	2	20	48	16	13	0
Landw./Selbst./Freib.	60	1	14	34	22	29	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	4	19	35	21	20	2
evangelisch	282	6	17	45	20	11	0
katholisch	76	2	30	34	20	9	4

Vertraue – den Medien?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Zufriedenheit Bundespolitik in Corona-Krise

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	21	47	19	11	2
Geschlecht						
männlich	546	21	44	18	14	2
weiblich	564	20	49	21	8	2
Alter						
18-24 Jahre	69	15	58	23	4	0
25-34 Jahre	119	15	51	22	11	1
35-44 Jahre	169	22	31	28	18	0
45-59 Jahre	252	22	47	16	13	1
60 Jahre und älter	500	22	50	16	8	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	22	46	13	14	5
10. Klasse	532	19	44	24	12	1
Abitur	113	24	53	18	6	0
(Fach-)Hochschule	150	20	55	16	7	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	18	44	25	13	1
in Ausbildung	60	15	67	16	2	0
arbeitslos	42	11	61	19	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	25	46	14	11	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	15	42	20	21	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	20	45	26	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	17	52	18	13	0
Landw./Selbst./Freib.	60	11	36	37	15	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	21	45	20	12	2
evangelisch	282	19	52	15	11	2
katholisch	76	27	45	22	5	1

Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der bisherigen Politik auf Bundesebene in der Corona-Krise?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A23

Zufriedenheit Landespolitik in Corona-Krise

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	23	54	15	4	3
Geschlecht						
männlich	546	23	53	16	5	3
weiblich	564	24	56	14	3	3
Alter						
18-24 Jahre	69	29	58	9	2	1
25-34 Jahre	119	9	51	33	7	0
35-44 Jahre	169	23	50	22	5	0
45-59 Jahre	252	17	63	13	6	1
60 Jahre und älter	500	29	52	11	3	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	25	46	19	2	7
10. Klasse	532	21	55	15	7	1
Abitur	113	25	61	12	1	2
(Fach-)Hochschule	150	24	62	9	4	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	14	62	17	6	0
in Ausbildung	60	20	47	30	1	2
arbeitslos	42	25	47	13	15	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	32	48	12	2	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	16	58	18	9	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	14	67	15	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	17	57	18	8	0
Landw./Selbst./Freib.	60	11	57	25	7	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	23	55	15	5	2
evangelisch	282	24	48	19	3	6
katholisch	76	23	63	9	5	0

Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der bisherigen Politik auf Landesebene in der Corona-Krise?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A24

Zufriedenheit Kreispolitik in Corona-Krise

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	30	50	11	4	5
Geschlecht						
männlich	546	32	50	7	5	6
weiblich	564	28	51	13	3	4
Alter						
18-24 Jahre	69	41	43	14	2	0
25-34 Jahre	119	19	38	28	5	10
35-44 Jahre	169	30	51	10	5	4
45-59 Jahre	252	27	55	8	7	3
60 Jahre und älter	500	33	52	7	2	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	26	52	11	4	9
10. Klasse	532	31	50	11	4	4
Abitur	113	35	51	11	3	0
(Fach-)Hochschule	150	31	51	10	4	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	25	52	12	6	5
in Ausbildung	60	35	31	35	0	0
arbeitslos	42	23	59	11	6	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	35	51	6	2	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	22	53	15	7	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	23	56	10	4	6
höh.-leit. Ang./Beamte	70	33	36	10	11	9
Landw./Selbst./Freib.	60	24	59	13	3	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	28	50	11	4	7
evangelisch	282	36	47	10	5	2
katholisch	76	33	59	7	0	1

Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der bisherigen Politik in Ihrem Kreis bzw. in Ihrer Stadt in der Corona-Krise?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A25

Kann politische Fragen gut einschätzen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	30	45	15	6	3
Geschlecht						
männlich	546	37	47	10	4	2
weiblich	564	23	44	21	8	4
Alter						
18-24 Jahre	69	24	50	22	4	0
25-34 Jahre	119	12	72	12	3	1
35-44 Jahre	169	35	30	19	14	2
45-59 Jahre	252	28	51	17	2	2
60 Jahre und älter	500	34	41	13	7	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	29	33	17	16	5
10. Klasse	532	27	49	18	3	3
Abitur	113	29	59	11	2	0
(Fach-)Hochschule	150	43	51	5	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	27	48	18	6	2
in Ausbildung	60	16	70	12	2	0
arbeitslos	42	43	29	18	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	33	42	12	7	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	25	47	23	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	20	49	20	8	3
höh.-leit. Ang./Beamte	70	49	47	3	1	0
Landw./Selbst./Freib.	60	34	47	12	6	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	32	44	16	6	3
evangelisch	282	28	48	10	9	6
katholisch	76	17	53	28	3	0

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A26

Überfremdung der Bundesrepublik

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	21	20	22	30	6
Geschlecht						
männlich	546	23	19	24	31	3
weiblich	564	20	21	20	29	10
Alter						
18-24 Jahre	69	2	22	22	53	1
25-34 Jahre	119	24	12	28	34	2
35-44 Jahre	169	17	24	22	29	9
45-59 Jahre	252	21	20	27	31	1
60 Jahre und älter	500	25	20	18	26	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	36	15	17	19	12
10. Klasse	532	18	25	23	29	5
Abitur	113	9	15	25	46	4
(Fach-)Hochschule	150	10	18	25	45	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	17	22	25	31	4
in Ausbildung	60	21	8	18	51	2
arbeitslos	42	15	40	8	37	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	26	19	20	26	10
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	18	25	22	29	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	19	18	29	30	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	5	28	20	45	3
Landw./Selbst./Freib.	60	26	20	34	19	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	19	19	21	35	6
evangelisch	282	29	19	24	21	8
katholisch	76	11	38	21	24	5

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A27

Ausländer wollen Sozialstaat ausnutzen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	13	25	27	28	7
Geschlecht						
männlich	546	17	25	28	26	4
weiblich	564	10	25	27	30	9
Alter						
18-24 Jahre	69	2	17	27	53	0
25-34 Jahre	119	8	21	27	31	12
35-44 Jahre	169	14	19	31	32	4
45-59 Jahre	252	11	25	32	27	6
60 Jahre und älter	500	17	29	24	23	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	23	25	17	27	9
10. Klasse	532	12	29	28	26	6
Abitur	113	6	17	44	32	2
(Fach-)Hochschule	150	5	20	33	36	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	11	24	32	30	4
in Ausbildung	60	0	7	18	54	21
arbeitslos	42	3	49	16	32	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	18	26	25	23	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	15	25	24	34	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	9	26	31	31	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	6	13	46	27	7
Landw./Selbst./Freib.	60	16	25	39	19	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	12	25	26	32	4
evangelisch	282	16	25	29	19	12
katholisch	76	10	28	28	27	7

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A28

Wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	9	11	11	64	5
Geschlecht						
männlich	546	8	10	13	65	5
weiblich	564	10	13	9	62	5
Alter						
18-24 Jahre	69	1	17	8	74	0
25-34 Jahre	119	18	7	21	53	2
35-44 Jahre	169	6	13	8	66	7
45-59 Jahre	252	6	9	8	73	4
60 Jahre und älter	500	10	12	11	59	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	10	13	15	49	12
10. Klasse	532	10	13	10	63	3
Abitur	113	4	5	10	81	0
(Fach-)Hochschule	150	5	7	6	82	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	7	11	11	68	2
in Ausbildung	60	22	7	8	63	0
arbeitslos	42	4	27	17	43	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	9	11	10	61	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	9	10	9	71	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	7	13	14	64	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	0	5	1	90	4
Landw./Selbst./Freib.	60	12	14	21	51	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	7	14	12	65	3
evangelisch	282	15	6	7	62	9
katholisch	76	8	9	15	57	11

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Ausländer sollen Ehepartner unter Landsleuten wählen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	7	10	18	59	6
Geschlecht						
männlich	546	7	10	17	59	7
weiblich	564	8	10	19	58	5
Alter						
18-24 Jahre	69	4	11	14	70	1
25-34 Jahre	119	3	7	22	68	0
35-44 Jahre	169	2	4	19	64	10
45-59 Jahre	252	4	7	18	66	4
60 Jahre und älter	500	12	13	17	49	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	14	15	21	42	8
10. Klasse	532	6	9	18	60	7
Abitur	113	2	6	14	77	1
(Fach-)Hochschule	150	2	5	17	74	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	5	6	22	63	3
in Ausbildung	60	0	1	30	70	0
arbeitslos	42	0	25	9	60	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	11	13	14	53	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	6	6	30	55	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	4	7	19	67	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	4	3	22	71	0
Landw./Selbst./Freib.	60	10	11	12	63	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	6	9	17	63	5
evangelisch	282	12	12	19	47	10
katholisch	76	3	9	25	57	6

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A30

Durchsetzen deutscher Interessen notwendig

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	22	25	20	26	6
Geschlecht						
männlich	546	22	25	23	26	4
weiblich	564	22	25	18	26	9
Alter						
18-24 Jahre	69	14	16	33	36	1
25-34 Jahre	119	25	25	17	31	2
35-44 Jahre	169	20	23	18	34	6
45-59 Jahre	252	23	26	24	25	2
60 Jahre und älter	500	23	26	19	22	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	34	18	16	20	13
10. Klasse	532	22	30	17	26	5
Abitur	113	11	19	38	31	0
(Fach-)Hochschule	150	10	22	26	38	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	19	28	22	28	3
in Ausbildung	60	25	7	37	30	2
arbeitslos	42	45	13	3	38	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	23	25	18	23	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	20	28	22	30	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	20	28	22	26	5
höh.-leit. Ang./Beamte	70	8	25	26	36	5
Landw./Selbst./Freib.	60	28	40	10	22	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	22	25	19	31	4
evangelisch	282	24	21	26	17	12
katholisch	76	22	29	16	20	13

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Diktatur unter Umständen bessere Staatsform

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	9	15	66	6
Geschlecht						
männlich	546	5	10	14	68	3
weiblich	564	4	9	15	63	8
Alter						
18-24 Jahre	69	0	3	18	78	1
25-34 Jahre	119	11	4	15	66	3
35-44 Jahre	169	4	7	17	70	1
45-59 Jahre	252	1	7	16	73	3
60 Jahre und älter	500	6	13	12	59	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	10	10	12	58	10
10. Klasse	532	2	10	16	66	6
Abitur	113	3	6	17	73	1
(Fach-)Hochschule	150	3	8	13	75	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	2	10	17	67	3
in Ausbildung	60	21	3	15	61	0
arbeitslos	42	3	1	13	82	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	5	10	12	63	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	1	9	14	69	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	3	10	20	63	3
höh.-leit. Ang./Beamte	70	1	5	11	83	0
Landw./Selbst./Freib.	60	1	18	15	65	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	4	10	15	68	4
evangelisch	282	7	8	14	63	8
katholisch	76	2	2	18	60	18

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Selbstwirksamkeit: Einfluss auf Handeln der Regierung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	36	29	19	14	2
Geschlecht						
männlich	546	32	32	21	16	0
weiblich	564	40	26	17	13	3
Alter						
18-24 Jahre	69	16	25	33	26	0
25-34 Jahre	119	34	36	19	11	0
35-44 Jahre	169	40	25	24	12	0
45-59 Jahre	252	29	29	19	23	0
60 Jahre und älter	500	42	29	16	10	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	51	23	16	7	3
10. Klasse	532	35	32	16	15	1
Abitur	113	22	35	26	17	0
(Fach-)Hochschule	150	20	27	29	23	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	30	31	22	17	1
in Ausbildung	60	30	25	29	16	0
arbeitslos	42	28	30	20	22	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	44	28	15	11	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	34	31	16	19	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	29	31	25	13	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	17	25	30	28	0
Landw./Selbst./Freib.	60	43	32	13	12	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	34	30	19	15	1
evangelisch	282	42	29	17	10	2
katholisch	76	31	17	25	18	9

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A33

Parteien nur an Wählerstimmen interessiert

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	25	41	17	9	8
Geschlecht						
männlich	546	29	42	19	7	3
weiblich	564	21	41	15	11	12
Alter						
18-24 Jahre	69	16	44	32	5	3
25-34 Jahre	119	13	34	26	10	17
35-44 Jahre	169	22	40	26	13	0
45-59 Jahre	252	28	46	14	10	2
60 Jahre und älter	500	29	41	11	8	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	29	36	8	10	17
10. Klasse	532	27	45	15	8	4
Abitur	113	12	43	37	8	1
(Fach-)Hochschule	150	18	38	27	13	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	24	45	18	10	3
in Ausbildung	60	5	33	33	5	23
arbeitslos	42	37	30	8	24	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	28	39	14	8	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	30	46	6	14	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	21	48	20	8	3
höh.-leit. Ang./Beamte	70	13	41	32	12	3
Landw./Selbst./Freib.	60	35	34	26	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	25	44	16	9	6
evangelisch	282	25	38	15	9	13
katholisch	76	20	34	33	13	0

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A34

Orientierungsverlust durch Gesellschaftswandel

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	31	30	17	20	2
Geschlecht						
männlich	546	24	29	22	23	2
weiblich	564	38	30	13	16	3
Alter						
18-24 Jahre	69	17	26	28	29	0
25-34 Jahre	119	31	30	18	20	1
35-44 Jahre	169	32	27	23	17	2
45-59 Jahre	252	22	32	19	26	1
60 Jahre und älter	500	37	30	13	16	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	51	20	9	16	4
10. Klasse	532	27	36	15	20	2
Abitur	113	16	28	36	20	1
(Fach-)Hochschule	150	16	29	29	25	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	25	31	19	25	1
in Ausbildung	60	31	24	27	18	0
arbeitslos	42	39	10	20	29	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	36	31	15	14	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	32	32	14	20	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	27	31	17	24	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	13	22	36	27	2
Landw./Selbst./Freib.	60	21	37	14	28	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	29	29	19	22	1
evangelisch	282	37	31	12	15	4
katholisch	76	32	28	22	14	4

Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A35

Bedrohung durch Kriminalität im Alltag

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	4	14	22	59	1
Geschlecht						
männlich	546	5	14	25	55	0
weiblich	564	3	14	20	62	1
Alter						
18-24 Jahre	69	0	5	21	75	0
25-34 Jahre	119	3	13	30	54	0
35-44 Jahre	169	3	12	23	62	0
45-59 Jahre	252	6	10	21	61	0
60 Jahre und älter	500	4	18	21	56	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	3	19	21	55	2
10. Klasse	532	4	13	20	62	1
Abitur	113	6	7	33	54	0
(Fach-)Hochschule	150	3	11	26	61	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	4	14	21	61	1
in Ausbildung	60	0	3	47	50	0
arbeitslos	42	8	18	14	60	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	4	15	21	58	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	4	9	18	68	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	2	17	21	59	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	7	15	19	59	0
Landw./Selbst./Freib.	60	5	7	32	54	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	5	11	22	61	1
evangelisch	282	3	19	23	54	0
katholisch	76	0	18	28	54	0

In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A36

Weiße zu Recht führend in der Welt

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	6	10	15	64	5
Geschlecht						
männlich	546	6	9	15	65	4
weiblich	564	6	10	14	63	6
Alter						
18-24 Jahre	69	4	7	22	66	1
25-34 Jahre	119	11	4	14	62	8
35-44 Jahre	169	8	6	13	70	3
45-59 Jahre	252	1	11	12	74	2
60 Jahre und älter	500	7	12	16	58	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	17	11	15	49	8
10. Klasse	532	2	11	15	67	5
Abitur	113	1	8	16	74	1
(Fach-)Hochschule	150	2	4	12	80	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	2	10	13	71	4
in Ausbildung	60	24	4	9	64	0
arbeitslos	42	6	8	24	62	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	8	10	16	57	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	1	6	13	76	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	3	12	13	67	5
höh.-leit. Ang./Beamte	70	0	8	8	84	0
Landw./Selbst./Freib.	60	1	16	15	68	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	4	11	14	68	4
evangelisch	282	15	8	16	55	7
katholisch	76	0	11	13	65	11

Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A37

Überlegenheit mancher Gruppen von Menschen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	21	25	14	36	4
Geschlecht						
männlich	546	18	16	18	44	4
weiblich	564	25	33	10	28	4
Alter						
18-24 Jahre	69	9	17	12	59	3
25-34 Jahre	119	23	23	15	38	1
35-44 Jahre	169	9	25	14	50	2
45-59 Jahre	252	21	21	17	38	3
60 Jahre und älter	500	27	28	12	26	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	24	27	12	29	7
10. Klasse	532	25	26	15	31	3
Abitur	113	12	21	17	47	4
(Fach-)Hochschule	150	11	16	11	59	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	16	24	18	40	2
in Ausbildung	60	28	14	7	48	2
arbeitslos	42	21	6	20	52	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	26	28	11	29	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	21	20	13	43	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	18	27	22	31	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	9	19	12	58	2
Landw./Selbst./Freib.	60	15	25	16	38	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	18	25	14	39	5
evangelisch	282	30	25	13	31	1
katholisch	76	28	25	16	22	10

Manche Gruppen von Menschen sind anderen einfach überlegen

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A38

Über andere hinwegsetzen, um voranzukommen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	20	29	18	30	3
Geschlecht						
männlich	546	20	30	19	27	3
weiblich	564	19	28	18	33	2
Alter						
18-24 Jahre	69	11	46	24	16	2
25-34 Jahre	119	29	29	18	23	2
35-44 Jahre	169	21	27	15	35	2
45-59 Jahre	252	16	29	20	34	1
60 Jahre und älter	500	20	27	18	31	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	28	21	12	34	5
10. Klasse	532	19	34	16	29	2
Abitur	113	13	32	30	23	2
(Fach-)Hochschule	150	9	26	28	34	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	18	33	20	28	2
in Ausbildung	60	31	32	19	18	0
arbeitslos	42	10	38	13	40	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	21	24	17	33	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	19	32	19	29	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	17	34	19	28	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	17	30	22	28	3
Landw./Selbst./Freib.	60	22	37	17	23	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	18	32	16	32	1
evangelisch	282	26	23	23	24	5
katholisch	76	12	23	24	32	10

Um im Leben voranzukommen, muss man sich über andere hinwegsetzen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A39

Rückkehr zur sozialistischen Ordnung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	6	10	23	55	5
Geschlecht						
männlich	546	5	12	23	56	4
weiblich	564	8	9	23	54	7
Alter						
18-24 Jahre	69	2	10	40	44	4
25-34 Jahre	119	14	15	34	35	2
35-44 Jahre	169	8	10	23	48	10
45-59 Jahre	252	2	7	17	73	1
60 Jahre und älter	500	7	11	21	54	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	16	8	29	35	11
10. Klasse	532	3	13	19	62	3
Abitur	113	3	10	33	53	2
(Fach-)Hochschule	150	0	6	18	73	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	4	9	21	62	4
in Ausbildung	60	21	9	31	37	2
arbeitslos	42	1	16	37	47	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	8	11	23	51	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	3	11	16	64	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	4	9	24	60	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	0	5	21	71	4
Landw./Selbst./Freib.	60	10	20	19	51	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	4	10	27	53	6
evangelisch	282	13	12	17	56	2
katholisch	76	4	10	12	67	7

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A40

Juden versuchen Vorteile aus Opferstatus zu ziehen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	13	16	55	10
Geschlecht						
Männlich	546	7	15	15	57	6
Weiblich	564	4	12	16	53	14
Alter						
18-24 Jahre	69	3	3	19	73	2
25-34 Jahre	119	1	11	14	57	17
35-44 Jahre	169	1	10	16	66	6
45-59 Jahre	252	5	9	19	59	8
60 Jahre und älter	500	8	19	14	47	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	9	18	10	49	14
10. Klasse	532	4	14	18	53	10
Abitur	113	4	4	18	68	6
(Fach-)Hochschule	150	2	9	16	67	5
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	4	10	18	60	7
in Ausbildung	60	0	0	13	66	21
Arbeitslos	42	0	18	11	71	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	8	18	14	48	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	5	9	20	58	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	4	12	16	60	8
höh.-leit. Ang./Beamte	70	2	9	12	73	4
Landw./Selbst./Freib.	60	2	13	34	43	8
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	4	13	16	59	9
Evangelisch	282	6	16	16	48	14
Katholisch	76	11	15	17	50	7

Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Hätte Probleme mit Sinti und Roma in Wohngegend

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	12	14	21	45	8
Geschlecht						
Männlich	546	10	15	25	44	6
Weiblich	564	13	13	18	47	10
Alter						
18-24 Jahre	69	3	8	30	57	2
25-34 Jahre	119	6	12	27	43	13
35-44 Jahre	169	5	8	19	56	12
45-59 Jahre	252	16	18	22	40	5
60 Jahre und älter	500	14	15	19	44	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	13	12	14	52	10
10. Klasse	532	13	16	23	40	8
Abitur	113	9	12	30	46	3
(Fach-)Hochschule	150	6	13	24	51	6
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	11	14	23	45	7
in Ausbildung	60	0	6	16	54	23
Arbeitslos	42	12	17	28	42	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	13	15	19	45	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	14	13	16	50	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	10	16	23	44	6
höh.-leit. Ang./Beamte	70	6	9	33	46	6
Landw./Selbst./Freib.	60	13	12	30	41	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	11	14	20	48	7
Evangelisch	282	12	15	25	37	11
Katholisch	76	8	13	23	50	6

Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A42

Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	18	17	18	44	3
Geschlecht						
Männlich	546	18	20	19	40	2
Weiblich	564	18	13	16	49	4
Alter						
18-24 Jahre	69	2	8	30	58	1
25-34 Jahre	119	15	13	31	40	0
35-44 Jahre	169	16	13	22	47	2
45-59 Jahre	252	17	23	14	45	2
60 Jahre und älter	500	22	17	13	42	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	29	17	18	32	4
10. Klasse	532	17	19	16	45	3
Abitur	113	5	12	24	59	0
(Fach-)Hochschule	150	8	12	19	58	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	16	17	20	46	1
in Ausbildung	60	22	6	13	59	0
Arbeitslos	42	16	17	23	44	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	20	18	15	41	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	21	19	17	42	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	15	14	22	47	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	5	13	26	54	2
Landw./Selbst./Freib.	60	20	23	14	42	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	16	17	19	46	2
Evangelisch	282	24	15	15	40	6
Katholisch	76	18	19	17	43	3

Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A43

Einstellung Corona-Maßnahmen: Einschränkung persönliche Kontakte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr sinnvoll	eher sinnvoll	eher nicht sinnvoll	überhaupt nicht sinnvoll	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	31	42	18	8	1
Geschlecht						
Männlich	546	29	42	18	11	1
Weiblich	564	33	43	17	6	1
Alter						
18-24 Jahre	69	24	46	28	2	0
25-34 Jahre	119	23	37	24	14	2
35-44 Jahre	169	30	39	18	13	0
45-59 Jahre	252	27	46	19	9	0
60 Jahre und älter	500	36	42	14	6	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	33	43	19	4	2
10. Klasse	532	29	39	19	12	1
Abitur	113	32	49	14	4	1
(Fach-)Hochschule	150	33	48	12	6	1
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	26	43	20	12	0
in Ausbildung	60	25	39	35	0	1
Arbeitslos	42	17	46	27	10	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	38	42	12	6	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	31	40	15	13	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	21	51	19	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	29	39	23	6	3
Landw./Selbst./Freib.	60	26	26	26	22	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	29	45	17	8	1
Evangelisch	282	35	34	21	8	2
Katholisch	76	34	48	9	10	0

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Was denken Sie war - die Einschränkung persönlicher Kontakte.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A44

Einstellung Corona-Maßnahmen: Maskenpflicht

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr sinnvoll	eher sinnvoll	eher nicht sinnvoll	überhaupt nicht sinnvoll	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	62	21	8	8	1
Geschlecht						
Männlich	546	58	22	11	9	0
Weiblich	564	65	21	6	6	2
Alter						
18-24 Jahre	69	65	21	7	7	0
25-34 Jahre	119	49	22	19	10	0
35-44 Jahre	169	51	22	13	14	0
45-59 Jahre	252	61	21	10	9	0
60 Jahre und älter	500	68	21	4	4	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	61	18	11	7	3
10. Klasse	532	61	22	8	9	0
Abitur	113	62	22	9	6	0
(Fach-)Hochschule	150	67	23	4	5	1
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	56	24	9	10	0
in Ausbildung	60	48	21	29	2	0
Arbeitslos	42	61	18	17	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	69	19	4	6	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	50	28	11	11	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	64	21	5	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	51	27	16	5	0
Landw./Selbst./Freib.	60	49	21	18	12	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	63	22	7	8	0
Evangelisch	282	56	22	13	6	2
Katholisch	76	65	15	5	8	7

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Was denken Sie war - die Maskenpflicht

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Einstellung Corona-Maßnahmen: Schul- und Kitaschließung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr sinnvoll	eher sinnvoll	eher nicht sinnvoll	überhaupt nicht sinnvoll	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	19	33	25	19	3
Geschlecht						
Männlich	546	18	35	25	19	3
Weiblich	564	21	32	26	18	4
Alter						
18-24 Jahre	69	16	49	24	9	1
25-34 Jahre	119	18	34	18	29	1
35-44 Jahre	169	22	30	20	27	1
45-59 Jahre	252	17	35	31	16	1
60 Jahre und älter	500	21	32	26	16	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	22	32	21	19	5
10. Klasse	532	18	30	27	21	3
Abitur	113	19	43	25	12	2
(Fach-)Hochschule	150	17	40	26	14	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	19	32	27	19	2
in Ausbildung	60	16	43	13	28	0
Arbeitslos	42	2	56	33	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	21	32	24	18	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	22	26	29	22	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	19	43	24	13	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	18	27	29	21	5
Landw./Selbst./Freib.	60	15	23	27	34	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	20	34	26	17	2
Evangelisch	282	19	29	22	24	6
Katholisch	76	12	36	23	15	13

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Was denken Sie war - die Schließung der Schulen und Kitas

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A46

Einstellung Corona-Maßnahmen: Schließung von Läden und Restaurants

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr sinnvoll	eher sinnvoll	eher nicht sinnvoll	überhaupt nicht sinnvoll	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	20	35	30	13	2
Geschlecht						
Männlich	546	18	38	28	15	1
Weiblich	564	23	32	31	11	3
Alter						
18-24 Jahre	69	18	56	18	8	0
25-34 Jahre	119	15	35	39	11	0
35-44 Jahre	169	23	29	23	23	2
45-59 Jahre	252	17	38	33	13	0
60 Jahre und älter	500	23	32	30	12	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	25	21	37	13	4
10. Klasse	532	18	38	28	16	1
Abitur	113	20	47	24	8	1
(Fach-)Hochschule	150	21	45	25	8	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	19	34	31	15	1
in Ausbildung	60	18	43	36	3	0
Arbeitslos	42	22	51	18	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	21	33	28	13	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	20	32	34	14	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	22	37	29	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	17	37	30	15	0
Landw./Selbst./Freib.	60	16	26	33	25	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	20	35	29	14	2
Evangelisch	282	19	34	32	12	3
Katholisch	76	20	39	27	11	3

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Was denken Sie war - die Schließung der Schulen und Kitas

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A47

Einschätzung Maßnahmen: Gewährleistung der medizinischen Versorgung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	zu viele	genau richtig	zu wenig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	9	66	20	4
Geschlecht					
männlich	546	9	66	20	5
weiblich	564	9	66	21	3
Alter					
18-24 Jahre	69	8	53	38	0
25-34 Jahre	119	15	52	30	3
35-44 Jahre	169	10	63	27	1
45-59 Jahre	252	14	64	18	4
60 Jahre und älter	500	6	74	14	6
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	5	71	22	3
10. Klasse	532	12	65	18	6
Abitur	113	7	61	31	1
(Fach-)Hochschule	150	11	68	17	5
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	496	11	60	24	4
in Ausbildung	60	29	44	27	0
arbeitslos	42	8	68	22	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	5	75	15	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	14	53	30	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	9	65	22	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	13	65	19	3
Landw./Selbst./Freib.	60	12	56	25	7
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	9	66	21	4
evangelisch	282	10	67	18	5
katholisch	76	10	65	24	0

Finden Sie, dass die handelnden Politiker in der Corona-Krise in Bezug auf folgende Punkte zu wenige oder zu viele Maßnahmen ergriffen haben? - Gewährleistung der medizinischen Versorgung

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A48

Einschätzung Maßnahmen: Einschränkung des öffentlichen Lebens

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	zu viele	genau richtig	zu wenig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	33	55	9	3
Geschlecht					
männlich	546	36	51	8	5
weiblich	564	31	58	9	2
Alter					
18-24 Jahre	69	38	49	13	0
25-34 Jahre	119	54	36	8	1
35-44 Jahre	169	39	52	9	0
45-59 Jahre	252	41	47	7	5
60 Jahre und älter	500	22	64	9	5
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	28	60	9	3
10. Klasse	532	38	50	8	4
Abitur	113	32	55	12	1
(Fach-)Hochschule	150	29	60	7	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	496	40	49	8	3
in Ausbildung	60	44	46	10	1
arbeitslos	42	37	51	11	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	26	61	8	4
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	38	54	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	40	48	7	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	42	47	10	1
Landw./Selbst./Freib.	60	47	38	12	3
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	35	54	8	4
evangelisch	282	33	56	9	3
katholisch	76	25	57	18	1

Finden Sie, dass die handelnden Politiker in der Corona-Krise in Bezug auf folgende Punkte zu wenige oder zu viele Maßnahmen ergriffen haben? - Einschränkung des öffentlichen Lebens

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Einschätzung Maßnahmen: Verminderung wirtschaftlicher Schäden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	zu viele	genau richtig	zu wenig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	21	36	30	12
Geschlecht					
männlich	546	21	41	30	9
weiblich	564	22	32	30	16
Alter					
18-24 Jahre	69	27	40	30	3
25-34 Jahre	119	15	23	59	2
35-44 Jahre	169	17	34	42	8
45-59 Jahre	252	26	33	28	13
60 Jahre und älter	500	21	42	20	17
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	10	41	31	18
10. Klasse	532	28	34	27	11
Abitur	113	23	28	42	7
(Fach-)Hochschule	150	18	43	30	9
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	496	23	33	35	9
in Ausbildung	60	21	23	54	2
arbeitslos	42	20	35	26	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	19	42	23	16
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	29	33	32	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	22	32	35	12
höh.-leit. Ang./Beamte	70	16	41	38	6
Landw./Selbst./Freib.	60	24	25	44	7
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	23	37	31	9
evangelisch	282	10	38	32	19
katholisch	76	41	27	19	14

Finden Sie, dass die handelnden Politiker in der Corona-Krise in Bezug auf folgende Punkte zu wenige oder zu viele Maßnahmen ergriffen haben? - Verminderung wirtschaftlicher Schäden

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A50

Zufriedenheit mit öffentlicher Kommunikation von Politiker*innen in Corona-Krise

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	50	25	10	4
Geschlecht						
Männlich	546	12	49	25	11	3
Weiblich	564	10	51	25	9	5
Alter						
18-24 Jahre	69	6	64	25	5	0
25-34 Jahre	119	7	50	25	16	3
35-44 Jahre	169	14	37	24	24	2
45-59 Jahre	252	6	51	29	13	0
60 Jahre und älter	500	14	51	24	3	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	15	45	23	8	9
10. Klasse	532	9	49	29	11	2
Abitur	113	7	59	22	10	1
(Fach-)Hochschule	150	12	57	20	9	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	8	48	26	16	1
in Ausbildung	60	4	52	42	2	0
Arbeitslos	42	3	66	22	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	16	50	22	5	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	5	44	33	17	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	8	52	21	17	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	10	44	31	13	3
Landw./Selbst./Freib.	60	17	48	21	14	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	13	49	25	11	2
Evangelisch	282	6	49	28	8	9
Katholisch	76	12	59	20	4	5

Wie zufrieden sind Sie mit der öffentlichen Kommunikation von Politikern in der Corona-Krise in Deutschland?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A51

Gefahr Corona-Krise: Gesundheitssystem

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr große	große	kleine	sehr kleine	keine Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	6	34	35	7	13	4
Geschlecht							
Männlich	546	5	32	38	7	14	4
Weiblich	564	7	36	32	8	12	5
Alter							
18-24 Jahre	69	11	56	25	4	3	1
25-34 Jahre	119	7	27	50	5	10	2
35-44 Jahre	169	6	34	40	9	7	4
45-59 Jahre	252	8	29	35	6	19	3
60 Jahre und älter	500	5	35	31	9	14	7
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	1	24	44	9	16	7
10. Klasse	532	8	38	31	7	12	5
Abitur	113	10	37	37	5	11	1
(Fach-)Hochschule	150	8	40	31	8	12	1
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	496	8	35	37	7	11	2
in Ausbildung	60	10	38	47	0	4	1
Arbeitslos	42	7	31	26	2	26	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	4	32	32	9	15	7
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	5	43	29	8	13	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	8	32	39	8	10	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	10	31	43	5	8	3
Landw./Selbst./Freib.	60	8	25	38	6	22	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	7	35	33	9	12	4
Evangelisch	282	4	30	40	5	16	5
Katholisch	76	5	39	38	3	7	8

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für das Gesundheitssystem?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Gefahr Corona-Krise: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr große	große	kleine	sehr kleine	keine Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	10	41	27	7	13	3
Geschlecht							
Männlich	546	8	40	29	6	14	3
Weiblich	564	11	41	26	7	11	4
Alter							
18-24 Jahre	69	6	45	35	8	4	3
25-34 Jahre	119	10	49	25	6	9	0
35-44 Jahre	169	15	44	27	7	6	0
45-59 Jahre	252	11	39	28	6	12	4
60 Jahre und älter	500	7	38	27	7	17	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	5	34	28	9	18	5
10. Klasse	532	11	41	28	5	12	3
Abitur	113	7	53	26	6	7	1
(Fach-)Hochschule	150	14	43	25	6	9	2
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	496	13	40	27	8	10	3
in Ausbildung	60	3	68	23	3	4	0
Arbeitslos	42	14	34	42	1	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	7	39	27	6	17	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	11	37	30	6	16	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	11	45	25	7	5	5
höh.-leit. Ang./Beamte	70	19	41	22	8	8	2
Landw./Selbst./Freib.	60	13	24	25	16	20	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	11	40	28	7	11	4
Evangelisch	282	6	39	27	8	19	2
Katholisch	76	6	50	30	1	7	4

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A53

Gefahr Corona-Krise: Wirtschaft

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr große	große	kleine	sehr kleine	keine Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	21	58	13	3	2	3
Geschlecht							
Männlich	546	21	55	14	3	4	2
Weiblich	564	20	60	12	2	1	5
Alter							
18-24 Jahre	69	29	57	9	2	2	0
25-34 Jahre	119	29	50	18	4	0	0
35-44 Jahre	169	26	60	11	0	3	1
45-59 Jahre	252	23	57	13	1	1	4
60 Jahre und älter	500	14	60	14	4	4	5
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	10	61	13	4	5	7
10. Klasse	532	27	52	15	2	1	2
Abitur	113	19	69	9	2	2	0
(Fach-)Hochschule	150	20	63	11	1	1	3
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	496	26	57	12	2	2	2
in Ausbildung	60	18	48	29	3	2	0
Arbeitslos	42	30	52	17	0	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	15	60	12	4	3	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	32	50	11	3	2	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	19	65	12	0	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	34	59	6	0	0	0
Landw./Selbst./Freib.	60	31	38	19	6	5	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	22	58	12	3	2	4
Evangelisch	282	16	57	19	2	3	3
Katholisch	76	23	58	10	7	0	3

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für die Wirtschaft?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A54

Gefahr Corona-Krise: Grundrechte

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr große	große	kleine	sehr kleine	keine Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	7	25	32	9	20	7
Geschlecht							
Männlich	546	7	24	32	10	21	6
Weiblich	564	8	26	32	7	18	9
Alter							
18-24 Jahre	69	7	25	48	9	10	1
25-34 Jahre	119	4	24	42	13	16	1
35-44 Jahre	169	12	26	32	5	13	12
45-59 Jahre	252	12	31	25	8	19	5
60 Jahre und älter	500	4	22	31	9	24	9
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	4	19	32	13	18	14
10. Klasse	532	10	29	29	7	19	6
Abitur	113	5	30	41	5	18	1
(Fach-)Hochschule	150	8	21	34	9	25	3
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	496	12	28	27	11	16	6
in Ausbildung	60	5	24	58	4	9	1
Arbeitslos	42	3	26	39	4	27	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	4	22	33	7	24	10
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	9	31	28	7	15	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	12	29	26	14	14	6
höh.-leit. Ang./Beamte	70	8	27	37	4	22	2
Landw./Selbst./Freib.	60	19	20	19	12	28	2
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	9	26	32	11	17	6
Evangelisch	282	4	24	32	4	25	11
Katholisch	76	9	23	36	7	19	6

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für die demokratischen Grundrechte (z.B. das Demonstrationsrecht)?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A55

Gefahr Corona-Krise: eigene Gesundheit

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	sehr große	große	kleine	sehr kleine	keine Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	23	40	11	19	1
Geschlecht							
Männlich	546	4	22	38	13	22	1
Weiblich	564	6	24	43	10	16	1
Alter							
18-24 Jahre	69	3	28	53	4	11	1
25-34 Jahre	119	5	14	44	23	15	0
35-44 Jahre	169	1	17	44	14	23	1
45-59 Jahre	252	3	22	44	13	17	3
60 Jahre und älter	500	8	26	35	8	22	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	5	20	41	10	23	0
10. Klasse	532	5	23	37	13	20	2
Abitur	113	5	22	52	6	15	0
(Fach-)Hochschule	150	5	26	44	12	13	1
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	496	3	21	43	15	16	1
in Ausbildung	60	3	16	67	4	10	0
Arbeitslos	42	4	28	38	14	16	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	7	24	35	9	23	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	2	33	37	10	18	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	3	15	47	19	12	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	4	20	48	10	16	2
Landw./Selbst./Freib.	60	5	13	29	18	33	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	5	24	39	12	19	1
Evangelisch	282	5	18	42	12	22	1
Katholisch	76	4	27	50	7	9	3

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für Ihre eigene Gesundheit?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Gefahr Corona-Krise: persönliche wirtschaftliche Situation

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr große	große	kleine	sehr kleine	keine Gefahr	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	15	26	11	42	1
Geschlecht							
Männlich	546	4	16	27	11	40	2
Weiblich	564	6	13	26	11	43	1
Alter							
18-24 Jahre	69	12	17	45	8	18	0
25-34 Jahre	119	9	17	22	12	40	0
35-44 Jahre	169	5	23	36	9	27	0
45-59 Jahre	252	5	21	27	12	33	2
60 Jahre und älter	500	4	8	21	11	54	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	6	13	23	14	43	0
10. Klasse	532	6	17	26	8	41	2
Abitur	113	3	16	38	11	32	0
(Fach-)Hochschule	150	3	10	28	12	46	2
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	496	5	23	31	13	28	1
in Ausbildung	60	2	12	43	5	38	0
Arbeitslos	42	19	28	28	1	18	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	5	6	20	11	57	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	9	30	31	8	23	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	4	20	30	16	29	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	4	18	36	11	31	1
Landw./Selbst./Freib.	60	6	25	24	9	35	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	5	16	28	11	38	1
Evangelisch	282	6	10	22	12	51	0
Katholisch	76	3	26	28	3	38	3

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr durch die Corona-Krise ein - für Ihre persönliche wirtschaftliche Situation?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A57

Härtere Strafen Nichtbeachtung Maßnahmen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	47	26	10	13	4
Geschlecht						
Männlich	546	48	24	11	14	3
Weiblich	564	47	27	10	12	4
Alter						
18-24 Jahre	69	39	29	23	8	2
25-34 Jahre	119	30	35	8	15	13
35-44 Jahre	169	43	20	17	16	4
45-59 Jahre	252	44	24	11	19	2
60 Jahre und älter	500	56	26	6	9	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	57	20	7	10	6
10. Klasse	532	45	27	10	15	3
Abitur	113	36	32	15	14	4
(Fach-)Hochschule	150	44	29	14	12	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	39	25	15	18	3
in Ausbildung	60	26	29	17	5	23
Arbeitslos	42	63	21	11	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	56	26	5	10	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	40	22	14	24	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	39	28	13	15	5
höh.-leit. Ang./Beamte	70	34	22	21	20	3
Landw./Selbst./Freib.	60	42	26	15	17	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	45	27	10	15	3
Evangelisch	282	49	24	11	10	5
Katholisch	76	61	24	7	9	0

Menschen, die sich während der Corona-Krise nicht an die verhängten Maßnahmen halten, sollten härter bestraft werden.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Einschränkung Grundrechte zum Schutz vor Corona-Virus

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	37	33	11	17	3
Geschlecht						
Männlich	546	36	34	10	18	1
Weiblich	564	37	31	13	15	4
Alter						
18-24 Jahre	69	16	47	20	15	1
25-34 Jahre	119	28	29	27	16	1
35-44 Jahre	169	28	38	9	25	0
45-59 Jahre	252	30	33	9	27	1
60 Jahre und älter	500	48	30	8	9	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	49	28	11	8	4
10. Klasse	532	33	33	10	21	2
Abitur	113	23	39	18	20	1
(Fach-)Hochschule	150	33	38	12	15	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	28	36	12	24	1
in Ausbildung	60	12	35	41	12	0
Arbeitslos	42	26	48	6	19	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	49	28	8	10	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	25	32	10	32	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	27	42	13	18	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	28	31	12	29	0
Landw./Selbst./Freib.	60	34	25	16	25	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	35	35	9	18	2
Evangelisch	282	40	26	17	14	2
Katholisch	76	32	33	9	15	10

Um die Bevölkerung vor dem Corona-Virus zu schützen, müssen notfalls auch Grundrechte eingeschränkt werden.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Dankbarkeit für Ansagen führende Köpfe in Corona-Krise

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	42	34	11	10	3
Geschlecht						
Männlich	546	41	32	11	13	3
Weiblich	564	43	37	11	7	2
Alter						
18-24 Jahre	69	22	58	12	5	3
25-34 Jahre	119	34	38	16	10	2
35-44 Jahre	169	23	37	15	21	5
45-59 Jahre	252	31	41	12	15	2
60 Jahre und älter	500	58	26	8	5	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	57	22	8	12	1
10. Klasse	532	39	35	13	10	4
Abitur	113	22	55	11	10	2
(Fach-)Hochschule	150	36	43	10	8	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	27	42	14	13	4
in Ausbildung	60	32	51	12	2	3
Arbeitslos	42	38	26	19	16	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	58	26	7	8	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	28	34	19	16	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	25	51	11	12	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	21	44	14	12	10
Landw./Selbst./Freib.	60	41	23	21	14	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	37	38	11	12	3
Evangelisch	282	52	25	11	10	3
Katholisch	76	47	36	13	1	3

Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, wie wir die Corona-Krise bewältigen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Übertreibung Gefahr Corona-Virus durch Medien

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	24	25	20	25	6
Geschlecht						
Männlich	546	26	25	23	23	4
Weiblich	564	22	26	17	27	7
Alter						
18-24 Jahre	69	13	38	32	15	3
25-34 Jahre	119	34	20	26	16	4
35-44 Jahre	169	44	14	24	17	1
45-59 Jahre	252	25	31	16	26	2
60 Jahre und älter	500	16	26	17	31	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	28	21	14	28	9
10. Klasse	532	26	29	19	23	4
Abitur	113	16	28	32	21	3
(Fach-)Hochschule	150	17	22	26	30	4
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	28	26	20	23	3
in Ausbildung	60	29	26	33	11	2
Arbeitslos	42	26	44	18	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	19	24	18	30	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	29	21	20	27	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	25	29	22	21	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	28	24	22	22	4
Landw./Selbst./Freib.	60	41	20	22	15	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	24	25	22	25	5
Evangelisch	282	25	31	12	26	6
Katholisch	76	18	15	31	25	11

Die Gefahr, die vom Corona-Virus ausgeht, wird von den Medien stark übertrieben.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Politische Einflussnahme geheimer Organisationen in Corona-Krise

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	13	15	42	19
Geschlecht						
Männlich	546	13	13	16	45	14
Weiblich	564	9	14	14	39	24
Alter						
18-24 Jahre	69	7	16	24	49	3
25-34 Jahre	119	16	8	10	50	16
35-44 Jahre	169	13	9	17	48	13
45-59 Jahre	252	7	18	16	42	17
60 Jahre und älter	500	12	13	13	37	25
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	13	17	12	33	25
10. Klasse	532	11	13	15	41	20
Abitur	113	7	9	25	49	10
(Fach-)Hochschule	150	9	9	12	58	12
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	9	17	15	45	14
in Ausbildung	60	4	2	26	45	22
Arbeitslos	42	11	17	2	61	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	14	11	14	37	24
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	5	15	20	46	14
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	10	21	12	41	18
höh.-leit. Ang./Beamte	70	11	5	16	58	10
Landw./Selbst./Freib.	60	18	15	17	41	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	11	14	15	45	15
Evangelisch	282	11	10	13	35	31
Katholisch	76	6	20	19	32	24

Es gibt geheime Organisationen, die während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Verunsicherung durch wechselnde Expert*innenmeinungen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	21	24	19	34	2
Geschlecht						
Männlich	546	22	19	20	36	3
Weiblich	564	20	30	18	31	1
Alter						
18-24 Jahre	69	17	23	40	20	0
25-34 Jahre	119	17	32	12	39	0
35-44 Jahre	169	35	18	23	23	0
45-59 Jahre	252	21	26	17	35	1
60 Jahre und älter	500	18	24	17	37	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	21	20	19	35	5
10. Klasse	532	23	27	16	33	1
Abitur	113	21	27	23	29	0
(Fach-)Hochschule	150	15	24	25	36	1
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	26	26	18	29	1
in Ausbildung	60	13	41	23	23	0
Arbeitslos	42	30	5	33	32	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	17	22	18	39	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	29	27	20	24	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	23	28	18	30	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	26	19	16	40	0
Landw./Selbst./Freib.	60	30	24	16	30	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	21	24	19	35	1
Evangelisch	282	23	25	16	31	5
Katholisch	76	16	24	25	35	0

Die wechselnden Einschätzungen der Experten zum Corona-Virus und geeigneten Schutzmaßnahmen haben mich verunsichert.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A63

Corona-Virus nicht schlimmer als Grippe

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	18	14	20	40	9
Geschlecht						
Männlich	546	21	12	21	38	8
Weiblich	564	15	15	19	41	10
Alter						
18-24 Jahre	69	3	15	46	33	3
25-34 Jahre	119	31	14	14	38	3
35-44 Jahre	169	23	14	25	32	6
45-59 Jahre	252	17	14	17	44	8
60 Jahre und älter	500	16	13	17	41	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	22	14	21	31	12
10. Klasse	532	20	14	17	40	9
Abitur	113	9	15	31	40	5
(Fach-)Hochschule	150	11	10	20	54	5
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	20	15	18	41	6
in Ausbildung	60	21	14	27	36	2
Arbeitslos	42	13	13	45	19	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	17	13	19	40	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	17	13	17	45	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	18	17	18	42	5
höh.-leit. Ang./Beamte	70	21	11	21	38	10
Landw./Selbst./Freib.	60	27	16	23	29	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	18	14	20	41	7
Evangelisch	282	20	14	17	34	15
Katholisch	76	17	10	27	44	2

Das Virus ist eigentlich nicht schlimmer als eine Grippe.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Mehr Vertrauen in Gefühle im Umgang mit Corona als in Expert*innen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	17	24	25	31	3
Geschlecht						
Männlich	546	17	21	27	33	3
Weiblich	564	17	27	24	29	3
Alter						
18-24 Jahre	69	5	11	46	37	1
25-34 Jahre	119	15	17	46	21	1
35-44 Jahre	169	24	25	34	17	1
45-59 Jahre	252	14	28	22	31	5
60 Jahre und älter	500	19	25	17	37	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	20	24	23	31	2
10. Klasse	532	19	24	23	29	4
Abitur	113	9	24	39	27	1
(Fach-)Hochschule	150	10	20	30	38	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	17	28	28	25	3
in Ausbildung	60	2	11	48	38	0
Arbeitslos	42	16	15	32	36	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	19	22	20	35	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	21	23	24	31	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	11	31	33	21	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	12	28	33	27	0
Landw./Selbst./Freib.	60	34	23	13	29	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	16	25	26	31	2
Evangelisch	282	20	21	26	31	2
Katholisch	76	11	27	20	31	11

Ich vertraue meinen Gefühlen mit Blick auf den Umgang mit Corona mehr als sogenannten Experten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Regierungsunterstützung Opposition bei Krisenbewältigung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	54	27	9	8	3
Geschlecht						
Männlich	546	49	27	12	11	2
Weiblich	564	59	26	5	5	4
Alter						
18-24 Jahre	69	34	41	16	7	2
25-34 Jahre	119	44	29	11	13	3
35-44 Jahre	169	43	27	10	17	4
45-59 Jahre	252	57	25	9	10	1
60 Jahre und älter	500	62	25	6	3	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	67	19	5	6	3
10. Klasse	532	53	28	8	9	3
Abitur	113	34	40	16	7	3
(Fach-)Hochschule	150	46	29	13	9	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	45	31	10	11	3
in Ausbildung	60	42	37	12	7	2
Arbeitslos	42	63	15	3	17	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	63	22	7	4	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	53	26	12	8	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	43	32	8	12	5
höh.-leit. Ang./Beamte	70	40	33	11	16	0
Landw./Selbst./Freib.	60	44	34	12	9	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	54	26	9	9	3
Evangelisch	282	55	28	8	5	5
Katholisch	76	57	28	4	10	2

Bei der Bewältigung der Corona-Krise sollte die Opposition die Regierung nicht kritisieren, sondern unterstützen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Eigene gesundheitliche Betroffenheit (des persönlichen Umfelds) von Corona

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	nein, gehöre aber Hochrisikogruppe an	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	12	69	19	0
Geschlecht					
männlich	546	9	74	17	0
weiblich	564	14	64	22	0
Alter					
18-24 Jahre	69	19	73	7	1
25-34 Jahre	119	15	81	3	0
35-44 Jahre	169	17	77	6	0
45-59 Jahre	252	16	73	11	0
60 Jahre und älter	500	6	60	34	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	5	69	26	0
10. Klasse	532	13	70	17	0
Abitur	113	15	72	13	1
(Fach-)Hochschule	150	19	62	19	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	496	16	75	9	0
in Ausbildung	60	17	79	4	0
arbeitslos	42	5	91	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	8	59	33	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	15	79	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	18	71	11	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	13	76	10	0
Landw./Selbst./Freib.	60	13	76	9	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	13	68	19	0
evangelisch	282	6	73	20	0
katholisch	76	19	58	23	0

Waren Sie selbst von Corona gesundheitlich betroffen oder haben Sie Verwandte, Freunde oder enge Bekannte, die betroffen waren?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Veränderung Corona-Krise: starke Belastung Familienleben

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	18	19	18	45	0
Geschlecht						
Männlich	546	14	17	18	49	1
Weiblich	564	21	20	18	41	0
Alter						
18-24 Jahre	69	11	29	23	37	0
25-34 Jahre	119	27	15	11	44	3
35-44 Jahre	169	18	23	19	39	0
45-59 Jahre	252	21	22	20	37	0
60 Jahre und älter	500	15	15	18	53	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	15	14	15	57	0
10. Klasse	532	20	20	18	41	1
Abitur	113	13	19	25	42	1
(Fach-)Hochschule	150	18	22	22	38	0
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	22	20	19	39	0
in Ausbildung	60	29	12	17	41	0
Arbeitslos	42	13	37	18	31	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	13	17	17	52	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	14	15	19	52	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	23	21	19	37	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	25	24	21	29	0
Landw./Selbst./Freib.	60	26	19	18	32	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	18	17	19	45	0
Evangelisch	282	17	19	13	50	0
Katholisch	76	16	29	26	30	0

Wie hat sich Ihr persönliches Leben in der Corona-Krise verändert? - Mein Familienleben wurde in der Corona-Zeit stark belastet.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Veränderung Corona-Krise: persönliche wirtschaftliche Lage

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	8	7	17	68	0
Geschlecht						
Männlich	546	8	8	18	66	0
Weiblich	564	8	5	16	69	1
Alter						
18-24 Jahre	69	10	11	24	53	0
25-34 Jahre	119	26	10	7	57	0
35-44 Jahre	169	7	9	30	52	2
45-59 Jahre	252	9	7	21	62	1
60 Jahre und älter	500	4	4	12	80	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	16	4	19	60	1
10. Klasse	532	7	8	16	68	0
Abitur	113	2	7	22	69	0
(Fach-)Hochschule	150	2	7	12	78	1
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	9	9	17	64	1
in Ausbildung	60	21	6	23	49	1
Arbeitslos	42	35	8	34	24	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	4	4	15	77	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	7	15	18	60	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	9	8	19	63	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	4	13	9	74	0
Landw./Selbst./Freib.	60	25	9	13	53	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	8	8	16	68	1
Evangelisch	282	11	5	17	67	0
Katholisch	76	6	6	27	61	0

Wie hat sich Ihr persönliches Leben in der Corona-Krise verändert? - Meine persönliche wirtschaftliche Situation hat sich durch die Corona-Krise.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Veränderung Corona-Krise: Leiden soziale Kontakte

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	25	26	21	29	0
Geschlecht						
Männlich	546	23	24	19	34	0
Weiblich	564	26	28	22	24	0
Alter						
18-24 Jahre	69	33	12	30	25	0
25-34 Jahre	119	36	19	11	34	0
35-44 Jahre	169	28	20	24	28	0
45-59 Jahre	252	25	28	25	22	0
60 Jahre und älter	500	20	30	18	31	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	27	21	21	32	0
10. Klasse	532	24	29	19	29	0
Abitur	113	28	23	27	22	0
(Fach-)Hochschule	150	22	29	23	26	0
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	24	25	23	28	0
in Ausbildung	60	47	14	20	19	0
Arbeitslos	42	43	11	19	27	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	21	30	18	30	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	20	23	22	35	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	25	24	26	25	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	32	35	16	18	0
Landw./Selbst./Freib.	60	20	18	21	41	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	23	25	22	30	0
Evangelisch	282	31	25	19	25	0
Katholisch	76	21	37	15	27	0

Wie hat sich Ihr persönliches Leben in der Corona-Krise verändert? - Meine persönliche wirtschaftliche Situation hat sich durch die Corona-Krise.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle 70A

Corona-Impfung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	würde mich auf jeden Fall impfen lassen	würde mich eher impfen lassen	bin mir unsicher	Würde mich eher nicht impfen lassen	Würde mich auf keinen Fall impfen lassen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	32	15	20	13	19	0
Geschlecht							
Männlich	546	38	15	17	13	17	0
Weiblich	564	27	16	24	14	20	0
Alter							
18-24 Jahre	69	23	22	16	27	12	0
25-34 Jahre	119	20	27	17	8	26	0
35-44 Jahre	169	27	10	16	8	39	0
45-59 Jahre	252	21	12	26	13	18	0
60 Jahre und älter	500	39	16	21	15	10	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	313	36	16	15	15	18	0
10. Klasse	532	27	14	25	13	20	0
Abitur	113	39	16	16	15	13	0
(Fach-)Hochschule	150	39	18	18	9	15	1
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätig	496	27	15	23	11	24	0
in Ausbildung	60	25	37	14	15	8	0
Arbeitslos	42	10	15	12	38	25	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	40	13	20	13	14	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	144	29	15	29	9	19	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	26	15	22	14	25	0
höh.-leit. Ang./Beamte	70	30	21	13	11	25	0
Landw./Selbst./Freib.	60	34	9	17	9	30	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	745	34	15	21	13	18	0
Evangelisch	282	27	19	18	16	20	0
Katholisch	76	40	11	20	10	19	0

Wie würden Sie entscheiden, wenn Sie nächste Woche die Möglichkeit hätten, sich gegen das Corona-Virus impfen zu lassen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet

Tabelle A71

Politische Partizipation: An einen Politiker wenden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	13	41	45	1
Geschlecht					
Männlich	546	17	39	42	2
Weiblich	564	8	43	48	1
Alter					
18-24 Jahre	69	17	48	34	0
25-34 Jahre	119	12	60	28	0
35-44 Jahre	169	12	50	38	0
45-59 Jahre	252	18	42	39	2
60 Jahre und älter	500	10	32	56	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	3	36	60	1
10. Klasse	532	14	42	42	2
Abitur	113	19	44	37	0
(Fach-)Hochschule	150	24	45	30	1
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	496	15	46	38	1
in Ausbildung	60	16	59	24	0
Arbeitslos	42	17	44	39	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	10	34	55	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	11	39	50	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	12	52	33	3
höh.-leit. Ang./Beamte	70	33	38	29	0
Landw./Selbst./Freib.	60	14	58	28	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	12	44	43	1
Evangelisch	282	15	32	51	1
Katholisch	76	14	43	43	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - Sich an einen Politiker wenden?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet

Tabelle A72

Politische Partizipation: Teilnahme an Unterschriftensammlung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	32	54	14	1
Geschlecht					
Männlich	546	35	53	13	0
Weiblich	564	30	54	15	1
Alter					
18-24 Jahre	69	48	45	7	0
25-34 Jahre	119	41	54	5	0
35-44 Jahre	169	36	49	15	0
45-59 Jahre	252	41	47	11	1
60 Jahre und älter	500	22	60	18	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	17	60	23	0
10. Klasse	532	33	55	11	1
Abitur	113	48	45	7	0
(Fach-)Hochschule	150	49	40	10	0
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	496	40	50	10	0
in Ausbildung	60	48	47	5	0
Arbeitslos	42	35	47	18	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	22	59	19	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	33	58	10	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	44	42	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	51	44	5	0
Landw./Selbst./Freib.	60	28	66	6	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	34	52	13	1
Evangelisch	282	27	58	15	0
Katholisch	76	34	53	12	1

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - An einer Unterschriftensammlung teilnehmen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet

Tabelle A73

Politische Partizipation: Mitarbeit in politischer Partei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	6	10	83	1
Geschlecht					
Männlich	546	9	10	81	0
Weiblich	564	3	10	85	2
Alter					
18-24 Jahre	69	2	20	77	1
25-34 Jahre	119	5	27	67	2
35-44 Jahre	169	3	14	83	0
45-59 Jahre	252	7	8	82	3
60 Jahre und älter	500	8	3	88	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	6	9	83	2
10. Klasse	532	5	8	87	1
Abitur	113	8	14	78	0
(Fach-)Hochschule	150	12	15	73	0
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	496	5	12	81	2
in Ausbildung	60	2	42	56	0
Arbeitslos	42	13	5	82	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	7	4	89	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	5	8	87	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	5	10	81	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	8	22	70	0
Landw./Selbst./Freib.	60	4	19	76	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	6	10	83	1
Evangelisch	282	6	10	84	0
Katholisch	76	11	6	82	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - In einer politischen Partei mitarbeiten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A74

Politische Partizipation: Mitarbeit in Bürgerinitiative

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	8	46	45	1
Geschlecht					
Männlich	546	9	48	42	1
Weiblich	564	7	44	48	1
Alter					
18-24 Jahre	69	6	63	30	1
25-34 Jahre	119	5	55	40	0
35-44 Jahre	169	7	65	26	1
45-59 Jahre	252	11	43	44	1
60 Jahre und älter	500	7	36	56	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	3	40	56	0
10. Klasse	532	8	47	44	1
Abitur	113	12	48	38	1
(Fach-)Hochschule	150	12	55	32	1
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	496	7	54	38	1
in Ausbildung	60	6	48	45	1
Arbeitslos	42	19	43	38	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	8	38	53	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	7	58	34	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	5	51	42	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	15	56	28	0
Landw./Selbst./Freib.	60	6	57	34	3
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	7	47	45	1
Evangelisch	282	9	44	47	0
Katholisch	76	16	46	37	2

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - In einer Bürgerinitiative mitarbeiten?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet

Tabelle A75

Politische Partizipation: Teilnahme an genehmigter Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	18	31	50	0
Geschlecht					
Männlich	546	20	32	47	0
Weiblich	564	17	29	54	1
Alter					
18-24 Jahre	69	39	32	29	0
25-34 Jahre	119	26	33	41	0
35-44 Jahre	169	17	32	51	0
45-59 Jahre	252	20	43	36	1
60 Jahre und älter	500	13	23	63	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	10	22	68	0
10. Klasse	532	16	35	48	0
Abitur	113	33	29	37	0
(Fach-)Hochschule	150	31	35	33	1
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	496	22	37	40	0
in Ausbildung	60	38	26	36	0
Arbeitslos	42	6	27	67	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	13	25	61	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	21	42	38	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	21	36	42	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	36	29	34	0
Landw./Selbst./Freib.	60	15	39	46	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	20	32	48	1
Evangelisch	282	16	26	57	0
Katholisch	76	14	37	49	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - An einer genehmigten Demonstration teilnehmen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A76

Politische Partizipation: Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	2	9	88	1
Geschlecht					
Männlich	546	3	11	85	1
Weiblich	564	1	7	91	1
Alter					
18-24 Jahre	69	6	12	82	0
25-34 Jahre	119	0	12	87	0
35-44 Jahre	169	3	16	80	1
45-59 Jahre	252	5	8	85	2
60 Jahre und älter	500	1	6	93	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	0	9	91	0
10. Klasse	532	3	8	89	1
Abitur	113	6	14	80	0
(Fach-)Hochschule	150	2	11	86	2
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	496	3	12	84	1
in Ausbildung	60	6	11	83	0
Arbeitslos	42	0	10	89	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	2	6	92	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	4	11	85	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	1	13	84	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	7	10	83	0
Landw./Selbst./Freib.	60	6	15	79	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	2	11	86	1
Evangelisch	282	3	6	90	1
Katholisch	76	0	6	93	1

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A77

Politische Partizipation: Für Ziele auch mit Gewalt kämpfen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	1	6	92	1
Geschlecht					
Männlich	546	2	8	89	1
Weiblich	564	0	4	95	1
Alter					
18-24 Jahre	69	2	4	94	0
25-34 Jahre	119	0	18	81	1
35-44 Jahre	169	0	10	89	1
45-59 Jahre	252	0	4	93	2
60 Jahre und älter	500	2	3	94	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	313	3	10	85	2
10. Klasse	532	0	5	93	2
Abitur	113	0	2	97	0
(Fach-)Hochschule	150	1	2	96	1
Erwerbstätigkeit					
Erwerbstätig	496	0	4	94	1
in Ausbildung	60	0	26	74	0
Arbeitslos	42	0	3	97	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	2	6	91	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	144	0	3	97	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	0	5	92	3
höh.-leit. Ang./Beamte	70	0	3	97	0
Landw./Selbst./Freib.	60	0	9	91	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	745	1	3	94	1
Evangelisch	282	1	14	84	1
Katholisch	76	0	1	94	5

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan - Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist?

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A78

Überfremdung Thüringen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	13	12	23	47	5
Geschlecht						
Männlich	546	13	13	24	47	4
Weiblich	564	12	11	22	48	6
Alter						
18-24 Jahre	69	2	17	24	56	1
25-34 Jahre	119	18	15	22	41	4
35-44 Jahre	169	13	13	22	49	3
45-59 Jahre	252	11	11	29	46	3
60 Jahre und älter	500	14	11	21	48	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	26	11	15	41	7
10. Klasse	532	9	15	27	45	4
Abitur	113	5	8	25	56	5
(Fach-)Hochschule	150	4	9	21	64	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	10	14	24	48	3
in Ausbildung	60	21	5	22	52	0
Arbeitslos	42	10	22	27	39	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	14	10	22	47	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	12	20	25	42	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	9	14	21	53	3
höh.-leit. Ang./Beamte	70	2	14	23	53	9
Landw./Selbst./Freib.	60	18	4	41	36	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	10	13	21	53	3
Evangelisch	282	21	11	27	34	7
Katholisch	76	7	9	28	42	13

Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A79

Bei Israels Politik ist es verständlich, dass man etwas gegen Juden hat

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	7	10	16	43	24
Geschlecht						
Männlich	546	9	12	19	42	19
Weiblich	564	6	9	13	44	29
Alter						
18-24 Jahre	69	2	3	24	61	10
25-34 Jahre	119	11	11	20	39	19
35-44 Jahre	169	2	6	15	63	14
45-59 Jahre	252	3	10	19	43	24
60 Jahre und älter	500	10	13	12	34	31
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	11	8	13	41	27
10. Klasse	532	6	12	15	40	27
Abitur	113	2	7	23	53	15
(Fach-)Hochschule	150	6	11	17	51	16
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	2	11	19	46	22
in Ausbildung	60	21	3	20	50	5
Arbeitslos	42	10	6	10	58	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	9	11	13	38	28
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	1	10	20	49	20
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	2	11	18	40	29
höh.-leit. Ang./Beamte	70	0	6	24	57	13
Landw./Selbst./Freib.	60	10	16	14	49	11
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	6	9	17	47	20
Evangelisch	282	9	14	13	36	28
Katholisch	76	5	8	14	35	38

Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Sorge: Durch gesellschaftliche Entwicklung auf Verliererseite geraten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	12	17	20	47	3
Geschlecht						
Männlich	546	11	19	23	46	1
Weiblich	564	13	14	18	49	5
Alter						
18-24 Jahre	69	3	21	29	46	2
25-34 Jahre	119	7	11	39	40	2
35-44 Jahre	169	16	14	26	44	0
45-59 Jahre	252	8	23	18	49	2
60 Jahre und älter	500	16	15	14	50	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	19	13	20	43	4
10. Klasse	532	12	21	18	47	3
Abitur	113	4	12	33	48	2
(Fach-)Hochschule	150	5	13	22	57	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	11	19	21	48	2
in Ausbildung	60	0	6	50	43	1
Arbeitslos	42	18	38	8	36	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	15	14	17	49	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	10	28	23	38	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	12	16	23	46	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	4	10	17	63	5
Landw./Selbst./Freib.	60	11	13	19	57	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	12	17	21	48	3
Evangelisch	282	13	15	23	45	3
Katholisch	76	10	25	10	48	7

Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A81

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	34	29	14	21	3
Geschlecht						
Männlich	546	29	25	19	24	3
Weiblich	564	38	32	10	18	3
Alter						
18-24 Jahre	69	19	46	24	7	3
25-34 Jahre	119	36	40	13	11	1
35-44 Jahre	169	26	37	20	16	1
45-59 Jahre	252	28	26	15	30	2
60 Jahre und älter	500	40	22	11	22	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	51	20	9	18	1
10. Klasse	532	32	32	13	19	3
Abitur	113	15	38	29	14	4
(Fach-)Hochschule	150	17	26	18	38	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	26	38	14	20	2
in Ausbildung	60	29	34	27	7	3
Arbeitslos	42	41	15	10	33	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	41	20	13	22	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	33	38	10	19	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	27	39	14	16	3
höh.-leit. Ang./Beamte	70	11	34	18	35	2
Landw./Selbst./Freib.	60	31	36	16	14	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	31	31	14	22	2
Evangelisch	282	41	22	15	19	3
Katholisch	76	32	30	12	21	5

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A82

Gehorsam und Disziplin, um aus Kindern anständige Bürger zu machen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	24	27	20	26	3
Geschlecht						
Männlich	546	26	29	21	21	2
Weiblich	564	21	25	20	32	3
Alter						
18-24 Jahre	69	14	18	45	22	2
25-34 Jahre	119	17	34	27	21	1
35-44 Jahre	169	7	22	23	44	3
45-59 Jahre	252	16	27	22	32	3
60 Jahre und älter	500	36	28	14	19	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	40	25	12	21	2
10. Klasse	532	21	31	19	26	3
Abitur	113	9	19	37	33	2
(Fach-)Hochschule	150	12	23	29	34	2
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	11	31	25	31	2
in Ausbildung	60	26	15	39	18	2
Arbeitslos	42	26	23	8	42	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	36	25	15	21	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	13	33	23	28	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	12	32	25	29	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	8	21	25	45	0
Landw./Selbst./Freib.	60	11	36	24	27	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	19	29	21	28	2
Evangelisch	282	37	22	18	23	1
Katholisch	76	20	29	19	22	10

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Die meisten Muslime in Deutschland akzeptieren unsere Werte

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	12	31	21	16	21
Geschlecht						
Männlich	546	12	33	23	17	15
Weiblich	564	11	28	19	15	27
Alter						
18-24 Jahre	69	24	59	7	6	4
25-34 Jahre	119	16	29	30	6	19
35-44 Jahre	169	15	36	25	12	11
45-59 Jahre	252	10	37	23	14	16
60 Jahre und älter	500	9	22	18	22	29
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	9	26	20	18	27
10. Klasse	532	10	30	22	18	20
Abitur	113	17	45	18	7	13
(Fach-)Hochschule	150	19	34	20	10	17
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	11	38	23	13	15
in Ausbildung	60	24	44	6	3	23
Arbeitslos	42	18	35	29	5	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	10	22	20	21	27
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	16	40	21	12	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	8	38	25	13	15
höh.-leit. Ang./Beamte	70	17	40	16	7	20
Landw./Selbst./Freib.	60	8	23	28	28	13
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	12	34	21	15	17
Evangelisch	282	11	25	19	18	27
Katholisch	76	8	20	28	12	32

Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	19	21	18	20	22
Geschlecht						
Männlich	546	23	17	19	20	21
Weiblich	564	14	24	18	20	24
Alter						
18-24 Jahre	69	4	14	26	48	8
25-34 Jahre	119	11	22	35	22	10
35-44 Jahre	169	18	19	29	26	9
45-59 Jahre	252	18	21	20	19	22
60 Jahre und älter	500	23	22	9	14	32
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	24	24	17	12	24
10. Klasse	532	19	20	18	18	24
Abitur	113	8	18	22	40	11
(Fach-)Hochschule	150	13	18	19	30	20
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	16	24	23	20	17
in Ausbildung	60	2	3	44	49	2
Arbeitslos	42	16	33	16	21	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	23	19	11	17	30
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	20	25	25	14	17
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	13	25	18	24	20
höh.-leit. Ang./Beamte	70	6	20	32	29	12
Landw./Selbst./Freib.	60	29	21	26	9	15
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	19	22	17	21	21
Evangelisch	282	19	17	19	18	27
Katholisch	76	10	24	31	19	16

Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A85

Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	10	12	22	49	7
Geschlecht						
Männlich	546	12	12	24	49	4
Weiblich	564	9	12	20	49	10
Alter						
18-24 Jahre	69	2	1	22	73	2
25-34 Jahre	119	12	16	18	54	1
35-44 Jahre	169	9	7	21	61	1
45-59 Jahre	252	9	9	23	54	5
60 Jahre und älter	500	12	15	23	38	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	23	12	22	33	10
10. Klasse	532	6	14	23	50	7
Abitur	113	2	6	18	72	3
(Fach-)Hochschule	150	3	8	22	63	4
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	7	10	24	55	4
in Ausbildung	60	21	0	9	69	0
Arbeitslos	42	4	11	42	43	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	13	15	20	41	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	10	6	22	59	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	4	13	25	53	5
höh.-leit. Ang./Beamte	70	1	4	26	67	1
Landw./Selbst./Freib.	60	14	20	22	42	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	8	11	21	55	5
Evangelisch	282	17	11	27	36	8
Katholisch	76	6	18	18	42	17

Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A86

Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte Staat großzügig sein

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	6	15	34	39	5
Geschlecht						
Männlich	546	7	13	33	44	4
Weiblich	564	6	16	36	35	6
Alter						
18-24 Jahre	69	17	31	32	16	5
25-34 Jahre	119	1	16	44	37	2
35-44 Jahre	169	4	17	32	41	6
45-59 Jahre	252	8	11	39	39	4
60 Jahre und älter	500	6	13	31	43	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	6	14	31	44	5
10. Klasse	532	7	11	35	42	5
Abitur	113	6	28	30	31	5
(Fach-)Hochschule	150	8	16	43	28	6
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	7	13	33	43	4
in Ausbildung	60	7	31	46	13	3
Arbeitslos	42	16	14	34	29	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	5	14	34	40	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	12	8	32	45	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	3	13	38	40	6
höh.-leit. Ang./Beamte	70	6	19	41	32	1
Landw./Selbst./Freib.	60	8	18	19	55	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	8	13	33	42	4
Evangelisch	282	3	16	39	36	6
Katholisch	76	6	23	32	28	12

Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	5	9	14	68	4
Geschlecht						
Männlich	546	3	9	16	69	3
Weiblich	564	6	9	11	68	5
Alter						
18-24 Jahre	69	2	6	29	58	6
25-34 Jahre	119	13	15	20	51	1
35-44 Jahre	169	6	19	12	58	4
45-59 Jahre	252	3	4	14	73	5
60 Jahre und älter	500	3	7	10	74	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	12	12	17	55	4
10. Klasse	532	2	10	13	70	5
Abitur	113	0	4	16	78	1
(Fach-)Hochschule	150	1	4	9	83	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	3	11	15	67	4
in Ausbildung	60	21	2	20	54	2
Arbeitslos	42	0	4	26	52	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	4	9	11	72	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	0	16	19	61	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	7	11	15	62	5
höh.-leit. Ang./Beamte	70	1	1	10	86	2
Landw./Selbst./Freib.	60	0	16	16	67	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	3	10	14	67	5
Evangelisch	282	9	6	13	71	2
Katholisch	76	4	7	13	71	5

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A88

An deutsche Leistungen reichen die Leistungen anderer Völker nicht heran

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	8	12	24	45	11
Geschlecht						
Männlich	546	9	12	27	44	8
Weiblich	564	7	12	21	45	15
Alter						
18-24 Jahre	69	3	9	38	46	3
25-34 Jahre	119	14	5	21	53	7
35-44 Jahre	169	2	6	32	52	8
45-59 Jahre	252	6	11	25	51	7
60 Jahre und älter	500	10	18	19	36	17
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	13	14	27	29	17
10. Klasse	532	7	14	23	44	12
Abitur	113	2	8	27	59	4
(Fach-)Hochschule	150	3	6	18	68	4
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	5	11	25	54	5
in Ausbildung	60	21	4	26	47	1
Arbeitslos	42	8	0	51	36	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	9	16	20	36	19
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	8	12	30	45	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	5	9	23	56	7
höh.-leit. Ang./Beamte	70	2	6	17	69	7
Landw./Selbst./Freib.	60	5	22	22	45	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	7	12	25	48	9
Evangelisch	282	11	15	19	39	17
Katholisch	76	6	8	32	37	18

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A89

In der Gesellschaft sollte sich immer der Stärkere durchsetzen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	9	10	23	56	3
Geschlecht						
Männlich	546	8	8	24	57	3
Weiblich	564	9	12	21	55	3
Alter						
18-24 Jahre	69	3	4	32	60	0
25-34 Jahre	119	14	4	26	56	1
35-44 Jahre	169	7	9	18	63	3
45-59 Jahre	252	3	7	27	62	1
60 Jahre und älter	500	11	14	20	50	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	19	16	16	44	5
10. Klasse	532	5	8	27	57	2
Abitur	113	1	9	24	65	1
(Fach-)Hochschule	150	3	4	20	71	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	3	8	27	59	3
in Ausbildung	60	22	5	27	46	0
Arbeitslos	42	8	0	19	73	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	12	13	18	53	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	4	8	31	55	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	2	8	27	59	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	0	7	16	77	0
Landw./Selbst./Freib.	60	5	13	31	48	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	6	11	23	58	2
Evangelisch	282	17	6	23	49	4
Katholisch	76	4	11	20	62	3

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland nicht verfolgt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	17	23	17	17	26
Geschlecht						
Männlich	546	16	24	20	17	23
Weiblich	564	18	22	15	17	28
Alter						
18-24 Jahre	69	8	24	24	34	10
25-34 Jahre	119	18	17	28	19	18
35-44 Jahre	169	17	16	21	23	22
45-59 Jahre	252	17	22	19	16	27
60 Jahre und älter	500	18	27	12	12	30
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	22	29	11	9	29
10. Klasse	532	18	21	16	18	27
Abitur	113	6	22	30	27	15
(Fach-)Hochschule	150	9	20	26	24	22
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	16	22	21	18	23
in Ausbildung	60	24	12	24	37	4
Arbeitslos	42	7	40	5	16	32
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	18	25	14	13	30
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	14	24	16	19	27
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	17	18	23	17	24
höh.-leit. Ang./Beamte	70	3	28	24	25	20
Landw./Selbst./Freib.	60	27	24	20	11	17
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	17	25	17	17	24
Evangelisch	282	17	19	20	16	28
Katholisch	76	15	22	11	19	34

Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A91

Demokratie: Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	21	32	23	17	7
Geschlecht						
Männlich	546	23	30	26	17	4
Weiblich	564	19	34	20	16	11
Alter						
18-24 Jahre	69	5	34	50	9	1
25-34 Jahre	119	23	26	33	16	2
35-44 Jahre	169	25	34	20	14	7
45-59 Jahre	252	21	33	23	20	3
60 Jahre und älter	500	20	33	18	17	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	30	22	18	18	12
10. Klasse	532	19	39	21	14	7
Abitur	113	11	28	43	16	2
(Fach-)Hochschule	150	13	31	28	24	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	20	34	27	15	4
in Ausbildung	60	24	19	41	15	0
Arbeitslos	42	13	51	6	22	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	22	30	18	18	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	20	43	18	14	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	20	30	28	18	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	11	31	43	11	4
Landw./Selbst./Freib.	60	30	32	27	10	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	20	34	21	17	7
Evangelisch	282	23	25	26	18	8
Katholisch	76	14	37	32	6	11

In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A92

Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute getan werden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	29	25	19	20	7
Geschlecht						
Männlich	546	29	24	21	22	4
Weiblich	564	28	26	17	18	10
Alter						
18-24 Jahre	69	4	23	45	25	3
25-34 Jahre	119	30	23	21	24	3
35-44 Jahre	169	20	26	26	19	10
45-59 Jahre	252	31	25	19	21	4
60 Jahre und älter	500	34	25	13	19	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	39	18	16	18	9
10. Klasse	532	29	29	18	18	7
Abitur	113	14	27	27	29	3
(Fach-)Hochschule	150	17	24	24	27	7
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	27	27	21	20	6
in Ausbildung	60	22	18	32	25	1
Arbeitslos	42	16	29	17	29	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	33	23	17	19	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	27	33	26	11	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	28	26	17	23	6
höh.-leit. Ang./Beamte	70	10	25	30	26	9
Landw./Selbst./Freib.	60	38	16	27	19	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	27	24	19	23	7
Evangelisch	282	35	26	20	14	5
Katholisch	76	30	34	15	12	8

Es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A93

Mächtige in Gesellschaft handeln gegen Interessen der einfachen Bevölkerung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	20	31	25	16	9
Geschlecht						
Männlich	546	23	27	28	16	5
Weiblich	564	17	33	21	16	12
Alter						
18-24 Jahre	69	10	30	45	13	1
25-34 Jahre	119	16	40	28	11	4
35-44 Jahre	169	19	36	27	14	4
45-59 Jahre	252	19	34	26	15	6
60 Jahre und älter	500	23	24	19	19	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	26	22	20	16	17
10. Klasse	532	21	36	23	14	6
Abitur	113	8	30	42	14	5
(Fach-)Hochschule	150	14	29	27	25	5
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	21	33	29	13	5
in Ausbildung	60	7	43	37	13	0
Arbeitslos	42	8	42	26	7	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	21	26	19	20	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	26	40	25	7	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	19	31	29	16	6
höh.-leit. Ang./Beamte	70	12	37	29	17	5
Landw./Selbst./Freib.	60	30	24	32	10	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	23	30	26	14	7
Evangelisch	282	14	32	23	20	12
Katholisch	76	10	30	22	21	17

Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A94

Zeit für Widerstand gegen aktuelle Politik

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	11	22	24	36	6
Geschlecht						
Männlich	546	12	23	24	39	3
Weiblich	564	11	22	24	33	10
Alter						
18-24 Jahre	69	3	33	44	18	1
25-34 Jahre	119	19	23	29	28	1
35-44 Jahre	169	13	28	23	29	7
45-59 Jahre	252	14	24	24	33	6
60 Jahre und älter	500	9	17	21	45	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	15	20	15	42	9
10. Klasse	532	11	25	25	32	7
Abitur	113	5	22	43	28	3
(Fach-)Hochschule	150	8	19	27	44	3
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	12	26	27	29	5
in Ausbildung	60	22	19	42	17	1
Arbeitslos	42	6	40	27	12	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	10	17	19	47	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	11	32	24	28	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	12	25	28	28	6
höh.-leit. Ang./Beamte	70	5	26	30	38	1
Landw./Selbst./Freib.	60	23	21	26	28	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	11	23	24	35	7
Evangelisch	282	12	20	24	39	5
Katholisch	76	11	24	27	31	6

Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Treffen wichtiger Entscheidungen durch Experten

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	28	35	15	13	9
Geschlecht						
Männlich	546	31	37	17	12	3
Weiblich	564	25	34	13	13	15
Alter						
18-24 Jahre	69	18	46	25	7	4
25-34 Jahre	119	22	38	14	9	18
35-44 Jahre	169	28	28	25	5	14
45-59 Jahre	252	26	36	16	17	6
60 Jahre und älter	500	32	35	10	15	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	33	32	10	11	13
10. Klasse	532	28	36	15	12	9
Abitur	113	20	41	21	11	6
(Fach-)Hochschule	150	22	33	21	19	4
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	27	36	16	13	8
in Ausbildung	60	18	34	19	5	23
Arbeitslos	42	12	46	20	4	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	31	33	13	14	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	27	38	11	15	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	24	35	18	14	9
höh.-leit. Ang./Beamte	70	22	44	17	12	5
Landw./Selbst./Freib.	60	43	24	14	9	10
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	29	36	14	12	9
Evangelisch	282	29	34	13	14	10
Katholisch	76	19	26	27	16	11

Wichtige Entscheidungen sollten in einer Demokratie besser von unabhängigen Experten als von gewählten Politikern getroffen werden.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	40	30	12	12	6
Geschlecht						
Männlich	546	38	31	13	13	4
Weiblich	564	41	28	11	12	9
Alter						
18-24 Jahre	69	10	31	38	18	2
25-34 Jahre	119	32	28	16	21	4
35-44 Jahre	169	43	21	17	13	6
45-59 Jahre	252	32	39	9	17	3
60 Jahre und älter	500	48	28	8	7	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	55	24	3	10	8
10. Klasse	532	39	33	11	11	6
Abitur	113	22	25	29	19	5
(Fach-)Hochschule	150	22	31	23	17	7
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	35	30	14	16	5
in Ausbildung	60	30	11	37	20	2
Arbeitslos	42	26	34	5	26	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	46	30	8	7	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	36	35	10	13	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	36	31	12	17	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	29	30	19	19	3
Landw./Selbst./Freib.	60	40	28	19	10	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	36	30	14	15	6
Evangelisch	282	46	31	9	7	8
Katholisch	76	45	27	10	8	10

Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	15	26	28	26	5
Geschlecht						
Männlich	546	16	24	29	27	4
Weiblich	564	14	28	28	24	5
Alter						
18-24 Jahre	69	14	19	40	23	4
25-34 Jahre	119	20	27	17	32	3
35-44 Jahre	169	17	26	27	27	3
45-59 Jahre	252	8	28	34	28	1
60 Jahre und älter	500	17	26	27	23	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	28	25	21	19	7
10. Klasse	532	11	27	31	27	4
Abitur	113	4	23	33	36	3
(Fach-)Hochschule	150	10	25	34	27	4
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	11	26	29	31	3
in Ausbildung	60	24	13	35	25	3
Arbeitslos	42	29	29	13	26	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	16	28	29	21	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	9	41	19	30	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	12	18	37	29	4
höh.-leit. Ang./Beamte	70	11	19	33	36	1
Landw./Selbst./Freib.	60	15	28	18	36	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	12	26	29	29	4
Evangelisch	282	23	25	28	18	5
Katholisch	76	13	29	23	26	9

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A98

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	15	24	26	24	11
Geschlecht						
Männlich	546	14	24	26	25	11
Weiblich	564	15	24	26	24	11
Alter						
18-24 Jahre	69	5	27	35	21	12
25-34 Jahre	119	14	27	18	20	22
35-44 Jahre	169	12	19	27	25	16
45-59 Jahre	252	11	25	26	32	6
60 Jahre und älter	500	19	24	26	22	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	30	33	17	12	9
10. Klasse	532	10	22	26	30	12
Abitur	113	3	22	34	27	13
(Fach-)Hochschule	150	6	18	34	30	13
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	11	19	31	29	10
in Ausbildung	60	21	16	31	22	10
Arbeitslos	42	4	46	7	27	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	19	28	21	20	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	9	20	35	26	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	12	25	31	25	8
höh.-leit. Ang./Beamte	70	2	7	28	45	18
Landw./Selbst./Freib.	60	16	17	25	32	10
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	12	27	26	23	12
Evangelisch	282	22	19	25	25	9
Katholisch	76	14	24	18	30	14

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Juden passen nicht so recht zu uns

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	2	5	20	63	11
Geschlecht						
Männlich	546	2	7	21	64	6
Weiblich	564	1	3	19	62	15
Alter						
18-24 Jahre	69	2	0	22	76	0
25-34 Jahre	119	0	0	33	59	7
35-44 Jahre	169	0	6	24	68	2
45-59 Jahre	252	2	7	14	72	6
60 Jahre und älter	500	2	6	18	56	18
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	2	7	30	48	13
10. Klasse	532	2	5	18	63	12
Abitur	113	0	1	10	85	4
(Fach-)Hochschule	150	1	3	11	80	4
Erwerbstätigkeit						
Erwerbstätig	496	1	2	23	68	6
in Ausbildung	60	0	0	30	70	0
Arbeitslos	42	0	0	37	61	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	2	9	14	57	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	1	3	20	70	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	1	2	26	63	8
höh.-leit. Ang./Beamte	70	0	0	12	87	0
Landw./Selbst./Freib.	60	4	3	27	58	7
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	2	4	19	67	8
Evangelisch	282	0	8	21	54	16
Katholisch	76	3	3	19	57	18

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A100

Überfremdung der Wohnumgebung

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	4	5	18	72	1
Geschlecht						
männlich	546	5	6	18	69	1
weiblich	564	3	4	17	75	1
Alter						
18-24 Jahre	69	2	15	14	69	0
25-34 Jahre	119	2	8	23	66	2
35-44 Jahre	169	2	4	23	71	0
45-59 Jahre	252	4	8	14	72	1
60 Jahre und älter	500	6	2	17	74	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	8	8	25	60	0
10. Klasse	532	3	5	16	74	1
Abitur	113	2	3	11	84	0
(Fach-)Hochschule	150	2	1	13	82	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	3	6	15	74	1
in Ausbildung	60	0	3	35	62	1
arbeitslos	42	3	23	15	59	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	6	3	18	73	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	3	7	17	73	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	2	8	15	74	1
höh.-leit. Ang./Beamte	70	1	2	12	82	4
Landw./Selbst./Freib.	60	11	3	18	67	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	4	6	18	71	1
evangelisch	282	3	3	17	76	0
katholisch	76	1	4	21	70	4

Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.

Tabelle A101

Freie Meinungsäußerung nicht ohne Nachteile möglich

Zeilenprozent

	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1100	19	25	4	34	4
Geschlecht						
männlich	546	20	24	2	36	2
weiblich	564	17	27	7	32	7
Alter						
18-24 Jahre	69	19	27	1	34	1
25-34 Jahre	119	17	33	1	27	1
35-44 Jahre	169	31	36	2	18	2
45-59 Jahre	252	14	31	2	33	2
60 Jahre und älter	500	17	17	8	42	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	313	23	23	8	28	8
10. Klasse	532	19	29	3	34	3
Abitur	113	15	21	2	40	2
(Fach-)Hochschule	150	11	23	3	44	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	496	21	30	2	27	2
in Ausbildung	60	13	35	0	36	0
arbeitslos	42	16	32	0	43	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	511	18	19	8	40	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	144	16	37	3	28	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	240	21	29	2	23	2
höh.-leit. Ang./Beamte	70	10	33	1	35	1
Landw./Selbst./Freib.	60	38	24	0	27	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	745	18	27	4	33	4
evangelisch	282	21	22	5	35	5
katholisch	76	20	19	7	35	7

Heutzutage kann man seine Meinung nicht frei äußern, weil man sonst Nachteile haben könnte.

Die abgebildete Stichprobeninformation ist gewichtet.